Forschungsgesellschaft Flucht und Migration und Flüchtlingsrat Brandenburg

FFM HEFT 8 **GEGEN DIE FESTUNG EUROPA**

ITALIEN

Legalisierung von Flüchtlingen- Militarisierung der Grenzen?

Impressum:

FFM in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat Brandenburg (Judith Gleitze) und Babylonia

Bei den übersetzten Texten handelt es sich um überarbeitete und gekürzte Fassungen.

Vorwort

Die westeuropäische Abschottungspolitik ist in ihrer Entstehung ein deutsch-französisches Produkt. Ihre formalen Umrisse erhielt sie 1985 mit dem Schengener Abkommen, das 1995 in Kraft gesetzt wurde.

Die „Festung Europa“ entwickelte sich im Laufe der 90er Jahre nicht nur durch massive Präsenz von Polizei und Grenztruppen in den EU-Mitgliedsstaaten, sondern auch durch die Einbindung gesellschaftlicher Gruppen und insbesondere der in den Grenzregionen ansässigen Bevölkerung in die polizeilichen Fahndungen nach heimlich Eingereisten.

Über ein integriertes Kerneuropa wollten die beteiligten Regierungen allmählich ganz Westeuropa zu einer einheitlichen Zone der Kontrolle modellieren, dementsprechend weiteten sie den Schengener Raum aus. In Mittel- und Osteuropa entstanden assoziierte Puffergebiete.

Mit dem NATO-Krieg um das Kosovo verlagerte Westeuropa erstmals seine Containment-Politik gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen bis in ihre Herkunftsregionen. Diejenigen aus Südosteuropa und Osteuropa, aus Asien und Afrika, aus Mittel- und Südamerika, die selbständig und ohne Genehmigung die Außengrenzen Westeuropas überwinden, werden nach dem neuen Muster zu einer Schicht von Kriminalisierten, von Nichtzugelassenen, von clandestini, von BilliglohnarbeiterInnen, von DienerInnen gemacht. Das ist die europäische Vision, der urbane Boom, die neue Mitte – diese Gesellschaft lebt von dem Unterwerfungsprozess der heimlich Zugewanderten und hierher Geflohenen.

Mit der Ausweitung des Schengener Raums und der Vorverlagerung der Abschottung ändert sich die Art der westeuropäischen Flüchtlingspolitik. Die staatlichen und polizeilichen Verhältnisse der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs, die als Blaupause für das Schengener Abkommen dienten, sind nicht genau übertragbar auf Italien, Spanien oder Portugal, in denen dasselbe Abkommen in Kraft gesetzt wurde. Je größer der Schengener Raum wird, desto vielfarbiger und multikultureller oder multinationaler wird er. Er inkorporiert die Herrschaftsverhältnisse in Südeuropa, um in abgewandelten Formen eine Abschottung gegenüber „unerwünschten“ Flüchtlingen und MigrantInnen zu produzieren. So ist im Laufe der letzten Jahre neben einer östlichen Außengrenze auch eine südliche, mediterrane Außengrenze der Europäischen Union entstanden, in der das Schengener Abkommen 1999 aufgegangen ist.

Das vorliegende Heft ist den Flüchtlingen und MigrantInnen gewidmet, die versuchten, nach Italien zu kommen. Die Fluchtwege über die Adria oder über das tyrrhenische Meer nach Italien gehören zu den sichersten – es ist nach wie vor ziemlich unwahrscheinlich, dass man festgenommen wird – und zugleich zu den gefährlichsten: Dort sind seit 1993 mehr als 700 Menschen gestorben. Die Kriminalisierung zwingt die Menschen auf die rasenden Schlauchboote oder auf die rostigen Kähne der kommerziellen Fluchthilfe. Oftmals müssen sie die Boote weit vor der Küste verlassen, werden über bord gestossen oder einfach ausgesetzt. Vielfach kommt es zu Zusammenstössen mit Schiffen der italienischen Marine. Die beiden schwersten Unfälle ereigneten sich 1996 und 1997, als Flüchtlinge von einem großen Schiff vor Malta in ein Landungsboot umstiegen und als die italienische Marine ein albanisches Schiff versenkte – zusammengenommen ertranken hierbei über 380 Menschen .

Die italienische Militarisierung des Mittelmeers hat durch das neue Feindbild der clandestini einen enormen Aufschwung genommen. Das mutet bizarr an, wenn man sich die hochgerüstete westliche Armada einerseits und die unbewaffneten, gepäcklosen boat-people andererseits vergegenwärtigt, und noch bizarrer wird es, wenn man sich vor Augen hält, dass die Fregatten und Militärhubschrauber in Wirklichkeit niemals eine völlige Abschottung Süditaliens erreichen können.

Das süditalienische Apulien wird durch die westeuropäischen Flüchtlingspolitik zu einer der größten Militärbasen im Mittelmeer ausgebaut. Die gegebene Legitimation hat etwas Wahnwitziges, und sie hat eine zweite, eine innenpolitische Funktion: der Einsatz des Militärs hat das Bild der clandestini zu einem vielfach gefährlicheren Feind stilisiert, der mit militärischen, also allen denkbaren Mitteln zu bekämpfen ist.

Die süditalienische Bevölkerung hingegen hat den italienischen Staat häufig als Besatzer erlebt, aus diesem Grunde ist sie ihm gegenüber oftmals wenig loyal und ihre gesellschaftlichen Institutionen sind wenig verstaatlicht. Kurdische Flüchtlinge wurden in halbverlassenen Dörfer auf Dauer aufgenommen, man wies ihnen Häuser zu. Die ersten albanischen Flüchtlinge wurden, trotz Polizeicordon, mit Wasserrationen und Lebensmittelspenden begrüßt. Erst allmählich wandeln sich die Verhältnisse zur flüchtlingsfeindlichen Umgebung. Eine Analyse der italienischen staatlichen Flüchtlingspolitik – staatlich im engeren norditalienischen oder deutschen Sinne – hilft nur zum Teil zum Verständnis dieses Prozesses.

Ein Motor für zahlreiche Veränderungen in Italien der letzten Jahre ist die Inbesitznahme des großstädtischen Raums durch lokale oder lokalistische Kräfte. Der italienische Staat wird umgebaut. An die Stelle des Zentralstaats treten regionale und städtische Selbstregierungen, die ihre Macht dadurch beweisen, dass sie die Kontrolle über ihr Territorium sichtbar markieren. In Norditalien sind es die rechtspopulistische Lega Nord, aber auch andere neue Parteiströmungen gewesen, die der Geschäftswelt, dem Mittelstand und der New Economy zu einem politisch-territorialen Ausdruck verholfen haben.

In Süditalien kommt diese Dezentalisierung der Mafia, der Camorra[1] und der `ndrangheta[2] für ihre ökonomischen Zwecke gerade recht. Somit unterstützen diese Gruppen ebenso kommerzielle Fluchthelfer.

Die ersten sichtbaren Folgen von Nord- bis Süditalien waren antiziganistische Pogrome, ganz gleich, ob die Roma die italienische Staatsbürgerschaft haben oder nicht. Die Pogrome gegen maghrebinische Erntearbeiter in Süditalien gehören ebenfalls in diese ersten evidenten Symptome einer neuen Zeit der Abschottung in Italien. Den Roma und den MaghrebinerInnen wurden die Zugänge zu den Innenstädten und die Siedlungsmöglichkeit nahe der Städte verwehrt. Auch spielt die familiäre Reorganisation der Gesellschaft gerade in Süditalien eine Rolle bei der neuen Inbesitznahme des städtischen Territoriums. Diejenigen, die sich in Süditalien nicht in den Schutz einer großen Familie begeben können, sind nicht nur zur Landarbeit, sondern auch zur Unsichtbarkeit, zum Hausen in Baracken fernab, gezwungen. Als Billiglohnarbeiter benötigt, für die Exportwirtschaft der Tomaten, Zucchini und Auberginen, sind sie zugleich als Mitbewohner unerwünscht, werden häufig verprügelt, manche wurden totgeschlagen. Die Bilanz der Ermordeten ist noch nicht erstellt, obwohl seit Beginn der 90er Jahre viel Zeit ins Land gegangen ist.

---

[1] Städtische, mafiaähnliche in Neapel und der die Stadt umgebenden Region Kampanien

[2] mafiaähnliche Vereinigung in Kalabrien

So sind es die städtischen Wohnungsmärkte, die Kampagnen für saubere Innenstädte, die Bürgerwehren der Altstadtviertel, die die internationale Flüchtlingspolitik italienisch übersetzen.

Die Legalisierungskampagnen der letzten Jahre haben für die süditalienischen Erntearbeiter aus dem Maghreb und aus anderen Ländern die Möglichkeit zur Weiterflucht bedeutet: Sie zogen, wenn sie konnten, in die norditalienischen Großstädte und fanden Arbeit in den Großfabriken oder in dem Sektor der persönlichen Dienstleistungen. Neue Flüchtlinge rückten auf den Großplantagen nach.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht ganz so unverständlich, dass der Rassismus und die staatliche Flüchtlingspolitik in Italien nicht nach deutschem Modell flächendeckend vereinheitlicht sind. Gastfreundschaft gegenüber Illegalisierten koexistiert mit Pogromen gegen sie. Die ersten Abschiebeknäste, die vor zwei, drei Jahren eingerichtet wurden, wurden in Süditalien von ihren Betreibern praktisch zu Aufnahmezentren umgewandelt, von Carabinieri und Polizei zwar mit Maschinenpistolen bewacht, aber völlig durchlässig, was Zugang oder Weggang betraf. Die norditalienischen Verhältnisse, wo Abschiebeknäste auch Abschiebeknäste sind und dagegen protestiert wird, bis einzelne wieder abgeschafft wurden, gelten nicht für ganz Italien. Die gesellschaftlich Mächtigen entwickeln eine eigene Art von Staatlichkeit – und von Flüchtlingspolitik – auch ohne Paragrafen und formale Abkommen. Und diejenigen, die den Staat repräsentieren, wie der Kommandant und die Besatzung der Fregatte, die das albanische Flüchtlingsschiff 1997 mit fast 100 Menschen an Bord versenkten, werden nur sehr zögerlich zur Verantwortung gezogen. Inzwischen hat zwar der Prozess begonnen, aber der Anwalt der Hinterbliebenen der ertrunkenen Flüchtlinge ist am ersten Prozesstag tödlich verunglückt.

Die FFM-Hefte protokollieren in den letzten Jahren kritisch die Entwicklung der europäischen Flüchtlingspolitik. Damit sollten und sollen Wege über die Aussengrenzen hinweg und gegen den Sicherheitswahn Westeuropas gangbar gemacht werden, um zu einer Diskussion über und zum Anstoss des Widerstandes gegen die „Festung Europa“ anzuregen und aufzurufen.

Der Flüchtlingsrat Brandenburg, der im ganzen Land Brandenburg Flüchtlingsarbeit koordiniert und vernetzt, ist aufgrund der Lage des Bundeslandes an der polnischen - also noch-europäischen-aussen - Grenze täglich mit dieser Problematik konfrontiert. Immer wieder versuchen Flüchtlinge Oder und Neisse zu überwinden, manche schaffen es, viele werden zurückgejagt, ohne dass man je von ihnen erfährt, einige haben den Tod gefunden.

Eine Grenze der Festung Europa vor der Tür wollten wir aber auch einmal über den Tellerrand auf andere Länder schauen, in denen Flüchtlinge an denToren der „Festung Europa“ zu klopfen versuchen.

In dem vorliegenden Band hat das AutorInnenteam mit Hilfe der italienischen Gastautoren versucht, die Entwicklung in der italienischen Flüchtlingspolitik in verschiedenen Themengebieten aufzuzeigen. Hierbei werden Punkte wie Legalisierungsprozesse, Notfallgesetzgebung und Militarisierung ebenso berücksichtigt wie die Arbeitsmarktproblematik, die Lebenssituation von Flüchtlingen und die Opfer, die die „Festung Europa“ bisher in Italien gefordert haben. Gemeinsam mit den Gastautoren aus Italien haben wir in eine Mischung aus Essays, wissenschaftlichen Artikeln, journalistischen Artikeln und Reiseberichten Informationen, Hintergrundgedanken und Interprationsmöglichkeiten der italienischen Flüchtlingspolitik zusammengestellt. Die teilweise unvermeidliche Themendopplung in den einzelnen Beiträgen soll die verschiedenen Interpretationsansätze der AutorInnen unterstützen und wurde aus diesem Grunde

beibehalten. Die Artikel sind in sich abgeschlossen, ein chronologisches Lesen ist somit nicht unbedingt erforderlich.

Uns als AutorInnen dieses Heftes ist während des Prozesses des Schreibens immer wieder deutlich geworden, dass es „das vollkommene Buch“ nicht geben kann. So sind einige Themenkomplexe nur am Rande gestreift, einige konnten gar nicht bearbeitet werden.

Dennoch haben wir uns bemüht, ein möglichst rundes Bild der Flüchtlingspolitik in Italien zu geben.

Italienische Flüchtlingspolitik

Anfänge der italienischen Flüchtlingspolitik

Italien galt bis weit in die 90er Jahre als ein Land, das tolerant und ohne große bürokratische Scherereien Zuflucht und Zuwanderung zuließ. Dieses Bild gründete nicht auf eingehende Untersuchungen im Land oder im europäischen Ländervergleich, sondern auf Italien-Stereotype und auf Umfrageergebnisse, die sich im Ergebnis signifikant von der Bundesrepublik Deutschland oder Frankreich unterschieden. Als Gründe für diesen Unterschied wurden stets drei Argumente genannt: Erstens sei Italien erst seit kurzem ein Immigrationsland und habe vergleichsweise wenige Flüchtlinge und MigrantInnen aufgenommen. Zweitens seien die ItalienerInnen von den eigenen harten Emigrationserfahrungen im Ausland geprägt und verhielten sich deswegen gastfreundlicher. Drittens sei der italienische Staat nicht derart allmächtig wie der deusche, die Behörden improvisierten mehr, und dadurch sei mehr Menschlichkeit im Spiel. Alle drei Thesen stellen sich bei näherer Betrachtung als falsch heraus.

Für die Entfaltung des institutionellen und offenen Rassismus scheint die Anzahl der Flüchtlinge und MigrantInnen, die im Lande leben, und auch die Länge ihrer Anwesenheit keine Rolle zu spielen (für Ostdeutschland wird gegenteilig behauptet, weil erst seit kurzem Flüchtlinge und MigrantInnen dort lebten, gebe es wenig Erfahrung mit ihnen – und das sei der Grund für den grassierenden Rassismus). Am Beispiel Italien wird weiter unten der behördliche und gesellschaftliche Umgang mit der Ankunft weniger tausend AlbanerInnen zeigen, wie haltlos die These ist, dass die Akzeptanz mit der Zahl der Angekommenen zusammenhängt.

Die zweite These, dass die Erfahrung rückgekehrter EmigrantInnen die Aufnahmebereitschaft befördere, hat sich in eingehenderen Untersuchungen nicht bewahrheitet. Die Annahme ist im Grunde von dem Klischee geprägt, dass "die MigrantInnnen" eine einheitliche soziale und politische Gruppe seien. Die zahlreichen inneren Hierarchisierungen, die die Gesetze und Arbeitsmärkte im Ausland hervorrufen oder bestärken, insbesondere die Spaltung zwischen MigrantInnen und Flüchtlingen, deuten auf heterogene und widersprüchliche Erfahrungshintergründe hin, die nicht gegen Rassismus immunisieren.

Die dritte These, dass das staatliche Chaos und die behördliche Improvisation menschen-, also migrantInnenfreundlicher als das preußisch Durchorganisierte seien, wird anhand des in diesem Heft ausgebreiteten Materials widerlegt. Das Europa, das im Festungsbau gegen Flüchtlinge zusammenwächst, zeichnet sich gerade dadurch aus, dass verschiedene Pfade der politischen Entwicklung zugelassen sind, wenn sie nur zum selben Ziel führen. Das Ziel haben die Schengener Gründerstaaten, im Wesentlichen die Innenministerien der Bundesrepublik und Frankreichs, vorgegeben. Die Umsetzung der Vorgaben verläuft im mediterranen Italien anders als hierzulande. Dies ist ein Leitthema des vorliegenden Hefts.

Eines der bekanntesten "anderen" Instrumente der italienischen Flüchtlingspolitik ist die unregelmäßig vorgenommene Legalisierung der Clandestini, der heimlich Eingereisten. Nach Angaben des italienischen Flüchtlingsrates hat die Regierung innerhalb von zehn Jahren (1989 bis 1999) mehr als 800.000 Menschen, die illegal eingewandert waren, ein reguläres Bleiberecht eingeräumt – im Unterschied zu Deutschland, wo derzeit etwa 300.000 Flüchtlinge mit dem unsicheren Status einer Duldung leben, also einer nur vorläufig gestoppten Abschiebung: wo die wenigsten durch sogenannte Altfallregelungen legalisiert werden und viele nach einem legalen oder halblegalen Aufenthaltsstatus gänzlich in die Illegalität abgedrängt werden.[3]

Die Legalisierungen wurden häufig dann vorgenommen, wenn der Staat neue, repressivere Bestimmungen und Gesetze durchsetzen wollte, und war nie auf die Legalisierung aller im Lande befindlichen Clandestini zugeschnitten. Entweder konnte eine kleinere oder größere Gruppe von vornherein die Voraussetzungen nicht erfüllen, oder sie fielen im Nachhinein, als sie sich zu erkennen gegeben hatten, in den folgenden Monaten aus dem legalisierten Status wieder heraus. So ist die statistische Zahl der oben genannten 800.000 durchaus mit Vorsicht zu benutzen. Mehrfach oder nur zeitweilig Legalisierte sind darunter. Auf den Mittelmeerkonferenzen zur Migrationssteuerung, die unter dem Namen "Barcelona-Prozess" firmieren , wurden die Legalisierungen als ein Instrument empfohlen, mit dem die Zahl der im Lande befindlichen "Illegalen" geschätzt werden und ein Teil von ihnen gezielt und langfristig in die Billiglohn-Arbeitsmärkte integriert werden kann.[4]

Ähnlich wie mit den Legalisierungen handelt es sich bei den restriktiven Gesetzen nicht um Instrumente, die sofort den Alltag aller Flüchtlinge und MigrantInnen neu regeln – weder in Deutschland noch in Italien. Die Durchsetzung der neuen Gesetze in den dafür zuständigen Behörden ist etwas Prozesshaftes, und die Eigenmächtigkeit und Willkür ist nach Region und Institution durchaus unterschiedlich. Bis vor kurzem erhielten festgenommene Illegalisierte in Italien eine Ausreiseaufforderung und wurden dann meist wieder auf freien Fuß gesetzt, so dass manche bis zu zwei Dutzend Ausreiseaufforderungen im Laufe von wenigen Jahren vorweisen konnten. Die Auswirkung dieser Behördenpraxis ist vergleichbar mit der Mischung von Duldung und Vertreibung von Drogenabhängigen in deutschen Innenstädten. Durch die ständigen Kontrollen und Vertreibungen von Plätzen und aus bestimmten Wohnvierteln entsteht eine gesellschaftliche Gruppe, deren Existenz allen – BewohnerInnen wie Behörden – bekannt, aber von kaum jemandem akzeptiert ist. Eine innenpolitische Feindgruppe, die der Clandestini, entsteht, auch wenn die Ausländergesetzgebung in Italien sehr langsam und von Legalisierungsschüben begleitet verläuft.

1986 befasste sich die italienische Legislative zum ersten Mal mit der Lage nichtregistrierter MigrantInnen. Am 30. Dezember jenes Jahres trat das "Gesetz über den Aufenthalt und die Behandlung außereuropäischer immigrierter Arbeiter und gegen illegale Immigration" (Gesetz 943/90) in Kraft. Seitdem gibt es für Nicht-EG/EU-Angehörige den legalen Eintritt ins Land nur durch die "chiamata nominativa", die Arbeitsplatz-Anwerbung durch ein Unternehmen oder einen Privathaushalt, und der Aufenthaltsstatus erlischt bei Entlassung. Das Gesetz sah gleichzeitig vor, illegal sich aufhaltende Flüchtlinge und MigrantInnen zu legalisieren. UnternehmerInnen und ArbeiterInnen, deren Arbeitsverhältnisse nicht geregelt waren,

---

[3] Frankfurter Rundschau, 4. November 1999

[4] vgl. Schoorl, Jeannette J.; Bruijn, Bart J. de; Kuiper, Erwin J.; Heering, Liesbeth: Migration from African and Eastern Mediterranean Countries to Western Europe, in: Mediterranean Conference on Population, Migration and Development <Palma de Mallorca, 15.-17.10.1996>, hrsg. v. Europarat, Strasbourg 1996 [CONFMED (96) 4], S. 33 f. Barcelona-Prozess werden die Ministerkonferenzen genannt, die im Rahmen der "Euromediterranen Partnerschaft" seit einer ersten Konferenz 1995 in Barcelona fortgeführt werden und zu einem institutionalisierten internationalen Forum geführt haben. (Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der PDS zur "Euromediterranen Partnerschaft und Rückführung von Flüchtlingen bzw. Migrantinnen und Migranten vom 7.2.1998, Dt. Bundestag, 13/10389

wurden aufgefordert, sich innerhalb von drei Monaten bei den Behörden zu melden. Sie bekamen eine Arbeitsbewilligung, mussten dafür allerdings Versicherungbeträge nachzahlen.

Im Februar 1990 hat das italienische Parlament ein Gesetzespaket verabschiedet, das entfernt einer ersten Ausländergesetzgebung nach westeuropäischem Muster ähnelt – die Legge Martelli (auch Gesetz 39/90 genannt). Innerhalb einer Sechs-Monate-Frist konnten sich Clandestini legalisieren. 200 000 Personen machten davon Gebrauch.[5] Mit diesem "Gesetz über die öffentliche Sicherheit" ratifizierte die italienische Regierung das New Yorker Protokoll von 1967, mit dem die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 auch auf außereuropäische Flüchtlinge ausgedehnt wurde. Das entstehende Anerkennungsverfahren entwickelte sich ähnlich restriktiv wie in den anderen westeuropäischen Staaten, die Zahl der Asylverfahren blieb äußerst gering.

Am 30. September 1993 schloss Italien das Gesetzgebungsverfahren rist der Legalisierung; 250.000 entsprechende Anträge gingen ein. Viele der Legalisierten waren nach kurzer Zeit wieder illegalisiert, weil sie die entprechenden formalen Nachweise nicht dauerhaft erbringen konnten. Abschiebungen funktionierten noch nicht, vor allem aus mangelnden Finanzierungsregelungen.

1998 lief die letzte Legalisierungskampagne. Wer nachweisen konnte, dass er /sie sich bereits vor dem 27. März in Italien aufhielt oder über einen Arbeitsvertrag verfügte, erhielt bis nach einem Beschluss vom August 1998 einen legalen Status. Stichtag für den Antrag auf Legalisierung war Mitte Dezember 1998, er wurde jedoch nachträglich um einige Moante verschoben. Die Bearbeitungszeit einzelner Anträge betrug bis zu eineinhalb Jahren, einZeitraum, in dem viele, die anfangs die Kriterien erfullten, Wohnung oder Arbeit verloren und somit aus der Sanatoria wieder herausfielen. Mehr als 300.000 Personen reichten Anträge ein, darunter fast 40.000 AlbanerInnen. An zweiter Stelle lagen RumänInnen, an dritter MarokkanerInnen.[6] Gleichzeitig legte Innenminister Napolitano ein neues Dekret vor, das die Einwanderungsquote für Arbeitsuchende auf 34 000 für das Jahr 1998 beschränkte.

Anhand der Legalisierung der ersten Massenankunft von AlbanerInnen lässt sich beispielhaft herausarbeiten, wie dieses Mittel –begleitet oder gefolgt von repressiven Instrumenten – eingesetzt wird. Als über tausend AlbanerInnen im Juli 1990 die Botschaften westeuropäischer Länder in Tirana besetzten, nahm der italienische Staat 800 BotschaftsbesetzerInnen auf und gewährte ihnen Asyl. Dies geschah im Widerspruch zu den Bestimmungen des gerade verabschiedeten Gesetzes Martelli. Die Regierung dekretierte einen Spezialstatus für diese Flüchtlinge.[7] Die italienischen Politiker und Medien deklarierten die geflüchteten AlbanerInnen damals noch nicht zu innenpolitischen Feinden. Auf der ersten nationalen Regierungskonferenz zur Immigration, die vom 4. bis 6. Juni 1990 in Rom stattfand, legten die offiziöse Forschungseinrichtung CENSIS und der Nationale Rat der Wirtschaft und Arbeit (Consiglio Nazionale dell'Economia e del Lavoro) einen allgemeinen Bericht unter dem Titel "Immigrati e società italiana" vor, in dem zwei bedrohliche Gebiete künftig massenhafter Emigration benannt wurden: Die zerfallende Sowjetunion, Rumänien, Bulgarien, Polen, Ungarn an erster und Nordafrika an zweiter Stelle. Albanien kam nicht vor.

---

[5] Camilleri, Reno: Migration policies in the Meterranean basin: recent international achievements. Mediterranen Conference on Population, Migration and Development, Palma de Mallorca, 15.-17. Oktober 1996 [Concil of Europe, Doc. CONFMED/Session2 (96) 1 rev.], S. 20

[6] Frankfurter Rundschau, 11.Februar 1999

[7] Weisung des Innenministeriums Nr. 17278/110, 15. Oktober 1990. Hierzu wie auch zum folgenden: Campani, Giovanna: Albanians in Italy: Asylum-seekers, refugees, immigrants, in: Delle Donne, Marcella (Hrsg.): Avenues to integration. Refugees in contemporary Europe. University of Rome "La Sapienza", The European Association for Refugees Research 1994, S. 221-241

Drei Jahre später war in einem Folgebericht der CENSIS von der ehemaligen Sowjetunion keine Rede mehr, dafür stand an erster Stelle nun Albanien.[8]

Während der Aufstände gegen die albanische Regierung im März 1991 kam es in den Küstenregionen des Landes zu regelrechten Schiffsbesetzungen. Ungefähr 28.000 Personen – identifiziert wurden nach ihrer Ankunft in Italien 23.286 albanische Arbeiter, Techniker, Soldaten, fast alle junge Männer, aber auch viele Minderjährige; über 4.000 konnten untertauchen - setzten innerhalb von drei Tagen über die Adria. Die italienische Regierung sah sie nicht als politische, sondern als Wirtschaftsflüchtlinge an [und was passierte konkret nach Einlaufen?]. 17.758 Angekommene suchten um Asyl nach, aber nur 600 erlangten es.

Die italienischen Behörden handelten unter drei Prioritätssetzungen: Erstens wollten sie die Personendaten der meist passlosen Flüchtlinge erfassen, zweitens sollten die sozialen Zusammenhänge der Flüchtlinge durch eine Verteilung über ganz Italien zerrissen werden, und drittens begann die italienische Regierung die Verhandlung mit Albanien über die Rücknahme von 4.000 Flüchtlingen und über politische Maßnahmen gegen Flüchtlinge in Albanien.

Italien verfügte damals über keine bereitstehenden Flüchtlingsheime, über keine computergesteuerten Systeme der Flüchtlingsverteilung wie Deutschland und über keine zentralen, regionalen und lokalen Abteilungen der Flüchtlingsverwaltung. Die Regierung nahm die Ankunft der AlbanerInnen zum Anlass, einen Notstand ("emergenza") auszurufen, administrative Engpässe und einen entsprechenden Handlungsdruck dadurch aufzubauen. Im April 1991 richtete sie ein zusätzliches Ministerium, genannt "Albanischer Notstand'", unter dem formalen Titel "Ministerium für italienische Gemeinden im Ausland und für Immigration ein".[9] Es wurde im Juni 1992 wieder aufgelöst, nachdem mehrere tausend AlbanerInnen abgeschoben, ungefähr 10.000 AlbanerInnen auf die kommunale Ebene in ganz Italien verteilt und das Flüchtlingsthema dorthin verlagert worden war.[10]

Im Juni 1991 revoltierten diese albanischen Flüchtlinge in den Lagern in Apulien (am 6. Juni in San Marco bei Bari) und der Basilikata (in Heraclea und Policoro in der Provinz Matera). Sie forderten Bewegungsfreiheit, menschenwürdige Unterkunft und Ernährung. In diesem Klima schritten die Behörden zur zwangsweisen Verteilung der AlbanerInnen, häufig gegen den Willen regionaler und lokaler Behörden und Bürgerinitiativen. Sogar die Regionalbehörden linker Tradition - wie Umbrien und Emilia-Romagna - weigerten sich, die Flüchtlinge aufzunehmen.

Die Sozialwissenschaftlerin Giovanna Campani hat über einen längeren Zeitraum zahlreiche dieser AlbanerInnen nach ihrer Umverteilung in die Toskana interviewt. Die Ergebnisse lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Mithilfe der Gewerkschaften, kirchlicher Einrichtungen und verschiedener Initiativen erhielt eine große Zahl der Angekommenen Italienischunterricht und eine Ausbildung. Trotz aller bürokratischer Hürden standen sie in Rekordzeit ganz regulär in Arbeit und Brot.

Verfolgen wir den geschilderten Weg einer interviewten Gruppe nach ihrer Ankunft in Süditalien: In Brindisi wurden sie nach ihrer Ankunft im März 1991 mehrere Tage von der Polizei im Hafen festgehalten. Sie erhielten schließlich eine Einjahres-Aufenthaltserlaubnis bis zum 8. März 1992 und entzogen sich der Lagerunterbringung. Ihr erster Job war in einer

---

[8] Campani, a.a.O., S. 221 f.

[9] Zur Ministerin berufen wurde Marherita Boniver.

[10] Auch zum folgenden Campani, a.a.O., 224 ff.

Wäscherei. Sie verdienten bei einem Achtstundentag umgerechnet etwa 400 DM im Monat und erhielten dort einen Schlafplatz. Nach drei Monaten – die Touristensaison hatte begonnen – arbeiteten sie in einem Hotel für weniger als 15 DM pro Tag, bei "freier" Verpflegung und Unterkunft. Sie bekamen Druck, weil sie angeblich zu viel essen würden. Anschließend ging es zur Feldarbeit, 20 DM pro Tag, aber ohne Essensverpflegung. Am Ende der Ernte verweigerte der Unternehmer den Lohn. Die Polizei weigerte sich einzuschreiten. Caritas erreichte, dass ihnen 700 statt den ihnen zustehenden 1.800 DM ausgezahlt wurde, und organisierte ihre Verteilung in die Toskana, besorgte einen Bus für 50 Leute und brachte sie im September 1991 nach Florenz.

An Beispielen demonstriert die Autorin die Umverteilung in die Toskana: die Quote war einE AlbanerIn pro 2.000 ItalienerInnen: 30 Personen kamen nach Prato, 27 nach Scandicci, 2 nach Incisa, 3 nach Fiesole, 2 nach Campi Bisenzio, usw. Der stärkste Protest kam aus der Stadt Sesto Fiorentino, das kommunistisch-sozialistisch regiert wurde. BürgerInnen reichten eine Unterschriftenliste gegen die Aufnahme ein, sie machten auf die Gefahren aufmerksam, die angeblich von AlbanerInnen ausgingen; zudem lebten ja in der Stadt bereits einige Roma. Die Stadt sollte nach dem Verteilungsschlüssel 23 AlbanerInnen aufnehmen.

Eineinhalb Jahre nach Ankunft der albanischen Flüchtlinge - am 31. Oktober 1991 - legte die Notstandsministerin Margherita Bonver den Bericht der Umverteilung und Unterbringung vor. Darin heißt es, dass neben den Abgeschobenen und Untergetauchten 8.000 arbeitslos gemeldet seien, 9.452 hätten eine Beschäftigung gefunden und 711 Personen befänden sich in einer Fortbildung. 2 000 Kinder und Minderjähre ohne Eltern befänden sich mehrheitlich noch in Italien. Nur ein sehr geringer Prozentsatz sei in die Kriminalität gegangen.

Die zweite Massenzuflucht fand vom 6. und 13. August 1991 statt, ungefähr 21.000 AlbanerInnen kamen an. Jetzt setzte die italienische Regierung erstmals die Abschiebungsmaschinerie, die sie in der Zwischenzeit aufgebaut hatte, in großem Maßstab in Gang. Außerdem nutzte sie die abermalige Notstands-Panikmache, um Anfänge einer militarisierten Flüchtlingspolitik zu starten. Unter dem Namen "Operation Pelikan" stationierte das italienische Militär ab September 1991 eintausend Soldaten in Albanien. In einer Mischung aus militärischer Drohpräsenz in den Häfen, aus denen die Flüchtlingsschiffe ausliefen, und aus einer militarisierten Lebensmittelhilfe baute das italienische Militär Operationsbasen in Durazzo und Vlore sowie 27 kleinere Basen in Albanien auf. 1992 geriet die militärische Weiterleitung von Spenden in den Strudel von Korruption und Skandalen und führte zu einem – vorläufigen – Ende der Operation.[11]

Seit 1992/93 wurden die Albanerinnen auf der Flucht generell "Clandestini" genannt, die den Militärkontrollen auf der Adria und den Polizeikontrollen in den Küstenregionen zu entkommen versuchten. Der Preis für eine Überfahrt stieg von 300 auf 800 Dollar, der Monatslohn in Albanien liegt bei 30 bis 40 Dollar.[12]

Die Zuflucht aus Albanien hielt über all die folgenden Jahre an. Die ersten beiden Fluchtbewegungen 1991 und 1992 nahm die italienische Regierung zum Anlass, Notstandsmaßnahmen gegen Flüchtlinge zu proben und damit die Anfänge einer italienischen Flüchtlingspolitik zu legen, eine Mischung aus Legalisierung, Abschiebung und Militarisierung der Adria und der albanischen Küste. Regierungsamtliche Schätzungen gehen heute davon

---

[11] Cavaterra, Antonio: Working group on Albania, in: Università degli Studi di Roma "La Sapienza": European Seminar: International Migrations as a Factor of Security and Cooperation in Europe and in the Mediterranean Region, Rom 1. – 3. Oktober 1992, S. 67 – 70

[12] Campani, a.a.O., 224 f.

aus, dass 1991 und 1992 ungefähr 50.000 AlbanerInnen nach Italien kamen und die Hälfte von ihnen zurückgeschoben wurde. Anschließend war die Zuflucht aus Albanien völlig kriminalisiert, es kamen zwischen 1992 und Ende 1996 ungefähr 200.000 Personen.[13]

In Italien, einem Land mit einer EinwohnerInnenzahl, die zwanzig Mal höher liegt als die Albaniens, gab es keine tiefgreifende kritische Diskussion zur Kriminalisierung der AlbanerInnen und der allmählichen Militarisierung der Flüchtlingspolitik. Dass die Ankunft von 28.000 Flüchtlingen 1991 zur Ausrufung des Notstands führte, auch zur Theoretisierung einer albanischen Klaustrophobie – Albanien sei so klein, dass sich deren BewohnerInnen da beengt fühlen müssten – kann man als Indiz für die entstehende Festung Europa lesen: Außen lauern die Gefahren und die Phobien, innen herrscht die Normalität, die von Zeit zu Zeit mit dem Notstand garantiert werden muss.[14]

Dabei hatte Italien nicht zu den Gründungsmitgliedern der Schengener Vertragsstaaten gehört, die den Beginn und den Motor der westeuropäischen Abschottung bildeten. 1985 hatten sich die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und die Benelux-Länder polizeipolitisch durch den Abschluss des Schengener Abkommens eng zusammengeschlossen. Das Bindemittel dieser Kooperation war und ist die Grenzpolitik, insbesondere die der Außengrenzen, und damit die Konstruktion einer gemeinsamen Bedrohung durch Flüchtlinge und MigrantInnen. Dieser Schengener Zusammenschluss begann mithin, weit bevor der Eiserne Vorhang fiel. Organisatorisch war er die Fortsetzung der Zusammenarbeit der entsprechenden Innenministerien und Polizeien aus der Zeit der politischen Repression gegen aufständische Gruppen und Bewegungen der 70er und frühen 80er Jahre.

Umso erstaunlicher ist es also, dass die italienische Regierung nicht zu den ersten Signatarmächten von Schengen gehörte, hatte es sich doch durch eine blutige Repressionsstrategie des Notstands gegen die politisch-soziale Rebellion im eigenen Land einen Namen in Westeuropa gemacht. "Emergenza" (Notstand) war seit Ende der 70er Jahre eine politische Vokabel, mit der immer neue Sondergesetze und administrative Anordnungen der Aufstandsbekämpfung jenseits der parlamentarischen und richterlichen Überprüfbarkeit erlassen worden waren.

Nach dem Ende der großen Repression und mit dem Zerfall des Ost-West-Gegensatzes waren die großen italienischen Parteien zusammengebrochen. Die christdemokratische und sozialistische Partei verschwanden völlig von der Bühne. In das Machtvakuum stießen die Lega Nord vor, mit dem Programm des Wohlstandschauvinismus der norditalienischen Kleinunternehmer und Resten der gewendeten Arbeiterbewegung, außerdem eine Mitte-Links-Gruppierung aus Technokraten, Katholiken und Exkommunisten; Zuwachs und neue Bedeutung erhielten zudem die sich staatsmännisch gebenden Neofaschisten und die mediengestützte Sammelbewegung von Berlusconi. Es war eine Zeit erheblicher innenpolitischer Instabilität, aber ohne große Oppositionsbewegungen und politische Alternativmodelle. Weitgehend ungestört ordnete sich die politische Klasse neu.

Die Lega Nord hatte Ende der 80er Jahre in den norditalienischen Großstädten ein rassistisches Politisierungsschema entwickelt: Die BürgerInnen sollten aktiv ihre Städte wieder in die Hand nehmen. Aus dem alten Slogan der linken 70er Bewegungen "prendiamoci la città" ("nehmen wir uns die Stadt") verwandelten zahlreiche gewendete ehemals linke Politiker Kampagnen gegen die Kleinkriminalität in den italienischen Innenstädten. Gemeint waren mit

---

[13] [EU, High Level Working Group]: Draft actionplan für Albania and neighbouring region – Summary, Version: 7. Juni 1999, S. 6

[14] siehe Colafato 1992 [Titel?]

den Hass-Aufrufen die Flüchtlinge und MigrantInnen. Die Lega Nord, die sich in der Feinderklärung gegen Rom gebildet hatte, im gewünschten Akt der staatlichen Separation und der rassistischen Ausweisung der Mittel- und SüditalienerInnen, wurde zum Vorkämpfer gegen die "albanesi" und "africani". Die lokalistische Inbesitznahme des Territoriums wurde so zu einem Movens der italienischen Flüchtlingspolitik.

In dem Milieu der Geschäftsleute der Innenstädte machten 1988 Jugendliche in Florenz Jagd auf afrikanische ambulante Straßenverkäufer. Bevölkerungen mancher Dörfer und Kleinstädte gingen in Süditalien gegen Nordafrikaner und Roma in organisierten Hetz- und Prügeljagden los. Während in Norditalien der offene Rassismus häufig von der Geschäftswelt der Innenstädte ausging, sind die Umstände in Süditalien weniger dokumentiert und durch die Steuerung lokaler Rassismen durch überregionale mafiöse Machtstrukturen schwerer zu analysieren.

1993 ergriff in Genua ein Komitee der Altstadt, deren Mitglieder sich früher auch für die sozialen Belange der Einwohner eingesetzt hatten, die Initiative bei der Mobilisierung gegen ansässige MigrantInnen. Im Juli des Jahres kam es zu einem tagelangen Altstadt-Pogrom gegen alle, die nichtitalienisch aussahen. In Interviews, die Antonello Petrillo in Genua führte, heißt es: "Die ersten Komitees sind spontane Zusammenkünfte, die um 1989 entstehen, vor allem im Stadtteil Sarzano, weil die Anwohner den Drogenhandel vor der Haustür, am Tage unter freiem Himmel, nicht mehr mit ansehen wollen." "Nach den Ereignissen vom Juli 1993 hat sich die Haltung der Behörden radikal geändert, meiner Meinung nach. Das heißt, dass es gelungen ist, diese Unterweltmilieus zurückzudrängen, und insbesondere hat man begonnen, die Gegend zu kontrollieren [...], die Milieus gibt es zwar nach wie vor, aber der große Sieg ist sicherlich gewesen, dass die Gegend jetzt kontrolliert wird, also das Zurückdrängen dieser Milieus, so dass die normalen Leute in Genua wieder leben können, auf dem Markt einkaufen gehen können ..."[15]

Im Stadtteil S. Salvario in Turin griffen Stadtteilkomitees zu rassistischen Mobilisierungen im Herbst 1995, im Herbst 1996, im Frühjahr 1997. In dem Stadtteil, genau so wie in einigen Gegenen von Mailand und im Zentrum von Genua war das Ergebnis der Kampagnen eine dichte Polizeikontrolle: ein und dieselbe Person – dem Aussehen nach einE NichtitalienerIn - wird inzwischen in einer Woche bis zu zwanzig Mal kontrolliert – wenn das einemR ItalienerIn oder EU-BürgerIn passieren würde, würde man von Polizeistaat sprechen.[16]

1995 wurden 301 gewaltsame Übergriffe gegen "Ausländer" registriert, für 1996 zählte eine Gruppe der Universität Rom 374 Fälle, über die in der Presse berichtet worden sei, darunter 68 Tote – und während der Vorstellung der Forschungsergebnisse gibt der Innenminister Napolitano zu, dass 111 "Ausländer" durch gewaltsame Übergriffe umgekommen seien.[17]

Im November 1995 zeichnete sich mit dem genannten Dini-Dekret erstmals der Umriss einer systematischen staatlichen Flüchtlingspolitik ab. Das Dekret selbst hatte nur begrenzte praktische Folgen. Abschiebungen funktionierten noch nicht, vor allem aus mangelnden Finanzierungsregelungen. Auch die vorgesehenen Carrier Sanctions gegen Personentransportunternehmer, die Menschen ohne Visa befördert haben, wurden noch nicht angewandt. Dennoch hatte das Dekret große Auswirkungen auf die gesamte italienische

---

[15] Petrillo, Antonello: Insicurezza, migrazioni, cittadinanza. Le relazioni immigrati-autocton nelle rappresentazioni dei 'Comitati di cittadini': il caso genovese (Tesi di dottorato di ricerca in Sociologia e politiche sociali, Dipartamento di Sociologia, Università di Bologna 1995), S. 207 ff., zitiert nach Dal Lago, S. 79

[16] Dal Lago, S. 42

[17] Caritas di Roma, Immigrazione: Dossier statistico '96, Roma 1996, S. 185 ff.; Tageszeitungen vom 12. Juni 1997

Flüchtlingspolitik: die Grenzen zur Nicht-EU wurden ostentativ geschlossen und Abschiebungen als Antwort auf die "emergenza", den Flüchtlingsnotstand, zur Notwendigkeit erklärt. Im Namen des nationalen Interesses einigten sich die Parteien von Rechts bis Mittelinks auf einen Konsens in der restriktiven Flüchtlingspolitik, MigrantInnen wurden erstmals generell als "soziales Problem" für die die Gesellschaft und die Regierungspolitik stigmatisiert.[18]

So lokal begrenzt, wie die rassistischen Bürgerwehren entstanden und agierten, entwickelten sich auch die antirassistischen Zentren, Vereine, Selbsthilfegruppen und Anlaufstellen in Centri Sociali. Im Vergleich zu Deutschland und den Niederlanden vernetzten sie sich in Italien – in der ersten Hälfte der 90er Jahre - kaum miteinander. Die starke lokale Zersplitterung der solidarischen Gegenbewegungen hängt nicht nur damit zusammen, dass der Staat nur im Ansatz eine zentralisierte Flüchtlingspolitik damals durchsetzte, sondern ist auch ein Ergebnis der wechselvollen Geschichte der Migrationsbewegungen und der Linken in Italien.

Nach der großen Repression Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre tauchten in Italien zunächst kaum radikale antirassistische Initiativen auf. Die beginnende Migration aus den afrikanischen Ländern organisierte sich in länderspezifischen, zunächst nicht offiziell registrierten Vereinen und Zusammenschlüssen. Der Wendepunkt kam 1989: Nach dem Mord an Jerry Masslo im Sommer jenes Jahres in Villa Literno enstand innerhalb weniger Monate eine antirassistische Kampagne - stark beeinflußt von den Gewerkschaften, der KPI und linken Basisgruppen - die zunächst in einer ersten großen Demonstration in Rom am 7. Oktober 1989 endete. Die staatliche Antwort auf diese Kampagne war die Legalisierung vieler Irregulärer - durch die erwähnte "Legge Martelli" - und die Anerkennung der Vereine als förderungsfähige legale Einrichtungen. Um MigrantInnen und Flüchtlinge auf die Legalisierungsbahn zu bringen, besorgten viele Vereine und Initiativen die nötigen Nachweise über Arbeits- und Wohnverhältnisse selbst, auf der Suche nach Gutverdienenden, die die zu Legalisierenden unter ihre Fittiche nahmen. Die staatliche Legalisierungskampagne verwandelte auf diesem Weg zahlreiche Gruppen in Ersatzbehörden. Gewerkschaften und Jugendgruppen machten sich den Antirassismus zudem in einer oft vereinnahmenden Art zueigen und - wie Aly Baba Faye (CGIL) in einem Gespräch 1995 meinte - "erstickten damit den Protagonismus der Immigrantenzusammenschlüsse, denen lediglich noch das Engagement für die Bewahrung ihrer kulturellen Identität blieb." Die großen Hoffungen der Kampagne von 1989-90 wurden dadurch schnell enttäuscht, auf landesweiter Ebene brachen die solidarischen Strukturen zusammen.

Der feste lokale Bezug wurde nach dieser Erfahrung zur generellen Bedingung der Initiativen, die überlebten oder neu entstanden. Beispiele dafür sind die Gesundheitsinitiativen, aber auch lokale Partnerschaften von autonomen Centri Sociali. Sie organisieren in manchen Städten die Hilfe für Dörfer und Städte in Ex-Jugoslawien durch enge Verbindungen zu den Flüchtlingslagern in ihrer eigenen Umgebung. Wohl in jeder Stadt entstanden gut verankerte Gruppen unter Namen wie "senza frontiere", "altreluci", "razzismo stop", "villaggio globale", "forum antirazzista spaziokamino", "corto circuito", "abele", "senzaconfine", "sos-razzismo", "interzona", "kafila", "cicsene", "break out", "città aperta", "nero e non solo", "karama", "no-nantola", "namasté", "dar" und andere.

Länderspezifische, fest organisierte Gruppen bilden vor allem Senegalesen, Bangladeshis, Pakistanis, NigerianerInnen, IvroinerInnen (Elfenbeinküste), Ghanaer/Innen, Filippininnen

[18] Zum Dini-Dekret und weiter unten zum Turco-Napolitano-Gesetz folge ich im wesentlichen den Ausführungen von Dal Lago, S. 26-28

und Kapverdianerinnen (letztere sind Frauenorganisationen). Daneben gibt es die "älteren", schon länger existierenden eritreischen, palästinensischen, chilenischen, argentinischen und iranischen Gruppen. Ländergruppen von MigrantInnen aus dem Maghreb und aus Ägypten haben sich erst spät gebildet, ebenso datieren die Anfänge politischer, religiöser und sozialer Vereinigungen von OsteuropäerInnen und neuen EinwandererInnen aus Peru und Brasilien erst aus jüngster Zeit.

Einzige Ausnahme: Die Roma und Sinti-Vereinigungen haben mit AIZO (Associazione Zingari oggi, Turin, Genua) und ADM (Associazione difesa minoranze, Florenz) auf die Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien vielfältig und in organisierter Form reagiert, auch italienische sozialarbeiterische NGOs wie Opera Nomadi (Mailand, Rom, Süditalien) haben sich den Romalagern zugewendet. Die Bürgerkriegsflüchtlinge - zum großen Teil Rom aus Ex-Jugoslawien - wurden en gros als "sfollati" anerkannt, ohne daß damit ein bestimmter sozialer Status festgelegt wurde: Soziale Unterstützung und der Ausbau der Infrastruktur der selbstorganisierten Slumsiedlungen wurden nach lokalem Zufall oder nach dem jeweiligen Kräfteverhältnis geregelt; in der Regel erschöpfte sich die Unterstützung mit der Zuweisung von Stellplätzen. Häufige rassistische Angriffe und die ständige Brandgefahr in den Holz- und Plastiksiedlungen schafften ein Klima der Angst.

Aufgrund fehlender staatlicher Unterstützung wurden Flüchtlinge und MigrantInnen praktisch vom ersten Tag an in die Billiglohnarbeit gedrängt. Sie finden in Süditalien überwiegend in der Landwirtschaft Beschäftigung, in Norditalien in allen Industriezweigen, und außerdem als fliegende Händler in den Großstädten. Die tatsächliche Auszahlung ihres kärglichen Lohns, die Reduzierung des Arbeitstags - 12 bis 16 Stunden sind durchaus üblich - und die Wohnverhältnisse (Schicht-Schlafen in Autos etc.) gehören zu den sozialen Basisfragen dieser Gruppen. Aber auch in anderen Sektoren der italienischen Gesellschaft wird die soziale Segregation, die systematische Ausgrenzung zunehmend als Grundproblem der neuen Entwicklung in Europa verstanden.

Erwähnt werden muß, daß es neben diesen landwirtschaftlichen und industrieförmigen Ausbildungen von Billiglohnarbeit andere Beschäftigungsverhältnisse und Migrationsformen gibt, die sich stark von den Verhältnissen in Deutschland unterscheiden. Zum einen hat sich in Italien bereits in den 70er Jahren eine regulierte Form der Immigration von Philippininnnen und später von Kapverdianerinnen herausgebildet, die im staatlichen Rahmen angeworben wurden und bis heute in Privathaushalten beschäftigt werden. Sie haben sich wesentlich fester organisiert als alle später ankommenden Flüchtlinge und ImmigrantInnen.

Zum anderen ist Italien seit 1989 zum Durchgangsland für Menschen vor allem aus dem Balkan, aber auch aus asiatischen Ländern geworden. Obwohl der italienische Staat nach und nach immer schwerere Geschütze aufgefahren hat – Verstärkung der Polizei in den Häfen und an der Küste, Kriegsschiffe in der Adria und südlich von Sizilien - ist Süditalien nach wie vor ein wichtiger provisorischer Ankunftsort für Menschen auf der Flucht. Die zerklüftete Küste ist praktisch nicht zu kontrollieren, und Großstädte wie Bari haben sich in den letzten Jahren zu Metropolen auch der MigrantInnen entwickelt. In den Stadtteilen der Armut und der weitgehenden faktischen Abwesenheit des Staats bilden sich die unsichtbaren Durchgangslager für Flüchtlinge und MigrantInnen aus, auf ihrem Weg "nach Europa".

Als staatlich eingerichtete Vertretung der politisch Verfolgten gibt es seit drei Jahren in Rom den Flüchtlingsrat CIR (Consiglio italiano dei refugiati). Weitere landesweite Betreuungsstrukturen für Flüchtlinge und MigrantInnen gibt es bei den Kirchen, durch Caritas etc., und den Gewerkschaften. Unabhängigen Unterstützungsstrukturen gibt es bis heute nur auf lokaler Ebene, allenfalls noch als regionale Koordination. Italienweite antirassistische

Netze und Mobilisierungen begannen 1994, mit Protesten gegen rassistische Überfälle und Morde, und gegen die Dini-Dekrete der Regierung 1996. Aber die Bündnisse zerfielen wieder. Erst mit dem Protest gegen die Errichtung von Abschiebeknästen 1999 (siehe unten) ist eine neuerliche landesweite Vernetzung im Entstehen begriffen.

Montag, 30. Januar 1995, Turin, Klinik Sant´Anna: Polizisten kontrollieren die Eingänge, auf der Suche nach einer Nigerianerin. Schließlich wird eine Mitarbeiterin des Kollektivs "Senza Frontiere" ("Grenzenlos") festgenommen, auf die Wache gefahren und nach einiger Zeit wieder freigelassen. - Sant´Anna ist die einzige Klinik in Turin, in der Frauen ohne EU-Paß ("Extracommunitarie") eine Abtreibung bei Dringlichkeit vornehmen lassen können - auch ohne Aufenthaltspapiere und ohne Krankenschein. Die Kontrolle bzw. der Ausschluß durch das Gesundheitssystem funktioniert in Italien anders als in Deutschland: So gibt es in Italien viele MigrantInnen, die zwar über ein reguläres Aufenthaltsrecht verfügen, denen aber aufgrund fehlender legaler Beschäftigung die behördliche Anmeldung der Wohnadresse verweigert wird, sie haben keine "residenza". Und ohne Anmeldung erhält in Italien niemand einen Krankenschein.

In der Aufnahmestation der Klinik Sant´Anna wird der Ausweis von Nicht-EU-Personen verlangt. Ohne Krankenschein müssen vor der Abtreibung umgerechnet 500 DM bezahlt werden. Und nach der Abtreibung wartet häufig die Polizei am Ausgang. Die Aufnahmestation hat den direkten Draht in das Polizeirevier. ED-Behandlung und Abschiebung der Irregulären - auf Veranlassung des Krankenhauses. "Wenn du schwarz bist", so eine Mitarbeiterin von "Senza Frontiere", "darfst du in Turin nicht in einer Klinik abtreiben" - oder du brauchst Hilfe zum schnellen Verschwinden nach dem operativen Eingriff. Die Mitarbeiterin wurde kurzzeitig verhaftet, weil laut Aufnahmestation "sie schon einmal eine Nigerianerin hat entwischen lassen."

Der Zusammenschluß "Senza Frontiere" hat zu Beginn der 90er Jahre begonnen, eine stabile Gesundheitsversorgung für Irreguläre - wie hier die Personen ohne die nötigen Aufenthaltspapiere genannt werden - und für Personen ohne Krankenschein aufzubauen. Daraus hervorgegangen ist ISI ("Informazione salute immigrati" - Gesundheitsinformation für Immigrierte), die seit dem 11. Mai 1992 als feste Anlaufstelle in der Turiner Via Vertola, Hausnummer 53, arbeitet. ISI hat ganz offizielle Öffnungszeiten: Nachmittags, außer Mittwoch, von 15.00 bis 18.00 Uhr. Von den 3.100 Personen, die sich in den letzten zwei Jahren an diese Initiative gewandt haben, waren 80% nicht in Besitz eines Aufenthalt-Dokuments, und 60% waren Frauen. Keine der 3.100 Personen hatte die Möglichkeit, einen Krankenschein zu bekommen. Peruanerinnen und Nigerianerinnen frequentieren am häufigsten das Zentrum.

Bei ISI, die mittlerweile auch von einem Teil der institutionellen Gesundheitsstruktur des Stadtteils (Usl 1) unterstützt wird, arbeiteten 1995 in der Regel vier Angestellte, darunter eine Peruanerin und ein Marokkaner, sowie vier Ehrenamtliche. Vormittags sind sie unterwegs auf Behördengängen und in Kliniken, um Behandlungstermine zu vereinbaren oder um MigrantInnen bei Behandlungen zu begleiten. Nachmittags ist meist auch ein Arzt oder eine Ärztin bei ISI, in der Freiwilligenschicht. Gianni, der ISI mitaufgebaut hat: "Wir haben Ärzte einbezogen, weil viele MigrantInnen in der akuten Phase einer Erkrankung herkommen, und dann ist nicht nur eine Diagnose nötig, sondern auch eine erste Behandlung." Auf die Frage nach den häufigsten Gründen, die zum Besuch der ISI führen, sagt Gianni: "Das sind allgemeinmedizinische Probleme, Basismedizin ist da nötig. Augenärztliche Fragen, Gynäkologie und Zahnbehandlung stehen im Vordergrund." Um 20.00 Uhr, das Zentrum hat eigentlich seit zwei Stunden geschlossen, werden für heute die letzten Personen beraten: Ein Marokkaner ist da, seine Aufenthaltserlaubnis ist abgelaufen, und er braucht dringend eine

ärztliche Untersuchung beziwhungssweise eine Bescheinigung, daß er arbeitstauglich ist - für eine angebotene Schwarzarbeit.

Hauptbahnhof Turin, abends: 100 bis 150 MigrantInnen, Obdachlose und Prostitutierte übernachten im Winter hier. Das war so bis Ende Januar 1995. Die Privatpolizei *Argus* wurde dieser Tage von der FF.SS. (der staatlichen Eisenbahngesellschaft) beauftragt, alle zu vertreiben und die "Säuberung" des Bahnhofs von Wohnungslosen zu garantieren. Nun patroullieren sie Nacht für Nacht, und vier Schäferhunde haben sie dabei. In diesem Winter sind bereits mehrere Obdachlose in Turin erfroren.

Krank, schmutzig, ansteckend: Mit diesem Feindbild arbeiten die Medien, die Stadtverwaltungen und ein Teil der offiziellen Gesundheitsversorgung, es ist zu einem wichtigen Instrument des institutionellen Rassismus geworden. Als die ImmigrantInnen-Schiffe aus Albanien 1991/1992 in Bari anlegten, streute die Presse das Gerücht, die Albaner hätten die Cholera an Bord, und begründeten damit die polizeiliche Isolierung. Die aktuelle Schmutz-Kampagne wurde Ende Januar 1995 durch Leonardo Caracciola, Präsident des Roten Kreuzes in Caserta, erneut entfacht: Zehn Prozent der Afrikaner in Caserta seien seropositiv, ließ er verlauten. Ohne ihr Wissen hatte er an Infektionen erkrankte Personen - 79 ImmigrantInnen aus Togo, Burkina Faso und anderen Ländern - auf Aids hin untersuchen lassen. Sieben Personen seien seropositiv - an die Presse gab er die Zahl "zehn Prozent" weiter. "Wenn wir zur Polizei gehen, um die Verantwortlichen der Untersuchung und der Kampagne anzuzeigen", sagt Roger aus Togo, "dann schieben sie uns aus Italien ab." Statt diskriminierende Aktionen auszutüfteln, sollten sich die Institutionen doch mit der Ernährungssituation und der Unterbringungsfrage auseinandersetzen, denn daher rührten die ständige Gefahr von Salmonellenvergiftung, TBC und anderen Erkrankungen. Davide Dabré, stellvertretender Vorsitzender der MigrantInnen aus Burkina-Faso, seit fünf Jahren in Italien, weist auf die Geschichte von Mamadoun Gomem hin, dem jungen Afrikaner, der auf der Autobahn gestorben ist, auf der Rückkehr von der Saisonarbeit in Kalabrien. Ihm wurde auf der Rückkehr in allen Krankenhäusern die Aufnahme und Behandlung verweigert. "Erst sagten sie, Lungenentzündung", sagt er, "aber dann hieß es überall - Aids!" Und die Türen knallten zu.

Mailand, Viale Bligny, Hausnummer 22, zweiter Stock, Februar 1995. Mehrere Dutzend Personen warten vor der Aufnahme einer ambulanten Krankenstation für MigrantInnen, geführt von NAGA, einer Freiwilligeninitiative von ÄrztInnen und KrankenpflegerInnen, die auch von RechtsanwältInnen begleitet wird. Behandelt wird hier auch ohne Vorlage des Krankenscheins. NAGA begann 1987 als politisch-medizinischer Versuch. 1995 zählte der Verein 140 Mitglieder und hat sich auf andere Stadtteile und sogar auf andere Städte ausgeweitet. 1990 ging NAGA dazu über, systematisch bei der Behandlung zu zweit zu arbeiten: Die zweite Person ist nicht nur DolmetscherIn, sondern hat auch eine ähnliche Herkunft wie der oder die MigrantIn. Die Gesundheitsversorgung wird mehr und mehr aus einem ganzheitlichen Ansatz heraus verstanden.

Nach diesem Modell entstanden in den vergangenen Jahren ähnliche Initiativen in anderen Städten. Am bekanntesten: "Alma Mater" in Turin, ein Frauenzentrum von Italienerinnen und Migrantinnen, das neben Gesundheitsfragen und -behandlungen auch soziale und juristische Beratungen einbezieht.

Aber auch ein Transfer der Dienstleistungen setzt ein: Einzelne ehemalige MitarbeiterInnen der verschiedenen Gruppen verstehen sich heute als kommunale Instanz, sie bieten ihre Kenntnisse und Fähigkeiten nun als Consult-Kooperativen für die kommunale Administration an.

Ostia bei Rom, Via Capo d´Armi, eine Straße am Westrand der Stadt, 1995: Der Asphalt reicht nicht ganz bis zu den drei gelb-grauen Wohnblocks "A", "B" und "C" am Ende der Straße. 800 BesetzerInnen wohnen hier, zu einem guten Drittel sind es ImmigrantInnen und Flüchtlinge. Die Wohnblocks wurden 1993 in nicht bezugsfertigem Zustand aufgegeben, die Baugesellschaft Federconsorzio hat sich zurückgezogen. "Als wir die Blocks Ende 1993 besetzt haben", sagt Paolo, " waren das nur Mauern, nicht einmal Toiletten waren eingebaut. Wir haben die Gebäude inzwischen bewohnbar gemacht, das hat uns viel gekostet. Und eine Räumung ist immer noch möglich." Es sind kleine, hergerichtete Wohnungen geworden, aber jetzt, Anfang Februar, ist es auch hier drinnen sehr kalt. "Seit ein paar Wochen haben wir Probleme mit dem Strom, er reicht einfach nicht für alle Wohnungen. Die Acea, der wir fette 10 Millionen Lire (ca. 10.000 DM) bezahlen, hat die Gebühren erhöht. Jetzt sammeln wir Geld, um die Stromrechnungen zu bezahlen, auch weil sonst Kinder und Alte krank werden können in dieser Kälte."

Von den 800 BesetzerInnen wohnen fast alle hier als Paare oder als Familie zusammen. Aus Marokko und Ägypten kommen die meisten, andere sind aus Rumänien, von den Kapverden, aus Polen, Albanien, Argentinien, Uruguay, von der Elfenbeinküste, aus Somalia, Senegal und aus Sierra Leone.

Selbstverständlich gibt es einen Besetzerrat. Jedes Stockwerk wählt eine Person, die daran teilnimmt. Der Rat trifft sich mindestens einmal pro Woche.

Die Erfahrungen, die die BesetzerInnen hierher zusammengeführt haben, sind äußerst unterschiedlich: Viele ÄgypterInnen sind mit der ersten Immigrationsmöglichkeit in den 70er Jahren nach Italien gekommen und haben sich in Ostia angesiedelt. Andere haben die Besetzung der großen leerstehenden Fabrik Pantanella in der Nähe des Hauptbahnhofs in Rom mitgemacht, aber das Gebäude wurde 1991 von der Polizei geräumt. Andere haben in der Slumsiedlung an der Viale Palmiro Togliatti gewohnt. Und aus dem Stadtteil Preneste kamen Leute dazu, die nach dem Brandanschlag auf ihr Zentrum und der anschließenden Räumung obdachlos geworden waren. Paolo: "Diese Besetzung hier entstand dann am Vittorio Veneto, einer abgewohnten und verlassenen Siedlung am Meer. Viele Immigranten, vor allem somalische Flüchtlinge, hatten das besetzt, noch heute ist das ein wichtiges soziokulturelles Zentrum, wo viele Jugendliche aus dem Centro Sociale Spaziokamino hinkommen, deren Zentrum wurde ja von den Naziskins abgebrannt. Obwohl der Ort ja ziemlich groß ist, reichte er bald nicht mehr aus, um alle ankommenden Migranten unterzubringen. Wir wußten von diesen Wohnblocks und haben die dann einfach besetzt. Bevor wir reinkonnten, mußten wir allerdings die Malavita-Banden vertreiben, die die Gebäude für ihre Geschäfte genutzt haben. Diese Gegend liegt ja ziemlich ab von anderen Siedlungen, die Polizei kam nie hierher, die hatte Angst. Nicht aus Zufall waren hier die Dealer und Glatzköpfe, die in Ostia recht stark und gut organisiert sind. Wir hatten mit denen auch richtige Zusammenstöße, aber zum Schluß ist es uns gelungen, sie zu vertreiben."

Amina, in Block "C", ist eine ca. 50jährige Frau aus der marokkanischen Stadt Fes. Nach der Räumung des Zentrums im römischen Stadtteil Prenestino wurde sie von der Stadtteilverwaltung in ein Aufnahmelager in der Gegend von San Giovanni verlegt. Aber der "Aufenthalt" dort war für sie immens teuer. "Für ein Bett in einem Raum, den ich mir mit fünf anderen Personen teilte, mußten wir jeweils 350.000 Lire (350 DM) zahlen. Ich habe fünf Kinder, wir konnten das nicht zahlen. Hier nach Ostia bin ich im Sommer 1993 gekommen. Eine Freundin hatte mir von anderen Personen erzählt, die dieselben Probleme hatten, und die habe ich dann häufiger besucht..." Die Frau wohnt seit 14 Jahren in Italien, fast alle ihre Kinder sind in Italien geboren. Alle Anträge auf eine Sozialwohnung wurden abgelehnt.

Militarisierung der Adria und der albanischen Küste

Neben den lokalen rassistischen Innenstadtkomitees und der Dini-Initiative übernahm das Militär Vorstöße in Richtung einer italienischen Flüchtlingspolitik. Mit der Erarbeitung von Interventionsplänen in Albanien und von Kontrolleinsätzen in der Adria entwickelte die Marine die erste militarisierte Flüchtlingspolitik Westeuropas. Das "Containment" der Flüchtlingsbewegungen wurde zum militärischen Programm. Im Mai 1995 schickte die italienische Regierung eine Heeresbrigade an die apulische Küste, als Einsatz gegen Flüchtlinge.

Die Regierung setzt seit Jahren das Militär für innenpolitische Zwecke ein. Stets handelt es sich bei den Einsatzgebieten um die süditalienischen sogenannten Notstandsgebiete: In Sizilien werden Soldaten gegen die Mafia, in Sardinien gegen die Entführungen und den "banditismo", in Kampanien gegen die Camorra eingesetzt. Auch wenn es der Regierung dabei in erster Linie darum geht, in diesen Gebieten staatliche Präsenz zu zeigen, bleibt es nicht bei der Symbolik. Das institutionspolitische Gefüge verschiebt sich durch diese dauerhaften Einsätze. Generäle und Offiziere sitzen mit am ordnungspolitischen Tisch der Regionen und Kommunen, es entstehen neue Machtkomplexe vor Ort.[19]

Flüchtlinge und MigrantInnen, die an der apulischen Küstenregion als heimlich Eingereiste festgenommen werden, werden, wenn sie AlbanerInnen sind, anscheinend seit 1995 sofort zurückgeschoben; wenn sie aus anderen Ländern stammen, nach der Verhaftung mit einer Ausreiseaufforderung freigelassen. 1995 wurden in Apulien 5.193 Personen rückgeschoben, eine Ausreiseaufforderung erhielten 3.624 Personen. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1996 lagen diese Zahlen bei 3.225 Rückgeschobenen und 775 zur Ausreise Aufgeforderten.[20] Die Praxis der Haft in den Containerhäfen, der Rückschiebungen, das Bedrohen der Flüchtlingsboote vor der apulischen Küste und die Ausstellung von Ausreiseaufforderungen sind weitgehend informell, d.h. hängen im Wesentlichen von der Willkür der Militärs und der Polizei vor Ort ab.

1995 veröffentlichte das Militärblatt "Jane's Intelligence Review" eine Landkarte, die die "Einbindung Albaniens in Planungen für den möglichen Ausbau von Transitrouten aus dem zentralasiatischen Raum und vom Schwarzen Meer zur Belieferung internationaler Märkte" verdeutlichen sollte. Verzeichnet sind "Ölpipeline, Plan - Europäischer Transportkorridor, Gaspipeline."[21] Der Autoput, die Nord-Süd-Überlandstraße durch Jugoslawien, fehlt. Der kroatische und bosnische Krieg und das Interesse des Westens hat diesen Weg durch Jugoslawien langfristig blockiert. Als wichtig sind hingegen die Verbindungen eingezeichnet, die von Skopje nach Westen zu den Hafenstädten Durres und Vlore führen. Tatsächlich wurde Albanien von italienischen Kleinunternehmern im Laufe der 90er Jahre wirtschaftlich als Billiglohnland erschlossen. Die bestehenden West-Ost-Transportverbindungen, ausgehend von den beiden Hafenstädten, gewannen für die wirtschaftliche Durchdringung des Landes und des Westbalkans einen strategischen Wert. Das ist möglicherweise einer der Hintergründe für das besondere italienische militärische Engagement in Albanien und später im Kosovo.

---

[19] Toller, Lia: Gli sbarchi di migranti senza documenti al sud: modelli di differenzialismo nella fortezza Europa, in: altreragioni Nr. 6, 1997, S. 52 f.

[20] Toller, a.a.O., S. 55

[21] abgedruckt in: ÖMZ 4 (1999), S. 433

In der Geschichte der Festung Europa ist es, so heißt es in dem Strategiepapier der österreichischen EU-Präsidentschaft zur Migrations- und Flüchtlingspolitik, "ein einziges Mal gelungen, durch ein erfolgreiches Bündel von Maßnahmen einen Massenexodus hintanzuhalten – nämlich in Albanien im Jahr 1997. Eine systematische Aufarbeitung dieses exemplarische Falls erfolgte aber noch nicht."22 Dieses Papier gibt den wichtigsten Überblick zum Thema und schlägt einen konkreten Maßnahmenkatalog für die Zukunft vor, den derzeit die EU Stück für Stück umzusetzen versucht.

Im März 1997 brach der albanische Staat zusammen. Finanzgruppen hatten durch eine Wirtschaft massenhaft ungesicherter Spareinlagen das Geld der kleinen Leute geraubt. Es kam im ganzen Land zu unkoordinierten lokalen Aufständen. Albanische Militärs verbündeten sich teils mit Stadtkomitees, teils mit männlichen Jugendcliquen. Der ausbrechenden offenen Armut und Not und den neuen unberechenbaren lokalen Herrschaften versuchten nach Regierungsberichten bis zu 30.000 Menschen über die Adria nach Italien und bis zu 40.000 Menschen über die Landgrenze nach Griechenland zu entkommen.23 Andernorts ist von der Hälfte dieser Zahlen die Rede.

Bereits während der Unruhen im März 1997 haben die italienischen Streitkräfte in Albanien eingegriffen. Mit einer ersten Intervention evakuierten sie damals 401 italienische und 1.046 ausländische Staatsbürger. Die italienische Regierung setzte dafür Hochseeschiffe und Hubschrauber ein. Während der Evakuierung kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit Albanern.

Den zweiten Militäreinsatz führte die italienische Regierung im Rahmen der "Multinational Protection Force" (MPF): Der Sicherheitsrat der UNO hatte dieser Operation unter dem Namen "Alba" am 28. März 1997 zugestimmt. Sie sollte mit 4.000 Soldaten vordergründig die Arbeit humanitärer Organisationen schützen – tatsächlich gab es damals aber kaum solche in Albanien. Das weitergehende und eigentlich Ziel waren Eskorten und Patrouillen in den beiden großen Hafenstädten, in der Hafenstadt Tirana und auf den Durchgangsstraßen, um "Brückenköpfe" für weitere Militäraktionen zu schaffen. So "verhinderte die MPF damit auch massivere Fluchtbewegungen über die größeren Häfen des Landes in Richtung Italien."24 Dieser mehrmonatige Militäreinsatz in Albanien deutet auf die künftige Regionalisierung der internationalen militärpolitischen Ordnung hin: Die NATO und die WEU hatten auf eine militärische Besetzung verzichtet und überließen – mit Zustimmung der EU - der Regionalmacht Italien das Feld der Adria und Albaniens als Führungsmacht. Die italienische Regierung setzte schließlich durch, dass nicht die ebenfalls beteiligte OSZE, sondern das italienische Militär selbst die faktische Befehlsgewalt über die internationale Einsatzgruppe erhielt. Die internationale Arbeitsteilung sah so aus: "Die EU übernahm die schon bisher traditionelle Rolle als Geldgeber, hatte sie doch schon in den vergangenen Jahren ca. sechs Mrd. Schilling in das Land gepumpt und den Staatshaushalt zu einem Drittel finanziert. [...] Die WEU beschränkte ihren Albanieneinsatz auf eine vorerst 60 Mann starke Polizeimission, das das 'Multinational Advisory Police Element' (MAPE), das den (Wieder-)Aufbau der albanischen Polizeikräfte unterstützen sollte. Das Programm beinhaltete Hilfe bei der Neustrukturierung, der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung, Grenzkontrollen sowie Logistik und Kommunikation."25 An der wöchentlich in Rom tagenden Steuerungsgruppe

---

22 [Österreichische] Präsidentschaft, europäische Union, der Rat, an den K.4-Ausschuss, Strategiepapier zur Migrations- und Asylpolitik, Brüssel 1. Juli 1998, Punkt 15

23 (EU:] Draft actionplan für Albania and neighbouring region – Summary, Version: 7. Juni 1999, S. 6

24 Jedllaucnik, Herwig: Die Mission Alba. Europäisches Krisenmanagement im Land der Skipetaren, in: ÖMZ 4/1999, S. 431 f. Vgl. auch "Die Schiffsoperationen während der albanischen Krise" (Internetseite der italienischen Marine [Internet-Adresse])

25 Jedllaucnik, a.a.O., S. 427

des Einsatzes nahmen neben den Regierungsvertretern und Militärs der größeren Interventionsstaaten überdies Vertreter der UNO, der OSZE, der EU, der WEU und des Internationalen Roten Kreuzes teil.26 Der dauerhafte Einsatz von IFOR/SFOR in Bosnien-Herzegowina stand bei dieser neuen militärisch-zivilen Zusammenarbeit Pate.

Parallel zur Operation "Alba" begann ein italienischer Marine-Einsatz: Am 20. März 1997 erließ die italienische Regierung das Gesetz Nr. 60 zur Blockade der Flüchtlinge in der Adria durch den Einsatz italienischer Kriegsschiffe, immerhin in einem Gewässer, in dem jenseits der Küstenzonen formal internationales Schiffahrtsrecht und nicht das des militärisch Stärkeren herrscht; am 23. März 1997 rief die italienische Regierung den Premierminister der provisorischen Regierung von Tirana nach Rom, um seine Zustimmung für den Einsatz der italienischen Marine an und vor der albanischen Küsten zu erhalten; in den folgenden Tagen unterzeichnete der albanische Verteidigungsminister eine entsprechende Vereinbarung. Am 24. März 1997 gab die italienische Regierung Anordnungen an die Marine, Schiffe aus Albanien "rigide zurückzuweisen", auch wenn sie sich in internationalen Gewässern befinden sollten.

Das war das "erfolgreiche Bündel von Maßnahmen" – in der Diktion des österreichischen Strategiepapiers - , das erstmals in der Geschichte Westeuropas nach dem Wegfall der systemoppositionellen Ostwestgrenze einen "Massenexodus" aufgehalten haben soll.

Am 28. März 1997, also vier Tage nach Beginn der Adriablockade, sank um ungefähr 19 Uhr im Kanal von Otranto, ungefähr 35 Meilen von der italienischen Küste entfernt, das albanische Schiff "Kater i Rades", nach einem Zusammenstoß mit dem italienischen Kriegsschiff "Sibilla", das zur Schiffsblockade gegen Landung von Flüchtlingen an der apulischen Küste eingesetzt war. Die "Kater i Rades" maß 20 Meter Länge und hatte ungefähr 110 Personen, darunter vor allem Frauen und Kleinkinder, an Bord. Die italienischen Kriegsschiffe "Sibilla" und "Zeffiro" brachten das albanische Schiff auf, die "Sibilla" näherte sich gegen die geltenden Sicherheitsnormen dem albanischen Schiff. Der Zusammenstoß bewirkte, dass die Außenwand des albanischen Schiffs riß.

Italienischer staatlicher TV-Sender RAI, Gad Lerner: "Pinocchio", 1. April 1999 aus San Mauro Mare.

Lerner: *"Sprechen Sie von einem Unfall, oder denken Sie, dass es sich um etwas Anderes gehandelt hat?"*

Albaner, der den Untergang des Schiffes überlebt hat (zugeschaltet): *"Nein, ich spreche von einem schuldhaft herbeigeführten Unfall, weil wir alle eine Tragödie gesehen haben, die durch diese militärische Fregatte gekommen ist ..."*

Lerner: *"schuldhaft, was meinen Sie damit? Muss man sich im entferntesten vorstellen, dass die italienischen Marinesoldaten das vorsätzlich gemacht haben..?"*

Albaner: *"Ich sage nicht, das haben die italienischen Marinesoldaten gemacht, aber ich sage, das hat der Kommandant der italienischen Fregatte gemacht."*

---

[26] ebda. Dort wird Herbert Grubmayer, der Botschafter der OSZE vor Ort, folgendermaßen zitiert: "Wir waren bei den Substanzgesprächen dieses Gremiums gar nicht zugelassen. Man bat uns nur am Schluss – euphemistisch .2. Teil' genannt – herein, um uns das Ergebnis mitzuteilen. Unseren Input auf diesem Gebiet konnten wir eigentlich nur vorher durch meine Telefonate mit dem Vorsitzenden des Steering Committee, dem Politischen Direktor Italiens, einbringen."

Lerner: "*Warum? Das ist eine sehr schwerwiegende Anklage. Warum?"*

Albaner: "*Weil wir alle - 34 Personen, die überlebt haben - , mit unseren eigenen Augen gesehen haben, was die italienische Fregatte gemacht hat."*

Lerner: "*Dann sprechen Sie also von einer Irrtumshypothese."*

Albaner: "*Ich spreche nicht von Hypothesen, sondern ich spreche als Augenzeuge dieser Sache." [...]*

Kapitän Federico Solari (zugeschaltet): "*Herr Lerner, guten Abend. Ja, ich bin der Schiffskapitän Federico Solari."*

Lerner: "*Sagen Sie mir, Kapitän: Wenn Sie ein Schiff ins Visier genommen haben, ein Schnellboot, eine Schiffsbarke mit Flüchtlingen an Bord, was machen Sie dann genau?"*

Solari: "*Also. Ist erst einmal ein Schiff mit Flüchtlingen an Bord erkannt und ausgemacht, besteht der erste Versuch darin, mit Funk mit dieser Einheit in Kontakt zu treten, um ..."*

Lerner: "*Aber häufig haben die keinen Funk, oder?"*

Solari: "*Das stimmt, und dann versuchen wir – immer unter größten Sicherheitsmaßnahmen – so nah heranzufahren, dass wir mit Lautsprechern zu diesem Schiff sprechen können; andere Methoden können sein - wir haben das während der Patrouillenfahrten ausprobiert – , dass wir Hubschrauber über sie fliegen lassen, sie mit Scheinwerfern anstrahlen, in der Nacht, vom Hubschrauber aus. Kurzum: Wir versuchen, dem Schiffsobjekt – sagen wir es so – klar zu machen, dass es einen illegalen Akt begeht, sowohl nach albanischem wie auch nach italienischem Recht.*

Lerner: "*Kapitän, sagen Sie mir eine Sache: Wie oft gelingt es Ihnen, auf diese Art und Weise sie zu überzeugen, dass sie zurückfahren? Hallo? Mir sagt der Admiral Mariani, der hier auf der Bühne ist, dass er gerne für Sie antworten möchte."*

Mariani: "*Wenige .."*

Lerner: "*- wenige Male, sagt der Admiral."*

Mariani: "*wenige Male, weil in den meisten Fällen diese Boote in der Hand von skrupellosen Leuten sind, die auf ihr Ziel setzen, ohne Rücksicht auf das Leben der Leute, die sie transportieren.*

Lerner: "*ja und was machen die dann? Ignorieren sie die italienischen Schiffe und fahren geradewegs weiter,ist es so?"*

Mariani: "*Sicher, sicher. So läuft das in den allermeisten Fällen."*

Lerner: "*Aha. Aber gelingt es Ihnen, sich Gehör zu verschaffen? Ich komme auf den Kapitän zurück: Geht das mit den Megafonen, den Lautsprechern?*

Solari: "*äh, in den meisten Fälle, schon. Dennoch ist die Reaktion diese Albaner auf dem Wasser – wie Admiral Mariani sagte - , fast immer so, dass sie unsere Warnungen ignorieren."*

Lerner: "*Haben Sie eine schriftliche Anweisung, die für alle ihre Einsätze gilt, oder ändert sich das von Mal zu Mal?"*

Solari: "*Nein, die Anweisung ist immer so, wie ich gesagt habe: Zuerst überzeugen, einschüchtern -*

Lerner: *"nein, also welche Worte benutzen Sie? Wer spricht? Wer geht zum Mikrofon, was sagt er?"*

Solari: *"Im Allgemeinen geht der Kommandant an Bord ans Mikrofon, er ruft zum albanischen Schiff hinüber und informiert, dass sie eine illegale Handlung begehen, die verfolgt werden wird, wenn sie in die italienischen Gewässer gelangt sind, dass dann der Kommandant des Schiffs verhaftet und das Gepäck beschlagnahmt werden wird; sie würden dann nach italienischem Gesetz vor Gericht gebracht werden. An diesem Punkt setzt zu 99 Prozent der Fälle das albanische Schiff seinen Kurs geradewegs fort, und das italienische Marineschiff, das die Albaner aufgespürt hat, folgt ihnen, bis es die Verfolgung eventuell an ein anderes Schiff übergeben kann."*

Die italienische Regierung nutzte die Unruhen in Albanien, um mehrere Mittelmeerregionen – nicht nur den Kanal von Otranto, der sich zwischen der apulischen Küste und Albanien befindet – als "Südfront" zu militarisieren und dadurch Flüchtlinge abzuwehren. Eine zweite Einsatzzone der Kriegsschiffe aufgrund des Gesetzes vom 20. März 1997 befindet sich sozusagen unter der Hacke des italienischen Stiefels (Jonisches Meer südlich von Kalabrien) und eine dritte zwischen Sizilien und der afrikanischen Nordküste.

Die Überwachung der Adria teilen sich drei italienische Marinekommandos:[27] Die "28. Schiffsgruppe" überwacht mit Schnellbooten die albanische Küste, vor allem die Bucht von Vlore, Kap Pali und Kap Laghi. Ihr Kommandositz liegt in der albanischen Hafenstadt Durres. Außer der Flüchtlingsabwehr dient ihr Einsatz der Unterstützung der NATO-Operation in Bosnien-Herzegowina. Die Flotte "Hohe See" operiert durchgehend mit zwei Fregatten in den internationalen Gewässern der unteren Adria. Die "Nationale Küstenflotte" überwacht die apulische Küste. An der Operation im italienischen Küstengewässer nehmen teil: Kleine Schiffe, Helikopter und Flugzeuge der Marine, der Hafenkapitäne, des Zolls, der Carabinieri und der Staatspolizei. Die Einsätze werden von den jeweils zuständigen Präfekten koordiniert.

Die Tageszeitungen vom 27. August 1997 berichteten von einem Vorschlag des italienischen Ministers Dini, der weit im Vorfeld des Kosovo-Kriegs und der EU-Aktionspläne des Jahres 1999 eine zukunftsweisende Perspektive der polizeilich-militärischen Abschottung aufzeigte: Flüchtlingslanger sollten doch mit EU-Geldern in Albanien aufgebaut werden, um die Flüchtlinge im Vorfeld aufzuhalten und die Fluchtbewegungen zu "regionalisieren". Tirana wies den Vorschlag damals zurück.[28]

Im Nachhinein legalisierte und verlängerte Italien durch diplomatische Aktivitäten die laufende Militär-, Polizei- und Zollpraxis gegen albanische Flüchtlinge. "Rund zehn Tage bevor die multinationalen Schutztruppen (FMP) der Aktion 'Alba' (Morgendämmerung) Albanien verlassen haben sollen," so berichtete die Frankfurter Rundschau am 1. August 1997, "werden dort am kommenden Montag [4. August 1997] wieder Streitkräfte aus Italien eintreffen. Ihre Aufgabe wird sein, bei der Neuorganisation der albanischen Armee mitzuhelfen. Den Vertrag über diese Kooperation unterzeichneten die Verteidigungsminister beider Länder, Andreatta und Brokaj, am Donnerstag [31. Juli 1997] in Rom bei der zweiten internationalen Albanien-Konferenz. Daran nahmen 35 Delegationen aus europäischen Ländern, den USA und der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) teil. Der OSZE-Beaauftragte und österreichische Ex-Kanzler Franz Vranitzky meinte, um Albanien Stabilität zu geben, sei ein umfassender Ansatz vonnöten. [...] Für den Aufbau der Sicherheitskräfte sollen Polizeieinheiten der WEU (Westeuropäische Union) nach Albanien entsandt werden. Erstmals werden sich an einem solchen WEU-Einsatz auch US-

[27] Internetseite der italienischen Marine "Überwachung gegen die illegale Zuwanderung"

[28] Corriere della Sera, 28. Oktober 1997

Sicherheitsbeamte beteiligen." Den italienischen Militärs und Polizeien ist damit "das Patrouillenfahrten und Kontrollen sowohl der Hochseefischerei wie auch bei Motorschiffen in albanischen Gewässern erlaubt. Dieses Abkommen wurd verlängert und weitere Verbesserungen bei der Grenzkontrolle vereinbart." Am 28. August 1997 wurde ein zusätzliches italienisch-albanisches Kooperationsabkommen der Verteidigung unterzeichnet, das die Stationierung von italienischen Militärberatern und –ausbildern in Albanien regelte.[29] Am 18. November 1997 unterzeichneten die italienische und albanische Regierung ein Rückübernahmeabkommen. Am 9. November 1998 traf Albaniens neuer Premierminister Pandeli Majko zu einem Zwei-Tage-Besuch in Rom ein, mit ihm der Verteidigungs-, der Innen- und der Arbeitsminister. Ziel des Besuchs war vor allem die Bekämpfung der illegalen Migration. Sie unterzeichnen am darauffolgenden Tag ein Protokoll über die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und über die Reorganisierung der albanischen Polizei mit Hilfe der italienischen Regierung. Das italienische Außenministerium gab bekannt, dass Italien das Land sei, das am meisten Hilfe für Albanien leiste: Umgerechnet 215 Millionen DM im Jahr 1998.[30] Im einzelnen war in dem Protokoll vorgesehen: der italienische Zoll erhält in der Bucht der albanischen Hafenstadt Vlore eine Eingriffsermächtigung vor Ort; die Insel Sazan vor Vlore wird zur italienischen Militärbase der Flüchtlingsbootsüberwachung ausgebaut; die Kontrolltätigkeiten der italienischen militärischen und polizeilichen Behörden wird auf die Provinzen Vlore und Scutari ausgedehnt.[31] Zu den 300 italienischen Beamten des Zolls, der Polizei und der Carabinieri in den albanischen Städten Durres und Tirana sollten jetzt, im November 1998, weitere 200 "Spezialisten" kommen. Zusätzlich sollte die albanische Polizei und Militär von italienischen Einheiten ausgebildet werden.[32]Am 31. Juni 2000 berichtet die NZZZ, dass "zwischen Italien und Albanien ist ein Streit über die Bekämpfung der Schlepperbanden in der Adria entbrannt [sei]. Albaniens Präsident Meidani bestritt am Wochenende, dass italienische Polizisten ab sofort auch auf dem albanischen Festland eingesetzt werden dürften, um dort bereits das Ablegen der Schlepperboote zu verhindern. Darauf hatten sich der italienische Ministerpräsident, Amato, und sein albanischer Kollege Meta am Freitag in Tirana geeinigt. Die italienische Regierung, die nach Informationen von ´La Repubblica´ Albanien seit 1998 mit umgerechnet rund 212 Millionen Franken unterstützte, hatte die Einigung mit Tirana noch am Samstag als grossen Schritt im Kampf gegen den Menschenhandel angesehen. Die Vereinbarung sah vor, dass italienische Polizisten gemeinsam mit ihren albanischen Kollegen auf dem albanischen Festland Schlepper festnehmen dürften. Die Einheiten würden durch Schnellboote und Helikopter unterstützt. Die albanische Regierung hatte am Donnerstag ein Gesetz verabschiedet, das die Beschlagnahme der Boote von Schleppern vorsieht.

Die albanische Hafenstadt Vlore wurde seit Herbst 1998 immer öfter als Zentrum der Fluchthilfe, des Menschenhandels und Schmuggels beschrieben. Die OSZE hat darüber ausführlich berichtet und 25 kriminelle "Schlepper- und Schleuser"-Gruppen in der Stadt ausgemacht.[33] Längs der Straße, die die albanische Hafenstadt Vlore mit Sarande in Richtung albanisch-griechische Grenze verbindet, haben Ende Oktober 1998 Spezialeinheiten eine undurchlässige Blockade aufgebaut, mit Kalaschnikov und schwarzen Gesichtsmasken; sie

---

[29] [EU] Albanien, Juni 1999, S. 9

[30] Xinhua, Rom 9. November 1998

[31] [EU:] Draft Albania, S. 16, siehe auch Corriere Ticino 29. Oktober 1998

[32] la repubblica, online: Punto per punto l'accordo con Tirana. 10. November 98

[33] [EU], Draft Albania, S. 8

seien die verlässlichste Truppe der Regierung, die anderen etwas mehr als 1000 Polizisten des Bezirks sollen überprüft werden, heißt es in einem italienischen Zeitungsbericht.[34]

Claudio Bazzocchi berichtet am 27. Oktober 1998 über Vlore in der Tageszeitung il Manifesto unter dem Titel "Repressive Show der Regierung, aber in Wirklichkeit kann sich nichts ändern: die Stadt lebt davon": *"Sonntag nachmittag, gegen vier, an der Brücke, wo letztes Jahr die Grenze zwischen der von der Polizei kontrollierten Zone und der anderen Zone verlief, die die Bewohner von Vlore als ihre freie Republik betrachteten. Die Polizisten sind die ganze Zeit sehr nervös und arrogant. Einer der Mitarbeiter unseres Hilfswerks spürt plötzlich einen Gewehrlauf aufgedrückt, weil er vor einem Polizisten allzu nachlässig, die Beine übereinandergelegt, im Auto sitzt. An der Brücke passieren jeden Tag verzweifelte Kosovaren, Albaner oder Kurden: unserer Fahrer sagt uns, dass man an dieser Stelle eine der zahlreichen Mautgebühren für die Reise nach Italien zahlen muss. - Kaum sind wir in Vlore angekommen, sind wir auch schon an den Molen, von wo aus jeden Abend die Schnellboote nach Apulien ablegen. Wir haben von dem Unglück der vorigen Nacht gehört: zwanzig Personen im Meer zerstreut, längs der Küste von Vlore, weil der Motor eines Schnellboots auseinandergeflogen ist. Gegen fünf Uhr liegen nur ganz wenige Schnellboote vor Anker, in Erwartung der Clandestini. Ganz wenig LKWs sind auch da, mit denen sie aus allen Teilen Albaniens hertransportiert werden. Wir haben dann erfahren, dass der albanische Innenminister kurz vor uns in Vlore angekommen ist und Befehl gegeben hat, auf die Schnellbootfahrer zu schießen. Und in der TV-Abendsendung haben wir den Polizeichef gesehen, der sich an den Molen hat aufnehmen lassen, als der seinen Männern Schießbefehl gab, gegen diese 'Kriminellen, die unsere Leute sterben lassen'. [...] Wir haben mit den Jungs gesprochen, die im Jugendzentrum von Vlore arbeiten. Sie haben uns erklärt, dass sich fast die ganze Wirtschaft von Vlore auf die Aktivitäten der Schlauchbootfahrer gründet. Jedes Schnellboot unterhält ungefähr acht bis zehn Familien: drei oder vier teilen sich gemeinsam den Besitz eines Bootes, und diese zahlen jedem, der Leute findet, die heimlich ausreisen wollen, Geld, genauso wie den LKW-Fahrern und denjenigen, die sich um den Sprit kümmern und den albanischen Vermittlern in Italien. Es gibt ungefähr 150 Schnellboote in Vlore, und damit also 1500 Familien, die vom Transport der Illegalen leben, das macht insgesamt 5 bis 6.000 Leute. Wenn wir uns vor Augen halten, dass Vlore ungefähr 100.000 Einwohner hat, kann man schnell hochrechnen. Die Wirtschaft der Schnellboote speist in Wirklichkeit alle oder fast alle Handlesaktivitäten. Die Jungs unseres Zentrums haben uns erklärt, dass aus diesem Grund die Ankunft des Ministers und die demonstrierte Präsenz der Polizei nur eine Fassadenmobilisierung seien, die nur ein paar Tage anhalten wird. Kein Polizist aus Vlore könnte sich ernsthaft vorstellen, auf einen Schnellbootfahrer zu schießen."*

Ende Januar 1999 berichtet die Frankfurter Rundschau: *"Rund zweitausend Flüchtlinge vieler Nationalitäten sind seit Jahresanfang vonden schnellen Schlauchbooten – durchschnittlich vierzig pro Nacht – aus dem albanischen Vlora oder Durres an die Küste Apuliens gebracht worden."*[35]

Die Berliner Zeitung am 25. Januar 1999: *"Der erste ernsthafte Versuch der albanischen Polizei, die täglichen Flüchtlingstransporte nach Italien zu stoppen, endet am Wochenende in einer Blamage. In Zusammenarbeit mit der italienischen Finanzpolizei ließ der Polizeidirektor der südalbanischen Hafenstadt Valona [Vlore], Sokal Kociu, sechs Schnellboote der Schlepper beschlagnahmen. Ein Gesetz, das im Herbst auf Druck Italiens beschlossen wurde, verbietet den Besitz dieser schlauchbootähnlichen Schiffe. Als Kociu auch die Eigentümer verhaften lassen wollte, sah er sich aber einem aufgebrachten Heer schwerbewaffneter Männer gegenüber, die ihn kurzerhand entführten. Erst nach Rückgabe der Schiffe ließen die Schlepper den Polizeichef wieder frei. Die gescheiterte Blitzaktion ist eine schwere Niederlage für die italienische Regierung, die auf Zusammenarbeit mit den albanischen Behörden setzt. Wie sich zeigt, kamen nicht einmal die eigenen Leute Kociu während der Aktion zur Hilfe. Auch von der Regierung in Tirana fühlte sich der 37jährige im Stich gelassen."*

---

[34] Corriere della Sera, 30. Oktober 1998

[35] FR 28.1.88

Die Süddeutsche Zeitung am 29. Januar 1999: *"Begonnen hatte die Auseinandersetzung am Wochenende, als die albanische Küstenpolizei, unterstützt von der italienischen Finanzwache, in Vlora Jagd auf Schleuser machte. Sechs von den Schleusern benutzte Motorboote wurden beschlagnahmt und auf die der Hafenstadt vorgelagerte Insel Saseno [Sazan] transportiert. Auf diesem Eiland, wo eine Radarstation speziell zum Kampf gegen die 'scafisti' gebaut wird, sind 20 italienische Polizisten und Soldaten im Einsatz. [...] Schließlich brachten die Rebellen den Polizeichef der Stadt in ihre Gewalt. Sie fuhren mit ihm zur Insel Saseno [Sazan], wo er die italienischen Militärs resigniert anwies, die Motorboote an die Schleuser zurückzugeben."*

Ein halbes Jahr später – gegen Ende des NATO-Kriegs – ist in einem Bericht des Guardian vom 1. Juni 1999 über Vlore zu lesen, dass über 5.500 illegale MigrantInnen, meist KosovarInnen, allein in der letzten Woche an der italienischen Südküste gelandet seien. Die Schnellboote versuchten, den 30 italienischen Polizeiwächtern zu entkommen, die auf der Sazan-Insel vor Vlore stationiert sind. Diese italienische Einheit verfüge über drei Schnellboote, und "sie machen das Leben der Schleuser zur Hölle". Letzten Freitag habe die albanische Polizei nach ihrem Rückschlag im Januar zum ersten Mal wieder ein Boot beschlagnahmt. ,"Das könnte ein Durchbruch sein", so Kapitän Bruno Biagi von der italienischen Wachmannschaft, "die Boote bedeuten jeweils eine Investition von 40.000 Pfund." In einem Stadtteil Vlores lebten 1.850 kosovarische Flüchtlinge unter erbärmlichen Umständen, als "Gäste des Stadtrats". In zweiten Block schliefen sie in einer Fabrikhalle eng an eng auf Matratzen. Fiqirie Mehmeti aus Prizren - dort habe sie Ökonomie an der Universität bevor sie geflohen sei - , wird mit den Worten zitiert, dass das Schreien der Babies nachts es unmöglich mache zu schlafen. "Es gibt kein gekochtes Essen. Was wir kriegen, ist Brot und Käse, einmal in der Woche Milch." Die ersten behelfsmäßigen Duschen seien vor zwei Tagen installiert worden, aber warmes Wasser gebe es noch nicht. Zu denen, die in den letzten Tagen nach Italien übersetzten: " Sie hatten keine Pässe, keine Visa. Sie zahlten einfach," so lauten die Angaben der Studentin. Die Überfahrt habe 670 Pfund gekostet.

Die Wohlfahrts- und Armutsgrenze der Adria hat die italienische Regierung, so kann man rückblickend feststellen, mehr und mehr auch mit militärischen Mitteln zu definieren versucht. Die entstehende italienische Flüchtlingspolitik wurde dabei zum Medium, sie war anfangs in der Adria allein auf Abwehr ausgerichtet. Doch der albanische Staatsverfall ließ nach 1997 neokolonialistische Begehrlichkeiten zu realistischen Vorhaben werden. Auch hier, bei der Errichtung einer Art Protektorat in Albanien, das die italienische Regierung in westeuropäischem Interesse 1998 vorantrieb und im Zuge des NATO-Kriegs 1999 durchsetzen konnte, spielte die Flüchtlingspolitik die entscheidende Rolle.

Große Flüchtlingssammellager vor der Festung Europa, in der die regionale Flüchtlingsarmut, aber auch irakische KurdInnen, Pakistanis oder TamilInnen aufgehalten würden, waren – europäischen Vergleich - in Polen oder der Tschechischen Republik nur in Ansätzen durchsetzbar gewesen. Die dortigen Regierungen hatten die westeuropäische Zweiteilung – Aufnahmeeinrichtungen für AsylantragstellerInnen und Abschiebeknäste für Verhaftete – übernommen. In Albanien sollten erstmals Sammellager der Armut errichtet werden, in der Rückgeschobene aus Westeuropa, Ankommende aus Südosteuropa und balkanische Armuts- und Bürgerkriegsflüchtlinge gemeinsam eingepfercht werden sollten.

In unserem Heft "Kosovo - Der Krieg gegen die Flüchtlinge" sind wir auf die diesbezüglichen Planungen der Schweiz und Italiens bereits kurz eingegangen.[36]

---

[36] Dietrich, Helmut; Glöde, Harald: Kosovo. Der Krieg gegen die Flüchtlinge. FFM – Gegen die Festung Europa, Heft 7, Berlin-Göttingen 2000, S. 12 ff.

Nur der italienischen Regierung gelang es, 1999 während des NATO-Bombardements eine regelrechte Mobilisierung von HelferInnen und zivilen Freiwilligen zu entfachen und nach Albanien zu orientieren – zur Errichtung von Flüchtlingslagern, die bereits in früherem Kontext für andere Flüchtlinge geplant gewesen waren und auch den Krieg überstehen sollten, zur anderweitigen Verwendung.

Unter dem Namen "Arcobaleno", "Regenbogen" kanalisierte die Regierung die NGO-Bewegung der SozialarbeiterInnen, HelferInnen und Freiwilligen, die während der Bombardierungen "etwas für die Menschen tun" wollten, in die Bahnen der mafiösen und korrupten Unternehmen, die Erfahrung in der Unterwerfung von Armutsregionen im eigenen Land hatten. Während täglich die Fähren die Freiwilligen übersetzten, teilten sich die Chefs des neuen Großunternehmens in Kukes und anderen bergigen albanischen Grenzorten ihre Anteile mit den lokalen Herrschaften auf. Währenddessen vergammelten die Sachspenden und Nahrungsmittel für die Flüchtlinge zügeweise in den Güterhäfen Bari und Brindisi, sie wurden Monate nach dem Krieg "entdeckt".

Mit der Operation "Arcobaleno" entstand eine soziale Schicht der FlüchtlingsverwalterInnen und Nachschuborganisationen, eine regelrechte italienische Protektoratsschicht in Albanien. Sie ist bis heute dort präsent und stellt eine Wissens- und Organisationsbasis für die italienisch-westeuropäischen Protektoratsverwaltung dar, für einen Stab, der der albanischen Regierung während des Kriegs an die Seite gestellt wurde, und der seinen Sitz in Tirana und Rom hat.

Die regionale soziale Umgestaltung der Adriaregion in eine italienische Vormachtstellung und ein neokoloniales Albanien verwandelte ganze Landstriche in ihrer politischen Funktion. Aus Apulien, der wichtigsten Anlandestelle von Flüchtlingen, wurde eine über die gesamte "zivile" Fläche ausgebreitete Militärbasis für künftige Einsätze rund ums Mittelmeer. Das Militär ist nicht mehr nur eine kasernierte Streitmacht, sondern wird zu einem gesellschaftlich-territorialen Großfaktor in der Region, das durch seine Logistik und Landüberwachung einen Teil der ökonomischen und sozialen Entwicklungen des Gebiets mitbestimmt. Die Einsatzpläne gelten nicht mehr nur militärischen Zielen im engeren Sinne, sondern allen denkbaren "Krisen".[37]

Die lebensbedrohlichen Folgen des Einsatzes von Militär gegen Flüchtlinge auf den Schiffen in der Adria wurden oben bereits genannt. Deren Entrechtung und existentielle Bedrohung im Westen findet im Militäreinsatz eine weitere Zuspitzung.

Hinzuweisen ist auch auf die politischen Auswirkungen der Militarisierung auf die westlichen Regionen. Die apulischen Gemeinden, die von der Verwandlung der Region in eine Militärbasis betroffen sind, hat niemand gefragt. Ihre Möglichkeiten politischer Opposition sind bisher nicht diskutiert.

Im Januar 2000, fast ein Jahr nach Beginn der großen Mobilisierung "Arcobaleno", wurde die Korruption um die albanischen flüchtlingspolitischen Einsätze publik. Die wichtigsten Exponenten von "Arcobaleno" wurden verhaftet. Zahlreiche Details der Verwaltung der Flüchtlingslager, der Kommerzialisierung und Unterschlagung der Hilfe wurden aufgrund der Veröffentlichung von Telefonüberwachungen bekannt.

Im Nahhinein gestehen die Vertreter der größten italienischen Hilfsorganisationen wie der Präsident des Consorzio italiano di Solidarietà (Ics), dass "Arcoaleno" von Anfang für

---

[37] Vgl. il manifesto, 2. November 1999, dort werden die Planungen aus "Rivista militare", Sept./Okt. 1998 und Juli/August 1999 zitiert und besprochen.

Kriegszwecke aufgebaut wurde, nicht transparent arbeitete und auf eine "erniedrigende Kooptation des Ehrenamts" hingearbeitet habe. Der Runde Tisch zur Koordinierung der Hilfsleistungen für das Kosovo ("Tavolo di coordinamento per il Kosovo"), an dem die NGOs, der UNHCR und verschiedene italienische Ministerien zusammengearbeitet hätten, sei von "Arcobaleno" zerstört worden, da sie die humanitäre Zusammenarbeit, die sich seit Bosnien herausgebildet hatte, ausschließlich auf die Flankierung des Kriegs ausrichten wollten. "Arcobaleno" habe die unabhängigen NGOs marginalisiert und durch Manager und Politikberater ersetzt.[38]

So spektakulär, wie solche Enthüllungen in der Presse präsentiert wurden, so wenig folgenreich waren sie. Denn in Wirklichkeit waren zahlreiche NGOs mit Profit in das Geschäft der Flüchtlingslager in Albanien eingestiegen und brachten diese Erfahrungen zurück nach Italien. Dort wurden sie wertvoll für die bis dahin inexistente Erfahrung, was das Managment von Abschiebeknästen und Aufnahmelager angeht. Es waren dieselben Organisationen, die an der Errichtung der Lager und Knästen in Italien anschließend beteiligt wurden (siehe unten).

Für Albanien ist künftig kritisch zu verfolgen, wie die Flüchtlingslager aus der Zeit des NATO-Kriegs um das Kosovo in Zwangslager und Abschiebeknäste für irakische KurdInnen, InderInnen, AfghanerInnen und andere Flüchtlinge und MigrantInnen verwandelt werden: Am 10. Januar 2000 schlossen der italienische Innenminister Enzo Bianco und sein albanischer Kollege Sportak Poci ein Abkommen zur Einrichtung von Abschiebelagern und Auffanglagern von Flüchtlingen aus anderen Ländern in Albanien ab.[39] Der Staatssekretär des Innenministeriums Maritati erklärt die Gründe damit, dass Italien jetzt zur Politik der Rückschiebungen übergehen will und sich versichern möchte, dass die Rückgeschobenen von Albanien aus nicht sofort zurückkommen. Bisher handelt es sich aber eher um eine Idee als um ein festes Abkommen. Maritati: "Bisher existieren auf jeden Fall schon einige Zeltstädte und Barackensiedlungen, die für die kosovarischen Flüchtlinge während des Konflikts genutzt wurden. Wenn man die wieder herrichtet, könnten sie für die Illegalen benutzt werden." Konkret ist an die Lager in Vlore und Durres gedacht. Die alten Lagerinfrastrukturen existieren dort zwar nicht mehr, die lokale Delinquenz und die Polizisten haben alles, was sie konnten, abmontiert und weggeschafft. Aber in Durres existieren z.B. noch die damals hergerichteten Gebäude, damals ging man davon aus, dass man sie für die KosovarInnen winterfest machen müsste.

Man sollte im Auge behalten, dass die italienische Regierung zwar aus eigenem Interesse ihre Vormacht in Albanien über die Flüchtlingspolitik ausbauen wird, aber die Art der Politik doch westeuropäisch koordiniert ist. So seien folgende Vorstöße aus der Schweiz dieser Übersicht hinzugefügt:

Am 24. Januar 2000 kamen der albanische Innenminister Spartak Poci und die Schweizer Justiz- und Polizeiministerin Ruth Metzler-Arnold überein, in Fragen der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, "insbesondere des Drogenhandels, der Prostitution und der illegalen Immigration" zusammenzuarbeiten. Zu diesem Zweck haben sie eine gemeinsame Expertengruppe eingesetzt. Bei der Bekanntgabe dieses Vorhabens verwies der albanische Innenminister darauf, dass Albanien mit Italien und Griechenland Abkommen über die

---

[38] il manifesto, 22. Januar 2000

[39] il manifesto, 12. Januar 2000

Errichtung von Lagern in Albanien abgeschlossen hat, in die "illegale Ausländer" verbracht werden sollen, die nicht in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden können.[40]

Am 30. Februar 2000 vermeldete die NZZ, dass die Schweiz ein Rückübernahmeabkommen mit Albanien unterzeichnet hat. Das Rückübernahmeabkommen weist gegenüber allen früheren, die die Schweiz mit andern Staaten abgeschlossen hat, eine Besonderheit auf: "Bei der Abklärung der Staatsangehörigkeit wollen beide Staaten eng zusammenarbeiten."

Die Konsolidierung der italienischen Flüchtlingspolitik

Die Militarisierung der Flüchtlingspolitik überführte die Mitte-Links-Regierung, unterstützt vor allem von der Lega Nord, in eine innergesellschaftliche Kampagne gegen die Gefahr, die aus Albanien drohe. "In denselben Tagen, in denen die Regierung die Abschiebung der albanischen Flüchtlinge dekretiert und sich darauf vorbereitet, Truppen nach Albanien zu schicken (Ende März 1997), vervielfachen sich die politischen Kampfinitiativen gegen die Kleinkriminalität und für die städtische Sauberkeit. Ein aufschlussreiches Element dieser Kampagnen, die von den Mitte-Links-Parteien entfacht wird, ist, dass sie sich überhaupt nicht von dem traditionellen repressiven Stil der politischen Kultur der Rechten unterscheiden."[41] Im Sommer 1997, als die Regierung die Massenabschiebung der AlbanerInnen beschlossen hat, hat die flüchtlingsfeindliche Panikmache die italienische Öffentlichkeit voll und ganz erfasst.

Wenn man sich die polizeilich-militärischen Entscheidungen in Italien seit den Unruhen in Albanien vor Augen hält, wird man von einer Umbruch der politischen Landschaft seit jenem März 1997 sprechen müssen. Eine forcierte staatlich-mediale Hetze, zunächst von der Regierung mit entfacht, und dann von ihr durch eine neue rassistische Gesetzgebung abgebremst, finden wir in Italien in jenem Jahr. Im Juni 1997 wurde bekannt, dass die italienischen Fallschirmspringer während ihres UN-Einsatzes 1993 in Somalia zahlreiche Folterungen und Morde zu verantworten haben. "Wir haben einige Hundert Somalier umgebracht", erklärte der General Carmine Fiore, Kommandant des damaligen italienischen Militärkontingents.[42] Diese Ungeheuerlichkeit wurde in zahlreichen Details in der Presse in der Folge bekannt gemacht. Die Morde wurden zu Skandalen. Sie wurden, genauso wenig wie die rassistischen Übergriffe im Land, nicht als Ergebnis eines neuen Abhängigkeits- und Gewaltverhältnisses zwischen "Italiani" und "Extracommunitari", zwischen den EU-ItalienerInnen und den Menschen, die nicht zur EU gehören, also AlbanerInnen, SomalierInnen und allen anderen, thematisiert.

Es wäre also zu kurz gegriffen, würde man den Alarmismus gegen Flüchtlinge allein auf die Schengener Vertragsstaaten und insbesondere auf den Druck der deutschen Bundesregierung zurückführen. Entscheidend scheint das Zusammenwirken der außenpolitischen Zwänge und der Aufwertung italienischer ehemaligen Kolonialmacht gegenüber Albanien zu sein. Die italienischen Behörden und Militärs folgten nicht blindlings oder gar gegen ihre Interessen den Direktiven aus Bonn und Brüssel, sondern erhielten durch die neuen Einsätze ein neues,

---

[40] XINHUA NEWS AGENCY NEWS BULLETIN 25/01/2000

[41] Dal Lago S. 121

[42] La Stampa, 8. Juni 1997, S. 9. Vgl. auch den ersten Bericht zu den Folterungen italienischer Soldaten: Porzio, G.: Somalia. Gli italiani torturavano i prigioniere: ecco le prove, in: Panorama Nr. 23, 12. Juni 1997, S. 20 ff. Porzio betont, dass sich die italienischen Soldaten nicht nur gegenüber Somaliern, sondern auch gegenüber Schildkröten derart brutal verhalten hätten.

altbekanntes Territorium: Die italienische Einflusszone auf dem Balkan und die Verfügungsgewalt über – potentiell – heimlich Einreisende.

Im Februar 1997 hatten zwei Minister der Mitte-Links-Regierung unter Prodi, Livia Turco und Giorgio Napoletano, einen Gesetzentwurf vorgestellt, der abermals eine Legalisierung, dieses Mal unter härtesten und teilweise absurden Bedingungen gestattete, darunter vor allem die zeitweise Legalisierung von SaisonarbeiterInnen, und auf der anderen Seite die Abschiebung von Verdächtigen, von sozial Gefährlichen und der Einrichtung der Abschiebehaft.[43]

Das Gesetz Turco-Napolitano wird monatelang beraten, es dauert mit seiner Verabschiedung. Dann, im August 1997, beginnt die Presse eine Stigmatisierung vor allem der AlbanerInnen als gefährliche Kriminelle. Spektakulär inszenierte Berichte über Serienmorde unterschiedlichsten Milieus schaffen ein Klima der allgemeinen Bedrohung und des sozialen Alarms. Todesstrafe für "ausländische Mörder" und Internierungslager werden von einigen Parteien und Medien gefordert. Dieses Klima sorgt für die schnelle Beförderung des Gesetzes in den Ausschüssen. Es wird von den beiden Parlamentarischen Ebenen zwischen Februar und März 1998 verabschiedet. Fast geräuschlos werden Lager errichtet, in Apulien, Sizilien, Trieste und anderen Orten. Erst im Juli und August 1998, als Dutzende Illegalisierter zu Revolten in den Lagern von Agrigent, Caltanissetta, Palermo und anderen Orten übergehen, wird die Lagerentwicklung überhaupt erst wahrgenommen. Bei Brot und Wasser, bewacht von der Polizei in halb verfallenen Gebäuden, waren die Lebensbedingungen in diesen ersten Lagern buchstäblich unmenschlich. Allerdings finden die Revolten wenig Echo. In der Nacht vom 29. zum 30. Juli versuchten 146 Marokkaner und Tunesier, dem Lager auf der süditalienischen Insel Lampedusa zu entfliehen, indem sie ihre Baracken anzündeten. Zwanzig von ihnen wurden in der Folge verhaftet sowie der Gewaltanwendung und der Sachbeschädigung angeklagt. Nur fünf gelang die Flucht. Für den 24. Oktober riefen verschiedene atuonome Gruppen in ganz Italien zu einem Mobilisierungstag für die Schliessung aller Abschiebeknäste auf der gesamten Halbinsel auf. Doch rückblickend kann man konstatieren, dass zahlreiche Linke der Mitte-Links-Regierung nicht mit Kritik zusetzen wollten und angesichts der neuen repressiven Entwicklung schwiegen.

Ausführlich wird die Einführung der Abschiebehaft unter Polizeibewachung in diesem Gesetz S. 39 geregelt. U.a. heißt es, dass die Abschiebeknäste möglichst in Grenznähe errichtet werden sollen. (Art. 12, Absatz 1). Die Abschiebung gründet sich auf Artikel 1 des Gesetzes 1423/1956[44], die Kriterien für die "soziale Gefahr" in einem negativen Verhaltenskodex für das Auftreten in der Öffentlichkeit definiert – auf ItalienerInnen wird dieses Gesetz seit Jahrzehnten nicht mehr angewendet. Diese öffentlichen Normen werden nun auf immer weitere Lebenssituationen der "Ausländer" ausgedehnt. In dem Turco-Napolitano-Gesetz heißt es den Schengener Vorgaben entsprechend beispielsweise, dass sich Ausländer Polizisten gegenüber ausweisen müssen, bei Strafe von 6 Monaten Haft oder 800.000 Lire.[45] Italiener betrifft diese Kriminalisierung nicht, wohl aber die Ausländer, die Italienern eigentlich formal gleichgestellt sind. Vergleichbares gilt für Art. 6 Absatz 4, der die Behörden ermächtigt, von Ausländern Auskunft über ihren Lebenserwerb zu erhalten – für Italiener gilt hier der Datenschutz. Hinter diesen Artikel versteckt sich die längst praktizierte Schleierfahndung nach phänotypischen Kriterien.

---

[43] Napolitano, Giorgio; Turco, Livia: Disciplina dell'immgrazione e norme sulla condizione dello straniero, schema di disegno di legge, Rom, 13. Februar 1997

[44] Misure di prevenzione nei confronti delle persone pericolose per la sicurezza e la pubblica moralità

[45] Artikel 6, Absatz 3

Die Abschiebehaft auf alter Grundlage46 war, bevor das neue Gesetz verabschiedet wurde, vom italienischen Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden. Die alte gesetzliche Regelung galt ohnehin als wenig praktikabel: es hatte das Delikt der illegalen Zuwanderung eingeführt und eine Haftstrafe von bis zu sechs Monaten dafür vorgesehen; eine volle Anwendung hätte für eine überbordende Fülle von Gerichtsverfahren geführt. Stattdessen verlagert das neue Gesetz nun die Haftfragen für Abzuschiebende und heimlich Eingereiste vom Strafrecht und seinen – relativen – Rechtsgarantien auf die Verwaltungsebene. Die Haft wird vom Pretore bestätigt, "entsprechend der Artikel 737 folgende des Zivilrechtverfahrens".47

Unter Artikel 14, Abschnitt "Durchführung der Abschiebung (espulsione)", sieht das Gesetz die Errichtung von Abschiebeknästen ("Zentren zeitweiligen Aufenthalts und sozialer Unterstützung")48 vor. Der Questore muss innerhalb von 48 Stunden dem Pretore Nachricht über die Verhängung der Abschiebehaft geben. Dieser hat innerhalb von 48 Stunden die Haftentscheidung zu bestätigen. Innerhalb von 20 Tagen, verlängerbar bis zu 30 Tage, muss die Abschiebung durchgeführt werden. Wird Widerspruch eingelegt, so wird damit nicht die Durchführung der Abschiebung suspendiert. – Der Questore ist verantwortlich dafür, dass sich eine Person nicht der Abschiebung entzieht.

Außerdem sieht das Gesetz die sofortige Rückweisung aller illegal Einreisender an der Grenze vor. FluchthelferInnen riskieren seit Inkraftsetzung des neuen Gesetzes Haftstrafen bis zu 15 Jahren. Von der Polizei Aufgegriffene, die ihre FluchthelferInnen denunzieren, werden mit einer Aufenthaltsgenehmigung belohnt. Legal eingereiste ImmigrantInnen können innerhalb der neuen, jährlich festzulegenden Einwanderungsquoten eine Arbeit suchen, falls sich Organisationen oder Private finanziell für sie verbürgen. Mit dem Dekret vom 24. Dezember 1997 zur "Programmierung der Einreiseflüsse für das Jahr 1998" setzte die Regierung die legale Zuwanderungsquote für 1998 fest. 38.000 Personen sollen 1998 für die Aufnahme einfacher, wenig Qualifikation erfordernder Arbeiten die Aufenthaltserlaubnis (permesso di soggiorno) gewährt werden. Das betrifft sowohl Personen, die sich zur Zeit im Ausland aufhalten, wie auch Ausländer im Land. Bevorzugt sollen 3.000 albanische Staatsangehörige werden, darunter bis zu 1.500 Personen, die ihrer Ausreise nach Albanien zugestimmt haben. Weiterhin sind in dieser Quote der Zuzug jeweils 1.500 marokkanischer und tunesischer Staatsangehöriger vorgesehen, gewissermaßen als Entschädigung dafür, dass die italienische Regierung zunehmend Druck auf die marokkanische und tunesische Regierung ausübt, damit sie Abgeschobene zurücknimmt.

Die italienische Regierung hat nach deutschem Vorbild Rückübernahmabkommen mit Marokko und Tunesien abgeschlossen, und zur Kompensation diesen Staaten Mittel und Know How zur Flüchtlingsabwehr zur Verfügung gestellt.

Italien hat 1998 mit Albanien, Marokko und Tunesien Abkommen zur Flüchtlingsabwehr geschlossen. "Tunesien erhält umgerechnet 150 Mil DM Investitionshilfe (von der nur 20% zurückgezahlt werden müssen) in drei Jahren und eventuell weitere 100 Mio DM, zusätzlich Schiffe und Radaranlagen zur Überwachung der Küste. Es verpflichtet sich im Gegenzug, Bootsflüchtlinge zurückzuhalten, und arbeitet mit bei der Identifizierung von Flüchtlingen, die trotzdem nach Italien gelangt sind. Bei Abschiebungen aus Italien nimmt Tunesien alle zurück, die aus Tunesien gekommen sind, unabhängig von ihrer Staatangehörigkeit; ausgenommen sind Angehörige der anderen Maghreb-Staaten. [...] Italien steht an der Spitze aller in Tunesien

---

[46] Artikel 7 des Martelli-Gesetzes

[47] Artikel 14

[48] Centri di permanenza temporanea e assistenza

investierenden Länder;" mit Marokko hatte sich Italien bereits im Juni über Abschiebungen geeinigt. "Schon Mitte August war die Mehrzahl der in den sizilianischen Sammellagern Inhaftierten zwangsweise zurück nach Afrika geschafft worden."[49] Marokko und Tunesien stellen entsprechend diesen Abkommen Konsularvertreter zur Feststellung der Identität Festgenommener und in den Lagern Internierter ab.[50]

Das ist die neue Realität in den Mittelmeerstaaten, als Italien tatsächlich zur Internierung von Flüchtlingen übergeht. In einer Reportage der NZZ vom 26./27.9.98 liest man: "Links und rechts der vierspurigen Straße, die vom Zentrum Agrigentos [in Sizilien] hinaus in die ´zona industriale´ führt, stehen in losem Abstand zueinander Lagerhallen und Fabrikgebäude, die nicht danach aussehen, als würde hier irgendwas produziert. Erst recht deutet nichts auf ein Empfangszentrum für Flüchtlinge hin, und wir sind drauf und dran, den Taxifahrer des Betrugs zu bezichtigen, als er vor eine rhoch umzäunten Lagerhalle hält. Sofort öffnet sich das Schiebetor einen Spalt breit, und ein junger Carabiniere erkundigt sich mißtrauisch nach unseren Wünschen. Während er sich auf die Scuhe nach seinen Vorgesetzten begibt, können wir ausgiebig das ´Empfangszentrum´ von außen begutachten: eine fensterlose Lagerhalle mit Wellblechdach und einer schweren Eisentür; drinnen muss eine infernalische Hitze herrschen. Ringsum Dutzende von schwerbewaffneten Carabinieri, Polizisten und Beamten der Guardia di finanza. Das lässt eher an ein Kriegsgefangenenlager als an ein Aufnahmezentrum für Flüchtlinge denken. Etwas abseits türmt sich ein Stapel verbogener, teilweise zerlegter Metallbetten. Der Carabinieri-Kommandant der Provinz Agrigento erweist sich als ein äußerst freundlicher Südtiroler, ist aber in der Sache hart: eine Besichtigung durch die Presse komme aus Sciherheitsgründen nich tin Frage. Das Lager sei von der Schengener Kommission und vom Uno-Hochkommissariat überprüft und für geeignet befunden worden. Und die Presse bringe nur Unruhe, wovon sie mehr als genug gehabt hätten. Auch in Agrigento kam es Ende Juli zu einem massiven Ausbruchsversuch. Die Eingesperrten verwendeten Betten als Rammböcke, mit denen sie das Tor einzudrücken versuchten, und lieferten sich mit den Ordnungskräften eine kleine Schlacht, die ein paar Dutzend Leichtverletzte forderte. Entkommen konnte keiner. Doc auf einmal erschienen Bilder von prügelnden Polizisten im Fernsehen und in der Presse, nicht nur in Italien. Mit leisem Spott äußert sich der Kommandant von Agrigento üebr die Presse, die das Thema nun plötzlich entdeckt hae. Dabei gehe es schon seit Jahren so."

Im ak vom 24.9.98 heißt es: "In den Lagern von Lampedusa, Agrigento und Siracusa organisierten sie Revolten. 90 Flüchtlingen gelang der Ausbruch aus dem Lager Caltanissetta, obwohl die italienische Polizei überall massiv zuschlug. ´Der Knüppel sitzt locker´, schrieb L Repubblica nach Auswertung eines privat aufgenommenen Videos über die Revolte von Lampedusa. Hier waren 40 von insgesamt 147 Lagerinsassen und zehn Polizisten verletzt worden. Regierungschef Prodis Ankündigung von Ende Juli, man werde gegen Flüchtlinge nunmehr die ´harte Linie´ fahren, wurde offensichtlich als Aufforderung zum Hinlangen verstanden. [...] Saber Aabeleh, der an der Revolte von Lampedusa beteiligt gewesen war, starb in Polizeigewahrsam. Ein Arzt berichtete später, Saber sei in Handschellen abtransportiert worden, obwohl er im Koma lag. [...] Im Hafen von Genau hatten acht Flüchtling ein ihren Schiffskabinen Feuer gemacht, um ihre Abschiebung nach Tunesien zu verhindern. Fünf von ihnen starben, weil die Wächter die Schlüssel nicht auftreiben konnten oder wollten."

---

[49] ak 24.9.98

[50] NZZ 26./27.9.98

Alesandro Dal Lago[51]

Die Anti-Albanien-Kampagne

(In der Presse veröffentlicher Ausruf Irene Pivettis, Expräsidentin des Abgeordnetenhauses, März 1997)

Stadien, Plätze und andere Aufnahmelager

In der vorherrschenden öffentlichen Meinung ist die neue Migration ein mehr oder weniger plötzliches und unvorhersehbares Phänomen, ein Unglück, dem man sich rational stellen muß und bei dem man sich nicht von optimistischen Ideen oder Motiven leiten lassen darf. Dies ist ein Resultat des Zusammenspiels von politischem System und den Medien und inzwischen auf wissenschaftlicher Ebene legitimiert. Es gibt angeblich eine grundsätzliche „Asymmetrie" zwischen >uns< und >denen<, wobei >ihre< Unterlegenheit vorausgesetzt wird. Die „Kultur der Unterlegenheit" besteht aus einem komplexen System von symbolischen Bezügen, ökonomischen und politischen Momenten, die sich den Umständen oder den realen Dimensionen des Migrationsbewegung anpasst.

Diese Bezüge werden aber nichtnur im medialen Sektor hergestellt, sondern funktionieren vor allem auf der Ebene der von den staatlichen Kontrollorganen als effektiv angesehenen Massnahmen wie dem Patrouillieren vor der Küste und den Kontrollen von „Fremden" an den Grenzen sowie innerhalb des Landes.
Inzwischen zeigt diese „Kultur der Unterlegenheit" schon seit einer geraumen Zeit charakteristische Konstanten.

Des weiteren hat der italienische Staat diese Unterlegenheit der MigrantInnen mit der Begründung, die Interessen der ItalienerInnen vertreten zu müssen, immer aufrecht erhalten. Dafür wurden ja auch sehr deutliche Formulierungen wie „Menschen, die legal nicht existent sind" gefunden.[52] Viel häufiger gehen jedoch jetzt automatisch Prozesse vor sich, die der Staat nicht einmal mehr zu rechtfertigen braucht, man spricht von emergenza, Notfall. Es wird nicht darüber nachgedacht, wer diese „Notfall-Prozeduren" zu durchlaufen hat, warum er überhaupt da ist oder welche Rechte er vielleicht haben könnte.

Die Art und Weise, wie Italien dem „Notfall Albanien" begegnet ist, ist eine eindrucksvolle Illustration der Fähigkeit, eine „Kultur der absoluten Unterlegenheit" der anderen in die Tat umzusetzen.

---

[51] Alessando Dal Lago - „Non persone", Milano 1999

sinngemäße Teilübersetzung des Kapitels „Campagne d'Albania" , pp.179-204

[52] Dal Lago, S. 180

Die „albanische Frage“ brach als 'nationaler Notfall' zwischen März und September 1997 über Italien herein. Doch die Beziehungen zwischen Albanien und Italien sind weitaus älter. 1939 z.B. wurde Albanien vom Regno d'Italia, dem italienischen Königreich, annektiert.
Betrachtet man dieses Annexion Albaniens, zeigt sie uns etwas über den Verbleib einer gewissen Kultur, ein „natürliches“ koloniales Verhalten gegenüber den AlbanerInnen. Am 13. April 1939 verkündete Mussolini nach dem vier Tage zurückliegenden Einmarsch der Italiener in Vlore die Absetzung des albanischen Königs und die Einsetzung Emmanueles III als König von Albanien. Italien sei in der Lage, mit seinen Männern und seinen Waffen die Ordnung in Albanien wieder herzustellen, verkündete der Duce dem albanischen und dem italienischen Volk. Albanische Kollaborateure boten dem italienischen König wenig später die albanische Krone von sich aus an und schworen die Treue auf den italienischen Staat. Es gab auch Gegenwehr, aber angeblich nur von bewaffneten Banden und Exhäftlingen, nicht von Seiten des albanischen Militärs.[53] 60 Jahre später benutzt man das gleiche Vokabular - marodierende Banden, ehemalige Gefängnisinsassen, mischen sich unter die unzähligen clandestini und bedrohen Italien.
Natürlich brechen die Kontakte zwischen Italien und Albanien nie gänzlich ab. Doch zu kommunistischen Zeiten beschränken sie sich auf das Interesse der Medien für eine „ländliche kommunistische Diktatur“. Dann, seit Beginn der 90er Jahre, steigt das Interesse für alles was „von dort“ kommt, erheblich an. Im Juli 1990 organisiert Italien die Durchreise durch Europa für Tausende von albanischen Regimegegnern, die in die westlichen Botschaften geflohen sind (alleine 800 in die italienische). Die Presse berichtet immer wieder mit großer Offenheit von den Gastfreundschaftsangebote der italienischen Bürgermeister, man entdeckt plötzlich mit großem Enthusiasmus die alten Verbindungen zu Albanien wieder.
Im März 1991 kommen weitere AlbanerInnen auf eigene Faust nach Italien. Immer noch ist die Stimmung gut, es wird von der Affinität zu adriatischen Völkern gesprochen.
Doch es braucht nur einige Tage, bis die AlbanerInnen in ihre Grenzen gewiesen werden. Der Golfkrieg ist gerade beendet und der Westen fürchtet, die „islamischen Gefahr“ mit dem Einsatz im Irak aufgewiegelt zu haben. War es nicht Vlore, von wo aus Mohammed II 1480 losfuhr, um Otranto zu besiegen, die Stadt, in die heute alle AlbanerInnen kommen?
Eine Panikwelle aufgrund einer möglichen Invasion kommt ins Rollen, Panik nicht nur vor „häßlichen, dreckigen und bösartigen Menschen“, sondern vor dem „Müll“, den „asiatischen Epidemien“, vor unvorstellbaren Krankheiten. Das hat zur Konsequenz, daß die Bürgermeister von Brindisi und Otranto sich an den Staat wenden, um bereit für schnelle Desinfektionseinsätze zu sein. Das Bild der AlbanerInnen, die nur acht Monate zuvor noch die stolzen BewohnerInnen des „Landes des Adlers“ waren ist nun zum Bild des Hungerleiders geworden, den man ernähren und säubern muß.
In diesen Jahren, 1991-1997, beginnen Italien und Albanien politische, ökonomische und kulturelle Kontakte aufzubauen. Das Bild der AlbanerInnen als gefährlicher Hungerleider hindern hunderte von Firmen, die größtenteils aus Apulien und anderen adriatischen Regionen kommen, nicht, das große Geschäft zu versuchen. Diese zwei Prozesse widersprechen sich nicht unbedingt. Die Grundidee ist die Öffnung der Grenzen für den Handel, nicht aber für die Menschen, so, wie es mit Marokko und Tunesien in der europäischen Migrationspolitik auch gehandhabt wird. Oder besser: während der Warenverkehr in beide Richtungen geht, kann der der Menschen nur einseitig gerichtet sein. „Wir“ (Unternehmer, Politiker, Militärs) können dorthin fahren, aber die AlbanerInnen sind nicht frei, hierher zu kommen. Genau zu dieser Zeit, im März 1991, werden AlbanerInnen wieder zu clandestini oder Kriminellen, eine Definition, die erst mal nur so dahin gesagt wird,

[53] Dal Lago, S. 181

sich dann aber vom Staat und der Politik als getragen erweist, wie die Geschichte mit dem Stadion von Bari beweist, von der heute kaum noch einer spricht:

Obwohl 1991 schon eine ganze Menge AlbanerInnen wieder enttäuscht und wütend über die Behandlung in Italien nach Albanien zurückkehren, kommen Tausende anderer Flüchtlinge an. Anfang August 1991, als die Migration als „biblischer Exodus“ bezeichnet wird, kommt es zum „internationalen Notfall“. Das Foto mit dem absolut überfüllten Schiff im Hafen von Bari, von dem sich junge Albaner springend und wegschwimmend zu retten suchen, ging als sog. „Zeitbild“ der Firma Benetton um die ganze Welt. Diesmal, unter den Blicken der ganzen Welt, ergreift der italienische Staat sofort Maßnahmen. Die AlbanerInnen werden in das Stadion von Bari gebracht, wo sie ca. eine Woche bleiben, ohne sanitäre Anlagen, durchnässt von Wasserwerfern und mit Nahrung durch Hubschrauber versorgt. Das Stadion ist von Wachpersonal umstellt, ItalienerInnen bringen ihre Kinder vorbei, um die „AlbanerInnen anzuschauen“. Am 14. August schließlich werden die AlbanerInnen auf verschiedene Lager verteilt, einige Hundert von ihnen, darunter auch bei ihrer Rückkehr gefährdete Deserteure, werden in verschiedene italienische Städte gebracht und von dort aus mit Militärflugzeugen nach Albanien ausgeflogen. Das alles findet seine Rechtfertigung unter dem Siegel der „nationalen Sicherheit Italiens“.

Es sollte nicht unerwähnt bleiben, welches Zeichen die Benutzung einer Sportanlage zur „Internierung“ von Flüchtlingen gesetzt hat. Das Stadion von Bari erinnert an andere Vorgänge wie z.B. die Internierung der Juden im „Vélo d'Hiver“ in Paris 1942 oder das Lager, das im Stadion von Santiago de Chile 1973 eingerichtet wurde. Viele nationale und internationale Pressekommentatoren greifen diesen Vergleich sofort auf.. Begriffe wie „Lager“ und „Käfig“ machen sofort die Runde, auch wenn sie aufgrund des Vergleichs, AlbanerInnen seien wie Tiere, doppeldeutig sind. Diese „tierische“ nicht zu bändigen wabernde Masse, die bewaffnet und gefährlich bereit ist, sich jeden Moment über die Straßen von Bari zu ergiessen ruft einerseits Ekel und Angst, andererseits Solidarität hervor. Doch der Vergleich mit anderen Internierungen lässt über die Unfähigkeit, diese Aktion als eine völlig neue politische Herangehensweise zu erkennen, erst einmal hinwegsehen. (...)

Ziel der Unterbringung im Stadion ist die Kontrolle der Flüchtlinge, man weiß nicht, wie man den Überblick behalten soll. Menschen mit unsicherem Aufenthalt werden wie Tiere in Käfigen gehalten, und das nicht, weil der italienische Staat nun grausamer oder gewalttätiger geworden ist, sondern weil ganz einfach noch keine juristische Handhabe für diesen Fall zur Verfügung steht, die es ermöglicht, diese Menschen wie Frauen und Männer zu behandeln. Die AlbanerInnen denken, sie sind in Italien, doch in Wirklichkeit befinden sie sich in einem extraterritorialen Raum. Was hier zu sehen ist, ist wie im Zoo: das Wasser wird von oben gespritzt, die Nahrung durch die Gitterstäbe hineingeworfen, ihre Bedürfnisse müssen die Flüchtlinge unter freiem Himmel verrichten. Die Flüchtlinge im Stadion von Bari verkörpern das Unfassbare: eine Menge, die sich für Menschen hält, aber nicht als solche gesehen wird!

Einige Jahre später, im Sommer 1998, wird Italien das Modell perfektionieren.

Auf dem Grund

Die Geschichte der Beziehungen zwischen Albanien und Italien kennt also verschiedene Gesichter, doch ein Moment verbindet sie alle.:Die Nicht-Existenz der AlbanerInnen als menschliche Wesen. Die Annexion 1939, die Negierung eines „Flüchtlingsproblems“ mittels der Internierung im Stadion von Bari, eine unglaubliche Medienkampagne über die albanische Gefahr, als die Regierung Berisha sich Anfang 1997 auflöst zeigen dies. Diese Nicht-Existenz ist offensichtlich politisch begründet und schließt zugleich einzelne Solidaritätsbekundungen für die AlbanerInnen nicht aus. Tatsache ist jedoch, daß diese „Politik der Nicht-Existenz“ tragische Folgen hat: So z.B. das Unglück der „Kater i Rades“ 1997, die nach einem Manöver

des italienischen Kriegsschiffes „Sibilla“ sinkt und knapp hundert AlbanerInnen mit in den Tod reisst.[54] (...)
Daß die öffentliche Meinung im Zeitalter der Massenmedien ein kurzes Gedächtnis hat, ist bekannt, denn nur ein Jahr nach dem Unglück, als ich dieses Buch zu Ende bringe, spricht niemand mehr über den Vorfall. Weniger offensichtlich ist jedoch die Tatsache, daß auch zur Zeit der Tragödie im März 1997 AlbanerInnen, die ertrunken sind oder als Flüchtlinge und dann als „clandestini“ in Italien leben, nicht existent sind. Der italienische Staat bestellt niemanden nach Brindisi, um der Opfer der Katastrophe zu gedenken oder die Überlebenden in Empfang zu nehmen. Nur Silvio Berlusconi versucht sich im Populismus und vergiesst an der Mole von Brindisi Tränen für die Opfer. Kurz, das Schweigen von heute ist nur das verlängerte Schweigen von damals.

Es sollte nicht zur Täuschung verleiten, daß die „albanische Frage“ die Presse das ganze Frühjahr 1997 beschäftigt -Italien spricht nur über sich selber, es verleiht nur seinen eigenen Ängsten und Phantasien eine Stimme. Liest man heute die Zeitungen vom Frühjahr 1997, vermittelt das einen Eindruck, den man nur als „grotesk“ bezeichnen kann. Tatsächlich sind das Vorgehen der Presse und die Katastrophe im Canale d'Otranto das Werk eines logischen stringenten Vorgehens. Erstens: der einvernehmliche Aufbau des Bildes, AlbanerInnen sind eine Bedrohung. Zweitens: die einvernehmliche „Verfilmung“ eines „Drehbuches“, dessen Höhepunkt die Schiffskatastrophe darstellt. Drittens: die Beseitigung oder besser die Umkehr dessen, was diese Katastrophe zu bedeuten hat. Anders ausgedrückt: analysiert man die Medien dieser Zeit der „albanischen Krise“, zeigt sich Italien als Land, welches die Bedingungen schafft, um eine solche Katastrophe überhaupt erst möglich werden zu lassen. Diese wird dann in einer bestimmten Art und Weise in Szene setzt, um dem Ganzen dann eine völlig andere Richtung zu geben. Man kann natürlich nicht sagen, daß die italienische Regierung dieses Unglück gewollt hat, doch hat die Regierung alles getan, um eine solche Katastrophe wahrscheinlich werden zu lassen. Das zeigt sich deutlich in der Angelegenheit der „Kater i Rades“: Mittels der Medien wird das albanische Volk als kriminell bezeichnet, es hat nichts anderes im Sinne, als Italien zu überfallen. Dann werden die Flüchtlinge in clandestini transformiert, was zur Konsequenz hat, daß die italienische Marine die Flüchtlingsboote aufhalten muß. In diesen zwei Vorausbedingungen zeigt sich der Einklang zwischen dem medialen Aufbau einer „albanischen Gefahr“ und dem Handeln der Regierung. Oder besser: Die Regierung scheint den Versionen der von der Presse konstruierten Realitäten untergeordnet zu sein. Der Tod der albanischen Flüchtlinge im Meer ist nichts weiter als ein Resultat der „Tautologie der Angst“.[55]
Die Analyse der italienischen Presse in den ersten Monaten des Jahres 1997 zeigt, wie, mit wenigen Ausnahmen, alle bedeutenden Tageszeitungen das gleiche paranoide Bild der „albanischen Frage“ schaffen - beginnend mit dem Bild Albaniens als große, vom Virus des Kommunismus verseuchte Beule. (...)
Um einmal ein Bild der Rolle der Medien bis zum Zeitpunkt der Katastrophe der „Kater i Rades“ zu geben, zitiere ich hier einige der Schlagzeilen aus der italienischen Presse, die 2 Wochen vor dem Unglück am 27. März 1997 erschienen:

> 14. März
> **Es ist Bürgerkrieg, Flucht aus Albanien, die italienischen Küsten im Sturm genommen**
> (L'Unità)

---

[54] vgl. Kapitel ...

[55] gemeint ist die Angst vor der albanischen Bedrohung durch die kommenden Flüchtlinge, die Italien „überrennen“ könnten. Die Begriffe 'Flüchtling' und 'Albanien' stehen gleichbedeutend für Angst .

15. März
Die apulische Mafia rekrutiert Flüchtlinge
(Il Giornale)
Invasion der Hoffnungslosen
(La Repubblica)
Italien wird überrannt von einem Volk auf der Flucht
(La Repubblica)

16. März
Notfall Flüchtlinge. Jetzt ist es ein Exodus: Auch ein Schiff mit Kindern angekommen. Tausende gehen an Land, Hafen von Brindisi geschlossen
(La Repubblica)
Flüchtlinge, alles ist voll. Es sind Tausende. 50 Kinder auf Kriegsschiff geflohen
(La Repubblica)

18. März
Vigna: Höchste Alarmstufe wegen Risikos der Invasion Krimineller
(Corriere della Sera)
Albanische Flüchtlinge sind Risiko für die Ferienhäuser. Flucht aus den Aufnahmelager hat begonnen - Hausbesetzungen an der Adriaküste befürchtet
(Il Giornale)
Eine Welle von Flüchtlingen in Apulien - schon über 9000 - es herrscht Notstand
(L'Unità)

19. März
Die wirklich Hoffnungslosen sind die von 1991. Vor 6 Jahren gingen kamen hungernde Familien von den Schiffen, heute haben sie alle Mobiltelefone. Ein Restaurateur erzählt:"Damals musste man ihnen Brot geben, heute verdienen sie Stockschläge!"
(Il Giornale)
Sie benutzen Kinder als Reisepässe. Viele Albaner bringen Waisenkinder mit, um schneller ein Visum zu erhalten
(Il Giornale)
Die Hoteliers: Entweder Flüchtlinge oder Touristen
(La Repubblica)
4 Jugendliche kommen zerlumpt und hungrig an. Sie sind die Vorboten einer unaufhaltsamen Welle
(Mattina, Beilage der Unità)
Flüchtlinge und kriminelle Banden
(Il Messaggero)
Flüchtlinge - Alarm: die Kriminalität steigt
(La Stampa)
Albaner: Kriminalitsalarm
(Il gazzettino di Venezia)

24. März
Vigna del Turco: „Ja, die Kriminalität schleicht sich ein"
(Corriere della sera)

25. März

Schiffsblockade, um die Albaner aufzuhalten. Harte Seiten aufgezogen. Sie werden zurückgeschickt, weil sie illegale Immigranten sind
(La Repubblica)

Hier sieht man, wie sich Tageszeitungen unterschiedlicher politische Couleur, große und kleine, nationale und lokale derselben rhetorischen Begriffe bedienen, dem selben reißerischen, sensationslüsternen Vokabular.
Am 20. März werden die Flüchtlinge per Dekret zu clandestini. Auch das schlägt sich in der Presse nieder. (...)
Bleibt die Tatsache, daß im März 1997 15.000 AlbanerInnen nach Italien kommen und dank dieser neuen „Etikettierung" wieder einmal nicht mehr menschliche Wesen zu sein scheinen und keinerlei Rechte haben. In Italien werden nun Stimmen gegen sie laut:
Die Lega Nord ruft die eigenen Bürgermeister zum Kampf gegen die AlbanerInnen auf, die in der Tourismusbranche Tätigen an der Riviera protestieren gegen ein Asylrecht für die AlbanerInnen, da es den Sommertourismus kaputtmache, andere Bürgermeister aus der Romagna schlagen vor, nur Frauen und Kinder hier zu lassen und die Männer heimzuschicken etc.etc. (...)
Eine Katastrophe wie die der „Kater i Rades" sollte eigentlich Betroffenheit und Scham auslösen (...) Doch das Ertrinken von Frauen und Kindern ist nur ein Unfall, der nicht viel Gewicht hat gegenüber der „albanischen Bedrohung".
Im Hinblick auf die Dimensionen und die wahre Natur des „Phänomens Flucht" handelt es sich um eine völlig irrationale Angst. Und dennoch ist diese Reaktion nicht ohne gute Gründe: die Flüchtlinge als clandestini abzustempeln, Lager zu errichten und sie polizeilich zu bewachen kostet offensichtlich weniger, als sie die Aufnahmeprozedur durchlaufen zu lassen und sie in die Gesellschaft integrieren zu müssen. Vor allem aber dient es dazu, noch einmal die Beziehung zwischen einem hochentwickelten und einem armen Land in vorteilhaften ökonomischen Termini neu zu definieren. (...)

Unsere Angelegenheiten

Am 4. Februar 1997 widmet der Journalist Gad Lerner eine seiner beliebten Folgen der Sendung *Pinocchio* den italienischen Firmen, die in Albanien tätig sind. Der Titel der Ausgabe, „Tirana, Italia" konnte nicht besser gewählt sein. Vor einem Publikum aus euphorischen italienischen Unternehmern und ruhigen albanischen Arbeitern diskutieren Lerner, der Bürgermeister von NeapelBassolino, ein Vertreter der albanischen Regierung aus Tirana, ein Gewerkschafter und andere Gäste (unter ihnen auch der Abgeordnete Borghezia von der Lega, bekannt durch seinen Vorschlag, den Flüchtlingen nicht nur Fingerabdrücke zu nehmen, da man die Fingerkuppen verändern könnte, sondern auch Fußabdrücke) für etwa 2 Stunden über die Aussichten des italienischen klein- und mittelständigen Unternehmertums in Albanien. Sie sprechen über die bürokratischen Hürden, die unmöglichen Arbeitgeberkosten, die die italienischen Firmen *in Italien* strangulieren, über die Arbeitslosigkeit in Süditalien. So lernen wir, daß ein albanischer Arbeiter in der Schuhwarenherstellung seinen italienischen Arbeitgeber nur etwas mehr als 120 Dollar im Monat kostet (gegenüber den 1200 Dollar, die er für einen Arbeiter in Italien bezahlen müsste), daß die italienische Wirtschaft in Albanien ihr El Dorado gefunden hat (...), und unsere kleinen Unternehmer es sehr begrüssen würden, wenn die italienischen Löhne mit den albanischen konkurrenzfähig wären. Trotz des Titels der Folge spricht fast niemand über die soziale Situation in Albanien und über das, was die italienischen kleinen Unternehmer denn hierher lockt. Nur eine Frau erwähnt, daß die Löhne auch für die AlbanerInnen sehr niedrig sind und spielt auf die harten Arbeitsbedingungen an, denen die jungen Arbeiterinnen ausgesetzt sind.

2 Monate vor dem Fall Berishas, vor der „Invasion der *clandestini* und der Delinquenten" und vor dem Sinken des albanischen Schiffes ist Tirana also „italienisch". Das

kleine Land, daß das Regime von Hoxha und Alia hinter sich gelassen hat, wird mit der Großzügigkeit Italiens bedacht, erleuchtet in jedem Sinne des Wortes von den staatlichen Rundfun- und Fernsehanstalten (RAI) und der *Fininvest*, dem Firmenimperium von Silvio Berlusconi. Dieses Land ist dabei, ein italienisches Protektorat zu werden: politisch (Minister fliegen nach Tirana, um Nacht- und Nebelverträge gegen das Verbrechen und die *clandestini* abzuschließen), ökonomisch (600 aktive Unternehmen) und kulturell (ein italienischer Abgeordneter bemängelt, daß der italienische Staat die Bibliothek des italienischen Kulturinstituts nicht großzügig genug ausstattet, obwohl doch die AlbanerInnen so „hungrig" nach unseren Büchern sind). Das heißt, während Italien gerade dabei ist, sich die letzten Meriten für den gänzlichen Eintritt in den europäischen Club zu verdienen, scheint es schon mal seine geoökonomischen, geopolitischen und geokulturellen Einflüsse zu streuen. Auch als das Idyll als Tragödie endet, wird Albanien als „unser Problem" gesehen. „Albanien, italienischer Notfall" ist der Titel der Ausgabe der italienischen geopolitische Zeitschrift „Limes", die dem Fall Berishas gewidmet ist und ein paar Tage vor der „Kater i Rades" - Katastrophe erscheint.

Dafür, daß die Krise in Albanien vor allem ein italienisches Problem ist, sind allerdings keine geopolitischen Analysen nötig gewesen. Als sich die Nachricht verbreitet, daß in den ersten Februartagen 1997 BürgerInnen in verschiedenen Städten gegen das Berisha-Regime protestieren, weil sie es als verantwortlich für den „Pyramiden-Betrug" ansehen, wird die albanische Krise sofort in eine italienische umgemünzt: „Eine Todessehnsucht also, mit der nicht nur Albanien, sondern ganz Europa und vor allem Italien jetzt eine Rechnung begleichen muss", kündigt eine Sonderausgabe der „La Repubblica" pessimistisch am 12. Februar 1997 an. Fast alle großen Zeitungen folgen im März 1997 diesem Tenor. Im „Corriere della sera" ist am 4. März zu lesen, daß es sich um „unsere Angelegenheiten" handelt. (...)

Liest man nur die italienischen Kommentare dieser Zeit, könnte man fast über Neokolonialismus sprechen, auch wenn das nicht ganz richtig ist. Tatsächlich sieht man während der ganzen Krisenzeit keine kolonialen Truppen auf albanischen Strassen, doch was man sieht sind alte ausgemusterte Polizeiwannen und UNO-Fahrzeuge. Der Eindruck, daß ein „reiches Land des Nordens" über ein „armes, süd-östliches Land" herrscht, ist nicht von der Hand zu weisen. Eine Vorherrschaft, die sich keiner kolonialen Rhetorik bedient, die sich aber jedes ökonomischen, politischen und militärischen Instruments bedient, die Hungernden und Armen, die uns zu nah sind, in Abhängigkeit und Unterworfenheit zu halten. (...)

Die Unternehmer schlüpfen in die Rolle von Wohltätern und Erziehungspersonen , allerdings hat das seinen Preis: die, denen „wohlgetan wird", haben niedrigere Löhne zu akzeptieren , und ihre Regierungen konfrontieren die Wohltäter nicht mit Gewerkschaften oder Rechten der Arbeiter . Ein italienischer Unternehmer in Albanien äußert sich deutlich dazu in der oben genannten Folge von *Pinocchio*:

> Gad Lerner: -*Also erklären Sie mir eine Sache: Albanien ist günstig für Sie, und (....) wenn die Lebenshaltungskosten, die Löhne steigen, gehen Sie dann in ein anderes Land, das noch östlicher liegt?*
>
> Unternehmer: *Signor Lerner, in dieser Welt kann man Arbeit haben, oder man kann die Arbeit machen, die wir hier in Albanien machen, die billiger ist. Daraus ziehen Sie Schlüsse. Es kann kosten.. es kann weniger kosten... nein , nicht, es kann kosten: es kostet weniger.*
>
> Lerner: *und Sie waren auch schon in Indien, wenn ich mich nicht täusche.*
>
> Unternehmer: *Richtig! Und wenn Albanien morgen nicht mehr konkurrenzfähig ist, dann gehen wir nach Indien, wir können auch nach Ruanda gehen, dorthin, wo viele Menschen zu essen brauchen.*[56]

[56] *Pinocchio*, 4.2.1997

Natürlich hat man nicht immer mit einem gut gerüsteten Polizeistaat zu tun wie zum Beispiel in Singapur, Indien, Indonesien oder Thailand. Viele Unternehmer leben recht „gefährlich“ und haben ihre eigenen Schutztruppen. Ein venezianischer Unternehmer z.B. hat sich 20 bewaffnete „Söldner“ besorgt, als die Unruhen in Albanien beginnen, um sich und sein Unternehmen zu schützen. Als dann am 12. April die Schiffe der italienischen Friedensmission nach Albanien kommen, entlässt er alle. Er wird entführt, er soll den Lohn bis Ende Mai zahlen.[57]
Die Selbstverteidigung der italienischen Unternehmer scheint eine ganz normale Sache zu sein. Im Juni 1997 tötet ein Italiener 3 Albaner, die seine Fabrik überfallen wollen. Er geht straffrei aus. Um uns einmal klar zu machen, was das bedeutet: stellen wir uns einmal vor, ein deutscher oder ein amerikanischer Unternehmer heuert für seine Firma in Sardinien eine solche private Söldnertruppe zum Schutz vor Entführungen an! Sicher kann die Polizei Berishas nicht schützen, aber es fragt auch kaum jemand nach der Legitimität solcher privater Truppen. Die Unternehmer sagen, sie bringen den Fortschritt, das berechtigt zu allem. Das Interessante an dieser Unternehmenskultur der Selbstverteidigung ist die Offensichtlichkeit, mit der sie vertreten wird.

In einer weiteren Folge von *Pinocchio* vom 18.3.1997, die dem „Problem“ der *clandestini* die Italien aus Albanien erreichen, gewidmet ist, spricht Lerner mit einem italienischen Unternehmer: Dieser hat seine erste Fabrik in Albanien verloren, sie wurde ihm komplett leergeräumt. Die jetzige lässt er von bewaffneten Banden verteidigen. Auf die Frage Lerners, ob es sich nicht um „nicht so vertrauenswürdige Personen“ handele, antwortet der Unternehmer, daß wisse er nicht, er bezahle sie eben. Das bedeutet, die Fabriken werden gegen Bezahlung von den Banden bewacht, die sie sonst ausrauben würden. So stellt sich dank der Offenheit der Interviewpartner heraus, daß sie mangels eines funktionierenden Staates nicht zögern, selber eine Art Staatsmacht auszuüben. Aber was anderes als ihr eigenes „Eigentum“ verteidigen sie? Und was halten die AlbanerInnen davon? Wer sind die „Angreifer“? Alles Kriminelle oder arme Hungerleider oder welche, die sich im allgemeinen Durcheinander bereichern wollen? Das ist schwer zu beantworten, denn wir haben nur sehr selten Gelegenheit, AlbanerInnen dazu zu befragen. Die ganzen Beziehungen zwischen Italien und Albanien sind reduziert auf kriminelle Begrifflichkeiten und auf die italienische Sicht der Dinge ausgerichtet: die natürliche Verteidigung der italienischen Interessen (es sind „unsere“ Fabriken und „unsere“ Strände, an denen die *clandestini* stranden, es ist „unser“ organisiertes Verbrechen, was dort drüben Fuß fasst).
In dieser Folge von *Pinocchio* meldet sich ein junger Albaner zu Wort:

> *„Ja,(...) Ich lebe seit 6 Jahren in Italien (...). Ich möchte diesem Herren, der behauptet, daß aus Albanien auch die mafiosi herkommen nur eines sagen: Wenn ich nach Albanien fahre, sehe ich immer Italiener, die dort, die Taschen voller Geld, rumziehen, und die ihr Geld auf Kosten dieser armen Menschen machen. Wir treffen uns alle wieder vor dem Jüngsten Gericht und müssen der Wahrheit ins Auge sehen, und die tut allen hier weh!“*[58]

Lerner fragt den zuständigen Antimafiakommissar von Brindisi, ob denn wirklich so viele italienischen *mafiosi* in Albanien tätig sind, doch dieser erwidert, dafür gebe es keine Beweise. Außerdem habe er den Eindruck, daß der junge Mann von einem anderen Typus von Personen spreche, man solle doch nicht die italienische und die albanische organisierte Kriminalität in zu engen Zusammenhang bringen.

Bis heute weiß man nicht viel über die Ausbeutung und die Arbeitsbedingungen in den italienischen Fabriken auf albanischem Gebiet. In dem Moment, in dem das Leben der

---

[57] Die Geschichte ist abgedruckt im *Espresso* vom 24.4.1997, S. 56

[58] *Pinocchio*, 18.3.1997

Unternehmer in Gefahr zu sein scheint, werden auch schon Rettungstrupps mobilisiert. Und so plötzlich, wie das in den Reportagen immer so dargestellt wird, ist dies wohl auch nicht - ein Militärexperte enthüllt, daß Sicherheitskräfte schon seit längerem in Albanien mit verdoppelter Einsatzstärke tätig sind und alles für eine eventuelle Evakuierung der Italiener vorbereiten. Dazu werden auch diverse militärische Aufklärungsmethoden wie Spezialeinheiten zur Findung von Hubschrauberlandeplätzen und *pathfinder* eingesetzt. Da in Brindisi eine NATO-Basis während des Bosnien-Krieges eingerichtet war, stehen da seit Jahren die nötigen Mittel wie Flugzeuge, Hubschrauber und Spezialeinheiten zur Verfügung.
Die Idee, die hinter dem Ganzen steht und diese Art der internationalen Beziehung legitimiert ist, daß „wir" ItalienerInnen alle machen können was wir wollen auf „ihrem" Gebiet, um „unsere" Interessen zu vertreten, „sie" müssen nur noch kollaborieren. Da darf man natürlich nicht öffentlich sagen, aber dieser Grundgedanke leitet politische Entscheidungen, militärische Strategien, Wirtschaftsprogramme, Einwanderungspolitik und beeinflusst zudem die Bevölkerung durch die Medien.

Die Beziehungen, die Italien seit Anfang der 90er Jahre - als die ersten Flüchtlinge nach Apulien kommen - zu Albanien unterhält, kann man kurz und knapp als „unsere Angelegenheiten" bezeichnen. Es ist völlig klar, daß die AlbanerInnen froh sind, für die ItalienerInnen, aber zu albanischen Löhnen in Albanien zu arbeiten. Es ist völlig klar, daß sie unsere privaten und öffentlichen Milizen auf ihrem Territorium akzeptieren. Und natürlich sprechen sie unsere Sprache und wissen unsere Küche zu schätzen.
Albanien ist also nicht nur ein politisches, wirtschaftliches und kulturelles Protektorat Italiens, sondern gilt im tagtäglichen Bild als eine „eigene", also italienische, Problemzone wie irgendeine andere unterentwickelte Gegend in unserem eigenen Land.
Es gibt nur einen grundlegenden Unterschied: im Gegensatz zu den „*terroni*", den im Norden wenig geliebten SüditalienerInnen, müssen wir die AlbanerInnen nicht als Landsleute ansehen - **wir** „haben" **sie**, aber **sie** haben **nicht** die italienische Nationalität - die 15.000 Flüchtlinge, die im März 1997 kommen, müssen alle wieder zurück, sie bekommen eine Art Starthilfe von 300.000 Lire (ca. 300 DM) zugesagt. Die Hoffnung des italienischen Staates ist, daß sie, die AlbanerInnen, aufhören mögen, unsere Probleme hier bei uns austragen zu wollen, das sollen sie zu Hause bei sich, also in Albanien, mit all den politischen und wirtschaftlichen Versprechen, die ihnen gegeben werden, lösen.

In diesem Sinne verstärkt sich immer mehr die Idee in unserem 'Gegenüber' Albanien, dass sich die reichen Gesellschaften in der Nähe der armen ihre Handlanger schaffen.

>>>>>>>>*Letzten Satz genau übersetzen*
In questo senso l'Albania, proprio perché nostra dirimpettaia, sintetizza l'idea che le società ricche del mondo stanno elaborando circa i vicini poveri a portata di mano.

Salvatore Palidda [59]

Das Risiko einer strafrechtlichen, polizeilichen und militärischen Wandlung der italienischen und europäischen Migrationspolitik.

- Neuschaffung eines Deliktes der Migration und Kriminalisierung der Illegalen

Herausragende Aspekte der Immigration in Italien.

Die Immigration von Ausländern kennt in Italien beachtliche Änderungen: Es sind drei Legalisierungsschübe (1986, 1990 und 1995-96), in denen Aufenthaltserlaubnisse an die Mehrzahl der gegenwärtig registrierten Migranten ausgegeben wurden. Laut Angaben des Innenministeriums hat sich 1990-97 die Anzahl um 59% erhöht, hiervon großenteils nach der Legalisierung 1990. Dabei ist noch zu bemerken, dass zwischenzeitlich viele Migranten in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt sind und ihre Erlaubnisse erloschen sind. Für manche Staatsbürgerschaften ist die Anzahl der Erlaubnisse zurückgegangen. Merkwürdig ist ebenfalls die geänderte Zusammensetzung innerhalb von bestimmten Staatsbürgerschaften, etwa die starke Feminisierung innerhalb von einzelnen Nationalgruppen.

Obwohl für einen Teil der Zugewanderten eine Tendenz zur Sesshaftigkeit und familiärer Zusammenführung gilt, ist die Immigration nach Italien charakteristisch unstabil wegen der Rotation, wegen der Anzahl der Scheitererfahrungen und wegen des Verzichts auf Sesshaftigkeit infolge der Schwierigkeiten auf den Weg zu einer regulären und befriedigenden Integration.

Italien: Entwicklung der Anzahl von Aufenthalterlaubnissen.

1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1996-90	1997-90

[59] Auszüge aus dem Vortrag bei der Tagung "Für eine neue europäische Migrationspolitik", Genua 28.03.1998

Erlaubn.	781138	862977	923625	987405	922706	991419	1095622	1240721	40,3%	58,8%

Quelle:Innenministerium

Italien ist ein Land geworden, das gelernt hat, Einwanderer zu sortieren und scheckt sozusagen ziemlich effektiv die klandestinen Zugänge und die als ungeregelt bezeichnete Anwesenheit auf dem Landesgebiet durch. Trotzdem verlangt die öffentliche Meinung immer wieder ein Plus an Repression gegenüber den Unerlaubten, die sie schlicht als Kriminelle ansieht. Hierzu folgende Bemerkungen:

Abgesehen von denjenigen, die eine echte Integration zu erleben angefangen haben und die eigene wirtschaftliche und soziale Lage verbessern konnten, lebt ein großer Teil –unserer Meinung nach der größte Teil– weiterhin prekär, pendelt vom formellen zum informellen Erwerb und riskiert dabei den Verlust des geregelten Status. Der Grund dafür ist darin zu sehen, dass Italien immer noch eine beträchtliche Schwarzwirtschaft (nach manchen Quellen 27% der BIPs) aufweist und eine Nachfrage nach ungeregelter Arbeitskraft und insbesondere nach sowohl legalisierten und wie unerlaubten Immigranten bildet. Gleichzeitig ist Italien das Land wo der bürokratische Druck und das Labyrinth der Bestimmungen ein Verbleiben innerhalb der Legalität ziemlich schwierig machen. Darüber hinaus gibt es einen umfassenderen Repressionsapparat als in vergleichbaren Ländern. Aber man verlangt von den Zugewanderten, dass sie eine Legalität respektieren, an die sich die Einheimischen selbst wenig halten (man siehe etwa: Steuerhinterziehung, wildes Bauen, Mißachtung der Sicherheits- und Umweltvorschriften, et cetera).

Der Trend zu einer ausschließlich polizeilich-militärischen Verwandlung der Migrationspolitik und der fast totale Stop der Immigration (sogar aus humanitären Gründen) fördern die unerlaubte Zuwanderung und bringen die Bedingungen für ihre Kriminalisierung hervor, da sie die Hilfe von kriminellen Banden erfordert, die das Einwanderungsverbot ausnutzen. Die ungeregelte Einwanderung, die in der Vergangenheit es schaffte, allmählich stabil regularisiert zu werden, scheint auszugehen. Währenddessen brennt die Hoffnung auf Auswanderung bei den jungen Menschen in der europäischen Peripherie als legitimes Streben in einer Welt, die die Einhaltung der Menschenrechte und Freiheiten schwört.

Die wirtschaftliche, soziale und politische Geringstellung der Bevölkerungsgruppen in der Peripherie geht mit der Ethnisierung der schwächsten Schichten auf dem Arbeitsmarkt und mit der Ethnisierung der sozialen Deklassierung und der illegalen Handlungen. Die Bänder zwischen legalen, unformellen und illegalen Tätigkeiten dehnen sich von den großen metropolitanen Gebieten bis auf die extranationalen Randgebiete aus dank des Exports von illegalen Tätigkeiten durch die Strafräter der reichen Länder in die dominierten Gesellschaften und dank der Globalisierung des straffälligen Arbeitsmarktes.

✍ Die Ungleichmäßigkeit zwischen repressiven und integrativen Antworten scheint sich zu Ungunsten der Letzten zu verstärken. Folglich schließt sich eine Minderheit der Migranten entweder den Reihen der "neuen Armut" in den dominanten Metropolen oder den Reihen des abweichenden Tuns an.
✍ Die Abwesenheit oder Unpassbarkeit von wirksamenen Antworten auf Anomien, Missstände und soziale Probleme, die mit dem Übergang zu einer globalen, postindustriellen Gesellschaft einhergehen, hat eine feindliche Einstellung gegenüber den Migranten überreizt. Dazu kommen die "perbeniste"- Förderungen " nach einer Art "italo-europäische Kultur", die die sozial Ausgeschlossenen als Feinde ansieht (Marginalisierte und Unangepasste, sowohl Einheimische wie Zugewanderte). Die den Immigranten angedichtete Normenverletzungen bieten dort das Hauptargument, wenn es darum geht, illegale Migranten als Hauptfeinde der

neuen Ordnung der postindustriellen, italo-europäischen Gesellschaft abzustempeln. So quellen ununterbrochen Forderungen nach Sicherheit hervor, dh der Druck auf die Polizei und die Justizverwaltung um die Umstellung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ordnung auf der Grundlage der Kriminalisierung der Ausgeschlossenen und der hierarschichen Unterordnung von Einheimischen und legalen Ausländern zu erreichen[60]. Hierdurch erklärt sich die beträgliche Zunahme der Anklagen durch die sogenannte "lärmenden Minderheit" unter den Inländern, die unter dem Vorwand des angeblichen widrigen Verhalten der Migranten Mobilisierungen für die öffentliche Sicherheit mit organisiert. Diese Mobilisierungen schliessen manchmal Inländer ein, die die Bedrohung fühlen, selbst in die Reihen der sozial Ausgeschlossenen gedrängt zu werden und jede Gewissheit über eine bessere Zukunft verloren haben, die sich auch als Höherstellung anderen und insbesondere Immigranten gegenüber von der sagenhaften Europäischen Union versprochen hatten.

✍ Trotz beachtlicher Entwicklung der Leistungsfähigkeit beim Umgang mit der illegalen Einwanderung haben die Polizeidienste eine intensive Kontrolle des Territoriums, die vor allem auf Ausgeschlossene und Zugewanderte -Straßenkontrollen, systematische Erfassung von fast allen Immigranten, Beobachtung und Bespitzelung durch Spitzel und Lauschangriffe der Migrantengruppen, Anzeigen und Festnahmen- zielt.

✍ Bei der Abwesenheit von anderen passenden und wirksamen Massnahmen, um die Ausgeschlossenen und Abdriftenden (Migranten und Einheimischen) zurückzuintegrieren, verstärkt die repressive, strafzentrierte Antwort das Ausmass des Abdriftens, minimiert nicht das Begehren nach Kriminalisierung, erhöht die Sicherheitskosten für die Regierung und nährt das Risiko eines autoritär-rassistischen Abdriftens in der gegenwärtigen italienisch-europäischen Lage. Die Repression wird in der Tat nie die notwendigen Massnahmen um durch andere Ursachen verunsicherte Bürger zu beruhigen.

Auf der Grundlage der vorausgehenden Bemerkungen könnte man dann sagen, dass die Abweichungen, die Straffälligkeit und die Kriminalisierung von einem Teil der Migranten sich nicht aus einer Zeitkonjuktur ergibt, und auch nicht wie in der Vergangenheit durch die soziale Integrationsdynamik infolge der ökonomischen und sozialen Entwicklungen "auflösen" wird. Sie sind nicht die Gebühr, um eine reguläre Integration zu erreichen. Vielmehr sind sie das Ergebnis einer Neubestimmung der sozialen und ökonomischen Ordnung, die tatsächlich aus dem illegalen und abweichenden Migranten einen für die Ordnung notwendigen Feind der italo-europäischen Gesellschaft macht. Letzteres erscheint vor allem als einer irrationalen Tatsache, die mit der Kraft der Bejahung der heute herrschenden Auffassung der ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Ordnung Europas einhergeht.

Zu den "Illegalen"

Der Begriff "Unerlaubte" entlarvt bestimmte dunklere Aspekte der Modernisierung, die gegenwärtig beim Übergang zur postindustriellen Gesellschaft und zur Globalisierung zum

---

[60] Zwei aktuelle Ereignisse dokumentieren ziemlich gut, inwieweit die gedankliche Kriminalisierung des Immigranten die Polizei zu rassistischen Handlungen treibt: am 11.3.1998 wird in Bergamo einer alten Dame durch einen jungen Taschendieb die Tasche entrissen. Sie ruft laut nach Hilfe, und zwei entfernte Polizisten nehmen die Verfolgung von zwei –eine schwarze, die andere weiße- vorbeirennenden Personen auf. Die Beamten ergreifen den Schwarzen und führen ihn der alten Dame vor. Glücklicherweise regt sie sich sofort auf, bezeichnet den jungen schwarzen Mann als zufälligen Zeugen des Diebstahls, der erst die Entwendung zu verhindern versuchte und dann die Verfolgung des Diebes, eines weißen drogenabhängigen Italieners aufnahm, den die Polizisten hatten laufen lassen. Am gleichen Tag läuft in Mailand ein junger Marokkaner an einem Einsatzort von Polizisten, die Dealers festnehmen wollen. Der junge Mann wird auch festgenommen und einmal durchgepritgelt, inhaftiert. Trotz Anzeige wegen Widerstand gegen Polizeigewalt wird er vom Richter, der Polizeiübertretungen vermutet, sofort freigelassen.

Ausdruck kommen. Handelt es sich um Arbeit, Arbeitsstätten, Wohnorte oder um Personen, die allesamt mit dem zu tun haben, was nicht als formell legal erklärt wird, so ist der Begriff "unerlaubt" mit "Illegal" überlagert. Aber, anders als in der Vergangenheit, werden nicht "unerlaubt" oder "ungeregelt" als vormoderne Statusanzeigen angesehen und daher ins Gefüge der modernisierten Gesellschaft integriert werden müssen. Es ist daran zu erinnern, dass sämtliche Migrationsbewegungen in jeder Richtung und jederzeit vor allem aus Unerlaubten bestanden. Noch während den 50ern und 60ern waren die Mehrzahl der italienischen, spanischen, portugiesischen und griechischen Einwandern in Frankreich, Belgien, Deutschland, et cetera unerlaubt, und ebenfalls "unerlaubt" bezeichnet wurden die nord- und süditalienischen Bauern, die nach Mailand und Turin in den 60ern kamen, um manchmal fortgejagt und aufgefordert zu werden, heimzukehren.

Die Folgen der strikten Schließung der europäischen Grenzen werden fast systematisch ignoriert und manchmal verdreht, um eine Migrationspolitik zu legitimieren, die grundlegendste Pflichten eines demokratischen Staates verneint: so humanitäres und politisches Asyl, das als grundlegende Pflichtleistung von allen westlichen Demokratien nach dem Faschismus, Nazismus und dem sowjetischen Totalitarismus angesehen wurde und von den Helsinkivereinbarungen als Hilfe für die Dissidenten gegen den Totalitarismus in der UdSSR gefördert wurde.

In den letzten Jahren sind fast wöchentlich Menschen auf dem Mittelmeer ums Leben gekommen. Es ist selten, dass die Medien darüber berichten und wenn sie es tun, um sie als Hoffnungslose, Leichtsinnige, von Mafien Ausgenützte zu bezeichnen und ein "sie haben es verdient!" zu schlussfolgern. Niemand benennt die Fluchtgründe, die Menschen unter Lebensgefahr auf die Suche nach einer besseren Zukunft treiben. Sogar Mitleid wird schlecht toleriert. Das Schweigen über die tragischen Folgen der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen der herrschenden Länder setzt sich durch: man läuft sonst Gefahr, Ähnlichkeiten zwischen dem drohenden sozialen Ausschluss für 40% der EuropäerInnen (cf. Dahrendorf), den sklavenartigen Produktionsformen gar unter Ausbeutung von einheimischen Kinderarbeit in Auftrag der norditalienischen Firmen in illegalen Klitschen. Und das, wenn sie nicht direkt ihre Produktionsstätten nicht in den Maghreb oder in Osteuropa oder in Fernost auslagern, wo die Arbeit 50 Euros oder weniger monatlich kostet und die Arbeitszeiten länger, die gesundheitlichen Bedingungen schlechter und die Sicherheit niedriger als vor zehn Jahren sind.

Das Spiel mit der outsourcing macht es möglich, leichter die Arbeitskraft auf schlechteren Arbeits- und Lohnbedingungen festzusetzen: "wenn ihr mehr wollt, müssen wir die Standortfrage stellen!..."; der gleichen Diskurs wir in ganz Europa ausgenutzt, um Beschäftigten niedrige Löhne und schwere Arbeitsbedingungen aufzudrücken -abzulesen auf der Zunahme der Arbeits- und Todesunfälle. Die jungen Marokkaner die manchmal ihre Forderung nach Arbeit zu sit in Proteste bringen, werden sodann von der allgegenwärtigen und mächtigen Polizei übel angegangen und abgeführt. Nach der Entlassung fangen plötzlich an die Flucht zu denken, nehmen ein Boot und gehen abenteuerlich aufs Meer, um die spanischen oder italienischen Ufer zu erreichen. Die Verwandten der Verschwundenen haben sogar Angst, ihre Trauer zu zeigen: für die marokkanische Polizei sind diese Auswanderer Kriminelle, die verfolgt werden müssen und deren Familien die Schäden auszugleichen haben.

Hier liegen die Folgen der neuen Nord-Süd-Zusammenarbeit: eher eine Polizei- als wirtschaftsfördende oder sozial-gesundheitliche Zusammenarbeit. Wanderung ist ein Verbrechen geworden und so wie in den 20ern Alkohol- und heutzutage mit dem Drogenverbot, bringt erst die Einführung der Rechtsnorm das Verbrechen hinterher und folglich die Überlassung des neuerschaffenen Marktes der organisierten Kriminalität.

Derjenige, der auswandern will muss sich an kurzlebige, oft rücksichtslose Schleuserorganisationen wenden, besonderes dann, wenn Familie und Kinder mitkommen. Das sind die Aspekte, die der Unterschied zwischen heimlicher Migration in der Vergangenheit und heute ausmachen: der Heimlichkeit verurteilt, werden heute Zuwanderer als Kriminelle behandelt weil die gesamte Immigration als kriminell angesehen wird.

Agostino Petrillo

LEB WOHL, Im schönen Land?

Italien: vom Auswanderungs- zu Einwanderungsland

Ein, mittlerweile schon zur Phrase gewordenes, traditionelles Bild, stellte Italien als Auswanderungsland dar. In der Tat sind die ökonomische und politische Geschichte sowie das kulturelle Erbe des Landes tief durch Auswanderung und die Träume des Auswanderers geprägt worden. Der italienische Auswanderer, der in New-York und Sydney, in Buenos Aires oder Stuttgart lebt, ist eine so gewöhnliche Erscheinung in der Literatur, im Kino und in den Medien, wie die der in die zurückgebliebeneFamilie heimkehrende Verwandter, der nur die Mundart des Brooklin-Englischen spricht. Die Geschichte der italienischen Emigration in die Welt ist schon über ein Jahrhundert alt und steht im engen Zusammenhang mit den großen internationalen Migrationszyklen. Insgesamt haben zwischen 1876 und 1976[61] 26 Mio. Italienerund Italienerinnen das Land verlassen. Die Emigration ins Ausland stellte ein wichtiges Mittel in der Hand der führenden Klassen des Landes, um soziale Spannungen zu regulieren und das Gleichgewicht des inneren Arbeitsmarktes zu halten. Dadurch wurde nämlich die Arbeitslosigkeitsrate niedrig gehalten und darüber hinaus eine Dauerquelle von Valutaüberweisungen erschlossen. Gemäß der ausgedehnten zeitlichen Spanne schließt die italienische Migration eine große Vielfalt an Ereignissen und Kulturen[62] ein und hat ihre letzte wichtige Entwicklung in letzter Zeit: zwischen den 50ern und den 70ern, waren Italien mit Portugal, Spanien und Griechenland die Ursprungsländer für die binneneuropäische Arbeitskraftwanderung. Vor allem bot das südliche Italien bis anfangs der siebziger Jahre ein Arbeitskräftereservoir nicht nur für Länder wie Deutschland, Frankreich und Belgien, sondern war auch für die inneritalienienische Migration wichtig. Während der Jahre der schnellen Industrialisierung des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg gingen Millionen von Männern aus Süditalien in die Nordregionen, wo die wichtigsten Produktionszentren lagen: Piemont, Lombardei und Ligurien und hierin in die drei Städte des "Industriedreiecks" Turin, Mailand und Genua, um in den großen Fabriken zu arbeiten. Die inneritalienische Migration hat anfangs der sechziger Jahre das Ausmaß einer biblischen Wanderung eingenommen und die soziale Struktur von ganzen Vierteln und Städten und die territorialen Gleichgewichte der einzelnen Landesteile verändert. Man schätzt, dass mehr als 20 Mio. ItalienerInnen ihren Wohnort zwischen 1955 und 1970 gewechselt haben.

---

[61] 5 Mio. Italiener/innen wanderten zwischen 1876 und 1900 aus, ca. 10 Mio. zwischen 1900 und 1930, 3,5 Mio. in der Zeit zwischen den Weltkriegen und schließlich 7 Mio. im Zeitraum 1945-70. Die Migrationsbewegung flachte in den 60er ab und nahm wesentlich in den 70er ab, als der Rückkehrerfluss nach Italien den Abgang überstieg. Es ist bemerkenswert, dass die Auswanderung in Italien nie vollständig aufgehört hat und in der zweiten Hälfte der 80er stabilisierte sich um die 50 Tausend Auswanderer/innen jährlich. In den letzten wenigen Jahren bestand die Emigration wesentlich aus Intellektuellen, die den schwierigen Bedingungen in den italienischen Unis den Rücken kehrten. Für den historischen Rahmen der Italienischen Migration siehe: *Cent'anni, 26 Milioni,* Sondernummer von Il Ponte, XXX, 11-12, 1974.

[62] Siehe A.+S. Di Carlo (Herausgeber), *I luoghi dell'identità. Dinamiche culturali nell'esperienza dell'emigrazione*, Franco Angeli, Milano 1986

Dieses gefestigte Bild Italiens als ein Land großer sowohl 'innerer' wie 'äußerer' Mobilität stellte jedoch ersteinmal ein Hindernis dar, als es darum ging, die Migrationsbewegungen nicht nur aus dem Land hinaus, sondern auch ins Land hinein zu erfassen. Die Verwandlung Italiens von einem Land der Auswanderer, der billigen Arbeitskraftreserven für entwickelte Länder, in ein Einwanderungsland ist von der zweiten Hälfte der 70er Jahre an stufenweise und lautlos von sich gegangen. Tatsächlich weist Italien erst ab 1975 ein 'positives Migrationssaldo' auf, weil mehr MigrantInnen ins Land kamen als aus dem Land gingen. Die folgende Tabelle zeigt das italienische 'Saldo' und vergleicht es mit dem von anderen Ländern.

Tab.1: Migrantionssaldo in ausgesuchten OECD -Ländern (in Tausenden)

Zeitraum:	Canada	Frankreich	Deutschland	Italien	USA
1950-54	599	169	1123	-496	1896
1955-59	523	791	1626	-513	1959
1960-64	179	1469	1689	-389	1877
1965-69	521	504	219	-560	2263
1970-74	448	477	1388	-81	4081
1975-79	244	186	387	83	4675
1980-84	438	380	-7	364	2816

Während der Erdölkrise 1973, als die anderen europäischen Regierungen einen Zuwanderungsstopp verhängen und restriktive Maßnahmen einführen, die die Zuwanderung wirkungsvoll reduzieren (siehe Tabelle und vergleiche die Daten für die Jahre 1975-79 in Deutschland und Frankreich mit denen für die vorausgehenden Jahren) schafft man in Italien zwischen 1975 und 1980 die Voraussetzungen für die Ankunft und Aufnahme von Einwandererbewegungen aus dem Ausland. Vor diesem Zeitintervall sind unter den winzigen Gruppen, die schon im Lande wohnten, nur die in der Umgebung von Rom wohnenden Somali - ein Erbe der kolonialen Vergangenheit - und die lateinamerikanischen Flüchtlingen, die vor den in den 70ern die Südlichen Halbkugel erschütternden, tragischen politischen Ereignissen geflohen waren, zu verzeichnen. Eine besondere und besondere "Enklave" stellten die Tunesier dar, die sich Ende der 60er auf Sizilien niederlassen und die den nachfolgenden, umfassenderen Wanderungsbewegungen vorausgegangen waren. Sie arbeiten als Fischer auf den großen Booten um Mazara del Vallo. Sie sind Teil einer speziellen grneznahen Migration, da die Meerenge zwischen Sizilien und Tunesien die Funktion einer Landesgrenze einnimmt.

Die eigentliche Wanderungsbewegung nach Italien beginnt deshalb Mitte der 70er . Das Land macht eine schwere Wirtschaftskrise durch, der industrielle Sektor versucht die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen, und daher durchlebt sie eine Serie tiefgreifender veränderungen, um die Produktionsstrukturen des Landes flexibler und anpassungsfähiger zu machen. Die Arbeitsbedingungen, die tariflichen Bindungen und die Arbeitskraftstruktur werden radikal geändert. Um das Ziel der Deregulierung zu erreichen, muß die bestehende Starrheit der Arbeiter, ein zäher Widerstand, der sich aus dem langen Kampfzyklus der 60er und erster Hälfte der 70er charakteristisch für Italien herausgebildet hat, gebrochen werden. Daher wird die Produktion komplett neu gestaltet und vielfach erneuert. Die großen Belegschaften werden mit der Entlassung von den "Überschüssigen" verkleinert, man versucht, den Arbeitsmarkt zu komprimieren, das heisst, man versucht die Mindestlöhne zu umgehen und die Produktion in kleine und winzige Unternehmen gleichzeitig auszulagern, wo eine Aufsicht einfach zu vermeiden ist.

Es ist eine gesamteuropäische Lage entstanden, die aufgrund der restriktiven Umgang mit Arbeitsuchenden in anderen Ländern die Bereitschaft der Migrantionsbewegungen erhöht, sich nach Italien zu wenden. Gleichzeitig wächst infolge der Umstrukturierung die inländische Nachfrage nach nicht abgesichertert und ungarantierter Arbeit.

So kann man sagen, dass das auffällige Phänomen der *nach* Italien erst in einem Konjunkturzeitraum erscheint, in dem sich der Migrationsdruck erhöht bei bestimmten Betrieben und eine Nachfrage nach unterbezahlter, arbeitsrechtlich nicht abgesicherter oder gewerkschaftlich betreuter und daher flexibler Arbeitskraft vorhanden ist. Unter diesen Umständen ist der undokumentierte Einwanderer ideal, da er keine eigene Rechte einklagen kann und hinsichtlich der Arbeitsbedingungen gar keine andere Wahl hat.

Der Migrationsschub erreicht Italien im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern mit einer gewissen Verspätung, und nimmt besondere Aspekte an, da er zu einer Zeit der industriellen Umstrukturierung stattfindet. Letztere ist durch die Entkernung der Produktion und die Ausweitung des Arbeitsmarktes charakterisiert, die mit der Starrheit eben jenes Arbeitsmarktes brechen und die Ausbreitung der besonders MigrantInnen anprechenden nicht gesicherten Arbeit fördern soll. In jenen Jahren bildet sich die Spaltung des Arbeitsmarktes in eine regulierte Schicht und in eine "schwarze", unregulierte, ein wesentlicher Antrieb für die ökonomische Erholung der Landes während der ganzen 80er. Nicht aus Zufall beginnen Unternehmer- und Pressestimmen die Wundertaten der informellen Wirtschaft genau zu diesem Zeitpunkt zu preisen.

Dieser ersten Zeit, die sich bis Ende der 70er streckt, kann man einige besonders auffällige Merkmale der Zuwanderungsmigration zuschreiben: man kann festellten, dass vor allem Nicht-Europäer/innen ins Land kommen, hier widerum vor allem Frauen, die als Haushaltshilfen[63] beschäftigt werden. Gewerkschaftler sprechen in jenen Jahren von "Nachfrage nach unterwürfiger Arbeit" als Schlüsselerklärung für die Entwicklung, die ausschließlich als >Ankunft einiger Frauen< wahrgenommen wird. Aber diese Beschäftigten, grösstenteils legalisiert, weil sie über halb legale Kanäle ankommen, konzentrieren sich in bestimmten urbanen Zentren. Sie bilden mit nicht mehr als 100.000 Personen nur die sichtbarer 'Spitze des Eisberges' aus - nämlich jene fast 300.000 undokumentierte MigrantInnen, die Ende der 70er in mittleren und kleineren Unternehmen oder im dritten Sektor, hauptsächlich in der Gastronomie unter extremen Bedingungen und darüber hinaus ohne Vertrag, arbeiten. Schon 1979 unterstreicht eine Untersuchung des CENSIS[64] in einigen großen italienischen Städten die strukturelle Rolle für die Wirtschaft der eingeführten Arbeitskraft als Ausgleich für das Binnenanentgebot: Es gibt eine beträchtliche Anzahl von Jobs, die einfach keiner mehr machen will.

Während des darauffolgenden Jahrzehnts und bis Ende der 80er wächst die Präsenz der Zuwanderer im Lande langsam und konzentriert sich in den großen Städten. Rom ähnelt beispielsweise schon Mitte der 80er anderen europäischen Hauptstädten, in denen die Anziehungskraft der Metropolen und die Anwesenheit der MigrantInnen sichtbar sind. In Mailand entwickelt sich der Anstieg der MigrantInnen langsamer. In mittleren und kleinen Städten sind die Einwanderer Mitte der 80er zahlenmäßig irrelevant. Obwohl Hafenstädte wie

---

[63] Siehe N.Negri: *L'immigrazione straniera in Italia*, ed. Lavoro, Rom 1997.

[64] Siehe CENSIS (Centre Studi Investimenti Sociali): *Il lavoratori stranieri in Italia*, Instituto poligrafico zecca dello stato, Roma 1979

Genua und Neapel direkt mit nordafrikanischen Häfen verbunden sind, findet man in dieser Zeit keinen auffälligen Anwesenheitszuwachs vor[65].

Italien wird sich erst gegen Ende der 80er Jahre bewusst, dass es zu einem Einwanderungsland (obwohl quantitativ in einem nicht sehr großen Ausmaß) geworden ist.

In dieser Zeit weitete sich und verändert sich nicht nur die Art der Zuwanderung, sondern es stellt sich auch eine entschiedene Bestimmungsänderung ein: War das abgelaufene Jahrzehnt voll Ambivalenz, konnte man dennoch alles in allem das Land als Durchgangsstation ansehen, als Sprungbrett, das die "Transit"-MigrantInnen schliesslich in andere Länder weiterziehen sah. Nun wird das Land zu einem Ort des Sich-Niederlassens. Das ist zum einen dem Bewusstsein der MigrantInnen, dass Italien nicht mehr nur einen 'Notbehelf' für sie in bezug auf andere, unerreichbare Ziele, darstellt gezollt; zum anderen hat Italien eine Anziehungskraft entwickelt und ist für MigrantInnen zu einem Zielland geworden, weil sich hier infolge der allmählichen Eröffnung des Arbeitsmarktes nach Außen leicht „jedwede Art von Arbeit" finden lässt. Die Tatsache, dass es Arbeitslosigkeit unter den Einheimischen gibt, die im Süden bis zu 20% der aktiven Bevölkerung trifft, scheint infolge der fortschreitenden Splitterung des Arbeitsmarktes in Segmente, in der die härteste Konkurrenz herrscht, keineswegs einen Einfluss auf die Migrationsbewegung zu haben

Vom Beginn der 80er bis Ende des Jahrzehnts ist der Wachstum mäßig aber stetig.

Die Zuwanderung konzentriert sich in Gebieten, in denen Arbeitsplätze angeboten werden, sei es in der traditionellen Fabrik, als nicht qualifizierte Massenarbeit, oder in den "Bezirken" - jene Gebiete im Zentrum und Nordosten des Landes, wo es eine weitgestreute Wirtschaft gibt[66] und sich jene kleine bis mittlere Unternehmen immer weiter vermehren, die den Kern der wirtschaftlichen Erholung des Landes bilden. Im Süden beschränkt sich die Präsenz der MigrantInnen auf segmentierte Arbeitsmärkte, vor allem Saisonarbeit und hierin vorrangig auf das Angebot von billiger Handarbeit in der Landwirtschaft. In diesen Jahren entwickelt sich auch der Straßenverkaufs. Die ersten ambulanten Verkäufer werden anfangs der 80er während der Sommermonate entlang der beiden (tyrrhenisches und adriatisches) touristischen Küsten tätig. Auch der städtische Straßenverkauf der nicht auf die Sommermonate beschränkt ist, beginnt sich zu dieser Zeit auszubreiten. Eingeführt aus Afrika und insbesondere aus dem Senegal, ohne besondere Einschränkungen ausgeführt, setzen MigrantInnen die Methoden des "direkten Verkaufs" als allererste Einkünftequelle während der Orientierungszeit nach der Ankunft im Land oder als Einnahmen in der Zeit, in der es keine sichere Fabrik- oder Baubeschäftigung gibt ein. Zwischen Ende der 80er und Anfangs der 90er schätzt man den Anteil der vom Strassenverkauf lebenden MigrantInnen um 16%. In städtischen Ballungsgebiete klettert die Zahl auf 20%[67]. Diese Zahlen sinken schnell in den folgenden Jahren. Die Zuwanderer pendeln oft zwischen Straßenverkauf und Fabrikarbeit[68] hin und her, sich in den folgenden Jahren immer beide Seiten offen haltend, wie gefangen in einer Spirale, die mit "stabiler" Arbeit lockt wenn die Produktion erweitert werden muß und in die Straße zurückbringt, wenn die Nachfrage zusammenschrumpft.

---

[65] M.T.Torti (Hrg.) *Stranieri in Liguria*, Marietti, Genua 1992

[66] Cfr. S.Mazzon, E.Pace. S.Rossini, *Percorsi migratori in un'area a economia diffusa*. in G.Cocchi(Hrg.), *Stranieri in Italia*, Insituto Cataneo, Bologna 1989

[67] CENSIS, *Migrare e accogliere. Sintesi delle ricerche del Censis sull'immigrazione straniera in Italia*, Notiz für die Nationalkonferenz über die Immigration, Rom 1.7.1990

[68] Ich folge die Argumenten von A.Mrchetti, *La nuova immigrazione senegalese a Milano* in G.Barile, A dal Lago, A.A, Markentti, P.Galeazzo, *Tra due rive, la nuova Immigrazione a Milano.* Irer, Mailand 1994

Vor allem von 1988-90, in einer Phase, in der die italienische Wirtschaft einen Konjunkturaufschwung durchläuft, wird sich der zugewanderten Arbeitskräfte als flexibles Element in einer Zeit bedient, in der Flexibilität eines der wichtigsten Faktoren darstellt, fast ebenso wichtig wie der erste Arbeitsmarkt. Die Nachfrage nach 'stabiler Arbeit' deckt das massiv defizitäre demografische 'Saldo' der Nordregionen, während die Nachfrage nach informeller Arbeit die dargestellten Merkmale der End-70er Jahre und der ersten 80er Jahre beibehält.

Mit der fast gänzlichen Schliessung der Grenzen nach der Legalisierungskampagne 1990-91 hat man die Präsenz der Illegalisierten potenziert. Es handelt sich um Zuwanderer, die eine Verlängerung in Italien über die letzte Frist zu Regularisierung hinaus fordern, oder um *clandestini*, die in den der Schließung der Grenzen folgenden Jahren ins Land gekommen sind. Während der Rezession, die Italien 1992-93 trifft, zahlen MigrantInnenen einen hohen Preis, einige verlieren ihren Arbeitsplatz und sehen sich gezwungen, ins Ursprungsland zurückzufahren. Der Status der *irregolari*, der nicht Legalisierten, wird manchmal zu einer Art relativem Vorteil, weil er sich in einer individuelleren, freieren Lage befindet, die zum Teil günstiger als die des gewöhnlichen Beschäftigten ist. Dem ungeregelten Zuwanderer können sich im deregulierten Sektor neue Arbeitsgelegenheiten öffnen. Und hier liegt der Grund für die Stabilisierung und der scheinbaren Verringerung der MigrantInnenzahlen mit einer Aufenthaltserlaubnis um das Jahr 1994 - sie scheint zum ersten Mal abzunehmen. Dies ist das Ergebnis sowohl der durch die Regierungen im ersten Teil der 90er Jahre geführten Politik der Grenzenschließung wie auch des schwankenden Gangs der Wirtschaft. Die Regierungen in der ersten Hälfte der 90er, obwohl immer wieder parteipolitisch unterschiedlich zusammengesetzt, scheinen eine gleiche Migrationspolitik mit dem Ziel der Grenzblokade und der folgenden Schaffung von einer 'Armee von Nicht-Legalisierten' zu verfolgen. Diest ist offensichtlich sehr nützlich, um den Schwankungen des Arbeitskäftebedarfs in den in hohem Masse von der Flexibilität der Nachfrage abhängenden Sektoren mit einem ungleichmäßigen Produktionszyklus etwas entgegen zu setzen.

Die Daten der folgenden Jahren widersprechen aber der Abnahmetendenz der als Anwesend Erfassten und zeigen eine Zunahme, die nicht auf neue Ankünfte zurückzuführen ist, sondern eher auf den Regularisierungsvorgang 1996, der mindestens für die beschränkte Zeit der erteilten Erlaubnisse das "Auftauchen" einer beachtlichen Anzahl von Unregulierten möglich machte. Daher ist der Zuwachs um 59% im Zeitraum 1990-97 größtenteils auf die Regularisierung 1996 zurückzuführen. In diesem Sinne spiegelt sich das Wirtschaftwachstum der ersten Hälfte der 90er Jahre und die charakteristische U-Kurve, die von dem italienischen ökonomischen Zyklus dieser Zeit gezeichnet ist, im Fortlaufen der Regularisierungsprozesse wieder.

Tab.2: Änderungen in der Anzahl der Aufenthaltserlaubnisse 1990-97
(Quelle: Innenministerium)

1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1996/90	1997/90
781138	862977	923625	987405	922706	991419	1095622	1240721	+40,39%	+58,896%

AusländerInnen im "schönen Land": Anzahl, Ursprungsländer, Erwerb und regionale Verteilung der Einwanderer/innen.

Es herrscht ein gewisses Wirrnis um die Zahlen, die die Präsenz von MigrantInnen auf italienischem Boden[69] betreffen. Die Daten sind administrativen Ursprungs, die Quelle ist ja das Innenministerium und sie beziehen sich pauschal auf die Gesamtheit der AusländerInnen im Lande, auch auf jene aus entwickelten Ländern. Obwohl die bedeutungsvollen Änderungen Folge der sich seit 1986 fortsetzenden Regularisierungen von MigrantInnen sind. Diese Zahlen benötigen öfters eine Berichtigungen und eine genauere Neubewertungen. So haben diese Angaben in Neuberechnungen durch das ISTAT (das italienische Statistische Amt) eine Überschätzungstendenz der Anzahl von AusländeInnen in Italien offengelegt [70]. Den Zahlen für das Ende 1997 zufolge, die die Regularisierungen im Verlauf von 1996 berücksichtigen, sind ca. 1.200.000 Personen registriert, darüber hinaus kommen 250-300 Tausende "Unregistrierte", *clandestini* hinzu, die auch bei den großzügigsten Einschätzungen auf keine Fall mehr als 25% der amtlich Registrierten ausmachen. Im Thema "Amtliche Anwesenheit von AusländeInnen" und die Zahl der Aufenthaltserlaubnisse zugrunde legend, machen sie kaum mehr als 2% der italienischen Bevölkerung aus, die zur Zeit ca. 58 Mio. EinwohnerInnen beträgt. Nach Staatsbürgerschaften aufgeschlüsselt, nehmen die erste Stelle die MarokkaneInnen mit 130.000 Tausenden ein, gefolgt durch die in den letzten Jahren schnell in der Anzahl wachsenden AlbanerInnen mit 80.000. Es folgen MigrantInnen aus ex-Jugoslavien, aus den Philippinen, Tunesien, Senegal und Rumänien. Hinsichtlich der folgenden Daten wie auch der qualitativen Analyse folgt, dass Italien verglichen mit anderen europäischen Ländern kein durch Zuwanderung besonders betroffenes Land ist.

Tab. 3. Anzahl der Ausländer/innen nach Ursprungsländern (die 20 ersten, zum 31.12.1997)

Land	**Anzahl** zum 31.12.97	31.12.95	31.12.90
Marokko	131406	94237	80495
Albanien	83807	34706	2034
Philipinen	61285	43241	35373
USA	59572	60607	58707
Tunesien	48909	40454	42223
Ex-Jugoslavien	44370	51973	30121
Deutschland	40079	39372	41698
Romanien	38138	24513	7844
China	37838	21507	19237
Senegal	34831	23593	25268
Polen	31329	22022	17201
Frankreich	28333	27273	24674
Sri Lanka	28162	20275	13214
Total	1240721	991419	781138

Quelle: Caritas, Statistischer Dossier über Immigration

Wie bereits oben erwähnt, beziehen sich diese Daten auf pauschal "AusländerInnen in Italien", was die Mitberechnung von über 168.000 BürgerInnen aus der EU und über 100.000 aus „entwickelten“ Ländern bedeutet. Von den anderen kommen ca. 292.000 aus Osteuropa und über 679.000 aus der südlichen Welt. Aber diese Zahlen gehen mit anderen Daten einher: es gibt eine wachsenden Tendenz zur Feminisierung der Migration, die sowohl auf die Familiezusammenführungen als auch auf die Zunahme der Beschäftigung im Haushalt und bei

[69] Siehe P.Barbesino, ..?... [Titel] in S.Palidda (Hr.) *Délit d'immigrtion. La construction sociale de la déviance et de la criminalité parmi les immigrés en Europe*, Cost A2 Migrations EG Brüssel 1992

[70] C.M.Vaccaro, *Immigratizione e svilupo socio-economico*, in Studi Emigratione XXXIV, n.126 1997

der Altenpflege zurückgehen. Frauen machen Ende 1997 45,5%, 562470 (davon knapp 100.000 aus der EU) aus[71].

Die Verteilung der MigrantInnen auf die regionalen Gebieten ist sehr verschieden und überhaupt nicht homogen, sowohl hinsichtlich der vorhandenen Ursprungsländer als auch der Beschäftigungsart, welche die MigrantInnen nachgehen. Diese unregelmäßige Verteilung hängt eng mit den regionalen Ungleichgewichten, die das heutige Italien charakterisieren, und mit der tiefen Ausdifferenzierung eines Arbeitskraftmarktes, der sowohl im Inneren segmentiert wie auch durch die beschränkte Mobilität der Arbeitskraft charakterisiert ist, zusammen. Gerade die hohe Mobilität der MigrantInnen innerhalb Italiens (eine viel höhere als die der einheimischen Werktätigen) lässt das Bild in permanenter Entwicklung bleiben und bezeugt eine in den letzten Jahren betonte Tendenz der MigrantInnen, nach Norden zu gehen, wo die Arbeitsgelegenheiten zahlreicher sind.

Der Übersicht und der verständlichen Darstellung halber werden wir das Land in drei große Gebiete von Süden nach Norden unterteilen. Das erste betrachtete Gebiet ist es das Südlichste, das sich zwischen Sizilien und Lazio streckt. Hier finden wir eine ganze Reihe MigrantInnensiedlungen, von der tunesischen Enklave bei Mazara del Vallo, wo die sich die MigrantInnen der Fischerei und der Bootsausrüstung widmen und einigen Einschätzungen zufolge 10% der Bevölkerung der Stadt ausmachen, bis auf die hauptsächlich den Straßenverkauf treibenden Senegalesen in Catania. Diese Gruppen hängen eng mit örtlichen Tätigkeiten zusammen und haben sich im Verlauf der Zeit von ausschließlich männlichen und zeitweiligen zu familiären Kleinzellen verändert. Abgesehen von den Merkmalen, die eng mit der Struktur der Erwerbstätigkeit verbunden sind, ist Sizilien für viele ZuwandererInnen aus dem Maghreb die Erstanlaufstellen und Durchgangstation nach dem Eintritt ins Land. In den südlichen Regionen finden die MigrantInnen Beschäftigung in der arbeitsintensive Landwirtschaft, im Gemüseanbau und bei den Saisonsarbeiten. In der Umgebung von Caserta, in Villa Literno, wird eine heterogene und unterbezahlte Gruppe von MigrantInnen für die Tomatenernte gebraucht; sie sind gezwungen, unter extremen und unhygienischen Wohnbedingungen in Baracken und Wohnwagen zu hausen. Die hier tätigen Landarbeiter werden durch eine internationale Vermittlung geführt, die Anwerbeagenten in den Ursprungsländern hat.

In der ganzen Kampanien sind die MigrantInnen bei der mediterranen Landbau oder in Arbeitsgebieten beschäftigt, in denen Befristung, Unregelmäßigkeit und ungesicherte Arbeitsbedingungen vorherrschen. Es ist dargelegt worden, dass in den südlichen Gebieten durch die Ausgangsbedingungen in den jeweiligen Arbeitsmärkten eine Art "Segmentierung innerhalb der Segmentierung" stattfindet. Angesichts der fehlenden Regulierungen bei diesen Märkten ist die ungeregelte und unerfasste Ausländerbeschäftigung eine selbstverständliche Voraussetzung für "die Vermittlung von Job oder Auskommen" geworden[72]. Es ist in diesen Gegenden kein Zufall, dass die rar vorhandenen Industriejobs mit einer höheren unregelmässigen Beschäftigung einhergeht als in jenen Regionen, wo eine Tendez zur Regularisierung der MigrantInnenbeschäftigung vorhanden ist. In manchen Fällen setzt eine besonderes bei den Erntearbeiten üble Entwicklung ein, bei der sich die Interessen der

---

[71] Die italienischen Statistiken scheinen die Aussagen von S.Castles und M.Miller (*The Age of Migrations, International Population Movement in the Contemporary World*, Macmillan London 1993) zu bestätigen

[72] L. Zanfrini, *La ricerca sull'immigrazione*, pag.72

Einheimischen und der MigrantInnen sich verknüpfen, so dass letztere auf dem Felde zu den Ausführenden für die Einheimischen werden.

In Zentralitalien, von Lazio bis Toskana, ist das Ganze komplexer gestaltet. Einerseits ist die Präsenz der römischen Metropole, die ein wesentlicher Bestandteil der Migration ausmacht - nach letzten Angaben leben in der römischen Provinz ca. 210.000 ZuwandererInnen. Dort stellen Haushalten und Jobs bei der Gastwirtschaft die charakteristischen Beschäftigungen dar. Ein anderes Merkmal der Ballung in Rom ist die Vielfalt an vertretenen Herkunftsländern[73]. Das Leben hier ähnelt zudem dem in den Marken und der Toskana, wo ein Netz von kleinen Unternehmen eine immer beträchtlicher Anzahl von MigrantInnen beschäftigt. Kleine Unternehmer, "die im örtlichen Arbeitskraftangebot nicht die passenden Werktätigen finden kann, um die Expansionsprozesse und die permanenten Umstrukturierungen zu unterstützen"[74]und daher dazu neigen, MigrantInnen aus den Saisonsbeschäftigungen und dem Straßenhandel anzuziehen. Die "Wandervögel" werden so Werktätige in Gerbereien, beim Marmorsteinmetz und bei den Baustellen. Es gibt in Toskana auch ein migranteneigenes Unternehmertum, ein „ethnic business", das hauptsächlich verbunden ist mit der Lederverarbeitung und hauptsöchlich von ChinesInnen betrieben wird. Es tritt in der Öffentlichkeit ab und zu durch Vorkommnisse der extremen Ausbeutung und der Zwangsarbeit[75] auf..

In den nördlichen Regionen ist das Bild der MigrantInnenbeschäftigung vielfältig. Im ganzen Nordost herrschen Formen der stabilen Beschäftigung, weil in der höchstindustrialisierten Gebieten des Landes der Einsatz von ZuwandererInnen die Löcher stopft, die die demographische Entwicklung in der Reproduktion der Arbeitskraft schlägt. Es ist ermittelt worden, dass auf dem Arbeitskraftmarkt im Mittel- und Norditalien "die eigenen Reserven beinah erschöpft sind"[76] sowohl infolge der Bevölkerungsentwicklung als auch der gestiegenen Bildungsniveau der Heranwachsende. Untersuchungen über die Einwanderung in der Emilia-Romagna haben die Dynamik gezeigt, der zufolge MigrantInnen nicht nur Arbeitsplätze nehmen, die von Einheimischen abgelehnt werden, oder Arbeits- und Entlohnungsbedingungen annehmen werden, die einem italienischen Werktätigen nicht angeboten werden könnten, sondern auch offenstehende Stellen in der traditionellen Industriearbeit besetzen. In der Emilia arbeiten Zuwanderer in den Gießereien seit 1979. Tatsächlich ist in dieser Gegend die prozentuale Differenz zwischen Festangestellten und gemeldeten Aufenthalt extrem hoch und das Verhältnis zwischen unerlaubten und arbeitslosen MigrantInnen entsprechend klein. Obwohl im Veneto und Lombardei der großte Teil der MigrantInnen bei sehr unterschiedlich großen - von sehr kleinen bis mittelgrossen - Unternehmen arbeiten, tun sie dies oft zu schlechteren Lohn- und Arbeitsbedingungen als die Einheimischen. In diesen Regionen hat während den letzten zwanzig Jahren die schnellste Wirtschaftsentwicklung und eine wachsende Entfaltung atypischen Jobs stattgefunden. Arbeitszeit und Tempo, hygienische, Umwelt und Risikobedingungen verändern sich radikal von Ort zu Ort. In manchen Fällen hat man ein vertragliches Differenzierungssystem eingeführt, die sich auf die Bestimmungen der jeweiligen Ursprungsländer der MigrantInnen bei der Festlegung der Verträge berufen.

---

73 Auch in diesem Fallwerden genannte Trends bestätigt Siehe S.Castles, M.Miller *The Age of Migrations*

74 L.Zanfrini, op.cit., s.73

75 Siehe Campani G., Carchedi F., Tassinari A., Herausgeb. *L'immigrazione silenziosa. Le comunità cinesi in Italia*, Fond.Agnelli, Torino 1994

76 E.Reyneri, *Sociologia del mercato del lavoro*, il Mulino, Bologna 1996, s.386

Tab. 4: Verteilung der Ausländer nach Regionen (Daten für 1996)

	1997 in %
NORDITALEN	51,3
Val d'Aosta	0,3
Piemont	6,6
Ligurien	2,6
Veneto	8,1
Friaul	2,9
Trentino	3,2
Lombardei	20,2
Emilia	7,5
ZENTRALITALIEN	30,5
Toskana	7,6
Umbrien	2,0
Marken	2,1
Lazio	18,7
SÜDITALIEN	11,4
Abbruzzen	0,1
Molise	0,1
Kampanien	5,4
Apulien	2,7
Basilicata	0,2
Kalabrien	1,6
INSELN	6,7
Sizilien	5,8
Sardinien	1,0

Quelle: Ausarbeitung durch Caritas von 1997 Daten des Innenministeriums

Wohnbedingungen der MigrantInnen in Italien

Ein dramatischer Aspekte der Lage der MigrantInnen in Italien ist deren Wohnsituation. Es hat nicht die kleinste Spur von Wohnungspolitik für MigrantInnen gegeben. Die Ansicht: abschieben dort, wo sie nicht mehr gebraucht werden und 'die sind eh nur auf der Durchereise' hat eine ambivalente Situation geschaffen, die durch die Immobilienwirtschaft der lokalen Verwaltungen und vom Fehlen von staatlichen Massnahmen charakterisiert wird.Man muss nur an die Erstaufnahmenlager denken, die erst mit dem Gesetz von 1990 überhaupt eingerichtet wurden. Die Finanzierung dieser Lager war in den meisten Regionen sehr schnell nicht mehr gesichert. Die meisten notwendigen sozialen und psychosozialen Versorgungsaspekte wie Schlafplätze, sanitäre/gesundheitliche Hilfe etc. wurde sofort den Freiwilligen, kirchlich wie laizistisch Engagierten übergeholfen. Bis vor wenigen Jahren - und in einigen Regionen ist es immer noch so - war es nicht möglich, dass MigrantInnen einen kostenlosen Schlafplatz in z.B. Obdachlosenunterkünften erhalten konnten. Aus diesem Grunde ist eine Art zweiter Wohnungsmarkt entstanden, einer für die ItalienerInnen und ein völlig von diesen getrennter für die MigrantInnen, der von künstlich in die Höhe getriebenen Mieten und schlechtem Wohnraum gekennzeichnet ist.Dieser Markt hat eine tatsächliche Wohnmarginalisierung geschaffen. Die MigrantInnen finden sich in einer Spirale wieder, die sie zwisch illegalem Wohnen und illegalem Arbeiten hin und her wirft. Mangels städtebaulicher Planung und Einbeziehung von Bedürfnissen der MigrantInnen ist eine Familienzusammenführung quasi unmöglich.

Es ist furchtbar mitanzusehen, wie langsam in den Besiedlungsplänen der Stadt auch Neuankömmlinge mit einbezogen werden. Wer heuzutage in Italien ankommt, hat kaum eine andere Möglichkeit als sich auf dem 'parallelen' Markt eine Unterkunft zu beschaffen. So schafft man sich alle Voraussetzungen für eine dauerhafte soziale Diskriminierung.[77]

Die neue Fremdenfeindlichkeit in Italien - Bürgerkomitees und Lega Nord

Trotz der immer wieder betonten Aussage, Italien sei ein Emigrationsland, hat dies nicht die „Infizierung" mit der Fremdenfeindlichkeit verhindern können. Die wenigen und teils dramatischen Aufeinandertreffen von MigrantInnen und Ex-EmigrantInnen waren ebenso bitter wie beispielhaft für die Unterschiedlichkeit der zwei verschiedenen Erfahrungswelten. Man muß hinzufügen, daß sich das Klima im Land in den letzten Jahren sehr schnell verändert hat. Einer gewissen Toleranz und Öffnung, die das Land noch in den 80er Jahren durchdrang, folgte eine überwiegend von Angst und Vorurteilen geprägte Denkweise in bezug auf Ausländer/innen. Die Soziologen konstatieren, daß sich die Stimmung gegenüber Ausländern in Italien seit Anfang der 90er Jahre verschlechtert hat. Das heißt: Als klar wurde, daß die neuen Ankömmlinge gekommen waren um zu bleiben, gab es die ersten „Massenregulierungen" und genau in diesen Jahren verbreitete sich ein neuer Typ an Initiativen, die mit der Gründung von Anti-MigrantInnen und Anti-ZigeunerInnen-Bürgerkomittees in zahlreichen norditalienischen Städten wie Mailand, Turin und Genua nach innen und noch häufiger nach außen eine Aversion und Feindseligkeit in bezug auf MigrantInnen an den Tag legten. Diese „Bürgerkomitees", die es seit den letzten Jahren in allen großen Städten Norditaliens gibt, sind Initiativen von BürgerInnen, teilweise spontan gegründet und selbstorganisiert, teilweise auf sozialen Aspekten und Klassenvorstellungen beruhend initiiert und gedacht.

In diesen Komitees finden sich somit neben den „normalen" BewohnerInnen des Viertels auch kleine PolitikerInnen und HändlerInnen, die versuchen, ihre speziellen Ziele durch die nun möglich gewordene kollektive Mobilisierung zu realisieren. Die TeilnehmerInnen dieser Gruppen haben sich meist zusammengefunden, um den Anspruch auf eine genaue territoriale Kontrolle geltend zu machen. Die „Komitees" machen sich unter dem Motto „Sicherheitsbedürfnis" zu den Fürsprechern einer effizienteren Präsenz der Polizei in den Stadtvierteln. Diese massive Präsenz der Polizei sollte zum Ziel haben, die MigrantInnen zu „disziplinieren" und zu „zähmen", wenn nicht gar, sie auszuweisen. Es gab Demonstrationen gegen die „Ausländerkriminalität", bei denen auch VertreterInnen der linken Parteien teilgenommen haben. Es gab eine aufsehenerregende Welle der Intoleranz, die auch in der internationalen Presse aufgenommen wurde. Neben den vielen Faktoren, die für eine solch gravierende Veränderung der öffentlichen Meinung verantwortlich sind, muß man auch sehen, daß sich die ersten Jahre der 90er in Italien durch eine große politische Instabilität auszeichneten, die mit dem sogenannten Schritt zwischen der „ersten" und der „zweiten" Republik in Verbindung steht. Ein Schritt, der den Zerfall der größten politischen Kräfte und Parteien bedeutete, die die Geschichte der Nachkriegszeit in Italien geschrieben haben, vor allem dem der Democrazia Cristiana und der PCI (Italienische Kommunistische Partei). Mit der Krise der großen 'historischen' Parteien des Landes, unter ihnen auch die 'historischen' Organisationen der Arbeiterbewegung, schwand auch die Fähigkeit, zwischen sozialen und lokalen Konflikten zu vermitteln. Die neuen politischen Machthaber vertraten eine Politik der Intoleranz, die die Migrationsfrage nutzte, um politische Unterstützung vor allem durch die Lega Nord zu erhalten. Die Lega Nord hat nicht nur einem symbolischen Bedürfnis der Erneuerung durch die Einforderung der 'Geburt einer neuen Nation' ihre Stimme verliehen. Sie hat auch nicht nur die Richter unterstützt, die einem guten Teil der alten Machthaber den

[77] Die These wird vom Autor in: A. Petrillo: Migranti e Città, Costa Nolan, Genua-Mailand 1998 ausgeführt

Prozeß machten - nein, es war auch die einzige politische Bewegung, die die Wichtigkeit der Bestimmung eines Feindbildes durch die Bildung einer neuen politischen Identität erkannt hat. Schon Anfang der 90er behauptete die Lega Nord, daß „die Invasion der *extracomunitari* - der Nicht-Europäer - die innere Gemeinschaft und die eigene Identität bedroht" (Manifest der Lega Nord, Mailand 1997). In diesem Sinne hat die Lega von Anfang an die MigrantInnen zu Verantwortlichen für einen großen Teil der „neuen Probleme", die in Italien auftraten, gemacht. Zu Beginn wurden das Beharren der Lega Nord auf den Risiken der unkontrollierten Einwanderung aus den südlichen Hemisphären und die entflammte Kampagne gegen die Afrikaner und die *terroni* [78]nicht mit Folklore gleichgesetzt oder als solche angesehen. Doch im Laufe einiger Jahre stellte sich immer mehr heraus, wie die Lega selbst einen sehr präzisen Bezugsrahmen herstellte, in dem ein völlig neuartiges Gefühl der Überlegenheit die Distanz zwischen „uns" und „denen" , zwischen Einheimischen und MigrantInnen, *padani* [79] und SüdItalienerInnen hervorhob. Natürlich hat dieses neue Programm der Identitätsstiftung vor allem ökonomische Gründe und bezieht eine ganze Reihe von sehr radikalen politischen Entscheidungen mit ein wie zum Beispiel die Trennung von ökonomisch armen und unterentwickelten Gebieten, die sich selbst überlassen werden sollen. Der Hauptauftrag, der hinter den Zielen der Lega Nord steckt, ist der Gedanke des „es ist endlich Zeit zu verschwinden", sich endlich die Möglichkeiten und die Macht der reicheren Gebiete Italiens zu Nutze zu machen und gleichzeitig eine erbarmungslose Selektion unter den MigrantInnen zu betreiben, indem man in der Padana nur die behält, die arbeiten und die „Kriminellen" nach Hause schickt[80].

Tatsächlich gilt das sehr massive Vertreten der Gleichsetzung „Migrant-Krimineller", gegen den nur die Abschiebung hilft, als einer der am meisten geäußerten Werturteile der Lega Nord und der Bürgerkomitees. Ein Parlamentarier der Lega Nord schlug 1996 vor, alle MigrantInnen, die sich auf dem nationalen Territorium aufhalten, zu erfassen, indem man ihre Fußabdrücke nimmt, denn seiner Meinung nach könnten die 'Kriminellen', nur um in Italien zu bleiben, auf die plastische Chirurgie zurückgreifen, um ihre Fingerabdrücke verändern zu lassen.

Eine sehr wichtige Rolle in der Erschaffung des Feindbildes Immigrant spielen auch die Massenmedien, vor allem die Lokalpresse. Es wird so gesehen, daß: „die Behandlung des Themas Immigration in italienischen Zeitungen von dem normalen Gebrauch der Stereotypen bis zur Abstemplung der MigrantInnen als Kriminelle und der Herausgabe von falschen Zahlen sowie offenen rassistischen Statements und Kampagnen für Abschiebungen reicht... es gibt heute eine Abstemplung des MigrantInnen als „sozialem Teufel" in der lokalen und nationalen Presse, im politischen System und in den lokalen Initiativen."[81]

Ein anderer Faktor, der die Bindung dieser fremdenfeindlichen Tendenzen Anfang der 90er Jahre ausgelöst hat ist das allgemeine Problem der Gleichgültigkeit gegenüber der Problematik der Immigration, die das letzte Jahrzehnt in Italien charakterisierte. Eine Gleichgültigkeit, die vor allem von der Regierung ausging, die sich weder um wirkliche Strukturen für eine Integration bemüht noch ein rechtliches System für MigrantInnen geschaffen hat, in dem diese einen Halt finden könnten.[82] Sicher ist, daß die Frage der Immigration in den 90er

---

[78] Schimpfwort im Sinne von Bauer, so nennen die NorditalienerInnen die Menschen aus dem Süden des Landes

[79] Bevölkerung der Padana, norditalienische Landschaft in der flachen Poebene

[80]nach Ideen von A. del Lago „The impact of migrations on receiving stories. The italian case, research report presented to DG XII of EC, unpublished, 1997. Er bezieht sich aber auch auf R. Biorcio „La Padana promessa. La storia, le idee e la logica d'azione della Lega Nord"

[81] Nach A. Dal Lago „The impact...", S. 48

[82] ebda.

Jahren immer mehr an Wichtigkeit gewann, es wurde immer mehr als ein sehr schwerwiegendes Problem behandelt, was völlig unverhältnismäßig zu den wirklichen Gegebenheiten stand. Der „Notfall Immigration“ stand lange Zeit an einer der ersten Stellen in den politischen Programmen wie auch bei den Medien. Das Ergebnis war eine Reihe von Maßnahmen, die von der Regierung erlassen wurden und die der Logik zugrunde liegen, daß in einer Extremsituation eingegriffen werden muß.[83] Die Regierung ist konstant den Zeichen, die ihnen die Bürgerkomitees und die Presse vorgegeben haben, gefolgt, indem sie ganze Stadtviertel militarisierten und die Maßnahmen gegen die Illegalisierten verschärften. In einem kürzlich erschienen Forschungsbericht zeigt sich:

„Es ist auch offensichtlich, daß die Angst vor MigrantInnen nicht von der Quantität abhängt, sondern von der politischen Bedeutung, die sie in der öffentlichen Meinung eingenommen haben. Wenn MigrantInnen als Feinde tituliert werden, geschieht das nicht, weil die Journalisten die Fakten der Immigration kennen (die meist falsch oder unkontrollierbar sind). Diese „Fakten“ sind nur Symbole, die für alle mögliche Zwecke nützlich sind und mittels derer die öffentliche Meinung versucht, ihre Ängste zu begründen. Das Problem ist, daß die soziale Benennung oder Titulierung von Immigration als der Auslöser von Angst nichts anderes bedeuten kann, als daß man MigrantInnen als (reale oder virtuelle) Kriminelle definieren muß. Aber es ist wichtig hervorzuheben, daß die Charakterisierung des MigrantInnen als Feind logischerweise (wenn auch nicht chronologisch) vor Formen der Abwertung, der Erniedrigung und der Stigmatisierung kommt, mit der die Gesellschaft normalerweise ihre Handlungen gegen innere und äußere Feinde legitimiert. So hatte z.B. die Entscheidung von 1995, vor der Küste Apuliens eine Armeebrigade patrouillieren zu lassen auch den Effekt, MigrantInnen und Flüchtlinge zu Staatsfeinden zu deklarieren.“[84]

Es lässt sich nicht einfach in ein paar Worten erklären, warum sich so schnell solche Veränderungen im Klima des Landes vollzogen haben und was die wirklich tiefgründigen Auslöser hierfür sind. (...)Sicher ist, daß sich auch unter den MigrantInnen selber das Bild des Landes grundlegend geändert hat. Italien galt die ganzen 80er Jahre hindurch als ein mediterranes Land, in dem eine gewisse Toleranz herrschte oder jedenfalls eine relative Gleichgültigkeit, es galt als recht liberal und es gab keine exzessiven Kontrollmechanismen. Es war also ein Land , in dem man sich früher oder später einfügen konnte oder Einnahmequellen fand. Heute jedoch herrscht das Bild eines harten, ausländerfeindlichen, wenig aufnahmebereiten Land mit strengsten Kontrollen vor. Unter den MigrantInnen verbreitet sich die Meinung, daß ein regulärer Aufenthalt immer schwieriger zu erhalten ist. Man befinde sich vielmehr in einer Situation, in der es für die Regularisierten nur sehr wenige Garantien gibt, und in der es immer schwieriger wird, sich in dem bürokratischen Gewirr zurechtzufinden. Dabei besteht immer die Gefahr in die ewige Illegalität zurückzufallen, auch für denjenigen, der vorher schon einmal einen regulären Aufenthaltstitel hatte (bisher handelte es sich immer um temporäre sowie um aufhebbare Aufenthaltsgenehmigungen). Die Aufenthalts-berechtigung sind auf unterschiedlichste Dauer ausgestellt, weichen in den verschiedenen Regionen ziemlich von der Vorschrift ab und sind oft vom willkürlichen Handeln der Polizei und der Ausländerbehörde gekennzeichnet. Umgekehrt scheint sich die öffentliche Meinung immer mehr an den repressiven Charakter anzupassen, die Untersuchungen zeigen einen konstanten Anstieg der Feindseligkeiten MigrantInnen gegenüber und ein einhelliger Chor fordert Maßnahmen gegen die „Illegalen“, die alle ohne Unterschied als Kriminelle betrachtet werden.

---

[83] Nach V. Ruggiero, M. Ryan, J.Smith (Hrsg.) „Western Penal Systems. A Critical Anatomy, Sage London, 1995

[84] A. Del Lago, „The impact...“, S. 49

Die Gesetzgebung zur Immigration - das Ausländergesetz

In Italien gab es bis zu den Gesetzen von 1986 und 1990 kein Ausländergesetz. Bis zu diesen Maßnahmen galten die Einwanderungs- und Aufenthaltsrichtlinien für Ausländer in Italien, die aus den faschistischen Gesetzen zur inneren Sicherheit von 1931 hervorgehen. Praktisch bedeutet dies, daß bis Ende der 80er Jahre die juristische Stellung der nicht-europäischen Ausländer über ministeriale Runderlässe geregelt wurde. Aus diesem Grunde waren eingewanderte Arbeitnehmer juristisch nur sehr schlecht abgesichert. Erst Ende 1986 gab es das erste Gesetz, daß die Gleichstellung der Rechte von ausländischen und italienischen ArbeitnehmerInnen (...) sowie das Recht der sozialen und medizinischen Versorgung, der Erhaltung der kulturellen Identität bestätigte und eine erste Legalisierungsmaßnahme von irregulären Situationen einführte. Diese Legalisierungs-Maßnahme war jedoch quantitativ sehr beschränkt, da es nur um abhängige Arbeitnehmer ging, und viele Punkte, die im Gesetz eingebracht waren, sollten totes Beiwerk bleiben (...). Dieses Gesetz ließ aber die Verfügungen von 1931, die die Einreise, den Aufenthalt und die Abschiebung der Ausländer betrafen, unangerührt. Erst mit dem Gesetz von 1990 stellte man sich teilweise ernsthaft dem Problem der Regularisierung der AusländerInnen, die sich schon auf italienischem Boden befanden, und von denen nur ca. ein Drittel 1986 regularisiert waren. Das Gesetz führte außerdem eine neue Regelung der Einreisetitel und der Zurückweisung an der Grenze, des Aufenthalts und der Abschiebung ein. Ziel dieses Gesetzes war einerseits die Regularisierung einer größtmöglichen Anzahl von *clandestini* , andererseits die Einführung des Kriteriums des „gelenkten (organisierten)Flusses“, d.h. die Festlegung einer Quote von MigrantInnen, die Italien von Jahr zu Jahr aufnehmen konnte. Diese sollte vom Aussen- und vom Innenministerium nach einer vorherigen Beratung mit einer Reihe von anderen Organismen festgelegt werden. Es handelte sich praktisch um eine Rationalisierung und eine Disziplinierung der Einwanderungsfrage, was aber nur zu einem kleinen Teil geglückt ist. 1991 wurden viele MigrantInnen regularisiert, da das Gesetz nur sehr geringe Anforderungen für die Ausstellung einer Aufenthaltserlaubnis stellte. Doch das Problem der *clandestini* blieb bestehen. Tatsächlich wurden die Ziele dieses ökonomischen Programmes der Quotierung in den Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes nie wirklich erreicht. Die öffentliche Verwaltung beschränkte sich darauf, Jahr für Jahr zu verkünden, daß der Fluß der ArbeitsMigrantInnen gleich Null sein müßte und machte damit die ganze konzeptionelle Konstruktion zu einer Farce. Gleichzeitig ließ sie eine Entwicklung der Schwarzarbeit und der Ausbeutung des eingewanderten Arbeitnehmers zu, die im Süden so extreme Formen wie die des *coporalato*[85] erreichten. Dies hat trotz der Kämpfe der Tagelöhner und der Arbeiter in den 50er und 60er Jahren , die es fast auslöschten, in Süditalien eine traurige Tradition. Die Theorie des „kontrollierten Flusses“ wurde somit zu einer vollkommenen Blockade der Grenzen. 1996 hat das Dini-Dekret [86] , geboren in einem kämpferischen politischen Klima um die Debatte des „Notfalls Immigration“, eine neue Legalisierung mit dem Ziel eingeführt, zwei der brennenden wirtschaftliche Probleme Italien zu lösen: einerseits sollte eine gewisse Anzahl von *clandestini* regularisiert werden, andererseits sollte die stark verbreitete Schwarzarbeit ans Tageslicht gebracht werden. Im Gegensatz zu der von 1990-91 wurden für diese Legalisierung sehr strenge Bedingungen gestellt.

„Um ihren vorherigen Aufenthalt in Italien zu beweisen mußten die MigrantInnen mit Dokumenten belegen, daß sie in den letzten sechs Monaten illegal in Italien beschäftigt waren, daß sie weiterhin in einer irregulären Arbeitssituation stehen, daß sie ein schriftliches

---

[85] Mittelsmänner von Landwirtschaftsunternehmen beuern Tagelöhner ohne Verträge und gegen sehr schlechte Bezahlung an. Meist werden hier MigrantInnen und italienische Frauen beschäftigt. Da es sich um illegale Arbeit handelt, können die „Arbeitnehmer“ ohne Angst vor Bestrafung ausgebeutet, um ihre Löhne betrogen etc. werden.

[86] Dini, Lamberto, ...

Arbeitsangebot eines italienischen Arbeitgebers vorweisen können, daß sie mit einem MigrantInnen mit festem Aufenthalt verheiratet sind oder das minderjährige Kind eines MigrantInnen mit festem Aufenthalt sind. In jedem Falle der Legalisierung einer Arbeit mußte ein nicht unbeträchtlicher Geldbetrag an die Sozialversicherung gezahlt werden: von über 870 Euro für eine Halbtags-Haushaltskraft bis zu 3500 Euro für eine Vollzeit-Arbeit. Diese Zahlungen werden meistens den Arbeitgebern zur Last gelegt, doch sie werden oftmals ganz von den MigrantInnen bezahlt. Das war ein ernsthaftes Hindernis, da diese Zahlungen zwei oder drei Monatsgehälter eines MigrantInnen betrug. Die Prozeduren des Erhaltes einer Aufenthaltsgenehmigung waren kompliziert und zeitaufwendig, so daß einige Einwanderer ihre illegalen Jobs verloren, weil sie zu häufig nicht an ihrem Arbeitsplatz waren. In anderen Fällen verweigerten die Arbeitgeber die Legalisierung des Anstellungsverhältnisses, da sie Angst hatten, die Sozialabgaben rückwirkend zahlen zu müssen."[87]

Quantitativ gesehen handelte es sich trotz dieser Widrigkeiten um einen großen Erfolg, es wurden mehr als 256.000 MigrantInnen regularisiert, auch wenn eine tiefergehende Analyse zeigte, daß beide Ziele der Regularisierungskampagne nur zum Teil erreicht worden waren.

Eine solche Situation war lange voraussehbar, wenn man sich bewußt macht, daß das selektive Kriterium für die Ausstellung einer Aufenthaltsgenehmigung an dem Vorweisen eines legalen, kontinuierlichen Arbeitsverhältnisses hängt. So gesehen hat die Regularisierung von 1996 unter der Zielsetzung die MigrantInnen aus der „underground economy" zu befreien einen nur sehr bedingten Erfolg gezeigt. Für viele handelte es sich nur um eine formale Übergangsregularisierung, die nur für einen begrenzten Zeitraum Wirkung zeigte. Sie zeichnete sich durch einen unbeständigen Charakter, einem periodischen Schwanken zwischen Legalität und Illegalität aus, das wir schon seit jeher von der Problematik der Immigration in unserem Land kennen. E. Reyneri schreibt in einem detaillierten Bericht über den Fortgang dieser Regularisierung:

„Zusammengefasst gibt es drei typische Sequenzen, die uns helfen, die wirklichen Effekte des Legalisierungsprozesses zu beschreiben. Diese Sequenzen sind in der nachfolgenden Tabelle aufgezeigt. Leider können wir nicht bestimmen, welches die am häufigsten vorkommende Sequenz ist, doch wir denken, daß es der Typ B ist (...). Die anderen beiden Sequenzen müßten sich die Waage halten.

	Vorher	Legalisierung	Nachher
A	Straßenverkauf Zigarettenverkauf Gelegenheitsjobs	Gefälschte Arbeitsverträge	Straßenverkauf Zigarettenverkauf Gelegenheitsjobs
B	regelmäßige, aber nicht legalisierte Jobs	Arbeitgeber zahlt Sozial-abgaben	Behält denselben Job mit Genehmigung -
C	regelmäßige, aber nicht legalisierte Jobs	Immigrant zahlt Sozial-abgaben	Suche nach einem neuen Job

1998 wurde ein sehr umstrittenes Rahmengesetz zur Einwanderung erlassen, das mit der Denkweise der *provvedimenti emergenziali* , der Notstandsmaßnahmen, Schluß machen wollte. Einige entscheidende Aspekte dieses Gesetzes bleiben noch undefiniert, da viele Punkte auf Anwendungsbestimmungen verweisen, die noch ausgearbeitet und formuliert werden müssen.

[87] aus dem Englischen im Original des Autors

Aus diesem in seinen Hauptlinien von der links-liberalen Regierung des „Olivenbaum-Bündnisses“ konzipierten und getragenen Gesetzes gehen jedoch einige sehr wichtige Gesichtspunkte hervor. Obwohl es von der Regierung als das „fortschrittlichste Einwanderungsgesetz in Europa“ propagiert wurde, stehen doch die Ausschluß- und Rückweisungskriterien vor denen der Aufnahme. Es handelt sich tatsächlich eher um ein Gesetz, das die auch schon im Notfall- Dekret von 1996 erscheinenden repressiv-abschiebenden Tendenzen auf den Grundlagen eines Spezialgesetzes aufzunehmen scheint. Statt der heuchlerischen Politik der Quotierung weiterhin zu folgen, die einer von admininistrativen Seite aus systematischen Produktion von neuen *clandestini* gleichkommt, sieht das Gesetz bis heute keine Legalisierung vor und verurteilt damit zur Zeit ca. 250.000 *clandestini* zu einer unsicheren, von Angst geprägten Existenz, da sie alle potentiell von den neuen, strengen Strafmaßnahmen, die das Gesetz vorsieht, erfasst werden könnten. Dazu gehören z.B. die beschönigend bezeichneten *campi di accoglienza*, die Aufnahmelager, die nichts anderes bedeuten als von der Verwaltung angeordnete Gefangenenlager, in denen MigrantInnen festgehalten und ihrer ganzen individuellen Freiheit beraubt werden sollen. Ihr einziges „Verbrechen“ ist der Nichtbesitz einer Aufenthaltsgenehmigung und sie sollen dort auf ihre Abschiebung warten. Es werden einige Rechte in Aussicht gestellt und es wird endlich die Möglichkeit geben, eine Aufenthaltsgenehmigung für fünf Jahre zu bekommen, die auf unbestimmte Zeit verlängert werden kann. Aber der Erhalt dieser Aufenthaltsgenehmigung ist an eine Serie von Restriktionen und schwer erfüllbaren Bedingungen geknüpft. Eine der wichtigsten ist der Vorweis einer Arbeit und eines Gehaltes, mit dem eine Familie versorgt werden kann. Auch die fünfjährige Aufenthaltsgenehmigung ist widerrufbar und beim ersten Verstoß gegen die italienische Gesetzgebung, sei er auch noch so gering, droht die Abschiebung. Man kann alle Rechte verlieren, auch die schwer erkämpfte fünfjährige Aufenthaltsgenehmigung, und abgeschoben werden, wenn man ein Paket Pommes frites im Supermarkt klaut. So besteht auch in der neuen Gesetzgebung eine grundsätzliche Inkonsequenz in bezug auf die Rechtsstellung des Ausländers, der immer ein Objekt der Polizeikontrolle bleibt und bei dem niemals das Prinzip „Im Zweifel für den Angeklagten, wenn seine Schuld nicht bewiesen werden kann“ gehandelt wird.

Das Gesetz beinhaltet keine Maßnahme der Legalisierung für *clandestini*. Stattdessen werden immer wieder die „Kultur des verdächtigen Subjekts“ und das Allheilmittel der Abschiebung als Lösung für das „Problem Migration“ in den Vordergrund gestellt.

Ein politischer Mythos: die Kontrolle der Grenze

Die Frage nach der Kontrolle der italienischen Grenzen wird seit langem ausgiebig von den europäischen Partnern diskutiert und bei mehreren Gelegenheiten schien es, als ob das Problem zu einem ernsthaften Hindernis für den Weg Italiens in das vereinte Europa werden könnte. Vor allem von deutscher Seite fehlte es nicht an ernsthaften Mahnungen hierzu. Die über 2000 Kilometer lange Mittelmeerküste Italiens wurde für viele Nordeuropäer, für die das Land bisher höchstens ein Sommerferientraum war, über Nacht zum Quell von Alpträumen und Ängsten. Vor allem die „unbekannten Grenzen“ entlängs dem Kanal von Otranto, der die adriatische Küste Italiens von Albanien trennt, und um die sizilianischen Inseln herum, bei denen die Territorialgewässer „gefährlich“ nah an Afrika grenzen, bilden eine Art „Achillesferse“, einen Schwachpunkt in bezug auf das Schengener Abkommen.

Auch in der italienischen Presse hob man in den letzten Jahren die Frage der Ankunft der *clandestini* und der Flüchtlinge immer mehr hervor. Es mangelte nicht an apokalyptischen und fremdenfeindlichen Tönen, und in einigen Fällen wurde eine Unterscheidung zwischen politischen Flüchtlingen wie den Kurden und „Wirtschaftsflüchtlingen“ gemacht, während

sich eine Mauer des Schweigens um die Schiffe legte, die mit Flüchtlingen an Bord vor der Küste Italiens untergingen. Die Regierung zögerte in zwei verschiedenen Fällen nicht, das Militär hinzuzuziehen. Erst hatte sie 1995 die Armee an die Küste Apuliens gesandt, dann ließen sie 1997 die Marine sehr „aggressiv" im Kanal von Otranto patrouillieren, um einer 'Invasion' von albanischen boat people entgegenzutreten. Ein Ergebnis dieses „aggressiven Patrouillieren" in den Gewässern zwischen Albanien und Italien war im März 1997 das Versenken einer *carretta di mare,* eines albanischen Flüchtlingsbootes, das mit einer italienischen Fregatte kollidierte, welche den Befehl hatte, das Boot „um jeden Preis"[88] zu stoppen. Das Schiffsunglück kostete ungefähr 100 AlbanerInnen das Leben, vor allem Frauen und Kinder. Der Vorwand war die „Verteidigung" einer als vor allem durchlässig angesehenen Grenze. Den anderen Schwachpunkt bilden die Sizilien vorgelagertern Inseln, hauptsächlich Lampedusa, dem sich vor allem boat people von der tunesischen Küste nähern, da es dem Land am nächsten liegt. Hier befinden sich MigrantInnen aus allen Maghreb-Ländern an Bord.(...) Das Paradoxe ist, daß in der Realität über diese zwei als „Sieb" geltenden Grenzen, die die Presse so ungemein häufig erwähnt, nur ein geringer Teil der *clandestini* einreist. Ein weitaus größerer Teil kommt mit der Unterstützung von Fluchthelfern über die als sicher geltenden Grenzen zu Frankreich und der Schweiz. Jedenfalls sind die auf ca. 60.000 geschätzten *clandestini* gar nicht in der Lage, das innere Gleichgewicht Italiens jedweder Art zu stören, sie erfüllen vor allem im Norden nur weiter das sich negativ auswirkenden demografische „Bestandskonto". Aus dieser Sicht stellt die Thematik der Grenzkontrolle immer klarer ein politisch-propagandistisches Instrument dar, welches dazu benutzt wird, die Einheimischen in Sicherheit zu wägen und gleichzeitig den MigrantInnen zu verschüchtern. Dies wird durch eine immer mehr verstärkte Übergabe der Frage der MigrantInnen und der Flüchtlinge in die Hände einer polizeilichen und militärischen Kontrolle gefördert.[89]

Es wurde beobachtet, daß die „Tendenz, die Migrationspolitik zu einer Frage der polizeilichen Kontrolle zu machen und der fast komplette Stop der Einwanderung, auch dem der Flüchtlinge aus humanitären Gründen, eine Art der Immigration begünstigen, die zur Illegalität zwingt. Die Menschen können so leicht kriminalisiert werden, da sie gezwungen sind, in kriminellen Strukturen zu leben, die wiederum das Einwanderungsverbot ausnutzen."[90] Das Resultat dieser Ausgangslage zusammengenommen mit der Tatsache, daß die MigrantInnen selten in der Lage sind, sich eine effektive Verteidigung in den Prozessen zu leisten, bringt sie, werden sie einmal denunziert , dreimal mehr hinter Gitter als ItalienerInnen. Heute sind ca. 35 % der Gefängnisinsassen in Italien MigrantInnen.

Zusammenfassung

Der Fall Italien ruft großes Interesse hervor und ist vielleicht ein wenig untypisch für Europa. Es handelt sich um ein junges Einwanderungsland, in dem nach einer Zeit der anfänglichen Nicht-Regulierung erst in den letzten Jahren Kontrollinstrumente und provisorische Beschränkungen durch den Beitritt Italiens zum Schengener Abkommen eingeführt wurden. Die ersten Phasen des Prozesses, in dem man Zyklen von irregulärer Einwanderung und darauffolgende Regularisierung gesehen hat, scheinen vorüber zu sein. Das Ende dieser „schwankenden" Phase, in der das Los der MigrantInnen in einem undurchsichtigen Spiel zwischen Unternehmern und Regierungen immer hin und her gereicht wurde, zeichnet sich

---

[88] „Cosi la Marina causò il naufragio" - So verursachte die Marine den Schiffbruch - titelte La Repubblica am 29.4.1998.

[89] S. Palidda: „La conversione poliziesca delle politiche migratorie" in A. Dal Lago (Hrsg.) „Lo straniero e il Nemico. Materiali per l'etnografia contemporanea, Costa & Nolan, Genua-Mailand 1998, S. 209-235

[90] Nach S. Palidda „Le risque d'une conversation pénale-policière-militaire de la politique migratoire italo-européenne". Nicht veröffentlichter Vortrag für die European Coordination for foreigner's rights to family life, Erste Debatte: „Pour une nouvelle politique européenne de l'immigration", Genua 28.3.1998

immer deutlicher ab. Ein Spiel, das oftmals durch die „unsichtbare Hand“ der Wirtschaft entschieden wurde - noch mehr als durch politischen Dirigismus, der die MigrantInnen wiederholt von einer Lebensbedingung in die andere geworfen hat und sie dabei in einem Status der Unsicherheit, einer Arbeit in einem formellen oder einem informellen Wirtschaftssektor, zwischen Legalität und Illegalität beließ. In diesem politischen Dirigismus waren die Bedingungen des MigrantInnen vor allem gekennzeichnet durch eine gewisse Unbeständigkeit, die wiederum an ökonomischen Bewegungen und an den Konsequenzen aus politischen Entscheidungen hingen (...)

Auch ein regularisierter Immigrant hatte nie wirklich die Sicherheit, diesen Status beizubehalten. Sein Vorteil gegenüber den *clandestini* war deshalb nur minimal. Nicht zufällig gingen die Regularisierten Seite an Seite mit den Illegalisierten in den immer wiederkehrenden Kämpfen für die Anerkennung ihrer Rechte auf die Straße. Dies zog sich durch die ganze zweite Hälfte der 90er Jahre und fand seinen Höhepunkt in den Jahren 1994 bis 1996 in einigen nationalen Demonstrationen mit sehr hoher Teilnehmerzahl.

Nun zeichnet sich eine neue, andere Phase ab, die wir kurz skizzieren wollen.

Es wurde kürzlich festgestellt , daß „ neben den MigrantInnen, denen es gelungen ist, sich effektiv zu regularisieren und die ihre wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen verbessern konnten, ein anderen Teil der MigrantInnen (unserer Meinung nach der größere Teil) weiterhin unter sehr schlechten Bedingungen lebt und zwischen Legalität und Illegalität (Formalität und Informellem) hin- und herschwankt und immer wieder in Gefahr läuft, die Regularität wieder zu verlieren.“[91] Wie wir versucht haben aufzuzeigen, spielt der informelle Wirtschaftssektor in Italien tatsächlich weiterhin eine große Rolle. Nach Schätzungen macht dieser ungefähr ein Drittel des Bruttosozialproduktes aus.[92] Bleibt jedoch weiterhin die Frage nach der irregulären Arbeitskraft. Ein Forscher schrieb, daß „es Gegenden im Land gibt, in der die reguläre und irreguläre Migration sich weiträumig überlagern, in anderen Gegenden hingegen sind die Unterschiede bedeutend.[93] Es stellen sich vor allem in Süditalien und in gewissen „Enklaven“, wie zum Beispiel der der ChinesInnen, die sich in der Toskana angesiedelt haben, immer deutlicher Situationen eines „Neuen Sklaventums“ heraus.

All das führt zu der Schlußfolgerung, daß sich eine Tendenz zur Dualisierung der Lebensbedingungen der MigrantInnen abzeichnet. Für eine Minderheit gibt es die Regularisierung und die Konzession für einige wenige Rechte. Der Großteil der MigrantInnen scheint jedoch zu einer ewigen schlechten Behandlung verurteilt zu sein, die sich in der angeblichen Minderwertigkeit und in einem skrupellosen Ausnutzen von Arbeitskräften ohne Rechte in bestimmten Sektoren, vor allem des informellen Wirtschaftssektors auszeichnet. Diese Dualisierung der Situationen scheint sich auch auf die Aspekte der Lokalisierung und der regionalen Spezialisierung auszudehnen, wie es das Überwiegen der Irregularität im Süden zeigt. Während die Dynamik der Ansiedlung in der ersten Phase vor allem durch Kriterien der mehr oder weniger bestehenden Leichtigkeit der Einreise, der geografischen Nähe, der freundschaftlichen Bindungen und der Präsens der Sektoren des informellen Wirtschaftssektors bestimmt waren, „gewinnen heute die lokalen Arbeitsmärkte mehr Gewicht bei der Eingliederung der Ausländer in die Beschäftigung. Diese sind es, die die MigrantInnen zwingen, sich lokal an einen Raum und an einen bestimmten Produktionssektor

---

[91] ebda.

[92] Ebda.

[93] M. Ambrosini (herausgegeben von) „Lavorare nell'ombra. L'inserimento degli immigrati nell'economia informale“, Quaderni ISMU, Milano 1997, S. 21

zu binden."[94] Vieles deutet also darauf hin, daß sich eine Wendung abzeichnet, in der einerseits ein Teil der MigrantInnen versucht, sich in den nördlichen Regionen anzusiedeln und sich ihre Rolle in der ökonomischen Struktur mit der Konzession auf einige Rechte anerkennen zu lassen, während sich andererseits die große Masse der *clandestini* an die unteren Ebenen des Arbeitsmarktes hält, in dem es keine Vorschriften und keine Kontrolle gibt. Dies ist wahrscheinlich der Zweck, für welchen, wie die letzten Gesetzesmaßnahmen zeigen, beträchtliche Unterscheidungen im Aufenthaltsstatus der MigrantInnen gemacht werden. Zwischen denen, die in den Genuß einer fünfjährigen Aufenthaltsgenehmigung kommen, denjenigen, die eine einjährige Erlaubnis haben und denen, die weiterhin als *clandestini* leben, tut sich ein enormer Abgrund auf, der die gemeinsamen Strategien und die Festlegung von für alle gültige Zielsetzungen erschwert.

---

[94] R. Sciarrone, „Il Lavoro degli altri, e gli altri lavori", in: Qauderni di Sociologia, vol. XL, 1996, 11 „la costruzione di una società multicuturale", S.9-49, S.41.

Flüchtlinge in Italien

Judith Gleitze

Der „italienische Krieg“ Die Festung Europa fordert Opfer

Es ist ungewiss, wieviele Menschen ihr Leben auf dem Weg nach Italien lassen mussten. Anfang August 2000 erreichen 418 KurdInnen und TürkInnen die italienische Küste. Alle scheinen die Flucht überlebt zu habenFür 700 Dollar oder 1 Millionen Lire, so in diesem Falle der Preis für die beiden „Reisen“ im Mai 1999[95], bieten *scafisti* [96]ihre Dienste an und versuchen die Menschen von Vlore[97] an die italienische Küste zu befördern. Seit Anfang 1999 wurden 50 Personen verhaftet und 44 *gommoni*[98] sichergestellt.[99] Seit vielen Monaten patroulliert die italienische Marine mit albanischem Einverständnis direkt vor der albanischen Küste. Im Juli 2000 wurde zwischen der albanischen und der italienischen Regierung festgelegt, dass zur Vermeidung des Ablegens von Schlepperbooten italienische Polizisten auch innerhalb Albaniens vorgehen dürfen. Dies sollte eben jene Flucht aus albanischen Häfen Richtung Italien unterbinden. Der albanische Präsident Meidani bestritt am 30.7. in Tirana jedoch, dass ein solches Abkommen geschlossen worden sei.[100] So oder so - es gelingt einigen *scafisti* immer wieder, die italienische Küste zu erreichen. Die Zeitungen berichten, dass in der zweiten Maihälfte 1999 über 3000 Menschen in Apulien angekommen sein sollen.[101] Wenn die Routen von Vlore nicht mehr nutzbar sind, wird weiter in den Norden ausgewichen.

In der Nacht zum 28. Mai 1999 laufen die Fähren „Europa“ und „Tirana“ in Brindisi ein. An Bord befinden sich 312 Kosovo-AlbanerInnen, die alle politisches Asyl in Italien beantragen und auf Lager in Norditalien und Sizilien verteilt werden. Es werden für die nächsten Tage noch 4 weitere Fähren mit Flüchtlingen erwartet. Doch diese haben das „Glück“, zu den „guten“ Flüchtlingen des Krieges in Kosova zu gehören, sie dürfen kontingentiert einreisen.

Für alle anderen Flüchtlinge wird die Reise weiterhin gefährlich bleiben.

So auch für die Roma, die im Juli 1999 versuchen, aus dem „befriedeten“ Kosova zu fliehen. Allein am 6. Juli erreicht ein Schiff über Montenegro Bari - an Bord befinden sich 802 Flüchtlinge. Italien will sie nicht haben, es ist ungewiss, was mit den Menschen geschieht. Einige kommen in Lagern unter, einige tauchen ab, viele werden zurückgeschoben.

---

95 Corriere della Sera, 17.5.1999, die Preise variieren jedoch je nach „Leistung“ und Schiff und sind durchaus noch um einiges höher.

96 Scafisto = Fahrer der Motorbootes *(motoscafo)*

97 albanische Hafenstadt am Kanal von Otranto, ital. „Valona“

98 ital.: *gommone* = Gummi-oder Schlauchboot

99 La Repubblica, 28.5.1999

100 Neue Zürcher Zeitung, 31.7.00, Nr. 176

101 La Repubblica, 28.5.1999

Hier einige Beispiele von Schiffsunfällen, Rammungen durch das italienische Militär und daraus folgenden Todesfällen:

? Am 31. Dezember 1992 wird ein Boot gegen die Felsen geschmettert, 9 Albaner und 1 Grieche sterben, eine Person überlebt. (*)[102]

? In der Nacht vom 13. zum 14. Oktober 1994 schlägt ein Boot 10 Seemeilen von Capo d'Otranto auf einen Felsen auf, 13 Menschen werden gerettet, 2 Frauen sterben, 10 Vermisste. (*)

? Zur gleichen Zeit wird ein Boot gerettet. Der *scafisto* ruft mit seinem Handy Hilfe. Es waren 26 AlbanerInnen an Bord. Für einige Menschen auf einem zweiten Boot kam jede Hilfe zu spät. (*)

? Am 18.Oktober 1994 werden am Strand von Cesine in der Nähe von Otranto 2 neugeborene Kinder, die der Sand schon halb verdeckt, gefunden. Es handelt sich wahrscheinlich um einen Schiffbruch kurdischer Flüchtlinge, von dem niemand etwas erfahren hatte. (*)

? Am 30. November 1995 sinkt ein überladenes Schlauchboot mit 22 Personen im Canale d'Otranto. 17 AlbanerInnen sterben. Ein weiteres Boot gerät in Brand, 15 Tote.(*)

? 1998 macht sich ein Schiff mit ca. 600 aus der Türkei auf den Weg nach Italien. Die „Sirinbache" erleidet Schiffbruch, 200 Menschen werden vermisst. Die türkische Regierung dazu: „Wir favorisieren die heimlichen Trips nach Italien, ihr werdet schon sehen, was es bedeutet, Kurden im Haus zu haben."[103]

? Am 25. April 1999 gerät ein Boot mit 20 Personen in Seenot, 6 Singalesen werden vermisst. Die Überlebenden berichten, daß plötzlich aus dem Nichts ein Rettungsboot auftauchte. Ein paar Tage später werden 2 Italiener verhaftet, die sich auf einem russischen Schiff im Gebiet des Schiffbruchs befanden. (*)

? Am 25. Dezember 1996 sterben knapp 300 Menschen vor der Küste Maltas, nachdem sie umgebootet worden waren und das zweite Boot aufgrund schwerer See mit dem ersten Schiff zusammenstößt.[104]

? Am 27. März 1997 sinkt die „Kater i Rades" nach dem Zusammenstoß mit einem Shiff der italienischen Marine im Canale d'Otranto, 56 Menschen sterben und werden tot geborgen, über 30 werden vermisst, ertrunken und nicht wiedergefunden.

? Am 21. November 1997 sinkt eine Schlauchboot in der Nähe von Brindisi. 5 Tote, 11 Vermisste.

? Am 2. Mai 1998 sterben 4 Menschen bei einem Zusammenstoß zweier Flüchtlingsschlauchboote in der Nähe von Vlore.

? Am 25. Oktober 1998 sterben 6 Menschen bei einem Zusammenstoß mit einem aus Italien zurückkehrenden Boot vor der Insel Sazeno bei Vlore.

? Im April 1999 soll ein Schlauchboot von der italienischen Marine im Canale d'Otranto aufgebracht worden sein, es gab 3 Tote.[105]

? In der Nacht vom 15. Zum 16. Mai 1999 sterben eine Frau und 2 Kinder in einem mit 42 Menschen besetzten Schlauchboot auf der Fahrt von Vlore nach Italien, als sich die *scafisti* vor der *Guardia di Finanza*[106] in den Felsen verstecken wollen.

---

[102] Alle mit diesem(*) Zeichen versehenden Fußnoten stammten aus: „Naufraghi", von Antonelle Mangano, Internetseite „Balcani-Albania"

[103] La Repubblica, 7.12.1998

[104] s. Text von Livio Quagliata in diesem Buch

[105] Gespräch am 7. Mai 1999 mit einem kurdischen Flüchtling in der Unterkunft La Badessa bei Squinzano, der sich an Bord dieses Bootes befand.

? Am 28. Mai '99sterben 5 Menschen, 8 werden verletzt, als eine Einheit der *Fiamme Gialle*[107] der italienischen Marine zwei Schlauchboote aufbringt und mit dem einen zusammenstößt.[108109]

? Am 30. Dezember '99 startet ein mit 59 Menschen besetztes Schlauchboot von der albanischen Küste, es hat die apulische Küste nie erreicht. Zwei Albaner zeigen den Vorfall an, die Staatsanwaltschaften in Lecce und Tirana werden eingeschaltet.

? 39 Menschen sterben, als ihr Boot am 31. Dezember '99 in der Adria sinkt.[110]

? Im April 2000 kostete die Flucht einen Iraki das Leben, als alle 17 Flüchtlinge eines Bootes von den kommerziellen Fluchthelfern ins Wasser gestossen wurden[111].

Dies nur einige Ausschnitte aus der „Liste der Toten" in Italien. Sie kann ebenso für das Jahr 2000 fortgesetzt werden.
Immer wieder sinken kleine Boote vor der albanischen oder der sizilianischen Küste, niemand kennt die Namen, niemand die Zahl derer, die wirklich an Bord waren. Von vielen Unglücken werden wir hier überhaupt nichts erfahren, Menschen, die auf dem Weg nach Europa verschwinden und die hier niemand vermisst.
Im Juni 2000 bringt „UNITED for intercultural action" , ein antirasstisches Netzwerk aus den Niederlanden, eine Dokumentationliste[112] der vom 1.1.93 bis 4.6.00 an den Folgen der „Festung Europa" gestorbenen Flüchtlinge heraus: in Italien fanden an den Aussengrenzen sowie in den Abschiebeknästen ca. 723 Menschen den Tod. Was aus den mehr als 60.000 zurück- und abgeschobenen illegal Eingereisten 1999 geworden ist, weiss niemand.

Massimo Brutti, Mitarbeiter im Verteidigungsministerium, fordert nach den letzten Unfällen im Mai 1999, die Patroullien müssten garantieren, daß die Menschen beim Aufbringen übernommen und die *scafisti* verhaftet werden können.[113] Salvatore Distaso, Präsident der Region Apulien, fordert sogar den Eingriff internationaler Polizei, da die Patroullien nicht wirksam sind, oder aber die Einsetzung von offiziellen Fähren für die Flüchtlinge, damit die Menschen nicht durch die unsicheren Überfahrten gefährdet werden.
Italiens derzeitiger Innenminister Bianco spricht von einem europäischen „Krieg", wenn er von den illegal über die Grenzen eingereisten Menschen berichetet. In diesem Krieg fallen täglich Menschen erst im Juli und August 2000 wurden vor allem Chinesen, Albaner und Kurden tot am Strand gefunden. Was die Menschen dazu gebracht hat, ihre Heimat zu verlassen, wird auch hier nicht hinterfragt. Mit der üblichen Schlagzeilenhascherei eines Grossteils der Medien wird weiterhin der Eindruck vermittelt, dass das Land von den Flüchtlinge überrollt würde. Schicksale sind kein Thema.

---

106 „Finanzpolizei", die hier neben der Marina für Zollangelegeneheiten zuständig ist.

107 Sie gehören zur *Guardia di Finanza*

108 Quellen: La Repubblica, 17.5.1999, 28.5.1999; Giornale di Sicilia, 28.5.1999

109 „Aperta un'inchiesta per 59 scomparsi in mare Adriatico", Corriere della Sera, 14.1.00

110 „List of 2005 documented refugee deaths through Fortress Europe", Documentation on 12-6-00 by UNITED, http://www.united.non-profit.nl

111 UNHCR Refugees NewsNet Italy, S.8 in http://www.unhcr.ch/refworld/cgi-bin/newscountry.pl?country=Italy&country2=Italian. Die Fluchthelfer zwingen ihre Passagiere oftmals zum „vorzeitigen Aussteigen", da sie sonst in Gefahr laufen, von der italienischen Polizei innerhalb der 3-Meilen-Zone aufgebracht zu werden.

112 ebda.

113 ebda.

Doch zurecht fragt hier der Erzbischof der Provinz Lecce, Cosmo Francesco Ruppi: „Wer ist Schuld an diesen Toten?“[114] Kritik wird auch von anderen Seiten laut, so z.B. vom Caritas - Chef von Otranto, Maurizio Tarantino: „Mich wundert, daß die italienische Regierung soviel für die Mission „Regenbogen“[115] macht und diesem Phänomen gegenüber, das schon seit 10 Jahren andauert, so unsensibel ist.“ Der Journalist Antonello Mangano bringt es auf den Punkt: „Es handelt sich nicht um apokalytische Vorhersehungen, sondern um eine Realität, die längs stattfindet und die allgemein ignoriert wird: die Schließung der Grenzen, die mit dem Schengener Vertrag und anderen Abkommen die italienischen und griechischen Küsten zur Festung Europa gemacht haben“.[116]

In den folgenden zwei Geschichten geht es sehr wohl um Schicksale - um die der Opfer zweier provozierter Unglücksfälle, die Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa haben ertrinken lassen: der Schiffbruch vor Malta Ende 1996 und das Sinken der „Kater i Rades“ am Karfreitag 1997 sowie der Protestaktion der Hinterbliebenen im Dezember 1998.

---

[114] ebda.

[115] Das Projekt Arcobaleno (Regenbogen) wurde zu beginn des Krieges in Kosova mit Hilfe der Innenministerin Jervolino ins Leben gerufen und unterstützt die Unterbringung und Versorgung der Flüchtligne vor Ort. Dies soll verhindern, daß die Menschen nach Italien fliehen.

[116] „Naufraghi“ von Antonello Mangano. Der Artikel war auch einer Internetseite zu Albanien abrufbar. Die Internetseite besteht aber nicht mehr. Der Artikel liegt der Autorin vor.

Livio Quagliata:

Scomodi fantasmi
unbequeme Gespenster

Die Presse ist, wie schon erwähnt, selten interessiert an den Schicksalen der Flüchtlinge. Doch soll dies nicht verallgemeinert werden. Im nachfolgenden Fall hat sich der Journalist Livio Quagliata darum bemüht, Licht in das Dunkel der Schiffskatastrophe vom 25.12.1996 zu bringen.

Veröffentlichte wurde dieser Bericht in der linken Tageszeitung „Il Manifesto". Die sonstige italienische Presse schwieg das Unglück, das knapp 300 Menschen das Leben kostete, beharrlich tot. In Auszügen drucken wir seinen Bericht „Unbequeme Gespenster".

Balvender, Medizinstudent aus Indien, möchte die Welt kennenlernen. Als er von einem Schiff erfährt, daß ihn ohne Visum nach Europa bringt, verkauft der Vater ein Haus und gibt seinem Sohn das Geld.

„(...) Ein Freund der Familie kümmert sich um die Organisation vor Ort: er ist der *subagent*, so nennen die jungen Männer die kleinen Anwerber der Emigranten. Sie stehen in Kontakt mit den illegalen Agenturen der Hauptstadt und sind dafür verantwortlich, eine genügend große Anzahl von Personen zum Einschiffen zusammenzubekommen. Der Preis beträgt 7000 Dollar pro Person.

Im Morgengrauen des 17. September 1996 küßt Balvender den Vater die Mutter und die beiden jüngeren Brüder. Der *subagent* ist gekommen, um ihn mit einem kleinen Laster abzuholen, auf dem schon ungefähr zehn schläfrige Jungen sitzen. Das Dorf hinter sich lassend wird die Luft prickelnder, und die Reise geht in einem größeren Autobus weiter nach Neu Dehli. Hier steigen sie ins Flugzeug nach Addan in der Türkei, adios Indien, und nach dem Flug kommen sie an dem großen Hafen an. Zwischen den Lichtern des Abends, dem Gestank nach Diesel und tausenden von fremden Stimmen sieht Balvender das erste Mal in seinem Leben das Meer. Doch die Faszination ist nur von kurzer Dauer, mit anderen zusammen wird er in ein altes Schiff geschoben, das am Ende des Hafens ankert. Er tritt in einen schon völlig überfüllten Laderaum ein und erkennt, daß jetzt das Finden eines richtigen Platzes, wo er seine Matratze ausrollen kann, das Wichtigste ist. Ironie des Schicksals, das Schiff heißt *Friendship.* Balvender und die anderen werden zehn Tage im Ladesraum dieses Schiffes eingesperrt sein, bevor sie Addan verlassen. Abgefahren wird erst, wenn es ganz voll ist.

Sie fahren Tag um Tag, immer im Laderaum des Schiffes, hören, daß Wellen an den Rumpf klatschen. Bei Wasser und Brot, manchmal etwas Reis, einer Suppe, vielen Kartoffeln. Sie können nur an Deck gehen, wenn sie sich auf hoher See befinden, weit entfernt von neugierigen Blicken. (...) Ein Monat ist seit der Abfahrt vergangen, als die jungen Männer im Bauch des Schiffes bemerken, daß der Motor gedrosselt wird und Stimmen auf der Brücke laut werden. Sie glauben, sie seien in Italien angekommen, sie umarmen sich, schreien vor Freude. Aber man wechselt nur das Schiff, mitten auf hoher See.

Das neue Schiff heißt *Iohan*, und auf der *Iohan* finden Balvender und die anderen schon eine Menge Menschen vor, die meisten von ihnen aus Pakistan und Sri Lanka. Es sind insgesamt circa 400 Personen, zusammengedrängt auf den Liegen, die an die Brücke grenzen, oder im großen Laderaum des Schiffes... Bei der *Iohan* bekommt man nur vom Hinsehen Angst, so sehr scheint sie von ihrer zusammengewürfelten Fracht überfüllt zu sein. Von außen verrostet, dreckig und kaputt von innen, ein alter Frachter, einer von denen, die keinen Heller mehr wert sind, einer, dem keiner nachweint, wenn er untergeht geht.Nach ein paar weiteren Tagen auf See stoppt das Schiff mitten auf hoher See und lädt moch mehr junge Männer an Bord: es sind fast alles Tamilen, die von einem anderen Schiff aus Alexandria, Ägypten, kommen.
(...)

Zwei Wochen nach dem Umstieg auf die *Iohan* hält das Schiff wieder und diesmal stimmt es: die Lichter Siziliens, ruft der Kommandant. Unter und an Deck kommen die Männer in Bewegung: es ist Nacht, das Meer ist beängstigend, so aufgewühlt wie es ist. Es bleibt nicht einmal die Zeit, um die Sachen zusammenzupacken, alle ziehen zwei oder drei Paar Hosen übereinander, zwei oder drei Hemden, dann noch einen Pullover und eine Jacke. Ein Fischerboot, ein *roller* , wie man es auf englisch nennt, nähert sich mit Mühe der *Iohan* und soll in drei Fahrten die Männer nach Capo Passero bringen, den äußersten Punkt Siziliens. Doch niemand wird dieses Stück Erde je betreten: auf der ersten Fahrt, der *roller* ist mit 300 Menschen beladen, wird er an die Außenwände der *Iohan* gedrückt und sinkt in wenigen Sekunden.

Balvender ist einer der letzten, die an Bord des Fischerboots gehen. Als der Schrei ertönt, macht er das einzige, was sein Instinkt ihm sagt: er hört nicht einmal mehr die Schreie seiner Mitreisenden, (...) er sieht nur ein langes Seil, daß vom Schiff geworfen wird, hält sich fest und wird hochgezogen. Dasselbe machen noch 29 weitere Männer. Es ist der 25. Dezember 1996, 2 Uhr früh, 30 Meilen nordöstlich von Malta, 40 Meilen südlich von Capo Passero. Die *Iohan* , beladen mit 200 Überlebenden, wirft die Motoren an. Die Männer bitten den Kapitän anzuhalten, um noch mehr Menschen zu retten. Aber der Kommandant, betrunken, beginnt in die Luft zu schießen und hält auf den Peleponnes zu. Hier werden die Überlebenden in der Nacht des 29. Dezember gezwungen von Bord zu gehen (...).

Stellen wir uns einmal vor, was passiert wäre, wenn in dieser Weihnachtsnacht im Kanal von Sizilien ein Schiff mit 300 Touristen untergegangen wäre. Beim ersten Alarmzeichen - und sei es noch so unsicher und zweifelhaft - wären sofort Untersuchungen und Rettungsaktionen eingeleitet worden. Sofort hätten Zeitungs- und Fernsehredaktionen aus Italien und der halben Welt ihre Redakteure vor Ort geschickt, auf den Titelseiten und in den Nachrichten wäre dieses „schlimmste Schiffunsglück in Friedenszeiten im Mittelmeer“ tagelang das Thema gewesen, wie mir der Hafenkommandant in Rom später sagt. Nehmen wir weiterhin an, man hätte trotz einer prompten Hilfsaktion keine Zeichen eines Unfalls und keine Opfer gefunden. Auch in diesem unwahrscheinlichen Fall ist ziemlich sicher, daß sich die höchsten Stellen in Griechenland sofort der Touristen angenommen hätten, die das Unglück überlebt hätten. Man hätte umgehend den Kontakt zu Familienmitgliedern hergestellt und sie wären in Krankenhäusern und Hotels untergebracht worden. Ihre Berichte des Geschehenen wäre in allen Einzelheiten von den Medien ausgewälzt worden (...). Journalisten und Ermittlungsbehörden hätten sie als Zeugen interviewt und angehört. So ungefähr wäre es abgelaufen (in diesen Tagen berichteten die Tageszeitungen seitenweise über zwei Segler, die in Australien Schiffbruch erlitten hatten und gerettet wurden), während die Überlebenden der *Iohan* erst verhaftet und dann - vor ihrer Abschiebung - kaum angehört wurden, weil sie Verdächtige waren, keine Opfer.

Ungläubigkeit ist die erste Reaktion auf den Schiffbruch. Als eine Woche nach der Tragödie die westlichen Medien mit spärlichem Interesse die Nachricht bringen, sind die Überlebenden in drei griechischen Gefängnissen inhaftiert, zusammengedrängt in winzigen Zellen, und müssen Häftlingskleidung tragen. Auch ich selber habe, nachdem ich anfing, mich

mit der Geschichte zu befassen, große Zweifel. Natürlich scheint mir eine solche Tragödie nicht unmöglich. Aber ich kann nicht glauben, daß sich dann keiner darum kümmert. (...)

Am 4. Januar 1997 veröffentlicht der Korrespondent der internationalen Agentur Reuters in Athen, Cristos Poros, die Nachricht: nach Aussagen einiger Personen, die von der griechischen Polizei aufgegriffen wurden (es handelt sich um Tamilen, Singalesen und Pakistaner) soll ein schlimmes Schiffsunglück in der Weihnachtsnacht im Kanal von Sizilien passiert sein, welches mindestens 283 Todesopfer fordert. Einen Tag später wird die Meldung von der griechischen Tageszeitung *Ethnos* gebracht und in Italien setzt es nur die Zeitung, für die ich arbeite (*Il Manifesto*) auf die erste Seite (...)

Alle anderen italienischen Tageszeitungen bringen nur ein paar Zeilen im Tagesgeschehen. Am späten Nachmittag des 6. Januar ruft mich ein gewisser Herr Reginold in der Redaktion an. Er arbeitet als Portier in einem dieser luxuriösen Häuser in der Nähe der Piazza Conciliazione in Mailand, er ist Tamile und er ist sich absolut sicher, daß sein Bruder Peeven auf diesem Schiff war: Dieser hat ihn vor einigen Wochen aus Alexandria angerufen und ihm erzählt, sie würden nun bald an Bord gehen. (...) Reginold hofft, von mir mehr über das Unglück zu erfahren, stattdessen berichtet er mir darüber. Neugierig frage ich ihn, wie er von dem Bericht in *Il Manifesto* erfahren hat. Er habe am Abend des 4.Januar die Pressevorschau auf Canale 5 im Fernsehen gesehen und sich deshalb die Zeitung am nächsten Tag gekauft, antwortet er mir.

Er weiß schon seit Tagen von dem Unglück und es scheint ihm einfach unmöglich, daß es niemand in Italien kümmert (...). Die Nachricht erscheint im *Ill Emursu* , einer Monatszeitschrift der Tamilen im Ausland aus Paris, in einer Sonderausgabe. Die Zeitschrift druckt auch die Telefonnummer der Polizeistation in Nafplion, Griechenalnd, um sich mit den Überlebenden in Verbindung setzen zu können. Nach vielen Versuchen gelingt es Reginold, mit einem Landsmann zu sprechen, der - nachdem er ihm gesagt hatte, er kenne seinen Bruder nicht - aufgeregt berichtet, was geschehen war: Das mit den Männern vollbeladene Fischerboot nähert sich Sizilien. Es beginnt, Wasser überzuholen und kehrt deshalb zur *Iohan* zurück, um Hilfe zu holen. Der Motor läuft auf Hochtouren, der Nebel vermindert die Sicht, jedenfalls hält das Boot nicht genügend Abstand zur *Iohan* und eine Welle drückte den *roller* an das Schiff.

Die Geschichte klingt leider sehr wahrscheinlich, und dennoch haben die italienischen Seefahrtsbehörden gesagt, sie hätten nichts vor Ort gefunden, was auf ein solches Unglück schließen lassen könnte. Die gleiche Nachricht des „vermutlichen" Unglücks geht erst am 5. Januar an den Hafenkommandanten von Rom, der durch die griechische Polizei informiert worden ist. Diese hat begonnen, die hundert Überlebenden zu befragen, die in drei verschiedenen Polizeistationen inhaftiert sind. Tatsächlich hat der diensttuende Beamte der Hafenkommandantur in Rom am 4. Januar zur Agentur Reuters gesagt: „Malta hat uns am 26. Dezember gebeten, die mögliche Kollosion eines großen Schiffes und eines kleineren Schiffes zu bestätigen." Also ist das erste, wenn auch vage Anzeichen der geschehenen Tragödie nicht aus Griechenland, sondern aus Malta nach Italien gelangt, der Insel, die im Süden den Kanal von Sizilien abschließt.

Und vor allem sei diese Nachfrage am 26. Dezember und nicht am 31. gekommen: ein Tag nach dem Unglück, fünf Tage vor den ersten Untersuchungen - Untersuchungen, die eh nur sehr oberflächlich durchgeführt werden: „Wir haben allen Militär- und Handelsschiffen in dem Bereich die Order erteilt, es uns mitzuteilen, falls ihnen etwas auffällt" im Meer. Diese Möglichkeit [der Informierung am 26.12., die Übersetz.in] wird mir gegenüber mehrfach vom römischen Hafenkommandanten, Alberto Stefanini, verworfen:"Vielleicht hat der Journalist von Reuters falsch verstanden, was der diensthabende Kollege ihm gesagt hat." Möglich. Fakt ist, daß sich der Journalist hinter seinem Informationsgeheimnis versteckt, während der Wachbeamte sofort nach La Spezia versetzt wird: er soll sich dort um Hubschrauber kümmern.

Mit der Hilfe von Eltern einiger der jungen Männer, die sich auf der *Iohan* befanden, und von denen ich telefonisch die Zeugenaussagen aus dem griechischen Gefängnis bekomme, gelingt es mir, einen der vielen *subagents* in Colombo, Sri Lanka, zu kontaktieren, die die Passagiere für diese Reise zusammengesucht haben. Ich erwartete verschlüsselte Nachrichten, Vorsicht, wenn nicht Schweigen. Stattdessen antwortet mir eine sehr freundliche Frau, die in Tränen ausbricht, und mir erzählt, daß ihr Mann den Söhnen von „Freunden" bei der Reise „geholfen" hätte und jetzt völlig verzweifelt sei, weil er vom Tod so vieler von ihnen erfahren hat. Das ist meine erste Bestätigung „von außen" von diesem Unglück. Währenddessen legt die Vereinigung der Tamilen in Palermo bei der Botschaft von Sri Lanka in Rom und beim Außenministerium eine Liste von Personen vor, die von ihren Familienangehörigen erwartet wurden und niemals in Italien angekommen sind. „Gespensternamen" titelte *Il Manifesto.* Es wird immer klarer, daß tatsächlich etwas vorgefallen sein muß, aber man versteht nicht warum - „denn", wie der Hafenkommandant in Rom freundlich ausführt - „die Toten kehren nicht an die Oberfläche zurück." Der Zweifel besteht nicht darin, daß es sicher einen Schiffbruch gegeben hat, aber irgendwo, vielleicht auch vor der Küste Griechenlands. Es wäre sicher nicht das erste Mal, daß ein Kapitän, der Flüchtlinge transportiert, ihnen vorlügt, sie seien am Ziel und sie dann sonstwo rausläßt. Vor einigen Jahren wurde eine Gruppe indischer Flüchtlinge in Capri an Land gesetzt. Sie dachten, sie seien in England.

Am Abend des 9. Januar verstehe ich, warum die Toten nicht mehr an die Oberfläche zurückkommen werden. Ich bitte Reginold, in seiner Muttersprache mit den verhafteten Singalesen/Tamilen in den drei griechischen Gefängnissen zu sprechen. (...) Reginold übersetzt dem tamilischen Gesprächspartner meine Fragen und übersetzte mir dann die Antworten zurück:"... Er sagt, als der *roller* an das Schiff gedrückt wurde, sind die anderen drin geblieben..." „Drin, wo drin?" „Er sagt, sie waren in den Zellen..." Also bitte ich Reginold, den tamilischen jungen Mann zu fragen, wie der *roller* genau aussah. Reginold hört ruhig der Antwort des Überlebenden zu, seine Augen werden feuerrot, dann bricht er in Tränen aus. Der *roller* ist kein altes Fischerboot, wie wir zu Beginn gedacht haben, sondern ein altes Schiff, daß zum Fischtransport benutzt wird. Es hat eine flache Brücke, eine kleine Kabine und einen einzigen großen Laderaum. Im Laderaum gibt es große Tiefgefrierzellen, und darin sitzen mindestens 250 junge Männer, unter ihnen sein Bruder Peeven,(...) Vom Moment des Zusammenstoßes an können sie nicht heraus, weil die letzten der auf den *roller* gebrachten Männer die Ausgänge blockieren. In wenigen Sekunden sind sie mit dem gesamten Schiff gesunken. Weitere Telefonate mit den anderen Gefängnissen und anderen Gefangenen verschiedener Nationalität bestätigen diesselbe tragische Version der Geschichte.

Doch nicht einmal diese Nachricht bewegt die italienische Behörden und die Medien. Dafür verhängt eine griechischer Richter elf internationale Haftbefehle wegen Beihilfe zur illegaler Einreise und - noch wichtiger - Massenmord, nachdem er mit vielen Überlebenden gesprochen hat: „Es ist nicht möglich, daß so viele Menschen so vieler verschiedener Nationalitäten, die in verschiedenen Gefängnissen untergebracht sind, die gleiche Version der Geschehnisse geben" [und lügen]. In Italien verbreitet die pakistanische Botschaft eine Liste von Namen der Männer, die sich auf dem Schiff befunden haben. Sie geht tagelang zwischen den Pakistani rum, die sich auf dem Hauptbahnhof in Rom aufhalten. In Palermo volzieht sich die gleiche Prozedur durch die tamilische Vereinignung. Die italienischen Seebehörden verkünden indessen weiterhin: „Trotz" Untersuchungen werden keine Anzeichen eines Schiffsbruchs gefunden. Sogar die (wenigen) parlamentarischen Anfragen sprechen weiterhin von dem „angenommenen" Unglück, und nur einige ausländische Tageszeitungen (*The Observer* als erste, *Le Monde*) nehmen die Untersuchungen dieser Geschichte wieder auf.

Am 20.Januar befinde ich mich in Nafplion, Griechenland, eine touristische Stadt, einige hundert Kilometer von Athen entfernt. Hier, in der winzigen Zelle des Kommissariats, warten einige der 110 Schiffbrüchigen seit dem 29. Dezember auf die Abschiebung in ihre Heimat. Auch Balvender Singh ist unter ihnen. Mit etwas mehr Ruhe erzählt er mir noch

einmal die ganze Geschichte, seine und die der anderen. Er hat glänzende Augen, er versucht, sich unter Kontrolle zu halten. (...) Er war überzeugt, daß alle Tageszeitungen von ihrem „Abenteuer“ berichten würden. Dann spreche ich mit Paramasothy, 21 Jahre alt, und mit Shamriaz, 22, und dann noch mit vielen anderen. Es gibt überhaupt keine Probleme wegen der Gespräche: ich habe eine Erlaubnis des griechischen Justizministers, aber kein Polizist hat irgendetwas sehen wollen. Ich habe gefragt, ob ich mit „den Jungs“ reden kann, das war alles.

Eine Gruppe der BBC kommt, doch sie bleiben nur kurz. Der Journalist der *Ethnos* und der Korrispondent in Griechenland für einige indische Tagesszeitungen, Tejinder Singh, kommen auch. Am 23. Januar kommt gegen Mittag ein Autobus, um die ersten 20 der Überlebenden „einzusammeln“ und abzuschieben. Es sind Pakistani, auf die ein Flug von Athen nach Karachi wartet. Die „Gespenster“ werden aus den Zellen geholt, noch immer in fremder Kleidung, die ihnen anderen Landsmänner, die in Griechenland leben, und der Pfarrer von Nafplion gegeben haben. Die meisten sind sehr jung. Vom Fenster des Autobusses winken sie den Polizisten und grüßen sie mit einem Lächeln.(...)

In den drei darauffolgenden Tagen wiederholt sich die Szenerie mit den anderen Überlebenden, die in zwei anderen Dörfern auf dem Peleponnes und in der Polizeistation in der Hauptstadt untergebracht sind. Nur sehr wenige, nicht einmal zehn, haben politisches Asyl beantragt. Es sind alles Tamilen, und sie riskieren viel in Sri Lanka. Vor mir habe ich das Foto, das bei der Abreise in Nafplion gemacht wurde, und das Foto der associated press (AP), aufgenommen nach der Ankunft auf dem Flughafen von Colombo. Hier naives Lächeln, dort erschreckte Gesichter, umringt von Soldaten mit Waffen.

In den folgenden Tagen, fahren wir mit der freundlichen Hilfe des indischen Journalisten Tejinder Singh die Gegend um Piräus ab, dem großen Hafen von Athen. Wenn alles normal gelaufen ist, müßte die *Iohan* hier festgemacht haben, nachdem sie die Männer in Italien ausgebootet hat. Die Nachricht des Schiffsbruchs ging hier schon am 27.Dezember um. Man redet von nichts anderem in den indischen Cafés, auf den kleinen orientalischen Märkten, unter den Hafenarbeitern, die die Waren entladen. Alle wissen es, und viele beten für diese im Meer beendeten Leben.

150 Kilometer von Athen entfernt gelingt es uns zwei andere junge Männer zu treffen, Überlebende des Unglücks, die es geschafft haben, sich der Verhaftung durch die Polizei zu entziehen. Wie? Als eine der ersten haben sie nach der Landung ein kleines Dorf auf dem Peleponnes erreicht. Sie bitten bei der Polzeistation um Hilfe, doch die Polizisten verstehen sie nicht. Und so, um Unannehmlichkeiten zu vermeiden, lassen sie die beiden Fremden in den Bus steigen, der auf das Land Richtung Athen fährt. Sie erklären ihnen mittels Gesten, daß sie dort andere Landsmänner und Arbeit in der Landwirtschaft finden würden. So haben sie es gemacht, und nun sind sie frei. Noch einmal lassen wir uns alles berichten, und es ist die ultimativ letzte, wirkliche Bestätigung. Ich weiß nicht, was ich noch fragen soll.

Ich habe kein besonderes Vertrauen in das System der Massenmedien aber manchmal habe ich mich nach dem Warum dieses beharrlichen Schweigens gefragt: Der Schiffbruch der *Iohan* war nun eine „wirkliche Nachricht“, die „größte Nachkriegskatastrophe im Mittelmeer“, mit mehr als 283 Toten. Sicher, es sind keine Italiener (Grunvoraussetzung, damit sich unsere Zeitungen damit befassen), aber sie sind ein paar Meilen vor unserer Küste gestorben (...). Doch es passiert nichts. Warum?

Eine erste Antwort hat mit den internen Mechanismen des Berufsstandes Journalist zu tun: wenn der kategorische Imparativ bedeutet, andere Kollegen zu übbertrumpfen ist es ziemlich unwahrscheinlich, daß man sich einer „Solidaritätskampagne“ widmet. Auch wenn diese Kampagne nur von einem kleinen Konkurrenten vorangetrieben wird.

Der zweite Grund ist, daß es bei dieser Geschichte nicht eine offizielle Aussage gibt, auf die man sich hätte „stützen“ können. Man hätte sie dann vielleicht aus einer „neutralen“ Quelle wieder „aufgreifen“ können, als man feststellt, daß an der Geschichte was Wahres dran ist. Keine offizielle Instituion hat die Journalisten mit einbezogen. (...).

Und so kommen wir zu dritten Grund eines möglichen Motivs. Opfer und Überlebende sind Immigranten, schlimmer noch, „Illegale“, die noch nicht den Boden des Landes betreten haben. „Verlorene“, Menschen, die sich sonstwas ausdenken würden, damit sie bloß nicht zurück müssen. (...)

Schließlich kommen wir zu dem 4. Grund, (...) eine Art Selbstzensur, die es einem erlaubt, ohne Hindernisse den Alltag zu leben: wie kann man denn Editoriale oder ganze Seiten von „schwarzen Chroniken“ schreiben, oder an einer Talk-Show teilnehmen, bei der es um Grenze geht, um Legalität, (...), Pässe und Visa, wenn 283 junge Männer ertrunken sind, gerade weil es diese Dinge gibt? Wir bewahren uns alle noch so viel Anstand, so daß wir es manchmal vorziehen zu schweigen.

Die *Iohan* ist letzten Februar in Reggio Calabria beschlagnahmt worden, als „Illegale“ von Bord gingen. Der Name war mehr schlecht als recht mit weißem Lack übermalt worden. Nach dieser Aktion und im Zusammentreffen all der Zufälle hat ein Richter offiziell eine Akte über den Ünglücksfall von Weihnachten angelegt. Der mutmaßliche Kapitän der *Iohan* wurde im folgenden August in Catanzaro verhaftet, als er gerade wieder Menschen von Bord ließ.

Die Körper der Männer vom Unglück im Dezember haben sich die Fische geholt, sie liegen in der Falle eines *roller*, am Meeresgrund des Kanals von Sizilien. Noch vor einigen Wochen, als die Medien über ein großes Schiffsunglück im Meer vor Haiti berichten, hat sich keine Zeitung an das Unglück erinnert, das uns viel näher ist: das vom 25. Dezember 1996.

Judith Gleitze

Mord im Mittelmeer: Ein Schiff, die Flüchtlinge und der Tod

über eine Reportage von Kamil Taylan

Das Filmteam recherchiert sehr genau über fast ein Jahr, wer die Flüchtlinge aus Indien „ausgeschleust“ hat, wem die Schiffe gehören und wer mit dem Transport von Flüchtlingen Geld macht.

Es gelingt ihnen, Hintermänner zu finden, den Kapitän der „Iohan“ zu interviewen und mit beteiligten Matrosen und Fischern zu sprechen. Insofern ist diese Reportage sehr interessant, denn sie legt dar, wie mit Menschenleben umgegangen wird:

> *„Ich werde alles schmuggeln, um meine Kinder zu ernähren, nicht nur Menschen (...) Was machen die Regierungen [der Herkunftsländern der Flüchtlinge] Fördern sie nicht den Schmuggel? (...) Was wir loswerden wollen, schaffen wir in andere Länder. Für mich ist das ok.“*

So Youssuf el Hallal, Kapitän der „Iohan“.

Akribisch spürt das Reporterteam alle Beteilgten auf, scheut die Reisen in die Türkei, nach Griechenland, Italien, nach Indien nicht. Dem Zuschauer werden die Umstände gezeigt, unter denen die Flüchtlinge auf den Transportschiffen, getarnt als Fischkutter o.ä., wochenlang auf engstem Raum zubringen müssen.

Verglichen mit der sonst mehr als spärlichen Berichterstattung, wenn Flüchtlinge zu Schaden gekommen sind, zeigt dieser Beitrag sehr gut die unmenschliche Situation, der Menschen ausgesetzt sind, wenn sie ihre Heimat verlassen wollen oder müssen.

Und dennoch bedient sich auch dieses Team dem „üblichen“ Vokabular in bezug auf Flüchtlinge und ihre Fluchthelfer:

Da ist die Rede von „Schmuggeltouren“, „Schleppersyndikaten“, „Frachtbeschaffern“. Der Autor verurteilt das „organisierte Verbrechen“ in puncto Schlepperbanden jedoch ohne zumindest anzumerken, *warum* diese Menschen mit dem Transport von Flüchtlingen überhaupt Geld verdienen *können*. Er läßt es unerwähnt, daß eine europäische Abschottungspolitik letztendlich die Opfer fordert, die am Rande „unserer Festung“ ertrinken. Geschäfte können auch hiermit nur so lange gemacht werden, wie Verbote herrschen, die es zu umgehen gilt, denn vorrangig sind nicht die Menschen, die damit Geld verdienen, sondern die Regierungen der - in diesem Falle -Europäischen Gemeinschaft, diejenigen, die die

Weichen für solche Fluchthelfer stellen. Je schwieriger es wird, in ein Land zu reisen, um so gefährlicher und teurer wird die Flucht - und um so mehr Opfer wird es geben.

Der Beitrag zeigt, daß das Schicksal der 289 Opfer zumindest nicht vergessen ist, daß es Menschen gibt, die dem Unglück dieser Schiffskatastrophe auf den Grund gehen wollen und es an die Öffentlichkeit bringen. Es ist jedoch bedauerlich, daß auch hier nicht nach den Ursachen und Möglichkeiten eines solchen „Menschenhandels“ gefragt und das gleiche Vokabular wie in Polzeiberichten benutzt wird.

Der Kapitän der „Iohan“ wurde vehaftet, das Schiff in Reggio Calabria beschlagnahmt. Doch die Mordanklage gegen Youssuf el Hallal wurde fallengelassen - das Unglück geschah in internationalen Gewässern, Italien fühlt sich nicht zuständig und schaut, wie ein paar Monate später beim Untergang der „Kater i Rades“ im Kanal von Otranto (s. nächstes Kapitel), weg.

Youssuf el Hallal hat 1998 Asyl in Frankreich beantragt. Er ist bereit, mit den deutschen Journalisten zu sprechen, weil er „von seinen Auftraggebern hereingelegt wurde und auspacken will“ (O-Ton Reportage).

Die Katasptrophe im Kanal von Otranto:

Die Opfer der „Kater i Rades“ und der Kampf gegen das Vergessen

„Um 17.15 Uhr hat ein Küstenwachschiff der Marine eine kleines Schiff lokalisiert, das den Golf von Vlora verließ. Dem Schiff näherte sich das italienische Schiff Zeffiro, in Anlehnung an das kürzlich getroffenen ialienisch-albanische Übereinkommen, durch dessen Hilfe sich die albanische Regierung Hilfe durch den italienischen Staat verspricht, um zu vermeiden, daß sich albanische Bürger der Justiz des eigenen Landes entziehen indem sie illegal nach Italien auswandern.“ (Mitteilung des italienischen Verteidigungsministeriums am 28.3.1998, 22:38 Uhr)[117]

„Das Schiff wurde als Küstenpatrouillenboot von ca. 60 Tonnen mit ca. 30 Zivilisten identifiziert. Die Einheit hat keine der Aufforderung der Zeffiro zu halten, befolgt, mehrere Fluchtmanöver gefahren und sich weiter Richtung Italien bewegt. Im weiteren wurde die Aufsicht über das albanische Schiff durch das Schiff Sibilla übernommen, die sich gegen 19 Uhr mit langsamer Kraft voraus dem albanischen Schiff heckwärts näherte, um es zum Halten zu bewegen. Im Verlauf dieses Manövers unternahm das Motorboot ein brüskes Manöver gen steuerbord und lief der Sibilla in den Kurs. Das italienische Schiff hat sofort alle Motoren gestoppt, konnte jedoch einen Zusammenstoß nicht mehr vermeiden, der schließlich den Untergang des albanischen Schiffes verursachte.“ (Marinegeneralstab zu den Vorkommnissen)[118]

Dies sind die offiziellen Aussagen, die ein Journalist der italienischen Tageszeitung „Il Manifesto“ am Tage nach der Katastrophe in seinem Artikel zitiert.
Die Überlebenden der Katastrophe scheinen nach diesen Aussagen nicht an Bord gewesen zu sein, denn ihre Geschichte ist eine ganz andere.
Übereinstimmend sind die Daten: Die „Kater i Rades“ stach am 28.3.1997 von Vlora aus in See. Die meisten Menschen wollten sich vor den Unruhen, die bürgerkriegsähnlichen Charakter angenommen hatten, in Sicherheit bringen. Aufgrund eines sogenannten Pyramiden-Betruges[119] verloren sehr viele AlbanerInnen ihr Hab und Gut, vor allem der Süden des Landes war betroffen.
Zielland war Italien. Doch dann scheiden sich die Aussagen. Überlebende wie z.B. Krenar Xhavara berichten, daß ihr Schiff vorsätzlich gerammt und mitnichten der bei der gefahrenen Geschwindigkeit geforderte Sicherheitsabstand von 100 Metern eingehalten wurde. Der

[117] Il Manifesto, 29.3.1997, Carlo Bonini: „Affondata la nave die profughi“

[118] ebda.

[119] In der 2. Hälfte der 90er Jahre boten viele Firmen hohe und schnelle Zinsen für eingelegte Geldbeträge. Dadurch war es vielen Menschen möglich, Häuser zu bauen, Unternehmen zu gründen - der Staat bot ein Bild des wirtschaftlichen Aufschwunges. Viele von ihnen hatten ihr hart in Italien oder Griechenland verdientes Geld eingebracht. Doch das komplizierte Fianzierungssystem brach zusammen. Die Regierung, die sich an dem Ganzen sehr wohl bereichert hatte und selber das Embargo gegen das im Krieg befindliche Rest-Jugoslawien gebrochen und Waffen nach Serbien hatte schmuggeln lassen, tat überrascht. Die verzweifelte Bevölkerung jedoch rächte sich blind an Symbolen des Staates - seien es die Villa des Präsidenten in Vlora oder Industrieanlagen, vieles fiel dieser Wut zum Opfer. Die Armee weigerte sich, auf Landsleute zu schießen und löste sich auf, auch die Polizei verweigerte die Arbeit. Diese bürgerkriegsähnliche, für einen europäischen Staat ungewöhnliche Situation (ohne Armee und Polizei) ließ viele fliehen. Vor allem Vlora wurde zum Zeitpunkt des Unglücks der „Kater i Rades“ von Rebellen belagert, die die Bevölkerung terrorisierten.

Kapitän der „Sibilla“ entschuldigt diese gefährliche Annäherung an die „Kater i Rades“ mit dem Kommunikationsunwillen der Besatzung, die auf keinen Stop-Ruf reagiert hatte. Außerdem habe die „Kater i Rades“ - Besatzung die Passagiere mit ihren absurden und lebensgefährlichen Manövern selber in Seenot gebracht.[120]

Ob es jemals eine endgültige Aufklärung über die Vorfälle des Karfreitag 1997 geben wird, ist fraglich.

Der damalige Ministerpräsident Romano Prodi äußert sich anfänglich überzeugt, daß es sich um einen Unfall handelt. Dem stehen Aussagen von Flüchtlingen gegenüber, die vermuten lassen, daß es sich um ein vorsätzliches Manöver der Sibilla handelte: „ Als das italienische Kriegsschiff näher kam, haben wir sogar eine weiße Fahne gehißt und die Kinder an Deck hochgehalten“, so ein albanischer Vater zu einem Journalisten.[121]

Doch was steckt wirklich hinter diesem „Unfall“ in internationalen Gewässern? Ein italienischer Journalist recherchiert und schreibt eine Woche nach dem Unglück einen Artikel mit dem Titel: „Chronik eines politisches Schiffbruchs“[122]. Niemand der Regierung zeigt sich in Brindisi, um sein Mitleid auszudrücken, Verteidigungsminister Andreatta schweigt sich aus. Die Regierung zieht sich vollkommen aus dem Fall raus und schiebt die alleinige Schuld der italienischen Marine zu, so Marcenaro. Die am 2. April 1997 erteilte Erlaubnis, die Untersuchungen gegen den Kapitän der *Sibilla*, Fabrizio Laudadio, wegen Operationen in internationalen Gewässern zu beginnen, belegt diese These.

Marcenaro beschreibt, daß sichere Quellen von großen Mißtönen zwischen der Marine und der Regierung sprechen. Hier geht es wohl hauptsächlich um das italienische Kontingent an Militärs, daß in Albanien eingesetzt werden soll.

Eine für den 31. März angesetzte Pressekonferenz zum Unglück der „Kater i Rades“ wird nach 1 Stunde warten der Journalisten plötzlich abgesagt. Eine dem Militär nahestehende Person gibt für die Zeitschrift *Panorama* folgenden Kommentar ab: „Kommandant Laudadio wollte mit dem Einverständnis seiner Vorgesetzten, ziemlich schwerwiegende Erklärung über die konfusen und neurotischen Befehle der Regierung für unsere Schiffe abgeben.“[123] Der Generalstab des Verteidigungsministeriums hatte hierzu jedoch die erst erteilte Genehmigung wieder zurückgezogen. Gleichzeitig jedoch gab es grünes Licht für die Aufhebung des Militärgeheimnisses - Konfusion pur.

Das Schweigen der Regierung, das Nicht-Erscheinen in Apulien, keinerlei Würdigung für Opfer und Hinterbliebene seitens der Regierung, das sind sehr viele Anzeichen dafür, daß die Regierung hier nicht mehr hinter ihrer Marine steht.

Die Frage nach dem Warum bleibt. Anscheinend geht es um den Patrouillien-Plan vor der albanischen Küste, in internationalen Gewässern, mit den erklärten Ziel: „Den Exodus der albanischen Flüchtlinge Richtung Italien aufhalten“[124].

Am 27.März 1997 protestiert der UN-Hochkommissar Fazlul Karim gegen die von Italien praktizierte Seeblockade. Der damaliger Außenminister Lamberto Dini hält dem entgegen, Italien hätte ein Abkommen mit Albanien geschlossen. Die UNO jedoch widerspricht dem: Man könne keine bilateralen Abkommen in Räumen internationalen Rechts abschließen. Ex-Außenminister Giulio Andreotti dazu: „Ich habe versucht, es zu finden, aber den Beschluß des Parlamants in Tirana, der der Patrouille zustimmt habe ich wirklich nicht gefunden. Ich habe nur ein Dokument gefunden, das den Weg freigibt für die Intervention von

---

120 Vergleiche hierzu den Artikel von Rose-M. Borngässer:“Nach dem Untergang des gesunkenen albanischen Schiffes „Kater i Rades“, Die Welt vom 1.April 1997

121 „Italiens Regierung am Pranger“, 2.4.1997 in: LKZ, unter http://www.dfg-vk.de/international/alban08.htm

122 Andrea Marcenaro: Cronica di un naufragio politico, über ANSA, in: http://www.mondadori.com/pan1497/mag/inc_1497_2.htm

123 ebda.

124 Ebda.

multinationalen Kräften."[125] Ein Protokoll zur Seeblockade oder auch nur für die Patrouillien scheint wenn überhaupt erst am 2. April erstellt worden zu sein, also 6 Tage nach dem Unglück. Welche Interessen vertreten die italienische Regierung und die italienische Marine wirklich? Wie hängt das Ganze mit der Schengen-Flüchtlingpolitik Italiens und Albaniens zusammen? Im Mai 1999 sollte ein Prozess zum Unglück der „Kater i Rades" in Brindisi beginnen. Ob er hierüber Aufklärung bringen wird, bleibt ungewiss.

Eineinhalb Jahre später. Die Nationalversammlung der Sozialen Zentren in Italien (vor allem Mailand, Padua und Rom) trifft sich im Centro Sociale Leoncavallo in Mailand und verabschiedet am 19.9.98 die „Charta von Mailand". Diese Charta bildet eine der Grundlagen für die Fahrt nach Vlora in Albanien im Dezember 1998. Die Charta fordert in ihren Schwerpunkten vor allem ein freies Bewegungsrecht für Männer und Frauen und die damit einhergehende Schließung der sogenannten „vorübergehenden Aufnahmelagern" , den *centri di accoglienza contemporanea* für Flüchtlinge. Proteste und Demonstrationen hatten im Sommer zu der Schließung des Lagers in Triest geführt, doch das Lager in der Via Corelli in Mailand besteht z.B. weiterhin. Weiterhin fordert die Charta , daß eine neue Phase der sozialen Konflikte und der Mobilisierung begonnen werden muß - dazu soll ein Netz über ganz Italien gezogen werden, welches sich in verschiedenen Arbeitsgruppen mit der sozialen Realität der jeweiligen Region auseinandersetzt und die Punkte in einen gemeinsamen Diskussionspool einbringt, um landesweite Aktionen zu beschließen.
In einem weiteren Punkt fordert die Charta, aus den üblichen Konfliktmustern auszusteigen („Konflikt-Repression-Kampf gegen die Repression") und sich um ein neues Muster zu bemühen: „Konflikt - Projekte - Erweiterung der Rechtssphäre".
Diese Punkte betreffen nicht nur das soziale italienische Netz, sondern natürlich auch die Immigranten, Legalisierte wie *clandestini* in Italien.
„Wir fahren nach Valona [Vlora auf italienisch](...) um die Wahrheit über viele Verbrechen auszusprechen. Verbrechen, wie sie im Mittelmeer, im Canale d'Otranto stattfinden, in den sogenannten „Übergangslagern" (ein Euphemismus des italienischen Rechts, der Internierungslager für MigrantInnen und Flüchtlinge bezeichnet), in der Feindseligkeit der Städte, im Europa des Schengener Vertrages." So der über das Internet abrufbare Aufruf zur Teilnahme an der Fahrt auf dem „Schiff der Weltbürgerschaft" [126]
Organisiert von der Vereinigung !Ya basta! und dem Centro Sociale Leoncavallo treffen sich alle Interessierten am 11. Dezember 1998 abends auf der geschichtsträchtigen Piazza Fontana in Mailand, um gemeinsam im „Zug der Träumer", wie sie es selber nennen, nach Brindisi zu fahren. Dort wartet die Fähre „Illiria", um die Gruppe nach Vlora zu bringen. Nach einer Veranstaltung in Vlora ist die Rückfahrt für Samstag Abend geplant, um den Nachtuzg nach Mailand zu erreichen. Doch natürlich kommt hier alles ganz anders als geplant.

„Dalla Scandinavia all'Albania!" heißt der Aufruf - Von Skandinavien nach Albanien. Also entschließen wir uns auch von Berlin, an dieser Fahrt gegen ein Schengen-Europa und gegen die Grenzziehung im Mittelmeer teilzunehmen.
Es ist kalt in Mailand, als wir uns gegen späten Nachmittag auf der Piazza Fontana treffen, um von dort diese ungewöhnliche Reise entgegengesetzt zur 'Flüchtlingsroute' Albanien-Italien anzutreten. Die Meerenge zwischen Albanien und Italien ist Sinnbild für das Schengen-Europa und den durch die Abschottung geforderten Opfern geworden: Alleine bei dem durch das italienische Militär provozierten Schiffsunglück im März 1997 starben knapp 100 Menschen.

Auf dem Mailänder Bahnhof werden kistenweise Nahrungsmittel und Getränke ausgeladen, die uns auf der langen Reise nach Vlora begleiten werden. Inzwischen sind

---

[125] Ebda.

[126] http://www.sherwood.it/valona/scand.htm

ungefähr 80 Mitreisende eingetroffen. Auf dem Bahnsteig dann das Unglaubliche für uns Deutsche: „Sie nehmen an der Demonstration in Vlora teil? Die ersten drei Waggons sind für Sie reserviert“, teilt ein Polizist uns mit. Seit drei, vier Jahren ist es in Italien wieder üblich, Züge zu „besetzen“, um das Recht auf politische Meinungsäußerung an allen Orten durchzusetzen. Die italienische Staatsbahn und die Polizei dulden es, helfen durch den Einsatz zusätzlicher Waggons sogar.

Das nächste Unfassbare dann bei der Ankunft in Brindisi im Süden Italiens: Nur ca. zwei Drittel der Menschen haben einen Pass dabei, die anderen nur einen Personalausweis. Dies ist normalerweise ein Grund, den Ein-oder Austritt über die Schengen-Außengrenze zu verweigern. Doch alle betreten ohne Diskussion die Fähre - der erste große Erfolg der Aktion. Weitere Gruppen und Vertreter von anderen Nicht-Regierungsorganisationen nehmen ebenso teil.

An Bord der „Fähre der Weltbürgerschaft“ sind auch einige Mütter der Katastrophe der „Kater i Rades“ vom März 1997. Neben dem Bürgermeister von Vlora reist noch eine sozialistische Abgeordnete aus Albanien mit. Der italienische Staat läßt sich hingegen bis auf einen Regionalvertreter der apulischen Stadt Monopoli nicht blicken.

Viele Gespräche werden geführt, vor allem mit den Hinterbliebenen der „Kater i Rades“-Katastrophe. Einen Monat nach dem Unglück gründeten diese die Vereinigung „Familien der Opfer des Canale d’Otranto“, wie die Meerenge zwischen Vlora und Otranto in Apulien heißt. In einer Gedenkstunde auf dem offenen Meer über der Unglücksstelle fordert die Vorsitzende der Vereinigung, Afêrdita Bani: „Nein zur Illegalisierung, nein zum Mord - die Adria ist eine Brücke, die die Menschen verbindet. Die Toten flohen vor der Diktatur und dem Bandenunwesen im Land, träumten von Freiheit und Arbeit.“ Sie fordert Gerechtigkeit für den Mord an ihren Verwandten.

Von einer „Mission der Wiedergutmachung“ ist die Rede, aber auch von dem Wunsch nach einer grundlegenden Änderung der Europa-Politik, die Flüchtende zu Menschen zweiter Klasse degradiert. Passend ist der Zeitpunkt der Fahrt auch im Hinblick auf die Legalisierungskampagne des Staates: die eingeführte Quotenregelung zu Regularisierung läuft am 15. Dezember 1998 aus. Nur 38.000 Menschen sind vorgesehen. Für viele ist es jedoch einfach unmöglich, den Anforderungen des zur Legalisierung zu genügen: Arbeit, Wohnung und Einreise vor März 1998 sind die Bedingungen - für die meisten Illegalisierten ist dies nicht zu erfüllen. Selbst wenn sie Arbeit hatten, sind die meisten Chefs nicht gewillt, ihnen das zu bestätigen und damit öffentlich zuzgeben, daß sie Menschen illegal beschäftligt haben. So zerrinnt dieser Traum der Legalisierung für viele im Nichts.

Ende 1998 wird deutlich: 300.000 Menschen haben einen Antrag gestellt - die meisten von ihnen kommen aus Albanien und Rumänien. Im Februar 1999 erhöht der italienische Staat das Kontingent auf 250.000, die Voraussetzungen bleiben jedoch dieselben.

Am 10. Dezember 1998 wird in ganz Europa der 50. Jahrestag der Erklärung der Menschenrechte gefeiert. Artikel 13 besagt, daß jeder Mensch das Recht hat, sein Land zu verlassen. Alle europäischen Staaten haben diese Erklärung unterzeichnet - dennoch halten sie sich nicht daran, wie ein Pfarrer bei der Gedenkfeier für die Toten anführt. Er selber gewähre Kirchenasyl in seiner Gemeinde, und er sei trotz seiner großen Angst vor dem Meer mitgefahren, um auszudrücken, daß nach dem Fall der Berliner Mauer eine neue, nicht sichtbare und dennoch unüberwindbare Mauer um die „Festung Europa“ entstanden sei. Er bringt *clandestini* in seiner Gemeinde unter und beschafft ihnen, wenn nötig, auch die erforderlichen Papiere, die bestätigen, daß sie schon vor März 1998 eingereist sind.

Der Blick auf die albanische Küste ist sehr imposant, schneebedeckte Kuppen, Inseln. Krenar Xhavara, Überlebender der „Kater i Rades“-Katastrophe, erklärt uns bei der Einfahrt, wie das Leben zur Zeit in Albanien aussieht: die Wirtschaft liegt nach der finanziellen Talfahrt völlig brach. Industriegelände verfallen. Die Menschen haben durch die nicht funktionierende Wirtschaft keine Arbeit und leiden zum Teil sehr stark unter der Armut im Land. Um den Flüchtlingsstrom „in den Griff“ zu bekommen, haben die italienische Polizei und das Militär

ihre „Hilfe“ vor Ort angeboten: als wir an der kleinen Insel Sazan vorbeifahren, zeigt er uns in die Dunkelheit hinein, wo die Italiener stationiert sind. Vom Meer aus nicht zu sehen kontrollieren sie die natürlich Hafenausfahrt auf der einen Seite. Die Halbinsel auf der anderen Seite ist von einem türkischen Stützpunkt besetzt.

Es ist schon dunkel, als die Fähre in den Hafen von Vlora einläuft. Ergreifend die Begrüßung durch die Albaner und Albanerinnen, die seit 5 Stunden auf das verspätete Schiff warten: mit brennenden Fackeln ziehen die Reisenden von Bord und werden mit Blumen und Umarmungen empfangen. Einige Vertreter des Mailänder „Centro Leoncavallo“ sind ganz in weiß gehüllt - Ausdruck der Unsichtbarkeit all derer, die sich gern zeigen würden, es aber aufgrund der bestehenden Gesetze nicht dürfen.

Der lange Fackelzug zieht den stockfinsteren, brüchigen Quai entlang zum Sportpalast. Der Einzug gleicht einem Freudentaumel - lautstark jubelnd empfängt uns die Bevölkerung von Vlora. Die Herzlichkeit ist bewegend.

AlbanerInnen und ItalienerInnen sprechen vor dem Publikum von den gemeinsamen Zielen, diese Grenze zu öffnen. Der Stadtverordnete von Monopoli bietet eine Städtepartnerschaft und Schüleraustausch an, eine Europaflagge mit einem weiteren Stern für Albanien in der Mitte wird im Namen des venezianischen Bürgermeisters überreicht. Der albanische Kulturminster Edi Rama, der sich schon bei Einfahrt in die Bucht von Vlora hat an Bord bringen lassen, sagt: „ Es geht um das Recht, dahinzugehen, wohin wir wollen und solange wir wollen - ohne dabei als Kriminelle und Diebe diffamiert zu werden.“ Ein albanisch-italienisches Kulturprogramm folgt.

Trotz der schon bestehenden Kontakte zwischen Albanien und Italien - so wird z.B. ein Jugendzentrum in Vlora von einem italienischen Sozialarbeiter unterstützt - ist diese Fahrt ein zumindest geistiger Meilensteien in der Bekämpfung der Festung Europa. So sieht es auch Krenar. Er ist Mitglied der Vereinigung der Opferfamilien und betreibt einen Prozess gegen den italienischen Staat. Für ihn bedeutet diese Reise mit so vielen italienischen Mitstreitern, daß die Toten nicht vergessen sind. Es kann nur dann ein vereintes Europa geben, wenn man die Menschen nicht direkt vor der Tür ausschließt. Diese Initiative stellt den Bruch mit den heuchlerischen Gesetztzten des ‘vereinten Europas’ dar.

Krenar bleibt in Vlora, er will nicht mit zurück nach Italien, obwohl es seine Papiere erlauben. Bis auf einige andere AlbanerInnen gehen alle wieder an Bord. Doch ein erster Zwischenfall verhindert unser Auslaufen. Eine albanisch-italienische Familie möchte die Chance nutzen, schon mit diesem Schiff und nicht erst am nächsten Tag nach Brindisi zu fahren. Der griechische Kapitän jedoch verweigert den Zutritt. Auch die Verhandlung mt dem Mitarbeiter der OSZE kann ihn nicht umstimmen. Ein Aktivist des Centro Leoncavallo hängt sich über die Reeling und droht, sich fallenzulassen, was eine leichte Panik bei den albanischen Polizisten auslöst. Eine Schlägerei kann knapp verhindert werden. Schließlich muß der in Vlora stationierte Kommandant der italienischen Einheit dem Kapitän Brief und Siegel dafür geben, daß die albanischen Kinder in Brindisi von Bord dürfen. Erst als der Kommandant dies bestätigt (was allerdings außerhalb seiner Kompetenzen liegen dürfte), ist der Kapiätn bereit, die Familie an Bord zu lassen. Wir bekommen einen kleinen Eindruck dessen, was diese unsichtbare Grenze für Blüten treibt.

Mit Verspätung erreichen wir am nächsten Morgen Brindisi - der Zug, der uns wiederum umsonst nach Mailand zurückbringen soll, fährt in 20 Minuten, fast nicht zu schaffen.

Noch einmal staunen wir Deutschen über die Organisationstalente der italienischen Initiativen und über die Mitarbeit der Administration: um den Zug zu bekommen werden kurzerhand drei Linienbusse aus dem normalen Stadtverkehr abgezogen und für uns zur Verfügung gestellt. So erreicht die Gruppe pünktlich den Bahnhof.

Es wäre zu wünschen, daß diese Offenheit und Unkompliziertheit auch in Sachen „Festung Europa“ zur Normalität wird.

Diese zweitägige Reise hinterließ bei uns zum einen die Hoffnung, daß Menschen sich immer gegen eine solch unnatürliche Grenzsetzung wehren werden. Doch was bleibt wirklich? Werden dauerhafte Kontakte entstehen? An der Fahrt haben keine Initiativen aus Süditalien teilgenommen. Vernetzung und gemeinsame Arbeit wäre jedoch das Wichtigste, um Kraft zu sparen und Kapazitäten zu schaffen.

Mit Respekt schaue ich als Mitarbeiterin des Flüchtlingsrats Brandenburg auf das Organisationstalent, mit Bedauern stelle ich fest, daß die Vernetzung und gemeinsame Arbeit in Italien ebenso schwer zu sein scheint wie bei uns.

Antirassistischer Widerstand

Hanno Gottschalk

„Schlauchboote“ und Sanatoria generalizzata

Eine Momentaufnahme des antirassistischen Widerstands[127]

Am Anfang der bisher größten Mobilisierung gegen die Abschiebelager in Italien stand eine Widerstandsaktion arabischer Abschiebegefangener im sizilianischen Abschiebezentrum "Serraino Vulpitta": 20 Gefangene waren nach Protesten am 29. Dezember 99 in eine winzige Zelle gesperrt worden. Dort legten sie Feuer, um die Öffnung der Zelle zu erzwingen. Die Wachen ließen sich viel Zeit, angeblich weil der Schlüssel der Zelle nicht zu finden war - bei einer späteren Inspektion befand er sich allerdings auf dem üblichen Platz. Als die Zellentür schließlich geöffnet wurde, konnten drei Gefangene nur noch als Leichen herausgezogen werden. Ein weiterer starb am folgenden Tag und wenige Tage darauf starb als fünftes Opfer der Marokkaner Omar Treki an den Folgen der Verbrennungen im Krankenhaus von Palermo.

Ebenfalls über Neujahr starb Mohammed Ben Said unter ungeklärten Umständen im römischen Abschiebeknast "Ponte Galeria". Er hatte nachmittags nach dem Arzt gerufen, der aber keine Krankheit feststellte. Als sich Ben Saids Gesundheitszustand im Laufe der Nacht dramatisch verschlechterte, kam trotz aller Bitten seiner Mitgefangenen bis zu Ben Saids Tod kein Arzt mehr in die Zelle. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass Mohammed Ben Said vollkommen legal in Italien lebte, da er mit einer Italienerin verheiratet war. Aber auch das Vorzeigen seiner Heiratsurkunde hatte Ben Said nicht aus dem Abschiebegefängnis gebracht; die Kommune von Genua bestätigte die Gültigkeit der Heirat erst, als er schon tot und die Heiratsurkunde in der kommunistischen Zeitung "il manifesto" abgedruckt worden war. Abschiebehaft ohne Grund ist keineswegs ein Einzelfall: Eine antrassistische Delegation, die das Haftzentrum "Serraino Vulpitta" nach dem Brand betreten durfte, stellte fest, dass von 60 Gefangenen 20 über einen einwandfreien Aufenthaltsstatus verfügten, bzw. einen Asylantrag stellen wollten, und folglich hätten entlassen werden müssen.

Auf diese schrecklichen Ereignisse reagierte die antirassistische Bewegung in Italien zuerst mit lokalen Mobilisierungen am 15. Januar 2000 und dann mit einem überregionalen Aktionstag am 29. Januar.

Der Aktionstage vom 29. Januar gegen die "Zentren zur vorübergehenden Unterbringung", wie Abschiebelager in Italien beschönigend genannt werden, wurde für die antirassistische Linke zu einem Erfolg. Zwei überregionale Demonstrationen in Florenz und Mailand waren

[127] Dieser Artikel erschien in gekürzter und redaktionell bearbeiteter Form in Jungle-World 9/2/00

mit jeweils c.a. 6.000 TeilnehmerInnen gut besucht und in Trapani (Sizilien) demonstrierten immerhin 500 AntirassistInnen gegen das Haftzentrum "Serraino Vulpitta". Unmittelbar nach den Demos gab Innenminister Enzo Bianco die Schließung des mailänder Abschiebeknastes "Via Corelli" innerhalb weniger Tage bekannt: Damit sollte das größte und effektivste Abschiebezentum Italiens bald verschwinden. Ob und wie es ersetzt wird, wurde Gegenstand eines polemischen Streites zwischen der Verwaltung der Region und dem Innenministerum. Nachts ergriffen dann noch 22 Abschiebegefangene im sizilianischen Termini Imerese die Flucht, nachdem sie die Wachen mit einer vorgetäuschten Schlägerei zur Öffnung des Torhauses gebracht hatten. Vierzehn von ihnen wurden allerdings nach einer regelrechten Menschenjagd von Polizei, Carabinieri und Guardia di Finanza gestellt. Im römischen Abschiebelager "Ponte Galeria" zündeten Gefangene ihre Matratzen an. Man darf annehmen, dass Innenminister Bianco einen schlechten Tag hatte.

Die Demonstration in Florenz gegen ein geplantes Haftzentrum und für die bedingungslose Legalisierung aller clandestini brachte ein Bündnis von den autonomen centri sociali über antirassistische Organisationen, COBAS (Basisgewerkschaften), Verdi (Grüne), Rifondazione Communista und sogar der sozialdemokratischen Gewerkschaft Cgil zustande. In der Demo liefen hunderte von MigrantInnen in eigenen, oder von der antirassistischen Organisation Associazione 3 Febbraio gebildeten Blocks.

Doch eindeutig mehr action wurde in Mailand geboten. Dort hatten die VertreterInnen von "Ya Basta" (italienweit organisierte, internationalistische autonome Gruppe) und dem „centro sociale Leoncavallo“ bereits im Vorfeld der Demonstration klar gemacht, dass sie nicht die Absicht hätten, vor den Toren der "Via Corelli" stehen zu bleiben. Einige kleinere centri sociali und antirassistische Organisationen fühlten sich von diesem Avantgardismus überfahren und mobilisierten daraufhin nach Florenz. Trotzdem ging auch in Mailand ein breites linkes Bündnis auf die Straße und zog in einem gemeinsamen Demonstrationszug bis in die Nähe des Abschiebeknastes "Via Corelli". Dort wurde die Demo offiziell aufgelöst und der Demonstrationszug teilte sich in zwei Hälften, von denen eine an Ort und Stelle abwartete. Die andere Hälfte der Demo ging mit weißen Overalls, den berühmten "tute bianche", und übereinandergebundenen LKW-Gummireifen, sogenannten "Schlauchbooten", mit denen man knüppelschwingende Polizisten auf Distanz hält, auf die Polizeiabsperrungen zu. Die "Schlauchboote" waren bereits am 15. Januar in Rom eingesetzt worden, als eine Demonstration gegen den römischen Abschiebeknast "Ponte Galeria" im Polizeikessel endete. Die erbosten raggazzi der centri sociali Roms kündigten daraufhin an, das nächste Mal werde man "außer den Schlauchbooten auch die Ruder" mitbringen.

Ganz so kam es dann doch nicht: Zwar verschoss die Polizei große Mengen von Tränengas, und es kam anschließend zu einigen handgreiflichen Auseinandersetzungen, die in der Tageszeitung "il manifesto" kenntnisreich als ein "Zusammenstoß mit vielen Regeln, wie zwischen Ehrenmännern" klassifiziert wurden. Doch nach wenigen Minuten unterbrach man die Auseinandersetzung, um durch einen Sprecher des Leoncavallo, Luca Casarin, und den grünen Senator Paulo Cento mit der Questura von Mailand einen Kompromiss auszuhandeln: Eine Delegation von 50 DemonstrantInnen und sieben JournalistInnen betrat das Haftzentrum "Via Corelli", wo sie von den Gefangenen mit dem Ruf "Liberta" und aus dem Fenstern fliegenden Gegenständen begrüsst wurden. Mit der Nachricht von der bevorstehenden Schließung der "Via Corelli" kehrte die Delegation dann zur Demonstration zurück. Der Tag endete so mit einem unerwarteten Teilerfolg.

1998 wurden die "Zentren für die vorübergehende Unterbringung" in Italien eröffnet, nachdem die Regierung Prodi das "moderne" italienische Ausländergesetz mit der Nummer 40/98 durchs Parlament gebracht hatte. Unterstützt hatten dieses Gesetz unter anderem die

Verdi (Grüne) und Prc (partita rifondazione communista). Die in den "Zentren" vollzogene administrative Haft dauert offiziell bis zu 30 Tagen, eine Obergrenze, die in der Praxis jedoch oft überschritten wird. Zwei Haftgründe sind vorgesehen: Die Feststellung von Personalien, entsprechend der deutschen "Sicherungshaft", und die Durchführung der Abschiebung, was in der BRD "Abschiebehaft" heißt. Seit Einführung des neuen Ausländergesetzes werden auch in Italien effektiv Abschiebungen durchgeführt: Zuvor bekamen "extracommunitari" ohne Aufenthaltsstatus einfach eine Ausweisungsverfügung in die Hand gedrückt, auf der stand, dass sie das Land innerhalb von zwei Wochen zu verlassen hätten.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass das Gesetz 40/98 Teil des Preises war, den Italien für den Beitritt zum Vertrag von Schengen und zur Währungsunion zu zahlen hatte. Die Einführung von Abschiebelagern entsprach dem expliziten Wunsch der deutschen Verhandlungsführung, was man im italienischen Innenministerium bei inoffiziellen Gelegenheiten auch ohne weiteres zugibt.

Den deutschen Ansprüchen dürfte besonders der Vollzug von "Sicherungshaft" entgegenkommen, denn er erlaubt die Internierung und Registrierung der Bootsflüchtlinge, die dann gemäss den Verträgen von Schengen und Dublin in der BRD vom Recht auf Asyl ausgeschlossen bleiben. Bereits jetzt ist die Rück-Abschiebung von kurdischen Flüchtlingen in das Transitland Italien eine alltägliche Praxis der deutschen Ausländerbehörden. Entsprechend dieser Funktion sind die Haftzentren in Italien verteilt: Die Mehrzahl der "Zentren" liegt in den Ankunftsgebieten der Flüchtlinge und EinwanderInnen in Apulien und Sizilien. Zusätzlich haben die italienischen Metropolen Turin, Mailand (bis März 2000) und Rom je ein Abschiebelager zur Repression gegen die Einwanderer- Communities in diesen Städten.

Bis zum heutigen Tag weiß man über die süditalienischen und sizilianischen Haftzentren so gut wie nichts. Von den Abschiebelagern in Rom und Mailand ist bekannt, dass im vergangenen Jahr dort jeweils an die 2.000 Gefangene inhaftiert waren, von denen mehr als die Hälfte wieder entlassen wurde, während die anderen über die Flughäfen von Mailand und Rom abgeschoben wurden. Der Anteil von Frauen unter den Abschiebegefangenen beträgt mindestens 50%, von denen ein großer Teil in der Sexindustrie arbeitet. Wegen des Verbots der Prostitution ist das nicht nur für Migrantinnen in Italien ein besonders gefährlicher Beruf.

Zunächst wurde den Abschiebelagern in der italienischen Öffentlichkeit keine große Aufmerksamkeit geschenkt. Die vom Innenministerium gelenkte Verwaltung der Haftzentren verweigerte antirassistischen Organisationen und JournalistInnen rigoros den Zutritt und hielt in der Öffentlichkeit an der Behauptung fest, dass es sich bei den "Zentren" um Einrichtungen zur Unterbringung von Flüchtlingen und keineswegs um eine repressive Institution handele. Um das plausibel scheinen zu lassen, wurde dem italienischen Roten Kreuz die Versorgung in den Lagern übertragen und auf den Einschluss der Gefangenen in Zellen im Wesentlichen verzichtet. Die institutionelle Linke war in die populäre Prodi-Regierung eingebunden und fand es ratsam, die verharmlosende Darstellung der Abschiebelager nicht zu hinterfragen.

Die Proteste gegen die Abschiebezentren begannen vor im Winter 98/99 in Mailand mit einer Demonstration gegen die "campi-lager", wie die Linke die Abschiebezentren bezeichnet. Es folgte eine Dachbesetzung eines Nachbargebäudes der "Via Corelli" durch die "tute bianche" und ein von zahlreichen Intellektuellen und Organisationen unterschriebener Appell für die Schließung der "lager dello stato", der Lager des Staates. In Rom begaben sich die Abschiebegefangenen des Lagers "Ponte Galeria" im September 99 für mehrere Tage in den Hungerstreik, der von der Associazione 3 Febbraio und der Abgeordneten Mara Malavenda der COBAS unterstützt wurde. über 40 Abschiebegefangene stellten Strafanzeige wegen der

Vergabe von Beruhigungsmitteln und Übergriffen gegen Frauen durch Vertreter des Roten Kreuzes. Erstaunlicherweise kam es sogar zur Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens. Danach passierte allerdings, abgesehen von ein paar Hungerstreiks von Abschiebegefangenen in diversen "Zentren", einer Demonstration in Rom und ein paar Aktivitäten der centri sociali Norditaliens erst einmal nichts.

Durch die insgesamt 6 Toten in den italienischen Abschiebelagern Ende `99 hat sich dies nun gründlich geändert und der Kampf gegen die "campi-lager" ist zu einem der wichtigsten Themen der italienischen radikalen Linken geworden. In der Folgezeit brachten linke Zeitungen fast täglich z.T. mehrseitige Berichte über die "Lager" und den Widerstand dagegen. In Anbetracht der relativ schwachen und unpopulären Regierung D'Alemas ließen sich Verdi (Grüne), Prc und selbst Teile D'Alemas Partei Democratici di Sinistra (DS - ex-Pci) nicht mehr auf den europakonformen Kurs des Innenministers Bianco verpflichten und schlugen sich auf die Seite der antirassistischen Kräfte.

Enzo Bianco war in dieser Situation bemüht, die Lage durch Zugeständnisse und die Einbindung von humanitären und antirassistischen Organisationen in den Betrieb der "Zentren" zu entschärfen und den radikaleren Teil der Bewegung wegen der Auseinandersetzungen auf den letzten Demos zu kriminalisieren. So versprach der Minister neben der Schließung von "Via Corelli" die Senkung der durchschnittlichen Haftzeit auf 10 Tage, womit aber wohl eine Effektivierung der Abschiebungen gemeint ist. Außerdem kündigte Bianco eine Inspektion sämtlicher Abschiebelager und eine Verbesserung der Aufenthaltsbedingungen an. Bei den Sozialverbänden, die in einer Kommission des Innenministeriums in die Leitung der Lager eingebunden werden sollten, findet Bianco allerdings bisher keine Unterstützung: Mit Ausnahme des Roten Kreuzes lehnen alle Verbände jedes Co-Management in den Haftzentren ab und sind nur bereit, über die Frage des freien Zutritts von Unterstützungsorganisationen in die "Zentren" zu verhandeln. Das

Innenministerium hält bisher trotzdem an den "Zentren" und der repressiven Komponente des Gesetzes 40/98 mit Entschiedenheit fest. Am Tag nach den Demonstrationen trafen sich VertreterInnen antirassistische Bewegung in einer Fabrikhalle des centro sociale Ex-Emmerson in Florenz. Trotz Bedenken einiger centri sociali und "Ya Basta", welche die Zielsetzung der kommenden Demonstrationen aus "taktischen Gründen" lieber auf die Abschaffung der Abschiebelager beschränkt hätten, wurde von den antirassistischen Organisationen eine breite inhaltliche Plattform für die weitere Mobilisierung durchgesetzt, die vier konkrete Forderungen vorsieht: Bedingungslose Legalisierung aller "clandestini", Schließung sämtlicher Abschiebelager, ein "echtes" Recht auf Asyl und konsequente Ablehnung des Co-Managements in den Abschiebelagern. Außerdem strebt man nach dem Vorbild der anti-Atom Bewegung lokale Bündnisse für „lagerfreie Städte" an (nach diesem Modell konnte ein Abschiebezentrum in der Nähe von Florenz zumindest vorerst verhindert werden). Ein Gesetzentwurf zur Abschaffung der Abschiebelager wurde vom Prc-Abgeordneten Giuliano Pisapia ins Parlament eingebracht.

Erstaunlich und auch fragil war die zu diesem Zeitpunkt erreichte Einheit der antirassistischen Bewegung, eine für die italienische Linke durchaus untypische Erscheinung. Abgesehen von der orthodox-kommunistischen Position, zeichnen sich zwei Linien ab: Die centri sociali Norditaliens und "Ya Basta" setzen auf eine Mobilisierung der antifaschistischen italienischen Linken gegen die "campi-lager". Die Denunziation der Abschiebezentren als "Lager" sorgte für genug Polemik und Polarisierung, um die beschönigenden Rechtfertigungen der "linken" Regierung in der Öffentlichkeit bloßzustellen. Dadurch gewann die Bewegung gegen die Abschiebelager das entscheidende Maß an Mobilisierungsfähigkeit über im engeren Sinne antirassistische Gruppen heraus. Die Politik

der centri sociali besteht aus durchaus militanten Demos, Dach-Besetzungen, Besetzung von für Abschiebezentren vorgesehenen Baugrundstücken. Dadurch wird das Thema im öffentlichen Bewusstsein gehalten und Sand ins Getriebe der Abschiebemaschinerie gestreut. Politisches Subjekt in dieser Bewegung sind in erster Linie die antifaschistischen Linken, die aus ihrer eigenen, antirepressiven Geschichte heraus nun auch als Avantgarde einer Bewegung gegen eine neue (rassistische) Repression auftreten.

Demgegenüber stehen eher klassisch- antirassistisch ausgerichtete Organisationen, für die weniger die Abschiebezentren, als vielmehr die "Sanatoria generalizzata", die bedingungslose Legalisierung aller "clandestini", sowie die (Selbst-) Organisierung der MigrantInnen im Fordergrund steht. Die wichtigsten Bündnispartner dieser Gruppen sind die Communities der EinwandererInnen. In der italienischen Gesellschaft versucht man vor allem über gemeinsame soziale Kämpfe vor italienischen und eingewanderten ArbeiterInnen mit den linken Gewerkschaften zusammenzukommen, darüber hinaus gibt es auch eine gewisse Anlehnung an den zivilgesellschaftlichen Diskurs der "demokratischen Öffentlichkeit" sowie "liberaler" katholischer Priester und Gemeinden. Mischungen und Überschneidungen beider "Linien" sind dabei jederzeit möglich, insbesondere die centri sociali, die seit Jahren mit den Einwanderer-Communities zusammenarbeiten oder sogar gemeinsame Besetzungen durchgeführt haben, lassen sich hier nicht eindeutig zuordnen.

Der bisher größten Mobilisierungserfolg am 29. Januar 2000 gegen die Abschiebeknäste konnte bisher nicht widerholt werden: Zwar gab es noch eine weitere Demo am 26.2. gegen den römischen Abschiebeknast "Ponte Galeria", zu der aber "nur" noch 4.000 DemonstrantInnen kamen, auch das anschließende italienweite Bündnistreffen in Ostia fiel wesentlich kleiner aus, als noch das Treffen in Florenz. Die centri sociali des Nordens waren noch mit den Auseinandersetzungen um die Schließung des mailänder Abschiebegefängnis "Via Corelli" beschäftigt, die nicht wie angekündigt innerhalb weniger Tage nach dem 29.1. erfolgte, sondern sich noch einige Zeit hinzog und erst nach einer weiteren Dachbesetzung durch die "tute bianche" entgültig erreicht wurde. Seitdem engagieren sich die centri sociali des Nordens vor allem im Kampf gegen den Abschiebeknast von Turin. In der Toskana stand ebenfalls die lokale und zum Teil auch erfolgreiche Auseinandersetzung um den Neubau von Abschiebezentren im Fordergrund, die vor allem von den kurz zuvor neugewählten rechten Stadtverwaltungen in dieser traditionell "kommunistischen" Gegend vorangetrieben wurden. Im Veneto fanden zur gleichen Zeit Bleiberechtskämpfe mit Kirchenbesetzungen statt, die für die über 40 BesetzerInnen erfolgreich ausgingen. Insgesamt war also für eine weitere Mobilisierung im "nationalen Rahmen" keine günstigen Voraussetzungen vorhanden.

Die antirassistischen Organisationen, insbesondere die italienweit organisierte Associazione 3 Febbraio aus dem Umfeld der post-trotzkistischen Partei "Socialismo Revolutionario", konzentrierten sich stärker auf das Bündnis mit den linken Basisgewerkschaften Cobas, Sincobas und Cgil, das am 1. Mai 2000 zur bisher größten antirassistischen Demonstration der Geschichte Italiens führte: 60.000 DemonstrantInnen nahmen an der dem rumänischen Arbeiter Ion gewidmeten Demonstration teil: Der Rumäne war von seinem Chef ermordet und verbrannt worden, als er bessere Arbeitsbedingungen forderte. Die Forderungsplattform umfasste den Protest gegen die Ausbeutung der prekären Arbeit, gegen den Abbau von Garantien bei den "noch" regulär Beschäftigten, für die "Sanatoria generalizzata" - die bedingungslose Legalisierung aller "clandestini" - und die Abschaffung der Abschiebelager und viele weitere z.T. aus konkreten Kämpfen stammende Forderungen. Neben tausenden MigrantInnen, linken AktivistInnen und GewerkschaftlerInnen, fanden die gegen Massenentlassungen kämpfende Goodyear Belegschaft, EisenahnarbeiterInnen, schwul-lesbische KommunistInnen, das centro sociale Officina 99 aus Neapel, Sektionen der

Rifondazione und UmweltaktivistInnen aus Lazio und viele andere zum kämpferischen 1. Mai auf der Piazza Narvona im Zentrum Roms zusammen.

Judith Gleitze

Flüchtlinge sind Menschen wie wir
Risse in der Festung Europa

„Europa kann sich, sooft es will, zur Festung erklären. Solange Italien dazugehört, werden wir reinkommen."
So Ben Jussuf, ein Flüchtlingshelfer im Süden Italiens (aus: Taz, 30.7.98)

Diese Aussage weist auf die schlicht unkontrollierbare Küste des Landes hin. Viele versuchen ihr Glück, einige kommen durch, doch der Großteil der Menschen strandet in einem jämmerlichen Zustand an den Stränden von Sizilien, Kalabrien und Apulien.
In Auffanglagern untergebracht harren sie der Dinge, die da kommen mögen.
Wohin also mit den Menschen, die in ihrer Heimat keine Zukunft sehen und in ihrer Zukunft nur Ungewißheit?

1997 landen 1311 Flüchtlinge an der Küste vor dem kalabrischen Städtchen Badolato. Der Bürgermeister berichtet von der Ankunft und dem Umgang mit den Menschen:

Im Dienste auch für die Kurden

(Motivationen und Leitideen des Pilotprojektes)

von Gerardo Manello, Bürgermeister von Badolato

„Es war der Abend des 24. August 1997, als an unseren Küsten 485 nicht-europäische Flüchtlinge landeten. Wir haben sie aufgenommen und waren gezwungen, sie alle zusammen in der Aula der Grund- und Mittelschule von Badolato Marina unterzubringen. Diese Massenunterbringung hat mich sehr erschüttert. Ich erinnere mich, daß man nicht einmal mehr durch die Flure kam, so viele Betten waren eines neben dem anderen aneinandergereiht. Diese Zustände konnte man keinesfalls der schlechten Organisation anlasten (...), sondern zum einen dem Umstand der plötzlichen Besonderheit der Situation, auf die wir nicht vorbereitet waren, zum anderen der hohen Zahl von Flüchtlingen, um die es sich zu kümmern galt und die nach der erlittenen Kälte, dem Hunger und einer mindestens zehntägigen Reise, welche sichtbare Spuren bei jedem Einzelnen und vor allem bei vielen Kindern hinterlassen hatte, ersteinmal gestärkt werden mußten.

Ich habe immer versucht, Antworten auf das Warum zu finden, wenn ich diese Menschen angeschaut und nachgedacht habe, wenn ich ihre Geschichte gelesen habe, wenn ich mir die Szenen vor Augen geführt habe, die sich in den Auffanglagern in Apulien abspielen,wenn ich die immergleichen Bilder im Fernsehen gesehen habe. Alles schien mir so weit weg, aber gleichzeitig völlig absurd und inakzeptabel, fast irreal. Und ich spürte die Wut, den Wunsch zu handeln, um zu helfen und - wie ich mir eingebildet habe - ihre Probleme zu

lösen. Nun gut! Niemals hätte ich mir vorstellen können, daß sich nur einige Monate später dieses Drama und die traurige Realität in unserer Kommune wiederholt, in unserem Badolato.

Und nach der ersten Landung gab es noch eine weitere. Die zweite hat uns jedoch nicht unvorbereitet getroffen, da waren wir bereit, haben effizienter arbeiten können. (...). Sehr tröstend und unterstützend war der Anruf des Innenministers Giorgio Napoletano, der mich darin unterstützte, frei zu handeln und allen Flüchtlingen eine menschenwürdige Lösung anzubieten.Und so führten Freiwillige in lobenswerter Weise Hilfsaktionen durch. Unterdessen suchte ich nach Ideen und Strategien, die jedem, der es nötig hatte, eine sicherere und stabilere Aufnahmemöglichkeit garantierten.

Die Idee, den kurdischen Familien Wohnungen in der Altstadt von Badolato anzubieten stammte von seiner Exzellenz, dem Präfekten von Catanzaro, Professor Doktor Vincenzo Gallitto, der sehr viel Anteilnahme zeigte. Die Möglichkeit, dieses Projekt sofort zu konkretisieren wurde mir durch die Bürgerinnen und Bürger zuteil, die ihre aus verschiedenen Gründen nicht mehr bewohnten Wohnungen zur Verfügung stellten (Emigration, Umzug nach Badolato Marina usw.) In kürzester Zeit wurden diese Häuser bewohnbar gemacht und an die ersten drei Familien übergeben, die wir zusammenbringen konnten. Aber wie würden die Anwohner auf diese Maßnahme reagieren? Zweifel überkamen mich, die Meinungen dazu waren sehr unterschiedlich, viele waren unschlüssig, ratlos. Ich beschloß, alle Bürgerinnen und Bürger, Verwaltungsangestellte, Politiker, die Bürgermeister der Umgegend, die Freiwilligen einzuladen zu einer offenen Kommunalsitzung. Es kamen sehr viele, das Ergebnis war einhellig: alle stimmten dafür. Ermutigt erließ ich einen Aufruf an die Besitzer der nicht bewohnten Häuser, damit sie diese für die Flüchtlingsfamilien zur Verfügung stellten: ich fand mich wieder mit den Schlüsseln von 80 Wohnungen, während das Projekt nur 10 vorgesehen hatte und wir uns nur zu zusätzlichen weiteren 10 entschlossen hatten.

Dieser neue Umgang, Menschen Gastfreundschaft anzubieten, die sich in Not befinden, fand in der ganzen Welt Verbreitung und rief ein positives Echo hervor. Die in- und ausländische Presse, verschiedenste Fernsehsender und auch hochrangige politische Persönlichkeiten widmeten sich dem „Pilotprojekt", das in Badolato entwickelt und durchgeführt wurde. Überall wurde es als ein Beispiel großer Zivilcourage gewertet, als eine 'Lebenslektion', eine einzigartige Art und Weise, die Menschenwürde zu verteidigen, auf die jeder Mensch ein Anrecht hat. Die Integration in unsere Schulen und in unser soziales Netz, die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für Kurden und Badolatesen werden Nachahmer finden. Dies wird im Respekt zu ihrer Kultur und ihre Herkunft geschehen, denn sie müssen nicht ihre eigenen Wurzeln und einen Teil ihres Lebens verleugnen, der sich als so feindlich zeigte."

Gerardo Manello ist ein großes Echo in der Presse wichtig. Entgegen den panikmachenden Artikeln, die man sonst in den regionalen und überregionalen Zeitungen findet, macht das „Pilotprojekt Badolato" bald positive Schlagzeilen. Die Monatszeitschrift „La Radice" aus Badolato, gestaltet von und für die EinwohnerInnen, widmet den geflüchteten und in der Stadt untergebrachten KurdInnen im März 1998 eine ganze Ausgabe. Hier findet sich auch eine sechs Seiten lange Auflistung aller von Januar bis Ende März erschienener Artikel zu Badolato und „seinen KurdInnen".

Pfarrer, GerwerkschafterInnen, LehrerInnen, Priester, PolitikerInnen, JournalistInnen und Flüchtlinge gestalten die Ausgabe und versuchen, den LeserInnen kurdische Geschichte nahezubringen und werben um Menschlichkeit und Verständnis.

Bis Brüssel gehe er, sagt Bürgermeister Manello zu einer Gruppe von Journalisten, die Anfang des Jahres Badolato besuchen und positiv über die Geschehnisse dort berichten. Gesagt, getan. Im März 1998 unternimmt Manello eine „public-relation-Tour" für sein Projekt nach

Strasburg zum Europäischen Bürgerforum (Forum Civique Europeen) sowie in die Schweiz, wo er europäischen PolitikerInnen und JournalistInnen das Pilotprojekt vorstellt.

Ist Badolato etwas besonderes? Natürlich hatte auch Manello Sorge, wie die Bevölkerung die geplante Integration von Flüchtlingen in ihren Kleinstadtalltag aufnehmen würde. Wie auch in Deutschland ist die Stimmung gegenüber ausländischen Menschen und Flüchtlingen nicht gerade gut. Insofern ist die Haltung der Badolatesen etwas besonderes.

Viele Menschen - gerade im Süden Italiens - kennen aus eigener Erfahrung, wie es ist, in ein fremdes Land zu gehen, um ihr Glück zu finden. Diese Erinnerung an die vielleicht eigene Emigration oder die der Freunde und Familienmitglieder trägt wohl auch dazu bei, daß die KurdInnen so freundlich in Badolato aufgenommen wurden.

Vergleicht man die allgemeinen Berichte in der Presse und den sonstigen Medien, werden wir „überflutet“ von den „Fremden“, die uns „alles wegnehmen“. Diese Art der Meinungsbeeinflussung funktioniert in Italien ebenso wie in Deutschland. Schon aus diesem Grunde ist die Vorgehensweise der Badolatesen anerkennenswert, denn bekanntlich ist es immer schwer, gegen den Strom zu schwimmen.

ASYLRECHT

Und

LEBENSBEDINGUNGEN

von

FLÜCHTLINGEN

Das italienische Asylrecht

Der Italienische Flüchtlingsrat arbeitet seit 1990 mit dem Ziel, Flüchtlingshilfeorganisationen, Vereine, Einzelpersonen, kurz die „lokalen Kapazitäten" zu bündeln und zu koordinieren. Die Sensibilisierung der öffentlichen Meinung mittels sozio-kultureller Arbeit gehört genauso dazu wie die Beratung von Flüchtlingen. Der CIR wird unterstützt vom UNHCR, der Europäischen Union sowie von weiteren Förderern wie z.B. der Caritas, Gewerkschaften und der Vereinigung der evangelischen Kirchen in Italien. Diese Förderstruktur zeigt schon, daß der Italienische Flüchtlingsrat in seiner Zusammensetzung anders aufgebaut ist als viele der deutschen regionalen Flüchtlingsräte. Innerhalb des CIR gibt es eine klare Struktur in verschiedenen Sektionen: Das Büro des Direktors Christopher Hein, die Rechtsabteilung, die Abteilung für Soziale Fragen, das Büro für Öffentlichkeitsarbeit, die Abteilung für die soziokulturelle Arbeit und die Verwaltung. Insgesamt arbeiten ca. 40 Frauen und Männer im CIR, neben der Hauptstelle in Rom gibt es z.B. Außenstellen in der Lombardei und in Apulien. Das im CIR angesiedelte und von der EU geförderte Projekt Asylon hat einen kleinen Wegweiser in sieben Sprachen für Asylsuchende in Italien herausgegeben, der die ersten Schritte erläutert, die für ein Asylverfahren gegangen werden müssen.

ALLGEMEINE INFORMATIONEN FÜR ASYLSUCHENDE AN DER GRENZE [128]

1. **Wer kann Asyl in Italien beantragen?**
   Hier hält sich der CIR/Asylon eng an den Sprachgebrauch der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Alle politisch, sozial, kulturell und religiös Verfolgte können Asyl beantragen.

2. **Wie beantragt man Asyl in Italien?**
   Man sollte sofort bei Grenzübertritt oder Eintritt in Italien Asyl beantragen. Dies kann auf einer Polizeidienststelle an der Grenze bei Ankunft oder bei der Ausländerpolizei geschehen.
   Der Asylsuchende muß ein „Asylbegehren" (das auch ohne Papiere eingereicht werden kann) zusammen mit all seinen vorhandenen Papieren und Dokumenten bei der Grenz- oder der Ausländerpolizei abgeben. Die Polizei zieht den Pass ein und überreicht den Asylsuchenden eine Fotokopie.
   Auf der Polizei/Ausländerpolizeidienststelle muß der Asylsuchende die Fragen der Polizei beantworten, ein sogenanntes „Interview" geben (Reise, Familienmitglieder in Italien oder woanders, Motive der Flucht etc.).
   Die Geschichte des Flüchtlings wird in der Sprache, die er spricht, aufgezeichnet.
   Der Asylsuchende muß ausführen:

[128] CIR-ONLUS, VADEMECUM: Informazioni generali per i richiedenti Asilo alla frontiera, Roma, Ottobre 1998

a) dass er auf einer persönliche Anhörung vor der Zentralen Kommission für die Anerkennung des Flüchtlingsstatus reden will;
dass er finanzielle Unterstützung benötigt, wenn er nicht über eigene Mittel oder Unterkunft verfügt.
Wichtig ist: Der Füchtling muß alle Orignialpapiere behalten und nur Fotokopien abgeben! (außer dem Pass, der bei der Polizei abgegeben wird)

3. **Welche Papiere gibt die Polzei dem Asylsuchenden?**
Die Ausländerpolizei überreicht dem Asylsuchenden eine Aufenthaltsgenehmigung, auf der verzeichnet ist „Dubliner Konvention 15/6/90“, die einen Monat gültig ist und erneuert werden kann. Seit dem 1. September 1997 wird die Dubliner Konvention in Italien in bezug auf den zuständigen Staat, der ein Asylbegehren prüft und in bezug auf den Informationsaustausch mit den anderen Staaten der EU (Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Finnland, Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Holland, Portugal, Großbrittanien, Spanien und Schweden) angewandt. Dieses Abkommen garantiert jedem Asylsuchenden, daß sein Begehren von einem Mitgliedsstaat der EU geprüft wird, um zu vermeiden, daß er z.B. von einem EU-Staat in einen anderen geschickt wird, ohne daß einer der Staaten seinen Asylantrag prüft. So prüft Italien (in dem Fall durch das Innenministerium), ob es für das ihm vorgelegte Asylbegehren zuständig ist, oder ob sich ein anderer EU-Staat damit befassen muß.

4. **Welche Rechte hat ein Asyluchender?**
1 - Medizinische Grundversorgung (Erste Hilfe und Entbindungen)
2 - Wo es möglich ist, Unterbringungin einem Aufnahmelager, die von den Kommunen bereitgestellt werden.
3 - Taschengeld für die ersten Zeit. Mit der Aufenthaltsgenehmigung kann bei der Ausländerpolizei eine Unterstützung von 34000 Lire (ca. 37 DM) pro Tag für eine Zeitdauer von 45 Tagen beantragt werden, wenn der Asylsuchende keine anderen Mittel hat. Die Polizei prüft und bestätigt, ob der Asylsuchende mittellos ist, damit ihm die Summe ausgezahlt wird.

5. **Welche Rechte werden dem Asylsuchenden verwegeigert?**
1 - Er darf nicht studieren und arbeiten
2 - Er darf nicht in andere europäische Länder reisen, weil er an der Grenze sofort nach Italien zurückgeschoben würde, denn Italien ist das für ihn verantwortliche Land, das seinen Asylantrag bearbeitet. In Italien kann er jedoch frei herumfahren, er muß nur der Polizei seinen jeweiligen Wohnsitz mitteilen.

6. **Was passiert, wenn Italien nicht zuständig für den Asylantrag ist?**
Wenn ein anderes Land für den Asylantrag zuständig ist, erhält der Asylsuchende ein laissez-passer von der Ausländerpolizei, um in den anderen Staat fahren zu können.

7. **Wann muß Italien ein Asylbegehren prüfen?**
Italien prüft alle Asylbegehren, die bei der Grenz- oder der Ausländerpolizei gestellt werden, wenn
1 - der Asylsuchende Verwandte (Ehefrau/-mann, minderjährige Kinder, Eltern, sollte der Asylsuchende selbst minderjährig sein) hat, die nach der GFK anerkant sind und diese Verwandten sind einverstanden;
2 - der Asylsuchende mit einer von Italien ausgestellten Aufenthaltsgestattung oder einem in Italien ausgestellten Visum einreist;
3 - wenn der Asylsuchende „illegal“ die Grenze übertritt (ohne Papiere, ohne Visum) zu

einem EU-Land in Richtung Italien übertritt. In diesem Fall ist Italien zuständig, da es das erste Land ist, das der Flüchtling von der EU betritt.

8. **Was passiert, wenn Italien das Asylbegehren prüfen muß?**
   Die Polizei zieht die Aufenthaltsgenehmigung mit dem Vermerk „Dubliner Konvention vom 15.6.90“ wieder ein und händigt dem Asylsuchenden eine neue Aufenthaltsgenehmigung mit dem Vermerk „für das Asylverfahren“ aus, die 3 Monate gilt.

9. **Wer prüft das Asylbegehren?**
   Dem Asylsuchenden wird ein Termin mit der Zentralen Kommission für die Anerkennung des Flüchtlingsstatus in Rom genannt, wo er in der von ihm bevorzugten Sprache seine persönliche Geschichte und die Motive seiner Verfolgung darlegt (Anhörung). Die Kommission setzt sich zusammen aus jeweils einem Vertreter der Vorsitzes des Rates der Minister, dem Außenministerium, dem Innenministerium und dem UNHCR (in Italien: ACNUR)

10. **Wer entscheidet, ob ein Asylsuchender als Flüchtling anerkannt wird oder nicht?**
    Die Zentrale Kommission entscheidet, ob sie dem Asylsuchenden den Flüchtlingsstatus erteilen oder ob sie es ablehnen (Ablehnung des Status). Die Antwort erhält die Ausländerpolizei, im allgemeinen nach ungefähr 2 Monaten (Mitteilung).

11. **Welche Rechte hat der anerkannte Flüchtling?**
    Wenn er als Flüchtling anerkannt wird, ergibt sich eine neue rechtliche Situation. Er erhält eine neue Aufenthaltsgenehmigung und er hat neue Rechte und Pflichten. Er erhält auch ein Reisedokument, um ins Ausland reisen zu können (Reisehöchstdauer 3 Monate). Das Dokument berechtigt nicht zur Einreise in den Herkunfststaat, aus dem der Flüchtling geflohen ist.

12. **Was passiert, wenn ein Asylsuchender nicht als Flüchtling anerkannt wird?**
    Wenn das Begehren abgelehnt wird, kann der Asylsuchende mittels eines Anwalts (der z.B. durch Organisationen wie dem CIR vermittelt werden kann) innerhalb von 60 Tagen nach Zustellung der Mitteilung an die Ausländerpolizei Berufung beim regionalen Verwaltungsgericht (Tribunale Amministrative regionale, TAR) gegen die Ablehnung durch die zentrale Kommission einlegen.

Hier wird deutlich, daß sich die Asylgesetzgebung in Italien sehr von der deutschen unterscheidet - zumindest, was den verwaltungstechnischen Ablauf und die Entscheidungkompetenzen betrifft. Ob die gesetzlich bestimmten Zusagen eingehalten werden, ist fraglich. Uns wurde z.B. berichtet, daß es mit der Auszahlung der 34.000 Lire täglich für die Flüchtlinge große Probleme gibt. Fraglich ist nach Erfahrungen aus Beratungsgesprächen auch, ob die Flüchtlinge wirklich alles in ihrer Mutterpsrache zu Protokoll geben können bzw. wie es um die Qualität der DolmetscherInnen bestellt ist.

Ein Projekt des CIR sah vor, einen Informationsservice an den Grenzen einzurichten, so z.B. in Ancona am Hafen, in Brindisi am Hafen sowie auf den Flughäfen von Mailand und Rom und an der See- und Landgrenze von Triest. Diese Beratungsstellen schienen jedoch im Februar 1999 nicht zu funktionieren. Die Außenstelle des CIR in Lecce, Apulien, arbeitet mit 2 Frauen in der Beratung.

Laura Ferrari vom CIR Rom[129] bemängelte, daß es in Italien immer noch kein richtiges Ausländerrecht gebe. Erst seit 1990 denke man überhaupt über die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes nach. Somit gibt es auch immer noch kein richtiges System im Ausländerrecht Italiens. In Regionen, wo viele Flüchtlinge auf dem Seeweg landen, wird immer wieder von die *situazione d'emergenza*, der Notfall, ausgerufen. Das bedeutet, daß der Präfekt der Region ersteinmal für ein Notaufnahmelager bezahlt, dieses Geld jedoch schnell versiegt und die Kommunen sich selber helfen müssen. Nach Laura Ferrari ist die Erstaufnahme in Apulien bereits etwas organsierter, was sich auch in der Aufnahme von Kosovo-Flüchtlingen seit Mai 1999 zeigte, in Calabrien jedoch herrsche immer noch das 'Prinzip des Notfalls'. Ein richtiges Gesetz werde wohl erst im Jahre 2000 in Kraft treten. Bis dahin gilt das sog. Martelli-Gesetz, das Gesetz Nr. 286 vom 6. März 1998. Hier heißt es im Artikel 9 (5): „An den Grenzen sind Aufnahmestellen vorgesehen, die auch Inforamtionen und Unterstützung für die Flüchtlinge geben sollen, die Asyl beantragen oder sich länger als drei Monatein Italien aufhalten möchten. Diese Dienstleistungen sollen, wenn möglich, in der Transitzone angeboten werden."[130]

Die *disciplina* klärt auch das Abschiebeverfahren (Art. 12): Der Ausländer soll nur so wenig Zeit wie möglich in einem *centro di permanenza contemporanea* verbringen. Fakt ist jedoch, daß es bis Mitte 1998 gar keine reinen Abschiebelager gab und die restlichen Lager auch nicht wie vorgesehen (Art. 38) in Erstaufnahme und Zweitaufnahme geteilt sind. [131] Somit sind Neuankömmlinge mehrfach mit Abzuschiebenden in einem Lager untergebracht. In Art. 14 ist nichtsdestrotz die „Durchführung der Abschiebung" erklärt: „Zentren zeitweiligen Aufenthalts und sozialer Unterstützung" sind zu schaffen. Der *questore* muss innerhalb von 48 Stunden dem *pretore* Nachricht über die Verhängung der Abschiebehaft geben. Innerhalb von 20 Tagen, verlängerbar bis zu 30 Tagen, muss die Abschiebung durchgeführt werden. Wird Widerspruch eingelegt, gibt es dadurch aber keine aufschiebende Wirkung. Der *questore* trägt die Verantwortung, dass sich die abzuschiebende Person nicht der Abschiebung entzieht.

Das italienische Verfassungsgericht hatte den Artikel 7 bis dieses Gesetzes, in dem das Delikt der illegalen Zuwanderung eingeführt wurde (analag des deutschen §92 im Ausländergesetz ??) und dafür eine Haftstrafe von bis zu sechs Monaten verhängt werden darf, als verfassungswidrig erklärt. Stattdessen gibt es nun eine Verlagerung der Haftfragen für Abzuschiebende und heimlich Eingereiste vom Strafrecht und seinen - relativen - Rechtsgarantien aufdie Verwaltungsebene. Die Haft wird vom *pretore* entsprechend der Artikel 737 folgend des Zivilrechtsverfahrens" bestätigt, heißt es im Artikel 14, Gesetz 286/98).

---

[129] Gespräch am 4. März 1999 in Rom

[130] Gazzetta Ufficiale Della Repubblicca Italiana, Roma, 12. Marzo 1998, Disciplina dell'immigrazione e norme sulla condizione dello straniero", S. 12

[131] siehe hierzu Kapitel...: Bericht aus einem Lager in Apulien

Judith Gleitze

„Centri d'accoglienza" und andere - Wohnheime und Lager für Asylsuchende und Flüchtlinge

In Italien werden Flüchtlinge inzwischen ebenso wie in Deutschland in Heimen untergebracht. Doch diese dem deutschen Lagersystem ähnliche Struktur zur Verwaltung von Flüchtlingen hat sich erst in den letzten Jahren etabliert. Geplant ist eigentlich eine Trennung in *campi di permanenza contemporanea* (CPT), Lager oder Heime, die nur für einen kurzen Aufenthalt bestimmt sind, also Abschiebelager für diejenigen, deren Antrag nicht duchgegangen ist oder die gar kein Asyl beantragt haben. Dann gibt es Lager oder Heime der *prima accoglienza* , der Erstaufnahme. Weiterhin sollte es dann noch Heime der *seconda accoglienza*, der Zweitaufnahme geben, in welche die Asylsuchenden gebracht werden, die auf die Entscheidung ihres Antrages warten. Hier sollten Menschen leben können, die schon ihre ersten Papiere, die sie als Asylsuchende ausweisen, aber kein Geld haben, um sich selber zu versorgen. Im Unterschied zu Deutschland funktioniert diese Teilung in die unterschiedlichen Lagertypen in Italien aufgrund der hohen Improvisationsanforderungen, die der Staat an die NGO-Lagerverwalter stellt, in Süditalien nicht - meistens werden alle zusammen untergebracht, teilweise Abzuschiebende mit Antragstellern, Ankommende mit schon länger Wartenden. Während z.B. in Apulien bisher nur eine kleine, 70 Personen fassende Unterkunft in Francavilla Fontana in ein Abschiebelager umfunktioniert wurde, gibt es in Norditalien seit 1998 Abschiebeknäste nach Schengener Massstäben.

Ein weiterer großer Unterschied zu Deutschland: nur eine verschwindend geringe Zahl von Flüchtlingen wird überhaupt in diesen Lagern untergebracht.

In Apulien gibt es mehrere *centri d'accoglienza* : Zwei in Brindisi, eines in Squinzano bei Lecce, in San Foca in der Nähe von Otranto sowie in Bari. Aufgrund der Lage an der Küste zu Albanien hat Apulien zur Zeit auch die meisten Flüchtlinge zu verzeichnen, die über das Meer kommen. Mehr als 400 Menschen strandeten zum Teil täglich an der Küste, nach Ende der Krieghandlungen waren es an einigen Tagen über 800 Roma, die aus dem Kosovo vertrieben wurden und nach Apulien kamen. Im Juli waren 1142 Roma aus dem Kosovo auf dem Militäreflughafen Bari Palese untergebracht[132]. Sie waren mit Schlauchbooten von Bar gekommen, einer bis dahin noch nicht so häufig benutzen Route.[133] Bei der Flucht über das Meer fanden in den letzten 6 Monaten 50 Menschen den Tod. Von Januar bis Mai erreichten nach Angaben des Innenministeriums 10.218 Menschen aus dem Balkan Italien, davon waren 2620 in Apulien untergebracht. 1765 kamen in anderen Regionen unter, der Rest hat in

[132] Siehe hierzu den Text von Dario Azzelini

[133] Valeria Liverini in einem Brief an den Flüchtlingsrat Brandenburg vom 16.7.1999

Apulien Asyl beantragt.[134] Von Januar bis August 1999 sollen 21.000 „illegale“ Flüchtlinge an der apulischen Küste festgenommen worden sein, 1998 waren es 19.957. Die drei Zentren in der Provinz Lecce beherbergten noch Anfang Juni 1999 ca. 1700 Personen, in San Foca lebten 1500 Menschen, obwohl das Heim nur eine Kapazität von 400 hat![135]
Im Juli hat sich die Lage in Lecce etwas beruhigt. Valeria Liverini vom Italienischen Flüchtlingsrat CIR, Aussenstelle Lecce, spricht von „fast leeren“ Zentren.[136] In Brindisi, der neben Bari wichtigsten Hafenstadt Apuliens, kamen jedoch vom 1. bis zum 7. Juni allein 3140 Kosovo-AlbanerInnen auf regulären Fähren mit falschen Papieren an. Seit Anfang Juli hat sich auch hier die Zahl auf etwas 40 am Tag reduziert. Nicht mitgezählt sind hier die Ankommenden auf Schlauchbooten oder anderen Gefährten.

Besuch in Squinzano, Centro d'accoglienza des CTM Movimondo im Mai 1999

Vielleicht zu Beginn ein paar Worte über den Verein, der das Heim in Squinzano betreibt und auch den Frauen des Flüchtlingsrat ein Büro in Lecce zur Verfügung stellt.
CTM - Controinformazione Terzo Mondo, Gegeninfomation Dritte Welt - gründete sich 1985. Projektarbeit zur sog. Dritten Welt kennnzeichnete die Arbeit. 1993 dann wird der Verein MOVIMONDO von mehreren italienischen Organisationen gegründet. Ziel ist der Kampf gegen die Armut, gegen den sozialen Ausschluss im Norden sowie im Süden auf der ganzen Welt. MOVIMONDO ist in 16 Ländern aktiv. In insgesamt 60 Projekten kümmern sich die Mitarbeiter um die landwirtschaftliche Entwicklung in Nicaragua wie auch um den Wiederaufbau in Bosnien-Hercegowina, die Bewässerungsanlagen in Moçambique oder Flüchtlingshilfe in Guatemala. Allen Projekten liegen bestimme Grundsätze zu Grunde, so z.B. die Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen, Unterstützung von Demokratisierungsprozessen, humanitäre Hilfseinsätze in Krisenzeiten. In Italien widmet sich MOVIMONDO der Antirassismusarbeit, um eine Welt ohne Grenzen zu schaffen.
„MOVIMONDO glaubt an seine kritische und konstruktive Rolle in der zivilen Gesellschaft, deshalb hat der Verein auch nicht nur NGO's in sich vereinen wollen, sondern auch Gruppen, Vereine und Einzelpersonen, die gemeinsam gegen den Kampf gegen die Armut antreten und sich für eine ausgeglichenere und gerechtere Welt einsetzen.“[137]
Soweit zu den hehren Ansprüchen dieses Vereins.
Uns drängt sich natürlich die Frage auf, wieso eine NGO mit Ansprüchen an die Verteidigung der Menschenrechte und mit dem Ziel der Gleichheit aller ein Lager für Flüchtlinge verwaltet, in dem sich zudem auch Abschiebehäftlinge befinden. Doch lassen wir den Leiter der Einrichtung, Giuseppe Spedicato, berichten, wie „sein Lager organisiert ist und was wir dort erlebt haben.

Am 7. Mai 1999 besuchen wir das Heim „La Badessa“ im apulischen Squinzano. „La Badessa“ wird von CTM Movimondo geleitet, es handelt sich um ein *centro d' accoglienza*. Die Kapazität des Heimes liegt bei 650 Personen, in Notfällen können bis zu 1100 Menschen untergebracht werden. Im Mai war das Heim nur zur Häfte belegt, 348 Personen, ein Großteil von ihnen aus dem Kosovo, der Türkei und aus dem Irak. Im ersten Stock des Wohnhauses befinden sich mehrere große Zimmer für die Flüchtlinge. Wir schauen uns zwei an: 32 Doppelstockbetten, Männer, Frauen, Kinder zusammen in einem Raum, ein Fenster, dieses vergittert. Das Gebäude diente einst als Schule, man hatte es wohl nicht als nötig erachtet, die Gitter

---

[134] Panorama, 20.5.1999, „E ora, cosa ne facciamo?“

[135] Liberazione, 1.6.1999 , „In diecimila nei lager“

[136] Valeria Liverini, 16.7.99

[137] Associazione per la solidarità e la cooperazione internazionale.

entfernen zu lassen, sagt uns Valeria Liverini vom CIR, dem italienischen Flüchtlingsrat. Wir haben sie und ihre Kollegin Maria Rosaria Faggiano heute mit der Genehmigung des Präfekten eine Stunde in das Heim zur Beratung begleiten dürfen. Schaut man sich dieses eine Zimmer an, bleibt die Frage offen, wohin den wohl noch 700 Menschen sollen, wenn „ein Notfall“ eintritt. Die Flure stehen voller Doppelstockbetten, die Flüchtlinge werden dann also wohl dort schlafen. Einen Raum für die Beratung gibt es nicht. Wir müssen uns mit den Flüchtlingen, die Fragen haben, in deren Zimmern unterhalten. Sitzgelegenheiten sind nicht genügend vorhanden, es bleiben nur die Betten. Von Privatsphäre kann nicht die Rede sein, alle können mitanhören, was die Flüchtlinge für Probleme und Sorgen haben - die Heimverwaltung stellt keinen eigenen Beratungsraum zur Verfügung. Doch scheint dies hier der Normalfall, der Alltag zu sein, niemand regt sich darüber auf. Trotz des eher bedrückenden Gebäudes, der langen Flure, der übervollen Zimmer ohne Schränke ist die Atmosphäre im Heim ruhig, eher freundlich. Auf dem Innenhof werden wir genauestens von einigen jungen Männern beäugt. Als die über den uns begleitenden kosovoalbanischen Dolmetscher erfahren, daß wir aus Deutschand kommen, haben sie Fragen über Fragen - Deutschland war ihr Ziel, zu Verwandten und Freunden wollten sie, nun sitzen sie hier fest. Mittels dieses einzigen Dolmetschers, der nur durch den CIR heute vor Ort ist, erklären wir ihnen, wie schwierig es ist, von Italien legal nach Deutschland zu kommen. Valeria und Maria Rosaria befragen zwei junge Kosovo-AlbanerInnen, ein Geschwisterpaar, die vor 5 Monaten aus ihrer Heimat geflohen sind und in die USA weiterwandern wollen, wo schon ihre Mutter und eine weitere Schwester lebt. Der Vater ist auf der Flucht aus dem Kosovo verschwunden, sie haben seitdem nichts mehr gehört. Die beiden Frauen des Flüchtlingsrates, die die einzigen BeraterInnen dieser Organisation in ganz Apulien sind, raten, den CIR in Rom aufzusuchen und zwecks Familienzsammenführung einen Termin bei der US-amerikanischen Botschaft zu machen. Dann geht es weiter, ins Nachbarzimmer mit den 32 Doppelstockbetten. Eine Runde von ca. 12 Männern hat sich am Eingang versammelt, doch es gibt Verständigungsprobleme - die Männer sprechen nur türkisch und kurdisch. Es scheint hier ein grundsätzliches Dolmetscherproblem zu geben. Valeria und Maria Rosaria hatten die Kurden nicht auf ihrem „Programm“, deshalb haben sie auch keinen Dolemtscher mitgebracht. So zeigt sich, daß eine „ad hoc“-Beratung, wenn die Frauen gerade mal vor Ort im Heim sind, sicherlich sehr oft aufgrund der Sprachprobleme gar nicht möglich ist. Uns wird wieder deutlich, daß sich hier in diesem Heim - und sicher auch in den meisten anderen Apuliens - außer diesen beiden Frauen niemand um die asylrelevanten Probleme der Flüchtlinge kümmert. Diese Männer jedenfalls hatten noch keinen anderen Besuch von HelferInnen oder BeraterInnen.
Schließlich findet sich einer, der deutsch kann, und so übernehmen wir die Fragen des CIR und übersetzen die Fragen der Kurden. Einer der Männer ist über 5 Monate von der Türkei nach Bosnien und schließlich nach Albanien gewandert. Dort haben ihn „Schlepper“ nach Apulien übergesetzt. Das Boot wurde von der Polizei gestoppt, versuchte zu fliehen, 3 Menschen ertrinken in den Fluten. 21 waren sie, als sie in „La Badessa“ ankamen, 10 von ihnen durften das Heim schon verlassen, die anderen noch nicht. Die CIR-Frauen erklären ihnen den formalen Ablauf der Asyl-Prüfung, nach der sie dann Papiere bekommen, mit denen die das Heim verlassen dürfen. Die Männer sind unzufrieden, sie haben kein Geld, können sich nichts kaufen, nicht telefonieren. Doch daran ist ersteinmal nichts zu ändern. Ohne die formale Prüfung durch die Präfektur läuft nichts. Viele hier wollen weiter zu ihren Ehefrauen, Freunden nach Deutschland und Frankreich- doch wie sollen sie das ohne Kontaktmöglichkeiten und ohne Geld anstellen, fragen sie. Maria Rosaria erklärt ihnen, wie sie sich von ihren Verwandten Geld nach Italien schicken lassen können.

Zurück auf dem Hof schlendert ein junger Uniformierter mit Maschinengewehr auf einen Flüchtling zu. Anders als in Deutschland dürfen nur Gesetzeshüter das Heim bewachen. So finden sich Mitarbeiter der *Polizia*, der *Guardia di Finanza* oder der *Carabinieri* vor und in den Heimen. Unter dem „Schutz“ der Männer im Kampfanzug warten hier Flüchtlinge auf den

Erstentscheid ihres Asylbegehrens. Man hat eher den Eindruck, sie befinden sich in einem Gefängnis mit ganztäglichem freien Hofzugang. Es drängt sich die Frage auf, was die Polizisten und *Carabinieri* hier schützen - die Asylsuchenden vor irgendwelchen Angreifern oder den italienischen Staat vor den Flüchtlingen?
An den Wänden des Heimes finden sich Wandgemälde der BewohnerInnen, eines heißt „Kosovo" und zeigt ein Haus und einen Panzer.[138]
In „La Badessa" arbeiten im Durchschnitt 20 Personen, Angestellte wie auch Freiwillige.
Für die Ausrüstung des Heimes hat CTM MOVIMONDO nichts bekommen, Betten, Decken, Laken, Telefone, all das musste der Verein sebst bzw. durch Spenden aufbringen. 70.000.000 Lire, das sind ca. 70.000 DM, hat CTM für die Sanierung des Gebäudes erhalten, Gesamtkosten hierfür betrugen allerdings 800.000 DM.
Täglich erhält das Heim 30.000 Lire, also ca. 30 DM für jeden „Gast", das Geld wird jedoch von der Regierung nie pünktlich bezahlt und es genügt kaum, um die Menschen mit Nahrung (Vollverpflegung) und Hygieneartikeln zu versorgen. CTM - MOVIMONDO hat zur Zeit 500.000 DM Schulden, wie uns der Leiter des Heimes, Giuseppe Spedicato mitteilt. Laut seiner Aussage versorgen die MitarbeiterInnen die BewohnerInnen des Heimes, ärztliche Hilfe ist im Gelände möglich, ebenso eine Rechtsberatung, erläutert der Heimleiter. Die Kurden, mit denen wir gesprochen haben, kannten diese Rechtsberatung anscheinend nicht. Leider konnten wir Spedicato nicht fragen, ob er damit vielleicht die Flüchtlingrat-Frauen meint. Die MitarbeiterInnen helfen auch bei Fragen der Familienzusammenführung, bei der Arbeitssuche (wenn der Flüchtling arbeiten darf), es gibt „Animation" -Spiele und Malen z.B. , für Erwachsene und Kinder. Da wir nur eine Stunde im Heim bleiben durften und keine Gelegenheit hatten, mit dem Heimleiter selber zu reden, sondern ihm unsere Fragen schriftlich haben zukommen lassen, konnten wir auch nicht „überprüfen", wie es sich im Alltag wirklich verhält. Spedicato räumt jedoch auch ein, daß das gesamte Angebot nur aufgrund von Freiwilligen und Spenden stattfinden kann.
Die 34.000 Lire (34,--DM), die die Flüchtlinge laut Gesetz täglich erhalten müssten, werden laut Spedicato nur selten ausgezahlt. Deshalb übernimmt das Zentrum jegliche Versorgung außer der medizinischen, die vom Staat getragen werden muß.
Auf dem Hof treffen wir einen jungen Mann aus Afghanistan, der mit einem Putzeimer bewaffnet auf das Haupthaus zusteuert. Wir fragen ihn, ob er für seine Arbeit hier Geld bekommt, er bejaht. Die Asylsuchenden dürfen nicht arbeiten, bis ihr Gesuch entschieden ist. Wer eine Aufenthaltsgenemigung aus humantitären Gründen hat, kann sich Arbeit suchen und wird dementsprechend von seinem Arbeitgeber bezahlt. Im Heim werden die Flüchtlinge gebeten, bei den Putz- und Verteilaufgaben mitzuhelfen, was einige auch tun.

Auf unsere Frage, was mit traumatisierten und minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen geschieht, antworten die Mitarbeiterinnen des CIR, daß diese im Nachbargebäude gesondert untergebracht werden, ein Heim, das auch von CTM Movimondo geleitet wird. Sie werden von der Unità Sanitaria Lecce/1 versorgt. Ins Heim selber kommen SozialarbeiterInnen, Dolmetscher, und ein Psychologe, jedoch alles auf freiwillger Basis - es gibt also keine staatlich organisierte soziale Betreuung und/oder psychologische Versorgung.
Die Flüchtlinge bleiben zwischen einer Woche und einem Monat im Heim, dann müssen sie gehen. Sie werden in die Unsicherheit entlassen, haben kein Geld, hoffen aber, sich zu ihren Verwandten in Norditalien oder im nördlichen Europa durchschlagen zu können.
Die Unterbringungssituation in Apulien ist mit der in deutschen Heimen nicht unbedingt vergleichbar, der deutsche Staat hätte sicher längst eine bürokratische, durchgeplante Lösung zur Verwaltung der Menschen gefunden. Was hier eigentlich auch nur als Übergangslösung erscheint, dient vielleicht auch einfach der italienischen Art der Abschreckung. Das „Prinzip Chaos" und die Waffenpräsenz schleichent sich als Normalität ein, soll die Flüchtlinge

[138] vgl. hierzu auch: The Economist, 16.-22.10.1999: „A Single Market in Crime"

raustreiben aus der Verantwortung des italienischen Staates am besten gleich aus dem ganzen Land. So zeichnen Überbelegung, Vollverpflegung, keinerlei Geld, da der Staat über die Präfekturen - vergleichbar mit den Innenministerien unserer Bundesländern - immer zu spät oder gar nicht zahlt, und schließlich das „Auf - die - Straße-setzen" der Flüchtlinge deren Alltag. Die erforderlichen weiteren Erstaufnahmelager, die von einer weiteren Unterbringung getrennt werden sollten, sind bisher nicht in Sicht. Und auch wenn es sie gäbe, würden sie von anderen NGO's oder der Kirche betrieben, die sich, leider, muss man sagen, nicht zu schade sind, die Verwaltung von Flüchtlingen im angeblichen Namen der Menschlichkeit zu betreiben. Bei CTM MOVIMONDO scheint es keine Bedenken zu geben, daß dieser Verein der verlängerte Arm des Staates mit der Verwaltung dieses Lagers ist und zudem vom Staat noch an der langen Hand verhungern gelassen wird. Beschwerden gibt es jedoch nur zu letzterem - dem permanenten Geldmangel. Die Frauen des Flüchtlingsrates waren sehr kooperativ, sie versuchen, wie auch viele engagierte Menschen in Deutschland, den Flüchtlingen soweit wie möglich zu helfen. Doch auch sie scheinen so in ihrer täglichen „Hilfs-Arbeit" verstrikt zu sein, daß sie die Widersprüche, in die sie sich begeben, nicht sehen. Abschließend könnte man dieses Engagement vielleicht mit dem einiger deutscher Wohlfahrtsverbände vergleichen: >Wir können nicht viel ausrichten, aber doch wenigstens das Übel ein bisschen lindern; wenn wir es nicht machen, machen es andere< (eine sehr beliebte Standardbegründung...)[139] .

Deweil ist der „Kosovo-Krieg", ist zu Ende, damit ist laut Bürokratie ein weiteres Problem gelöst. Daß die Flüchtlinge trotzdem weiterhin kommen, ist nicht vorgesehen und schon gar nicht gewollt.

---

[139] Ein Flüchtlingsratsmitglied des Flüchtlingsrats Brandenburg zitiert in der Diskussion über die Rolle der Wohlfahrtsverbände in der Brandenburger Flüchtlingspolitik seinen Arbeitgeber (27.10.99)

Dario Azzellini

Das ungewisse Schicksal der Roma-Flüchtlinge in Italien

Seit dem Ende der NATO-Bombardements sind laut Angaben der italienischen Behörden über 12.000 Roma-Flüchtlinge aus dem Kosovo nach Italien gekommen. Auf der Flucht vor der serbischen Armee, Paramilitärs und UCK haben sie meist alles verloren und keine Möglichkeit zur Rückkehr. Eingesperrt in grosse Lager warten sie nun hoffnungsvoll darauf, ihr Leben jenseits von Krieg und Verfolgung neu zu beginnen. Doch in Italien besteht kaum eine Aussicht auf ein langfristiges Bleiberecht. Für die italienische Regierung ist der Krieg beendet und damit auch das Recht als Kriegsflüchtling anerkannt zu werden erloschen.

Etwa 20 km ausserhalb der apulischen Stadt Bari steht das Flüchtlingslager Bari-Palese. Direkt gegenüber vom Flughafen sind auf dem Gelände des ehemaligen Militärflughafens etwa 800 Roma notdürftig untergebracht. Das Camp ist von Stahlzäunen und Stacheldraht umgeben und wird von Uniformierten bewacht. Wer hinein oder hinaus will, muss die Kontrollen eines Dutzend Carabinieri, Polizisten und Militärs überwinden.

Auf einer betonierten Landebahn stehen unter der sengenden Sommerhitze hunderte von Wohnwagen aneinandergereiht, die zusammen mit einem grossen Essenszelt und einem Spielzelt für Kinder, das Lager bilden. Ein weiterer Zaun und erneute Kontrollen kennzeichnen diese Enklave. Selbst nach italienischem Recht darf ein solches Camp nur als zeitweiliger Aufenthaltsort für Abschiebehäftlinge dienen und nicht als Erstaufnahmelager, doch mangels geeigneter Unterbringungsmöglichkeiten sieht es in vielen Camps Apuliens ähnlich aus: In der Nähe von Foggia steht ein weiteres Wohnwagendorf und andere Lager bei Brindisi oder Lecce befinden sich gar in ehemaligen Gefängnissen.

In Bari-Palese bezweifeln selbst die meisten Carabinieri, zum Grossteil junge Wehrdienstleistende, den Sinn der Kontrollmassnahmen, „wir sollen das Lager bewachen, aber es gibt nichts zu bewachen und alles läuft auch ohne uns“. So verbringen sie den Tag damit, mit den vielen Kindern zu spielen. Im Gespräch zeigt sich, dass sie betreffs der Zukunft der Flüchtlinge ebenso unwissend sind, wie die Roma selbst. Die meisten Carabinieri gehen davon aus, dass sie in Italien aufgenommen werden, „schliesslich“, so ein gerade achtzehnjähriger Uniformierter mit Akne und Brille, „sind sie Kriegsflüchtlinge und können nicht zurück“.

Die meisten Roma, die sich grosse Hoffnungen machen in Italien zu bleiben, werden jedoch kein Aufenthaltsrecht erhalten. Das „humanitäre Dekret“, das den Kosovo-Albanern Schutz bot, ist abgelaufen. In Erwartung weiterer Direktiven erteilen die Behörden nun den Roma, die politisches Asyl beantragen, nur eine 30tägige Aufenthaltsgenehmigung.

„Die Flüchtlinge in Bari-Palese erhalten von offizieller Seite keine Informationen über ihre Rechte und ihren Status“, berichtet die 26jährige Erminia vom „Gruppo rifugiati“, einem selbstorganisierten Netz der Flüchtlingssolidarität aus Bari. „Wir unterstützen sie dabei die Anträge auszufüllen“. Die „Flüchtlingsgruppe“ besteht aus einigen Organisationen, die gegen den Krieg mobilisierten. Sie lehnen die von der italienischen Regierung initiierte Zusammenarbeit von Militär und Hilfsorganisationen im Kosovo ab und unterstützen die in Apulien strandenden Flüchtlinge.

Die meisten Flüchtlinge in Bari-Palese sind seit dem 19. August in Italien, als fast 1500 Roma nach zwei Tagen und drei Nächten steuerlosem herumtreiben auf der Adria von der italienischen Küstenwache entdeckt wurden. Eine Bande aus Montenegro hatte sie in einen ausrangierten Fischkutter gestopft, ihnen 2500 DM für die Überfahrt abgenommen, sie anschliessend ausgeraubt und sich in einem mitgeführten Schnellboot davongemacht - die Roma auf hoher See ihrem Schicksal überlassend.

Trotz der Gefahren würden alle den Weg noch einmal gehen. „Ich habe keine andere Wahl“, erzählt der 33jährige Rešat, „dort kann ich nirgendwo bleiben, ich habe alles verloren und die UCK hat gesagt, dass sie für jeden ihrer Toten zehn von uns umbringt.“ Das Unverständnis steht Rešat ins Gesicht geschrieben. Keiner der Roma begreift, wie aus den freundlichen Nachbarn von gestern Folterer und Peiniger werden konnten. „Viele der UCK-Kämpfer waren ganz jung, einige kannte ich.“ Der magere Familienvater schaut sich nervös um, „ich kann keine Namen nennen, aber ich habe trotz der Masken einen Nachbarn erkannt, mit dem ich aufgewachsen und zur Schule gegangen bin. Sie haben uns verjagt und unser Haus geplündert und niedergebrannt.“

Ähnlich erging es auch dem 28jährigen Nerud Gashi aus Pristina: „Nach den Bombardements kam die UCK, seitdem ist mein Vater verschwunden und dort wo unser Haus stand, ist jetzt eine Freifläche. Die UCK hat mein Haus gesprengt.“ Sein Bruder hält einen Zeitung hoch und Nerud erklärt: „Hier siehst Du das Bild von meinem brennenden Haus und direkt davor steht ein britischer Soldat und tut nichts.“

Die nahezu 150.000 Roma aus dem Kosovo sind zwischen alle Fronten geraten: „Bereits vor den Bombardements kamen serbische Soldaten zusammen mit Paramilitärs und haben uns, weil wir Muslims sind, bedroht und unsere Papiere zerrissen“, erzählt Nerud weiter. „Dann hat mir ein Briefträger in Begleitung von Paramilitärs einen Einberufungsbescheid gebracht. Also bin ich am dritten Tag der Bombardements geflohen. Ich kann doch nicht auf die Albaner schiessen, es sind Muslims wie wir. Wir haben immer wie Brüder gelebt.“ Nerud kann nicht verstehen, dass es die Kosovo-Albaner nicht genauso sehen: „Wir Zigeuner wissen nicht was wir den Albanern getan haben, dass sie uns verjagen. Ich wollte keinen Krieg, ich will nur Frieden.“

Auch die Wut auf die KFOR-Truppen ist gross, „warum schaffen es 50.000 NATO-Soldaten nicht auf 100.000 Zigeuner aufzupassen?“, fragt Nerud und beantwortet seine Frage selbst: „Sie wollen nicht! Ich habe einem Briten alles gezeigt“, berichtet er, „aber dann kam ein Albaner, der besser Englisch sprach, und sie wollten von uns Zigeunern nichts mehr wissen. Unser Haus stand etwas ausserhalb von Pristina und nachts kam die UCK und beschlagnahmte was sie wollte. Wie die Serben vorher oder schlimmer.“

Die Roma sind deutlich von den monatelangen Strapazen gekennzeichnet. Doch trotz der schlechten Zustände und heruntergekommenen Wohnwagen, die noch aus Sofortmassnahmen für die Erdbebenopfer Süditaliens von 1980 stammen und seit Lageröffnung 1991 durchgehend genutzt werden, sind viele von ihnen erleichtert. Rešat erzählt strahlend, dass seine gesamte Familie überlebt hat und fügt fast beschämt hinzu: „Ich

habe jetzt endlich etwas Ruhe gefunden, seit vier Monaten fühle ich mich zum ersten Mal ausgeruht, wenn ich geschlafen habe."

Er hat Glück: „Ich habe vor dem Krieg fünf Jahre lang in Norditalien in einem Hotel gearbeitet. Meine Aufenthaltsgenehmigung ist erst im Mai abgelaufen und da mein Chef mich wieder haben will, kann ich sie verlängern." Rešat bildet eine Ausnahme, denn die italienische Regierung hat angekündigt, dass die Roma als „clandestini", als Nicht-Aufentaltsberechtigte gelten. „Der Krieg ist offiziell vorbei und Italien interessiert sich nicht für die Roma-Flüchtlinge", so Erminia von der Flüchtlingsgruppe. „Roma bekommen kein Asyl und selbst Deserteure haben gesetzlich kein Recht auf Asyl." Dies obwohl sie in Serbien mit Hafstrafen zwischen fünf und 20 Jahren rechnen müssen. So auch Nerud Gashi: „Ich habe als Deserteur politisches Asyl beantragt und wenn ich nicht anerkannt werde, dann erschiesse ich mich lieber mit der ganzen Familie hier, bevor ich in den Knast gehe und meine Frau und Kinder dorthin bringe, wo sie vergewaltigt und geschlagen werden. Ich habe dem Tod schon in die Augen geblickt, er macht mir keine Angst mehr."

Nerud Gashi, 28 Jahre alt, Roma

Ich bin aus Pristina. Ich habe vier Jahre lang in Italien gearbeitet und dann einen Reifendienst in Pristina eröffnet. Schon vor den Bombardements haben uns die serbischen Milizen bedroht, weil wir Muslims sind. Sie kamen und haben unsere Papiere zerrissen, wie bei den Albanern. Es waren maskierte Soldaten von Milosevic, zusammen mit Paramilitärs von Arkan und auch von Kapetan Dragan. Einige Tage später habe ich von einem Briefträger in Begleitung von Paramilitärs einen Einberufungsbescheid übergeben bekommen.

Am dritten Tag der Bombardements bin ich dann geflohen, da ich nicht zum serbischen Militär wollte. Ich kann doch nicht auf die Albaner schiessen, das sind Muslims wie wir, wir beten zusammen und liegen auf dem Friedhof nebeneinander. Wir haben immer wie Brüder gelebt. Ab 1989 hat uns Ibrahim Rugova unsere Roma-Fahne gegeben und auch Schulen in denen auf Rom gelehrt wurde.

Als ich geflohen bin, habe ich meine Frau und fünf Kinder dort gelassen, denn die Serben wollten nur mich.

Nach den Bombardements habe ich dann meine Familie geholt und wir sind nach Montenegro geflohen, wo wir bis Mitte August waren, bis wir nach Italien kamen.

Nach den Bombardements kam die UCK und hat unser Haus geplündert und niedergebrannt. Die brennen jetzt hunderte von Häusern nieder und wer fliehen kann, flieht. Seitdem ist mein Vater verschwunden und wir sind vor beiden Seiten geflohen.

Wir Zigeuner wissen nicht was wir den Albanern getan haben, dass sie uns verjagt haben. Ich wollte keinen Krieg, es ist nicht mein Land, ich will nur Frieden, will in Ruhe mit meinen Kindern leben. Was soll das, was die NATO gemacht hat? Sie hätten die serbische Polizei nicht wegschicken dürfen. Sie hätten zusammen im Kosovo bleiben sollen. Vielleicht hätten sie uns Zigeuner einen sicheren Ort geben können, für zwei, drei Jahre, bis der Krieg vorbei ist.

Warum schaffen es 50.000 NATO-Soldaten nicht auf 100.000 Zigeuner aufzupassen? Sie wollen nicht, das ist der Grund. Sie haben erzählt bekommen wir hätten die Albaner bestohlen und im Krieg auf Seiten der Serben gekämpft. In Pristina waren die Briten, ich habe einen gerufen und ihm alles gezeigt, dann kam aber ein Albaner der besser Englisch sprach und sie haben uns weggeschickt, sie wollten von uns Zigeunern nichts mehr wissen.

In einer Zeitung war ein Bild von meinem brennenden Haus. Ein britischer Soldat stand vor meinem Haus und tat nichts. Die NATO ist nur in der Stadt und unser Haus stand etwas ausserhalb. Nachts kam die UCK und beschlagnahmte was sie wollte. Wie die Serben vorher oder schlimmer. Die Serben haben den

Albanern vorher alles gestohlen, aber die Schuldigen sind schon abgehauen. Wir waren es nicht. Wenn wir die Albaner bestohlen hätten, wären wir dann jetzt so zerlumpt und unterernährt?
Wir haben zwei Monate lang in Podgorica, Montenegro, mit 20 Personen in einem Zelt geschlafen. Es gab kein Wasser und keine Duschen. Wir haben so gut wie nichts bekommen. Die meisten Hilfsgüter landen in Geschäften und werden verkauft.
Wir hatten gehört, dass ein Schiff einer humanitären Organisation uns für 80 DM wegbringt. Dann war es aber nur die Mafia aus Montenegro und wir mussten jeder 2500 DM für die Überfahrt zahlen. Das Schiff war für 150 Personen und wir waren 1500, ohne die italienische Küstenwache wären wir alle tot. Einige aus meiner Familie sind in einem anderen Schiff umgekommen.
Wir waren 56 Stunden unterwegs, ohne Wasser und ohne Essen. Wir haben Salzwasser getrunken und die Kinder waren alle aufgebläht davon.
Ich würde gerne in Italien bleiben, hier habe ich Verwandte und hier habe ich meine Ausbildung gemacht. Ich kann nicht mehr zurück, wenn ich nach Serbien gehe, muss ich als Deserteur in den Knast.

Ich habe politisches Asyl beantragt und wenn ich nicht anerkannt werde, dann erschiesse ich mich lieber mit der ganzen Familie hier, bevor ich meine Frau und meine Kinder dorthin bringe, wo sie vergewaltigt und geschlagen werden. Ich habe dem Tod ohnehin schon in die Augen geblickt, er macht mir keine Angst mehr.

Documenti su immigrazione e asilo

1992

? luglio

1. Nota su "Valutazioni sulla bozza programmatica del governo a riguardo del problema dell'immigrazione" scritta su richiesta dell'On. Laura Giuntella (La Rete) in occasione della presentazione alle Camere del Governo Amato (2 Luglio 1992)
2. Emendamenti per il Decreto-legge n.323/1992 (21 Luglio 1992)
3. Considerazioni riassuntive ed emendamenti relativi al decreto-legge n.323/1992 (Luglio 1992)
4. Emendamenti per la legge 39/1990, proposti nell'ambito della discussione relativa al decreto-legge n.323/1992 (Luglio 1992)

? agosto

1. Lettera ai deputati attivi nel dibattito sul decreto-legge n.323 (6 Agosto 1992)
2. Nota su "Considerazioni sui problemi dell'immigrazione" inviata all'On. Frasson, membro della Commissione Giustizia della Camera (6 Agosto 1992)

? settembre

? ottobre

1. Lettera indirizzata all'On. Mazzuconi, Sottosegretario alla Giustizia (13 Ottobre 1992)
2. Proposte per una riforma sull'immigrazione indirizzate all'On. Mazzuconi, Sottosegretario alla Giustizia (13 Ottobre 1992)
3. Nota su "Programmazione annuale dei flussi di ingresso in italia degli stranieri extra-comunitari e misure legislative urgenti a riguardo dell'immigrazione" indirizzata a Mons. Pasini, Direttore della Caritas italiana (29 Ottobre 1992)
4. Nota sulla programmazione annuale dei flussi di ingresso in Italia degli stranieri extra-comunitari (30 Ottobre 1992)
5. Nota su "Misure urgenti a riguardo dell'immigrazione" preparata per Mons. Di Liegro, direttore della Caritas diocesana di Roma (31 Ottobre 1992)

? novembre

1. Nota sul decreto sui flussi per il 1993 destinata al Sottosegretario Giacovazzo (13 novembre 1992)
2. Ulteriore nota per il Sottosegretario Giacovazzo (16 Novembre 1992)

3. "Nota sulla programmazione annuale dei flussi di ingresso in Italia degli stranieri extra-comunitari" scritta a commento delle posizioni espresse dal Gruppo ad hoc per la Programmazione dei Flussi (19 Novembre 1992)
4. Lettera a Mons. Franco, Presidente della Caritas italiana (20 Novembre 1992)
5. Lettera a Mons. Volta, Presidente della Commissione Justitia et Pax (20 Novembre 1992)

? **dicembre**

1993

? **gennaio**

1. Linee-guida per la formazione di un Osservatorio politico sull'immigrazione (23 Gennaio 1993)
2. Nota sulle piu' urgenti misure legislative da adottare in relazione ai cittadini extra-comunitari in Italia, approntata in vista della presentazione, da parte del Governo, di un disegno di legge sull'immigrazione (23 Gennaio 1993)

? **febbraio**

1. Schema di proposta di legge recante "Disposizioni relative ai rifugiati e agli stranieri extracomunitari residenti nel territorio dello Stato", approntato, sulla base del disegno di legge 5353/1990, in vista della presentazione, da parte del Governo, di un disegno di legge sull'immigrazione (1 Febbraio 1993)
2. Estratto dallo schema completo di proposta di legge relativo alle sole "Disposizioni concernenti il permesso di soggiorno per motivi di lavoro stagionale" (6 Febbraio 1993)
3. Traccia di ulteriori disposizioni da inserire nello schema di proposta di legge recante "Disposizioni relative ai rifugiati e agli stranieri extracomunitari residenti nel territorio dello Stato" (6 Febbraio 1993)
4. Schema di decreto sul lavoro stagionale e sulla regolarizzazione dei cittadini extracomunitari (22 Febbraio 1993)
5. Schema di proposta di legge relativo alle sole "Disposizioni concernenti l'ingresso e il soggiorno nel territorio nazionale" (22 Febbraio 1993)

? **marzo**

1. Note esplicative sullo schema di proposta di legge recante "Disposizioni relative al soggiorno e al lavoro dei cittadini stranieri extracomunitari", approntato in collaborazione con Annamaria Dupre', Romana Sansa e Christopher Hein(12 Marzo 1993)
2. Note esplicative sullo schema di proposta di legge recante "Disposizioni relative al permesso di soggiorno per motivi di lavoro stagionale", approntato in collaborazione con Annamaria Dupre', Romana Sansa e Christopher Hein (15 Marzo 1993)
3. Schema di proposta di legge recante "Disposizioni relative al permesso di soggiorno per motivi di lavoro stagionale", approntato in collaborazione con Annamaria Dupre', Romana Sansa e Christopher Hein (19 Marzo 1993)
4. Versione preliminare dell'emendamento per il decreto-legge 57/1993 (art.9-ter) riguardante i lavoratori extracomunitari, redatta sulla base della discussione effettuata durante il convegno dell'ARCI ad Assisi (22 Marzo 1993)

? **aprile**

1. Versione preliminare dell'emendamento per il decreto-legge 57/1993 (art.9-ter) riguardante i lavoratori extracomunitari, contenente anche la disciplina dell'ingresso per ricerca di lavoro (2 Aprile 1993)

2. Schema di proposta di legge recante "Disposizioni relative al soggiorno e al lavoro dei cittadini stranieri extracomunitari", approntato in collaborazione con Annamaria Dupre', Romana Sansa e Christopher Hein (9 Aprile 1993)

3. Emendamenti relativi al decreto-legge (decreto Conso) recante "Nuove misure sul trattamento penitenziario e sull'espulsione dei cittadini extracomunitari" (21 Aprile 1993)

4. Note relative al decreto Conso (21 Aprile 1993)

5. Articolo pubblicato su Affari sociali internazionali (26 Aprile 1993)

6. Articolo per "La Repubblica", non pubblicato (28 Aprile 1993)

? **maggio**

1. Note sull'emendamento al decreto-legge 57/1993 (art.9-ter) riguardante i lavoratori extracomunitari inviate al Segretario generale del CNEL, Dr. De Sossi (5 Maggio 1993)

2. Versione preliminare dell'emendamento per il decreto-legge 57/1993 (art.9-ter) riguardante i lavoratori extracomunitari, presentato a Morese, Segretario della CISL (6 Maggio 1993)

3. "Considerazioni sulla necessita' di misure per la regolarizzazione dei lavoratori extracomunitari e sul meccanismo di autocertificazione" presentate al CNEL(10 Maggio 1993)

4. Versione preliminare dell'emendamento per il decreto-legge 57/1993 (art.9-ter) riguardante i lavoratori extracomunitari, presentato al Ministro del lavoro, On. Giugni (12 Maggio 1993)

5. Versione preliminare dell'emendamento per il decreto-legge 57/1993 (art.9-ter) riguardante i lavoratori extracomunitari, presentato al Ministro del lavoro, On. Giugni (12 Maggio 1993)

6. Proposta di emendamento per il decreto-legge 57/1993 (art.9-ter) riguardante i lavoratori extracomunitari, presentata al Ministro del lavoro, On. Giugni (12 Maggio 1993)

7. Emendamento per il decreto-legge 57/1993 (art.9-quater) riguardante l'ingresso di lavoratori extracomunitari per ricerca di lavoro, fatto proprio da Rifondazione Comunista (12 Maggio 1993)

8. Note sull'emendamento per il decreto-legge 57/1993 (art.9-ter) riguardante i lavoratori extracomunitari presentate al Ministro della sanita', on. Garavaglia (13 Maggio 1993)

9. Versione preliminare dell'emendamento recante "Disposizioni in materia di lavoratori stranieri extracomunitari" per il decreto-legge sull'occupazione (17 Maggio 1993)

10. Sommario dei contenuti da inserire in un provvedimento legislativo sui lavoratori extracomunitari, come presentato al Ministro degli affari esteri, On. Andreatta (19 Maggio 1993)

11. Sommario dei contenuti da inserire in un provvedimento legislativo sui lavoratori extracomunitari (21 Maggio 1993)

? **giugno**

1. Versione preliminare dell'emendamento recante "Disposizioni in materia di lavoratori stranieri extracomunitari" per il decreto-legge sull'occupazione presentato in Commissione Lavoro al Senato (5 Giugno 1993)

2. Emendamento recante "Disposizioni in materia di lavoratori stranieri extracomunitari" per il decreto-legge sull'occupazione presentato in Commissione Lavoro al Senato (7 Giugno 1993)

3. Note sull'emendamento (art.9-ter) riguardante i lavoratori extracomunitari inviate al Sen. Innocenti (14 Giugno 1993)

4. Considerazioni sul decreto legge concernente i lavoratori stagionali extracomunitari inviate al Sen. Coviello (23 giugno 1993)

5. Proposte di modifica di un documento sul decreto legge concernente i lavoratori stagionali extracomunitari approntato da Agostino Bevilacqua per conto del Patto per un Parlamento Antirazzista (25 Giugno 1993)

? **luglio**

? **agosto**

1. Considerazioni sull'emendamento (art.9-ter) riguardante i lavoratori extracomunitari e sul decreto-legge 22 giugno 1993, n.200, concernente i lavoratori stagionali extracomunitari, consegnate al Ministro degli affari esteri, On. Andreatta (25 Agosto 1993)

? **settembre**

1. Nota, scritta per conto di Mons. Di Liegro, in risposta alla lettera del Ministro Contri (14 Settembre 1993)

? **ottobre**

1. Schema di proposta di legge recante "Norme sull'ammissione e la frequenza degli studenti stranieri extracomunitari nelle Universita' italiane", redatto sulla base del disegno di legge 5353/1990 (26 Ottobre 1993)

? **novembre**

1. Scheda di presentazione del Laboratorio "Immigrati e cittadinanza. I diritti dell'altro", tenuto nell'ambito del "Forum intercultura" organizzato dalla Caritas di Roma (9 Novembre 1993)

2. Versione preliminare dello schema di proposta di legge in materia di cittadini extracomunitari messo a punto, su mandato del Patto per un Parlamento Antirazzista, in collaborazione con R.Sansa e A.Dupre' (30 Novembre 1993)

3. Schema di proposta di legge in materia di cittadini extracomunitari messo a punto, su mandato del Patto per un Parlamento Antirazzista, in collaborazione con R.Sansa e A.Dupre' (30 Novembre 1993)

? **dicembre**

1. Modifiche alla quarta bozza di Messaggio Ecumenico sulle Immigrazioni (1 Dicembre 1993)

2. Bozza di Messaggio Ecumenico sulle Immigrazioni (16 Dicembre 1993)

1994

? **gennaio**

1. Modifiche alla bozza di Messaggio Ecumenico sulle Immigrazioni (7 Gennaio 1994)

---

2. Modifiche alla bozza di Messaggio Ecumenico sulle Immigrazioni (13 Gennaio 1994)

3. Proposta relativa ai principali punti programmatici sull'immigrazione preparata in vista delle elezioni politiche (28 Gennaio 1994)

? **febbraio**

1. Nota sulla politica dell'immigrazione in Italia inviata ai cristiano-sociali (9 Febbraio 1994)

2. Scheda di presentazione del Messaggio Ecumenico sulle Immigrazioni (10 Febbraio 1994)

? **marzo**

1. Articolo pubblicato su "Affari sociali internazionali" (3 Marzo 1994)

2. Scheda sul programma di politica dell'immigrazione preparata per i Cristiano-sociali in vista delle elezioni politiche (23 Marzo 1994)

? **aprile**

? **maggio**

1. Nota su "Meccanismi di regolazione dei flussi di immigrazione per lavoro" (4 Maggio 1994)

? **giugno**

1. Versione preliminare della nota inviata dal Gruppo di Riflessione al Presidente del Consiglio Berlusconi in occasione del summit di Corfu' (20 Giugno 1994)

2. Nota inviata dal Gruppo di Riflessione al Presidente del Consiglio Berlusconi in occasione del summit di Corfu' (20 Giugno 1994)

3. Risoluzione del Consiglio europeo del 20 giugno 1994 sulle limitazioni all'ammissione di cittadini extracomunitari nel territorio degli Stati membri per fini di occupazione (20 Giugno 1994)

4. Osservazioni sull'articolato relativo alla "Disciplina della condizione giuridica dello straniero nella Repubblica italiana" presentato dalla Commissione di studio per una legge organica sulla condizione giuridica dello straniero in Italia (27 Giugno 1994)

? **luglio**

1. Sommario della Risoluzione del Consiglio dei ministri degli affari interni e di giustizia del 20/6/1994 (2 Luglio 1994)

2. Confronto tra la Comunicazione Flynn e lo schema di disegno di legge Contri (2 Luglio 1994)

3. Articolo pubblicato su "Segno sette" (8 Luglio 1994)

4. Osservazioni preliminari sulla Comunicazione Flynn (11 Luglio 1994)

5. Versione preliminare di una nota su "Meccanismi di regolazione dei flussi di immigrazione per lavoro" (14 Luglio 1994)

6. Schema di disegno di legge recante "Disposizioni in materia di lavoratori stranieri etracomunitari" (permesso tagionale e regolarizzazione) proposto al Ministro per la famiglia, On. Guidi (18 Luglio 1994)

7. Versione preliminare delle Considerazioni sull'emendamento (art.9-ter) riguardante i lavoratori extracomunitari e sul decreto-legge 22 giugno 1993, n.200, concernente i lavoratori stagionali extracomunitari (20 Luglio 1994)

? **agosto**

1. Versione preliminare delle "Osservazioni relative alla Comunicazione della Commissione al Consiglio e al Parlamento europeo sulle politiche di immigrazione e di asilo del 23.02.1994" del Gruppo di Riflessione (2 Agosto 1994)

2. "Osservazioni relative alla Comunicazione della Commissione al Consiglio e al Parlamento europeo sulle politiche di immigrazione e di asilo del 23.02.1994" del Gruppo di Riflessione (2 Agosto 1994)

3. Relazione per il Laboratorio "Immigrati e cittadinanza. I diritti dell'altro", tenuto nell'ambito del "Forum intercultura" organizzato dalla Caritas di Roma (29 Agosto 1994)

? **settembre**

1. Schema di proposta di legge recante "Disposizioni in materia di cittadini stranieri etracomunitari" contenente, a scopo pedagogico, un errore (5 Settembre 1994)

2. Schema di proposta di legge recante "Disposizioni in materia di cittadini stranieri etracomunitari" presentato all'On. Tanzarella (20 Settembre 1994)

3. Schema di proposta di legge recante "Disposizioni in materia di cittadini stranieri etracomunitari" (lavoro stagionale e regolarizzazione) con relazione illustrativa, presentati all'On. Giannotti e ad altri membri della Commissione affari sociali della Camera (22 Settembre 1994)

4. Forma breve della relazione illustrativa dello schema di proposta di legge recante "Disposizioni in materia di cittadini stranieri etracomunitari" (lavoro stagionale e regolarizzazione) presentata all'On. Giannotti e ad altri membri della Commissione affari sociali della Camera (22 Settembre 1994)

5. Relazione illustrativa dello schema di proposta di legge recante "Disposizioni in materia di cittadini stranieri etracomunitari" (lavoro stagionale e regolarizzazione) presentata all'On. Giannotti e ad altri membri della Commissione affari sociali della Camera (22 Settembre 1994)

6. Schema di proposta di legge recante "Disposizioni in materia di cittadini stranieri etracomunitari" (lavoro stagionale e regolarizzazione), presentato all'On. Giannotti e ad altri membri della Commissione affari sociali della Camera (22 Settembre 1994)

7. Sommario delle "Misure urgenti in materia di cittadini stranieri extracomunitari" consegnato al Ministro per la famiglia, On. Guidi (27 Settembre 1994)

? **ottobre**

1. "Proposta di intervento legislativo in materia di cittadini stranieri extracomunitari" consegnata dal Gruppo di Riflessione al Ministro per la famiglia, On. Guidi (7 Ottobre 1994)

2. Versione preliminare della nota, inviata al Ministro dell'interno, On. Maroni, su "Misure urgenti in materia di cittadini stranieri extracomunitari" (10 Ottobre 1994)

3. Analisi dello schema di disegno di legge su "Disciplina della condizione giuridica dello straniero nella Repubblica italiana" presentato dalla Commissione di studio per una legge organica sulla condizione giuridica dello straniero in Italia (10 Ottobre 1994)

4. Nota, inviata al Ministro dell'interno, On. Maroni, su "Misure urgenti in materia di cittadini stranieri extracomunitari" (13 Ottobre 1994)

5. Versione preliminare della lettera inviata al Ministro dell'interno, On. Maroni (14 Ottobre 1994)
6. Lettera inviata al Ministro dell'interno, On. Maroni (14 Ottobre 1994)
7. Lettera inviata al Ministro dell'interno, On. Maroni (20 Ottobre 1994)
8. Emendamento su "Disposizioni in materia di lavoratori extracomunitari" per il decreto Mastella sull'occupazione (26 Ottobre 1994)

? **novembre**

1. Osservazioni sulla proposta di legge d'iniziativa dei deputati Martinat e Fini (7 Novembre 1994)
2. Bozza di documento del Gruppo di Riflessione per la Conferenza Mondiale di Copenhagen sulle politiche sociali (7 novembre 1994)
3. Sommario dello schema di disegno di legge "Norme in materia di lavoro stagionale ed ingresso nello Stato dei cittadini non appartenenti all'Unione Europea" d'iniziativa del Governo (9 Novembre 1994)
4. Sommario dei principali elementi della legge 943/1986 (9 Novembre 1994)
5. Sommario delle principali disposizioni vigenti e delle principali proposte in relazione all'accesso al lavoro subordinato (9 Novembre 1994)
6. Elementi essenziali della revisione della proposta di legge della Commissione Contri (10 Novembre 1994)
7. Sommario delle principali disposizioni vigenti e delle principali proposte in relazione alla condizione degli immigrati in posizione irregolare e al provvedimento di espulsione (10 Novembre 1994)
8. Sommario dei principali elementi della legge 39/1990 (10 Novembre 1994)
9. Confronto sommario tra le principali proposte di legge sulla disciplina del lavoro stagionale (10 Novembre 1994)
10. Annuncio del seminario organizzato da "Segno sette" (23 Novembre 1994)
11. Elementi essenziali dello schema di disegno di legge su "Disciplina della condizione giuridica dello straniero nella Repubblica italiana" presentato dalla Commissione di studio per una legge organica sulla condizione giuridica dello straniero in Italia (24 Novembre 1994)
12. Schema di disegno di legge su "Disciplina della condizione giuridica dello straniero nella Repubblica italiana" presentato dalla Commissione di studio per una legge organica sulla condizione giuridica dello straniero in Italia (24 Novembre 1994)
13. "Il dibattito legislativo: fra espulsione ed inserimento, chiusura e solidarieta'": nota per il seminario organizzato da "Segno sette" (30 Novembre 1994)

? **dicembre**

1. Schema dell'intervento per il seminario organizzato da "Segno sette" (2 Dicembre 1994)
2. Analisi ed emendamenti preliminari dello schema di disegno di legge su "Disciplina della condizione giuridica dello straniero nella Repubblica italiana" presentato dalla Commissione di studio per una legge organica sulla condizione giuridica dello straniero in Italia (2 Dicembre 1994)

3. Sommario della proposta di legge "Disposizioni in materia di asilo politico, ingresso, soggiorno e tutela dei cittadini extracomunitari nel territorio dello Stato" d'iniziativa del deputato Luigi Negri (11 Dicembre 1994)
4. Versione preliminare della "Nota sulla politica di immigrazione in occasione del vertice mondiale di copenhagen per lo sviluppo sociale" inviata dal Gruppo di Riflessione (12 Dicembre 1994)
5. Testo Contri (artt. 1-12) e relativa revisione preliminare (15 Dicembre 1994)
6. Testo Contri (artt. 13-32) e relativa revisione preliminare (15 Dicembre 1994)
7. Testo Contri (artt. 33-46) e relativa revisione preliminare (15 Dicembre 1994)
8. Testo Contri (artt. 47-57) e relativa revisione preliminare (15 Dicembre 1994)
9. Testo Contri (artt. 58-68) e relativa revisione preliminare (15 Dicembre 1994)
10. Testo Contri (artt. 69-94) e relativa revisione preliminare (15 Dicembre 1994)
11. Testo Contri (artt. 95-112) e relativa revisione preliminare (15 Dicembre 1994)
12. Testo Contri (artt. 113-135) e relativa revisione preliminare (15 Dicembre 1994)
13. Testo Contri (artt. 136-157) e relativa revisione preliminare (15 Dicembre 1994)
14. Testo Contri (artt. 158-173) e relativa revisione preliminare (15 Dicembre 1994)
15. Nota illustrativa sullo schema di proposta di legge sulla disciplina della condizione giuridica dello straniero in Italia approntato dal Gruppo di Riflessione sulla base del Testo Contri (15 Dicembre 1994)
16. Emendamenti dello schema di disegno di legge su "Disciplina della condizione giuridica dello straniero nella Repubblica italiana" presentato dalla Commissione di studio per una legge organica sulla condizione giuridica dello straniero in Italia (15 Dicembre 1994)

1995

? **gennaio**

1. Versione preliminare della "Nota sulla politica di immigrazione in occasione del vertice mondiale di copenhagen per lo sviluppo sociale" inviata dal Gruppo di Riflessione (3 Gennaio 1995)
2. "Nota sulla politica di immigrazione in occasione del vertice mondiale di copenhagen per lo sviluppo sociale" inviata dal Gruppo di Riflessione all'ONU (5 Gennaio 1995)
3. "Nota sulla politica di immigrazione in occasione del vertice mondiale di copenhagen per lo sviluppo sociale" inviata dal Gruppo di Riflessione alla delegazione italiana (5 Gennaio 1995)
4. "Note per una proposta di legge sulla disciplina della condizione giuridica dello straniero in Italia" consegnate a Domenico Volpini, membro della commissione per le politiche sociali del PPI (10 Gennaio 1995)
5. Articolo pubblicato su "Roma citta' solidale" (23 Gennaio 1995)
6. Analisi e osservazioni sulla proposta di legge d'iniziativa del deputato Luigi Negri (27 Gennaio 1995)

? **febbraio**

1. Sommario dello schema preliminare di proposta di legge sulla "Disciplina della condizione giuridica dello straniero in Italia" approntato dal Gruppo di Riflessione sulla base del Testo Contri (6 Febbraio 1995)

2. Note sullo schema di disegno di legge recante "Norme sull'immigrazione di cittadini extracomunitari" consegnato al Dr. Ferri, consigliere del gruppo dei Popolari al Senato (9 Febbraio 1995)

3. Contenuti per una proposta di legge minimale sulla condizione giuridica dello straniero in Italia, inviata al Dr. Ferri, consigliere del gruppo dei Popolari al Senato (17 Febbraio 1995)

? **marzo**

1. Bozza di proposta di legge per la disciplina del provvedimento di espulsione , inviato a Francesca Marinaro (10 Marzo 1995)

2. Revisione della proposta di legge di iniziativa dei deputati Tanzarella e Lumia (14 Marzo 1995)

? **aprile**

1. Nota per i parlamentari che hanno dato vita al tavolo di confronto sull'immigrazione (5 Aprile 1995)

? **maggio**

1. "Nota sui provvedimenti urgenti in materia di cittadini extracomunitari" consegnata al Ministro per gli affari sociali, On. Ossicini (3 Maggio 1995)

2. "Nota aggiuntiva sui provvedimenti urgenti in materia di cittadini extracomunitari" inviata al Ministro per gli affari sociali, On. Ossicini (4 Maggio 1995)

3. Lettera a Paolo Bonetti (8 Maggio 1995)

4. Lettera di presentazione della revisione del Testo Contri, inviata dal Gruppo di Riflessione alle altre Associazioni(13 Maggio 1995)

5. Articolo pubblicato su "Segno sette" (14 Maggio 1995)

6. "Nota sui provvedimenti urgenti in materia di cittadini extracomunitari" inviata all'On. Jervolino (22 Maggio 1995)

7. Nota sintetica sui "Provvedimenti urgenti in materia di cittadini extracomunitari" inviata all'On. Jervolino" (22 Maggio 1995)

? **giugno**

1. Lettera all'On. Di Luca (2 Giugno 1995)

2. Analisi e osservazioni preliminari relativi al Testo Base per gli aa. cc. 214, 972, 1314 e 1327 "Modifiche ed integrazione della Legge 28 febbraio, n.39 (Legge Martelli)" approntato dal Relatore On. Nespoli (17 Giugno 1995)

3. Versione preliminare di uno schema di Testo Base alternativo al Testo Nespoli (17 Giugno 1995)

4. Sommario dello schema di proposta di legge sulla disciplina della condizione giuridica dello straniero in Italia approntato dal Gruppo di Riflessione sulla base del Testo Contri (19 Giugno 1995)

5. Schema di Testo Base alternativo al Testo Nespoli (20 Giugno 1995)

6. Schema di proposta di legge recante "Disposizioni in materia di cittadini stranieri extracomunitari", approntato dall'On. Usiglio e dall'On. Di Luca (29 Giugno 1995)

? **luglio**

1. Lettera all'On. Di Luca (3 Luglio 1995)
2. Schema di proposta di legge recante "Disposizioni in materia di cittadini stranieri extracomunitari", modificato a partire dalla versione approntata dall'On. Usiglio e dall'On. Di Luca (3 Luglio 1995)
3. Analisi ed osservazioni relative al Testo Nespoli, nella versione consegnata all'On. D'Onofrio (28 Luglio 1995)

? **agosto**

? **settembre**

1. Elementi essenziali della revisione, operata dal Gruppo di Riflessione, della proposta di legge della Commissione contri (8 Settembre 1995)
2. Schema di alcune proposte di legge relative all'immigrazione (12 Settembre 1995)
3. "Note sul dibattito relativo alla presentazione di un disegno di legge sull'immigrazione" inviate all'On. Bindi (19 Settembre 1995)
4. Lettera all'On. Usiglio (21 Settembre 1995)
5. Analisi, osservazioni ed emendamenti (versione preliminare) relativi al Testo Nespoli (24 Settembre 1995)
6. Analisi, osservazioni ed emendamenti relativi al Testo Nespoli (26 Settembre 1995)
7. Emendamenti relativi al Testo Nespoli (26 Settembre 1995)
8. Quesiti per l'audizione dei ministri in Commissione affari costituzionali (29 Settembre 1995)

? **ottobre**

1. Testo Contri (artt. 1-12) e relativa revisione operata dal Gruppo di Riflessione (6 Ottobre 1995)
2. Testo Contri (artt. 13-32) e relativa revisione operata dal Gruppo di Riflessione (6 Ottobre 1995)
3. Testo Contri (artt. 33-46) e relativa revisione operata dal Gruppo di Riflessione (6 Ottobre 1995)
4. Testo Contri (artt. 47-57) e relativa revisione operata dal Gruppo di Riflessione (6 Ottobre 1995)
5. Testo Contri (artt. 58-68) e relativa revisione operata dal Gruppo di Riflessione (6 Ottobre 1995)
6. Testo Contri (artt. 69-94) e relativa revisione operata dal Gruppo di Riflessione (6 Ottobre 1995)
7. Testo Contri (artt. 95-112) e relativa revisione operata dal Gruppo di Riflessione (6 Ottobre 1995)
8. Testo Contri (artt. 113-135) e relativa revisione operata dal Gruppo di Riflessione (6 Ottobre 1995)

9. Testo Contri (artt. 136-157) e relativa revisione operata dal Gruppo di Riflessione (6 Ottobre 1995)

10. Testo Contri (artt. 158-173) e relativa revisione operata dal Gruppo di Riflessione (6 Ottobre 1995)

11. Note per una proposta di legge sulla disciplina della condizione giuridica dello straniero in Italia (6 Ottobre 1995)

12. Appunti per una proposta di legge sulla disciplina della condizione giuridica dello straniero in Italia consegnati all'On. Elia (8 Ottobre 1995)

13. Schema di proposta di legge corrispondente agli emendamenti aggiuntivi proposti dalle associazioni, inviata alle On. Jervolino e Vigneri (9 Ottobre 1995)

14. Nota sui provvedimenti di espulsione per ingresso clandestino e per soggiorno irregolare inviata all'On. Vigneri (12 Ottobre 1995)

15. Lettera all'On. Bindi (13 Ottobre 1995)

16. Nota su un'ipotesi di mediazione sugli emendamenti per il Testo Nespoli (13 Ottobre 1995)

17. Versione preliminare delle proposte per emendamenti aggiuntivi per il Testo Nespoli relativi alla regolarizzazione di stranieri irregolarmente soggiornanti (13 Ottobre 1995)

18. Confronto tra i principali contenuti del Testo Nespoli e quelli degli emendamenti proposti dalle associazioni (13 Ottobre 1995)

19. Versione preliminare delle proposte per emendamenti aggiuntivi per il Testo Nespoli relativi alla carta di soggiorno (13 Ottobre 1995)

20. Versione preliminare delle proposte per emendamenti aggiuntivi per il Testo Nespoli relativi al diritto d'asilo (14 Ottobre 1995)

21. Versione preliminare delle proposte per emendamenti aggiuntivi per il Testo Nespoli relativi alla assistenza sanitaria e sociale (14 Ottobre 1995)

22. Versione preliminare delle proposte per emendamenti aggiuntivi per il Testo Nespoli relativi alla disciplina delle espulsioni (14 Ottobre 1995)

23. Versione preliminare delle proposte per emendamenti aggiuntivi per il Testo Nespoli relativi alla programmazione dei flussi (14 Ottobre 1995)

24. Versione preliminare delle proposte per emendamenti aggiuntivi per il Testo Nespoli relativi alla disciplina del lavoro stagionale (14 Ottobre 1995)

25. Lettera all'On. Usiglio (16 Ottobre 1995)

26. Note relative alla mediazione sugli emendamenti per il testo Nespoli (16 ottobre 1995)

27. Versione preliminare di una lettera inviata all'Unita', non pubblicata (17 Ottobre 1995)

28. Lettera inviata all'Unita', non pubblicata (17 Ottobre 1995)

29. Versione preliminare delle proposte per emendamenti aggiuntivi per il Testo Nespoli relativi alla condizione degli studenti stranieri (17 Ottobre 1995)

30. Versione preliminare delle proposte per emendamenti aggiuntivi per il Testo Nespoli (17 Ottobre 1995)

31. Osservazioni ed emendamenti, inviati all'on. Vigneri, relativi ad una bozza di articolo sulla programmazione dei flussi elaborata durante la mediazione sul Testo Nespoli (17 Ottobre 1995)

32. Proposte per emendamenti aggiuntivi per il Testo Nespoli relativi alla regolarizzazione di stranieri irregolarmente soggiornanti (18 Ottobre 1995)

33. Proposte per emendamenti aggiuntivi per il Testo Nespoli relativi al diritto d'asilo (18 Ottobre 1995)

34. Proposte per emendamenti aggiuntivi per il Testo Nespoli relativi alla condizione degli studenti stranieri (18 Ottobre 1995)

35. Proposte per emendamenti aggiuntivi per il Testo Nespoli relativi alla assistenza sanitaria e sociale (18 Ottobre 1995)

36. Proposte per emendamenti aggiuntivi per il Testo Nespoli relativi alla programmazione dei flussi (18 Ottobre 1995)

37. Proposte per emendamenti aggiuntivi per il Testo Nespoli relativi alla disciplina del lavoro stagionale (18 Ottobre 1995)

38. Proposte per emendamenti aggiuntivi per il Testo Nespoli relativi alla carta di soggiorno (18 Ottobre 1995)

39. Nota su "Principali modifiche da apportare agli emendamenti depositati mercoledi' 18 ottobre da PPI, Progressisti, Lega e Democratici", consegnata agli On. Vigneri, Fassino, Mussi, Soda e Maselli (23 Ottobre 1995)

40. Sommario del Testo Nespoli coordinato con gli emendamenti depositati mercoledi' 18 ottobre da PPI, Progressisti, Lega e Democratici (23 Ottobre 1995)

? **novembre**

1. Quadro sinottico dei principali elementi contenuti nel Testo Unificato (Testo Nespoli) modificato dagli emendamenti presentati da diversi gruppi (6 Novembre 1995)

2. Quadro sinottico dei principali elementi contenuti nel Testo Unificato (Testo Nespoli) modificato dagli emendamenti presentati da diversi gruppi in relazione all'assistenza sanitaria e sociale (6 Novembre 1995)

3. Quadro sinottico dei principali elementi contenuti nel Testo Unificato (Testo Nespoli) modificato dagli emendamenti presentati da diversi gruppi in relazione alla condizione degli studenti stranieri (6 Novembre 1995)

4. Quadro sinottico dei principali elementi contenuti nel Testo Unificato (Testo Nespoli) modificato dagli emendamenti presentati da diversi gruppi in relazione alla disciplina dell'ingresso nel territorio dello Stato (6 Novembre 1995)

5. Quadro sinottico dei principali elementi contenuti nel Testo Unificato (Testo Nespoli) modificato dagli emendamenti presentati da diversi gruppi in relazione alla disciplina delle espulsioni (6 Novembre 1995)

6. Quadro sinottico dei principali elementi contenuti nel Testo Unificato (Testo Nespoli) modificato dagli emendamenti presentati da diversi gruppi in relazione alla disciplina del lavoro stagionale (6 Novembre 1995)

7. Quadro sinottico dei principali elementi contenuti nel Testo Unificato (Testo Nespoli) modificato dagli emendamenti presentati da diversi gruppi in relazione alla disciplina del ricongiungimento familiare (6 Novembre 1995)

8. Quadro sinottico dei principali elementi contenuti nel Testo Unificato (Testo Nespoli) modificato dagli emendamenti presentati da diversi gruppi in relazione alla programmazione dei flussi (6 Novembre 1995)

9. Quadro sinottico dei principali elementi contenuti nel Testo Unificato (Testo Nespoli) modificato dagli emendamenti presentati da diversi gruppi in relazione alle misure contro la discriminazione (6 Novembre 1995)

10. Quadro sinottico dei principali elementi contenuti nel Testo Unificato (Testo Nespoli) modificato dagli emendamenti presentati da diversi gruppi in relazione alle misure contro il favoreggiamento e lo sfruttamento dell'immigrazione clandestina (6 Novembre 1995)

11. Quadro sinottico dei principali elementi contenuti nel Testo Unificato (Testo Nespoli) modificato dagli emendamenti presentati da diversi gruppi in relazione al diritto d'asilo (6 Novembre 1995)

12. Quadro sinottico dei principali elementi contenuti nel Testo Unificato (Testo Nespoli) modificato dagli emendamenti presentati da diversi gruppi in relazione alla carta di soggiorno (6 Novembre 1995)

13. Quadro sinottico dei principali elementi contenuti nel Testo Unificato (Testo Nespoli) modificato dagli emendamenti presentati da diversi gruppi in relazione alla regolarizzazione di stranieri irregolarmente soggiornanti (7 Novembre 1995)

14. Nota esplicativa sul quadro sinottico dei principali elementi contenuti nel Testo Unificato (Testo Nespoli) modificato dagli emendamenti presentati da diversi gruppi (7 Novembre 1995)

15. Osservazioni sulla bozza di programma dell'Ulivo relativo all'immigrazione inviate all'On. Jervolino (14 Novembre 1995)

16. Sintesi delle osservazioni sulla bozza di programma dell'Ulivo relativo all'immigrazione inviate all'On. Jervolino (15 Novembre 1995)

17. Osservazioni sul testo dell'accordo tra le forze di maggioranza relativo al decreto sull'immigrazione inviate al Presidente del Consiglio, On. Dini, dal Gruppo di Riflessione (15 Novembre 1995)

18. Nota sul decreto sull'immigrazione di imminente emanazione inviata al Presidente della Repubblica Scalfaro dal Gruppo di Riflessione (17 Novembre 1995)

19. Nota sul decreto sull'immigrazione di imminente emanazione inviata all'Avvenire (17 Novembre 1995)

20. Osservazioni relative alle misure per la regolarizzazione contenute nel decreto sull'immigrazione (20 Novembre 1995)

21. Alcune osservazioni relative al decreto sull'immigrazione inviate a Mons. Di Liegro (21 Novembre 1995)

22. Osservazioni relative al decreto sull'immigrazione inviate al presidente del senato mancino (22 Novembre 1995)

23. Appunti di un incontro con l'On. Vigneri e il Dr. Sce per la stesura degli emendamenti per il DL 489/1995 (24 Novembre 1995)

24. Bozza di emendamenti per il DL 489/1995 (26 Novembre 1995)

25. Bozza di emendamenti per il DL 489/1995 (27 Novembre 1995)

26. Bozza di emendamenti per il DL 489/1995 inviata a Francesca Marinaro (28 Novembre 1995)

? dicembre

1. Versione preliminare delle proposte di emendamento per il DL 489/1995 presentate dalle associazioni (5 Dicembre 1995)

2. Versione preliminare delle proposte di emendamento per il DL 489/1995 presentate dalle associazioni (5 Dicembre 1995)
3. Versione preliminare delle proposte di emendamento per il DL 489/1995 presentate dalle associazioni (6 Dicembre 1995)
4. Versione preliminare delle proposte di emendamento per il DL 489/1995 presentate dalle associazioni (7 Dicembre 1995)
5. Versione preliminare delle proposte di emendamento per il DL 489/1995 presentate dalle associazioni (7 Dicembre 1995)
6. Versione preliminare delle proposte di emendamento per il DL 489/1995 presentate dalle associazioni (12 Dicembre 1995)
7. Versione preliminare delle proposte di emendamento per il DL 489/1995 presentate dalle associazioni (12 Dicembre 1995)
8. Proposte di emendamento per il DL 489/1995 presentate dalle associazioni (14 Dicembre 1995)
9. Proposte di emendamento per l'art. 12 del DL 489/1995 presentate dal Gruppo di Riflessione (15 Dicembre 1995)
10. Proposte di emendamento per il DL 489/1995 presentate dal Gruppo di Riflessione al Sen. Fierotti (18 Dicembre 1995)
11. Principali proposte di emendamento per il DL 489/1995 presentate dal Gruppo di Riflessione al Sen. Folloni (19 Dicembre 1995)
12. Principali proposte di emendamento per il DL 489/1995 presentate dal Gruppo di Riflessione e dalle altre associazioni (19 Dicembre 1995)
13. Note relative alle "Osservazioni del CNEL sulla programmazione dei flussi di stranieri extracomunitari per il 1996", inviate al CNEL dal Gruppo di Riflessione (20 Dicembre 1995)
14. Proposte di emendamento per il DL 489/1995 inviate alla D.ssa Palanca (22 Dicembre 1995)

1996

? **gennaio**

1. Principali proposte di emendamento per il DL 489/1995 inviate alla D.ssa Palanca (4 Gennaio 1996)
2. Versione preliminare delle proposte di emendamento per il DL 489/1995 consegnate al Sottosegretario alla Presidenza del Consiglio Negri (4 Gennaio 1996)
3. Versione preliminare delle proposte di emendamento per il DL 489/1995 relative alle norme transitorie consegnate al Sottosegretario alla Presidenza del Consiglio Negri (4 Gennaio 1996)
4. Versione preliminare delle proposte di emendamento per il DL 489/1995 relative alle norme transitorie consegnate al Sottosegretario alla Presidenza del Consiglio Negri (4 Gennaio 1996)
5. Versione preliminare delle proposte di emendamento per il DL 489/1995 relative alle norme transitorie consegnate al Sottosegretario alla Presidenza del Consiglio Negri (4 Gennaio 1996)

6. Versione preliminare delle proposte di emendamento per il DL 489/1995 relative alle norme transitorie consegnate al Sottosegretario alla Presidenza del Consiglio Negri (5 Gennaio 1996)

7. Versione preliminare delle proposte di emendamento per il DL 489/1995 relative alle norme transitorie consegnate al Sottosegretario alla Presidenza del Consiglio Negri (5 Gennaio 1996)

8. Versione preliminare delle proposte di emendamento per il DL 489/1995 relative alle norme transitorie consegnate al Sottosegretario alla Presidenza del Consiglio Negri (5 Gennaio 1996)

9. Proposte di emendamento per il DL 489/1995 relative alle norme transitorie consegnate al Sottosegretario alla Presidenza del Consiglio Negri (5 Gennaio 1996)

10. Principali emendamenti per il DL 489/1995 accolti dalla Commissione affari costituzionali del Senato (11 Gennaio 1996)

11. Nota sulle convergenze tra gli emendamenti proposti dalle associazioni al Governo e quelli accolti dalla Commissione affari costituzionali del Senato (12 gennaio 1996)

12. Articolo pubblicato su "Proposta educativa" (13 Gennaio 1996)

13. Versione preliminare della lettera delle associazioni al Governo in vista della reiterazione del DL 489/1995 (14 Gennaio 1996)

14. Versione preliminare dell'appello del Gruppo di Riflessione ai parlamentari pubblicato su Avvenire (15 Gennaio 1996)

15. Lettera delle associazioni al Governo in vista della reiterazione del DL 489/1995 (15 Gennaio 1996)

16. Appello del Gruppo di Riflessione ai parlamentari pubblicato su Avvenire (17 Gennaio 1996)

17. Articolo pubblicato su Avvenire (22 Gennaio 1996)

18. Lettera di presentazione della revisione del Testo Contri operata dal Gruppo di Riflessione , inviata al Presidente vicario della Consulta sull'immigrazione del CNEL, On. Brini (23 Gennaio 1996)

19. Proposte di emendamento al Trattato dell'Unione europea (30 gennaio 1996)

20. Illustrazione delle principali proposte di emendamento per il DL 22/1996 inviate al Sen. Delfino (30 Gennaio 1996)

21. Proposte di emendamento relative alle norme transitorie contenute nel DL 22/1996 inviate al Sen. Delfino (30 Gennaio 1996)

22. Illustrazione delle proposte di emendamento per il DL 22/1996 inviate al Sen. Delfino (30 Gennaio 1996)

23. Proposte di emendamento per il DL 22/1996 inviate al Sen. Delfino (30 Gennaio 1996)

24. Proposte di emendamento relative alla disciplina delle espulsioni inviate al Sen. Delfino (31 Gennaio 1996)

? **febbraio**

1. Proposte di emendamento per il DL 22/1996 inviate al Sen. Casadei Monti (2 Febbraio 1996)

2. Principali proposte di emendamento per il DL 22/1996 inviate a Magnabosco, ARCI (7 Febbraio 1996)
3. Nota sulle sanzioni per ingresso clandestino e per soggiorno irregolare (19 Febbraio 1996)
4. Fax inviato a diverse Caritas diocesane per sollecitarne l'adesione alla manifestazione nazionale sull'immigrazione del 16 marzo (22 Febbraio 1996)
5. Nota sul DL 22/1996 inviata a Gulia, Caritas italiana (23 Febbraio 1996)
6. Nota su una legge organica sull'immigrazione inviata a Gulia, Caritas italiana (25 Febbraio 1996)
7. Nota su una legge organica sull'immigrazione inviata a Mons. Pasini, direttore della Caritas italiana (26 Febbraio 1996)
8. Nota sul DL 22/1996 pubblicata da Caritas italiana e Fondazione Migrantes della Conferenza episcopale italiana (27 Febbraio 1996)

? **marzo**

1. Nota su "Linee guida per una legge organica sull'immigrazione" inviata a Padre Mioli, direttore per l'immigrazione della Fondazione Migrantes della Conferenza episcopale italiana (7 Marzo 1996)
2. Nota su "Linee guida per una legge organica sull'immigrazione" pubblicata da Caritas italiana e Fondazione Migrantes della Conferenza episcopale italiana (11 Marzo 1996)
3. Nota per la conferenza stampa di presentazione della manifestazione del 16 Marzo (14 Marzo 1996)
4. Sintesi della Comunicazione della Commissione al Consiglio e al Parlamento europeo sulle politiche di immigrazione e di asilo del 23.02.1994 (19 Marzo 1996)
5. Comunicato-stampa sulla reiterazione del DL 22/1996 (20 Marzo 1996)
6. Schema della conferenza tenuta a Torino il 21 Marzo 1996 (20 Marzo 1996)

? **aprile**

1. Nota sui principali contenuti delle proposte di legge sull'immigrazione presentate dalle forze politiche di destra (16 Aprile 1996)
2. Versione preliminare della "Nota sulla politica dell'Unione europea in materia di immigrazione" pubblicata dal Gruppo di Riflessione in occasione della Conferenza intergovernativa di Firenze (30 Aprile 1996)

? **maggio**

1. Revisione della nota su "Linee guida per la legge organica sull'immigrazione" (13 Maggio 1996)
2. Osservazioni relative allo schema di decreto sui flussi inviate alla relatrice in commissione affari costituzionali della Camera, On. Signorino (16 Maggio 1996)
3. Appunti sulla costituzione di un Gruppo di Lavoro per la definizione di una proposta di legge organica nell'ambito della Consulta del CNEL (31 Maggio 1996)

? **giugno**

1. Versione preliminare della "Nota sulla politica dell'Unione europea in materia di immigrazione" pubblicata dal Gruppo di Riflessione in occasione della Conferenza intergovernativa di Firenze (2 Giugno 1996)

2. Versione preliminare della "Nota sulla politica dell'Unione europea in materia di immigrazione" pubblicata dal Gruppo di Riflessione in occasione della Conferenza intergovernativa di Firenze (10 Giugno 1996)

3. "Nota sulla politica dell'Unione europea in materia di immigrazione" pubblicata dal Gruppo di Riflessione in occasione della Conferenza intergovernativa di Firenze (10 Giugno 1996)

4. Proposte per la riscrittura del decreto Dini, inviate all'On. Maselli (12 Giugno 1996)

? **luglio**

1. Testo Contri (artt. 1-12), revisione operata dal Gruppo di Riflessione ed emendamenti elaborati dal Dr. Bonetti (9 Luglio 1996)

2. Testo Contri (artt. 13-32), revisione operata dal Gruppo di Riflessione ed emendamenti elaborati dal Dr. Bonetti (9 Luglio 1996)

3. Testo Contri (artt. 33-46), revisione operata dal Gruppo di Riflessione ed emendamenti elaborati dal Dr. Bonetti (9 Luglio 1996)

4. Testo Contri (artt. 47-57), revisione operata dal Gruppo di Riflessione ed emendamenti elaborati dal Dr. Bonetti (9 Luglio 1996)

5. Testo Contri (artt. 58-68), revisione operata dal Gruppo di Riflessione ed emendamenti elaborati dal Dr. Bonetti (10 Luglio 1996)

6. Testo Contri (artt. 69-94), revisione operata dal Gruppo di Riflessione ed emendamenti elaborati dal Dr.Bonetti (10 Luglio 1996)

7. Testo Contri (artt. 95-112), revisione operata dal Gruppo di Riflessione ed emendamenti elaborati dal Dr. Bonetti (10 Luglio 1996)

8. Testo Contri (artt. 113-135), revisione operata dal Gruppo di Riflessione ed emendamenti elaborati dal Dr. Bonetti (10 Luglio 1996)

9. Nota relativa ai provvedimenti urgenti su immigrazione e asilo, inviata dal Gruppo di Riflessione al Governo Prodi in vista della reiterazione, con modificazioni, del Decreto Dini (10 Luglio 1996)

10. Testo Contri (artt. 136-157), revisione operata dal Gruppo di Riflessione ed emendamenti elaborati dal Dr. Bonetti (15 Luglio 1996)

11. Versione preliminare del titolo relativo a "Lavoro subordinato e lavoro stagionale" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (15 Luglio 1996)

12. Versione preliminare del titolo relativo all'"Assistenza sanitaria" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (15 Luglio 1996)

13. Versione preliminare del titolo relativo al "Provvedimento di espulsione" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (15 Luglio 1996)

14. Versione preliminare del titolo relativo a "Lavoro subordinato e lavoro stagionale" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (16 Luglio 1996)

15. Versione preliminare del titolo relativo all'"Assistenza sanitaria" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (16 Luglio 1996)

16. Versione preliminare del titolo relativo al "Provvedimento di espulsione" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (16 Luglio 1996)

17. Versione preliminare del titolo relativo a "Lavoro subordinato e lavoro stagionale" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (25 Luglio 1996)

18. Versione preliminare del titolo relativo alla "Condizione degli studenti" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (29 Luglio 1996)

19. Versione preliminare del titolo relativo all'"Assistenza sanitaria" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (29 Luglio 1996)

20. Testo Contri (artt. 158-173), revisione operata dal Gruppo di Riflessione ed emendamenti elaborati dal Dr. Bonetti (29 Luglio 1996)

? **agosto**

1. Versione preliminare del titolo relativo al "Provvedimento di espulsione" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (1 Agosto 1996)

? **settembre**

1. Osservazioni sull'introduzione al dossier statistico inviate a Mons. Di Liegro, Direttore della Caritas diocesana di Roma (3 Settembre 1996)

2. Versione preliminare del titolo relativo al "Provvedimento di espulsione" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (12 Settembre 1996)

3. Versione preliminare di un eventuale titolo relativo al "Diritto d'asilo" della proposta di legge organica del Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (12 Settembre 1996)

4. Confronto tra Proposta CIR e Testo Contri rivisitato dal Gruppo di Riflessione riguardo al diritto di asilo (12 Settembre 1996)

5. Versione preliminare del titolo relativo alla "Carta di soggiorno" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (12 Settembre 1996)

6. Versione preliminare del titolo relativo all'"Assistenza sanitaria" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (12 Settembre 1996)

7. Versione preliminare del titolo relativo a "Lavoro subordinato e lavoro stagionale" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (13 Settembre 1996)

8. Versione preliminare del titolo relativo alla "Condizione degli studenti" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (13 Settembre 1996)

9. Appunti sull'attivita' del Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL per la definizione di una proposta di legge organica (13 settembre 1996)

? **ottobre**

1. Articolo pubblicato sugli atti del congresso di Criminologia organizzato dall'Universita' di Siena (10 Ottobre 1996)
2. Versione preliminare del titolo relativo all'"Assistenza sanitaria" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (15 Ottobre 1996)
3. Versione preliminare del titolo relativo a "Lavoro subordinato e lavoro stagionale" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (19 Ottobre 1996)
4. Versione preliminare del titolo relativo al "Lavoro autonomo" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (19 Ottobre 1996)
5. Versione preliminare del titolo relativo ad "Ingresso e soggiorno per motivi familiari" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (19 Ottobre 1996)
6. Versione preliminare del titolo relativo a "Diritto di difesa e trattamento penitenziario" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (19 Ottobre 1996)
7. Versione preliminare del titolo relativo alla "Condizione degli studenti" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (20 Ottobre 1996)
8. Versione preliminare del titolo relativo alla "Carta di soggiorno" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (20 Ottobre 1996)
9. Versione preliminare del titolo relativo al "Lavoro autonomo" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (20 Ottobre 1996)
10. Versione preliminare del titolo relativo al "Provvedimento di espulsione" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (21 Ottobre 1996)
11. Versione preliminare del titolo relativo al "Provvedimento di respingimento alla frontiera" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (21 Ottobre 1996)
12. Versione preliminare del titolo relativo a "Lavoro subordinato e lavoro stagionale" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (21 Ottobre 1996)
13. Versione preliminare del titolo relativo al "Provvedimento di espulsione" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (21 Ottobre 1996)
14. Sintesi della nuova proposta CIR (versione proposta nella riunione del 1/10/96) e versione preliminare degli emendamenti proposti ai fini della stesura della proposta di legge organica nell'ambito del Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (22 Ottobre 1996)
15. Sintesi della nuova proposta CIR (versione proposta nella riunione del 1/10/96) e versione preliminare degli emendamenti proposti ai fini della stesura della proposta di legge organica nell'ambito del Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (22 Ottobre 1996)

16. Versione preliminare del titolo relativo ad "Ingresso e soggiorno per motivi familiari" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (24 Ottobre 1996)

17. Versione preliminare del titolo relativo a "Diritto di difesa e trattamento penitenziario" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (24 Ottobre 1996)

18. Versione preliminare del titolo relativo al "Lavoro autonomo" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (24 Ottobre 1996)

19. Versione preliminare del titolo relativo alla "Carta di soggiorno" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (24 Ottobre 1996)

20. Versione preliminare del titolo relativo alla "Condizione degli studenti" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (24 Ottobre 1996)

21. Versione preliminare del titolo relativo al "Provvedimento di respingimento alla frontiera" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (24 Ottobre 1996)

22. Versione preliminare del titolo relativo al "Provvedimento di espulsione" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (24 Ottobre 1996)

23. Versione preliminare del titolo relativo a "Lavoro subordinato e lavoro stagionale" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (24 Ottobre 1996)

24. Versione preliminare del titolo relativo all'"Assistenza sanitaria" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (24 Ottobre 1996)

? **novembre**

1. Titolo relativo al "Diritto d'asilo" non inserito nella proposta di legge organica del Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (4 Novembre 1996)

2. Appunti sull'attivita' del Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL per la definizione di una proposta di legge organica (6 Novembre 1996)

3. Nota di presentazione del Gruppo di Riflessione (8 Novembre 1996)

4. Nota, inviata alla Dr.ssa Giammarinaro, responsabile dell'Ufficio legislativo del Ministero delle Pari Opportunita', contenenteemendamenti da apportare alle proposte su "Diritto all'unita' familiare e tutela dei minori" elaborate dal Gruppo di Lavoro istituito presso lo stesso Ministero nell'ambito della definizione del Disegno di Legge del Governo sull'immigrazione, e considerazioni sulla disciplina del provvedimento di espulsione (22 Novembre 1996)

5. Versione preliminare del titolo relativo al "Provvedimento di espulsione" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (23 Novembre 1996)

6. Versione preliminare del titolo relativo al "Provvedimento di respingimento alla frontiera" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (23 Novembre 1996)

7. Versione preliminare del titolo relativo a "Diritto di difesa e trattamento penitenziario" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (23 Novembre 1996)

8. Versione preliminare del titolo relativo all'"Assistenza sanitaria" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (23 Novembre 1996)

9. Versione preliminare del titolo relativo alla "Condizione degli studenti" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (23 Novembre 1996)

10. CNEL-autonomo-2-b: Versione preliminare del titolo relativo al "Lavoro autonomo" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (23 Novembre 1996)

11. Versione preliminare del titolo relativo alla "Condizione di reciprocita" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (23 Novembre 1996)

12. Versione preliminare del titolo relativo alla "Carta di soggiorno" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (23 Novembre 1996)

13. Versione preliminare del titolo relativo a "Lavoro subordinato e lavoro stagionale" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (24 Novembre 1996)

14. Versione preliminare del titolo relativo ad "Ingresso e soggiorno per motivi familiari" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (24 Novembre 1996)

15. Schema di articolato su "Lavoro subordinato e autonomo", inviato al Dr. Bolaffi, Direttore del Ministero per la solidarieta' sociale (24 Novembre 1996)

16. Appunti sull'attivita' del Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL per la definizione di una proposta di legge organica (27 Novembre 1996)

? dicembre

1. Emendamento relativo allo svolgimento delle professioni sanitarie, inviato al Dr. Marceca, rappresentante del Ministro della sanita' nella Commissione Turco per la stesura del ddl sull'immigrazione (8 Dicembre 1996)

2. Versione preliminare del titolo relativo alla "Condizione degli studenti" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (8 Dicembre 1996)

3. Versione preliminare del titolo relativo al "Provvedimento di espulsione" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (8 Dicembre 1996)

4. Titolo relativo alle "Norme di carattere generale sui visti di ingresso, sui permessi di soggiorno e sull'iscrizione anagrafica" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (9 Dicembre 1996)

5. Titolo relativo ad "Ingresso e soggiorno per motivi familiari" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (9 Dicembre 1996)

6. Titolo relativo alla "Carta di soggiorno" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (9 Dicembre 1996)

7. Titolo relativo a "Diritto di difesa e trattamento penitenziario" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (9 Dicembre 1996)

8. Titolo relativo a "Lavoro subordinato e autonomo" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (9 Dicembre 1996)

9. Lettera inviata al Ministro dell'interno, On. Napolitano, al Ministro per la solidarieta' sociale, On. Turco, e al Ministro del lavoro, On. Treu (9 Dicembre 1996)

10. Nota su "L'immigrazione per lavoro e i provvedimenti di espulsione" inviata al Ministro dell'interno, On. Napolitano, al Ministro per la solidarieta' sociale, On. Turco, e al Ministro del lavoro, On. Treu (9 Dicembre 1996)

11. Bozza di articolato approntata dal Ministero della sanita' ai fini della stesura del ddl sull'immigrazione (9 Dicembre 1996)

12. Emendamenti relativi alla bozza di articolato approntata dal Ministero della sanita' ai fini della stesura del ddl sull'immigrazione, inviati al Ministro della sanita', On. Bindi (9 Dicembre 1996)

13. Titolo relativo al "Provvedimento di respingimento alla frontiera" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (10 Dicembre 1996)

14. Titolo relativo alle "Norme transitorie e finali" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (11 Dicembre 1996)

15. Versione preliminare del titolo relativo al "Provvedimento di espulsione" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (11 Dicembre 1996)

16. Titolo relativo alla "Condizione di reciprocita'" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (13 Dicembre 1996)

17. Titolo relativo alla "Condizione degli studenti" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (13 Dicembre 1996)

18. Titolo relativo all'"Assistenza sanitaria" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (13 Dicembre 1996)

19. Titolo relativo al "Provvedimento di espulsione" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (15 Dicembre 1996)

20. Titolo relativo alle "Misure di assistenza" della proposta di legge organica approntata dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (15 Dicembre 1996)

21. "Proposte della consulta per l'immigrazione per una riforma organica della normativa sull'immigrazione" (15 Dicembre 1996)

22. Schema di proposta di legge organica sull'immigrazione approntato dal Gruppo di Lavoro istituito nell'ambito della Consulta del CNEL (15 Dicembre 1996)

23. Nota su "Proposte della consulta per l'immigrazione per una riforma organica della normativa sull'immigrazione" (15 Dicembre 1996)

24. Lettera all'On. Brini, Presidente Vicario della Consulta del CNEL (15 Dicembre 1996)

25. Lettera ad Annamaria Dupre' (15 Dicembre 1996)

26. Lettera al Dr. Scr, Segretario particolare del Sottosegretario al Ministero dell'interno, On. Adriana Vigneri (15 Dicembre 1996)

1997

? **gennaio**

1. Testo provvisorio dell'articolato relativo all'assistenza sanitaria approntato dal gruppo di lavoro istituito presso il Ministero della sanita' (24 Gennaio 1997)

? **febbraio**

1. Articolato della proposta di legge organica sull'immigrazione approntata dalle associazioni, con note esplicative (2 Febbraio 1997)
2. Principali osservazioni sulla bozza di ddl sull'immigrazione del 31-1-1997 (6 Febbraio 1997)
3. Principali contenuti della bozza di ddl sull'immigrazione del 31-1-1997 (8 Febbraio 1997)
4. Documento sulle modifiche da apportare alla bozza di ddl sull'immigrazione del 31-1-1997, inviato al Presidente della Commissione affari costituzionali della Camera, On. Jervolino (10 Febbraio 1997)
5. Documento sulle modifiche da apportare alla bozza di ddl sull'immigrazione del 31-1-1997, consegnato al Ministro dell'interno, On. Napolitano, e al Ministro per la solidarieta' sociale, On. Turco, durante l'incontro con la Consulta del CNEL (10 Febbraio 1997)
6. Lettera al Ministro della Sanita', On. Bindi (12 Febbraio 1997)
7. Documento sui principali punti critici della bozza di ddl sull'immigrazione del 31-1-1997 e su altri punti di competenza del Ministero della sanita', inviato al Ministro della Sanita', On. Bindi (12 Febbraio 1997)
8. Documento sui principali punti critici della bozza di ddl sull'immigrazione del 31-1-1997 (12 Febbraio 1997)
9. Nota sui "Punti critici del disegno di legge sull'immigrazione" (20 Febbraio 1997)
10. Nota relativa agli "Emendamenti principali da apportare al testo del ddl sull'immigrazione", inviata al Presidente della Commissione affari costituzionali della Camera, On. Jervolino (25 Febbraio 1997)
11. Articolo per "Il Popolo", non pubblicato (27 Febbraio 1997)

? **marzo**

1. Articolo pubblicato su "Ore 11" (2 Marzo 1997)
2. Versione preliminare del documento sugli emendamenti principali da apportare al ddl sull'immigrazione (4 Marzo 1997)
3. Relazione e articolato della proposta di legge organica sull'immigrazione approntata dalle associazioni (4 Marzo 1997)
4. Documento dell'ARCI sul ddl 3240 (5 Marzo 1997)
5. Articolato del ddl 3240 (5 Marzo 1997)
6. Alcune note della Comunita' di S. Egidio sul ddl 3240 (6 Marzo 1997)

7. Versione preliminare delle proposte di emendamento per il ddl 3240 (11 Marzo 1997)
8. Versione preliminare delle proposte di emendamento per il ddl 3240 (15 Marzo 1997)
9. Versione preliminare delle proposte di emendamento per il ddl 3240 (17 Marzo 1997)
10. Versione preliminare delle proposte di emendamento per il ddl 3240 (18 Marzo 1997)
11. Principali proposte di emendamento per il ddl 3240 (28 Marzo 1997)
12. Comunicato su "Le responsabilita' del governo italiano riguardo ai profughi albanesi", inviato all'ANSA (29 Marzo 1997)

? **aprile**

1. Versione preliminare del documento congiunto Caritas-Migrantes sul ddl 3240 (5 Aprile 1997)
2. Schema di decreto flussi per l'anno 1997, inviato al Prof. Guelfi, Consigliere del Ministro dell'interno (11 Aprile 1997)
3. Versione preliminare del documento congiunto Caritas-Migrantes sul ddl 3240 (16 Aprile 1997)
4. Versione preliminare del documento congiunto Caritas-Migrantes sul ddl 3240 (20 Aprile 1997)
5. Versione preliminare del documento congiunto Caritas-Migrantes sul ddl 3240 (23 Aprile 1997)
6. Versione preliminare del documento congiunto Caritas-Migrantes sul ddl 3240 (25 Aprile 1997)
7. Bozza di Ordine del giorno sulla programmazione dei flussi, inviata ad esponenti della Commissione affari costituzionali del Senato (26 Aprile 1997)
8. Versione preliminare del documento congiunto Caritas-Migrantes sul ddl 3240 (28 Aprile 1997)

? **maggio**

1. Versione preliminare del documento congiunto Caritas-Migrantes sul ddl 3240 (1 Maggio 1997)
2. Schema del seminario tenuto all'UCSEI sulla condizione giuridica degli studenti stranieri (17 Maggio 1997)
3. Scheda sull'accesso degli studenti stranieri ad attivita' di lavoro subordinato, inviata al Dr. Sce, Segretario particolare del Sottosegretario al Ministero dell'interno, On. Adriana Vigneri (19 Maggio 1997)
4. Scheda sulle principali norme reative all'accesso dello straniero ad attivita' di lavoro autonomo, inviata al Dr. Sce, Segretario particolare del Sottosegretario al Ministero dell'interno, On. Adriana Vigneri (19 Maggio 1997)
5. Elementi essenziali della Convenzione di applicazione dell'Accordo di Schengen relativi all'ingresso e al soggiorno degli stranieri (19 Maggio 1997)
6. Replica alle "Considerazioni" formulate del Gruppo di Riflessione dell'Area immigrati della Caritas diocesana di Roma (24 Maggio 1997)
7. Lettera al Gruppo di Riflessione dell'Area immigrati della Caritas diocesana di Roma (26 Maggio 1997)

8. Documento congiunto Caritas-Migrantes sul ddl 3240 (29 Maggio 1997)

? **giugno**

1. Elementi essenziali del ddl sull'immigrazione e principali proposte di modifica (1 Giugno 1997)
2. Scheda sulla condizione giuridica degli studenti universitari stranieri (1 Giugno 1997)
3. Scheda sull'accesso dei cittadini stranieri alle attivita' di lavoro autonomo (1 Giugno 1997)
4. Scheda sulla diciplina del provvedimento di espulsione (1 Giugno 1997)
5. Scheda sull'accesso dei cittadini stranieri alle attivita' di lavoro subordinato (1 Giugno 1997)
6. Scheda sulla diciplina del provvedimento di respingimento alla frontiera e sulle misure contro l'immigrazione clandestina (1 Giugno 1997)
7. Scheda sui provvedimenti di rifiuto e revoca del titolo di soggiorno (1 Giugno 1997)
8. Appunti sul disegno di legge n.3240 in materia di immigrazione, inviati al Relatore, On. Maselli (9 Giugno 1997)
9. Articolo pubblicato su "Affari sociali internazionali" (9 Giugno 1997)

? **luglio**

1. Versione preliminare del testo del fax inviato a Governo e parlamentari dalle Chiese Evangeliche (2 Luglio 1997)
2. Testo del fax inviato a Governo e parlamentari dalle Chiese Evangeliche (2 Luglio 1997)
3. Appello in favore dei minori stranieri (... Luglio 1997)
4. Emendamenti relativi al ddl immigrazione, A.C. 3240, proposti dal Dr. Bonetti (18 Luglio 1997)

? **agosto**

1. Schema di intervento per l'audizione di Luglio in Commissione affari costituzionali (17 Agosto 1997)
2. Sommario delle novita' di rilievo per le politiche di immigrazione e asilo contenute nel Progetto di Trattato di Amsterdam (18 agosto 1997)

? **settembre**

1. Versione preliminare della guida all'esame degli emendamenti proposti in commissione affari costituzionali in relazione al ddl immigrazione, A.C. 3240, inviata ad alcuni membri (On. Jervolino, On. Maselli, On. Moroni) della Commissione affari costituzionali della Camera (1 Settembre 1997)
2. Versione preliminare della guida all'esame degli emendamenti proposti in commissione affari costituzionali in relazione al ddl immigrazione, A.C. 3240, inviata ad alcuni membri (On. Jervolino, On. Maselli, On. Moroni) della Commissione affari costituzionali della Camera (1 Settembre 1997)
3. Versione preliminare della guida all'esame degli emendamenti proposti in commissione affari costituzionali in relazione al ddl immigrazione, A.C. 3240, inviata al Consigliere del Ministro dell'interno, Prof. Guelfi, e ad alcuni membri (On. Jervolino, On. Maselli, On. Moroni) della Commissione affari costituzionali della Camera (1 Settembre 1997)

4. Testo del fax inviato a Prodi, Napolitano, Turco, Micheli, Parisi, Mattarella e Mussi, da Caritas Italiana, Fondazione Migrantes della CEI, Federazione Chiese Evangeliche in Italia, ACLI, Rete Antirazzista, CSER, UCSEI, Opera Sociale Avventista e Jesuit Refugee Center (3 Settembre 1997)

5. Versione preliminare di una ipotesi di modifica dell'art.21 del ddl 3240 inviata al Consigliere del Ministro dell'interno, Prof. Guelfi, e al Ministro della solidarieta' sociale, On. Turco (5 Settembre 1997)

6. Versione preliminare di una ipotesi di modifica dell'art.21 del ddl 3240 inviata al Consigliere del Ministro dell'interno, Prof. Guelfi, e al Ministro della solidarieta' sociale, On. Turco (5 Settembre 1997)

7. Documento prodotto dal Dr. Bonetti su "Emendamenti a firma Masi considerati irrinunciabili" (8 Settembre 1997)

8. Guida all'esame degli emendamenti proposti in commissione affari costituzionali in relazione al ddl immigrazione, A.C. 3240, inviata al Consigliere del Ministro dell'interno, Prof. Guelfi, e ad alcuni membri (On. Jervolino, On. Maselli, On. Moroni) della Commissione affari costituzionali della Camera (8 Settembre 1997)

9. Guida all'esame degli emendamenti proposti in commissione affari costituzionali in relazione al ddl immigrazione, A.C. 3240, consegnata all'On. Mussi, presidente del gruppo dei Democratici di Sinistra alla Camera (8 Settembre 1997)

10. Guida all'esame degli emendamenti raccomandabili tra quelli proposti in commissione affari costituzionali in relazione al ddl immigrazione, A.C. 3240 (8 Settembre 1997)

11. Ipotesi di riformulazione dell'emendamento 6.6 relativo al ddl 3240 (10 Settembre 1997)

12. Guida all'esame dei principali emendamenti raccomandabili tra quelli proposti in commissione affari costituzionali in relazione al ddl immigrazione, A.C. 3240, inviata al Sottosegretario al Ministero dell'interno, On. Vigneri (11 Settembre 1997)

13. Lettera al Sottosegretario al Ministero dell'interno, On. Vigneri (12 Settembre 1997)

14. Versione preliminare di una ipotesi di modifica dell'art.21 del ddl 3240 inviata al Consigliere del Ministro dell'interno, Prof. Guelfi, e al Ministro della solidarieta' sociale, On. Turco (12 Settembre 1997)

15. Versione preliminare di un'intervista rilasciata a "Famiglia cristiana", non pubblicata (12 Settembre 1997)

16. Ipotesi di modifica dell'art.21 del ddl 3240 inviata al Consigliere del Ministro dell'interno, Prof. Guelfi, al Ministro della solidarieta' sociale, On. Turco, e al Sottosegretario al Ministero del lavoro, On. Montecchi (13 Settembre 1997)

17. Proposte di riformulazione dei commi 5 e 6 dell'art.5 del ddl 3240, inviata ad alcuni membri (On. Jervolino, On. Maselli, On. Moroni) della Commissione affari costituzionali della Camera (14 Settembre 1997)

18. Proposte di emendamento relative al diritto di difesa e alla condizione degli stranieri detenuti, inviate ad acuni membri delle Commissioni Affari Costituzionali, Giustizia, Affari Sociali (17 Settembre 1997)

19. Guida all'esame degli emendamenti raccomandabili tra quelli proposti in commissione affari costituzionali in relazione al ddl immigrazione, A.C. 3240, inviata all'On. Pisapia, Presidente della Commissione giustizia della Camera (18 Settembre 1997)

20. Promemoria per la riunione di Palazzo Chigi del 22 Settembre 1997, inviato agli On. Jervolino, Maselli, Moroni (18 Settembre 1997)

21. Articolo pubblicato sul "Manifesto" (20 Settembre 1997)

22. emendamenti-approvazioni-1-10: Versione preliminare di una analisi dettagliata dell'iter del ddl immigrazione, A.C. 3240, in Commissione affari costituzionali alla Camera (22 Settembre 1997)

23. Proposta di emendamento sulle misure di assistenza inviata al Dr. Turi, collaboratore del Presidente della Commissione affari sociali della Camera, On. Marida Bolognesi (22 Settembre 1997)

24. Proposta di riformulazione dell'emendamento 11.80 del Governo, inviata ad alcuni membri (On. Jervolino, On. Maselli, On. Moroni) della Commissione affari costituzionali della Camera (23 Settembre 1997)

25. Analisi critica sul ddl immigrazione, A. C. 3240, inviata all'On. Corsini, membro della Commissione affari costituzionali della Camera (25 Settembre 1997)

26. Quadro degli emendamenti relativi al ddl immigrazione, A. C. 3240, di interesse per il ministro della solidarieta' sociale, inviato allo stesso Ministro, On. Turco (26 Settembre 1997)

27. Analisi dettagliata dell'iter del ddl immigrazione, A.C. 3240, in Commissione affari costituzionali alla Camera (27 settembre 1997)

28. Documento su "Ulteriori emendamenti da apportare al testo del ddl n.3240" (27 Settembre 1997)

29. Proposte di emendamenti per l'aula relativi al ddl immigrazione, a.c. 3240, consegnate a rappresentanti di gruppi parlamentari di maggioranza (28 Settembre 1997)

30. Proposte di emendamenti per l'aula relativi al ddl immigrazione, a.c. 3240, approntate dal Dr. Bonetti (29 Settembre 1997)

31. Proposte di emendamenti per l'aula relativi al ddl immigrazione, a.c. 3240, corredate da note esplicative (29 Settembre 1997)

? ottobre

1. Elementi essenziali della p.d.l. n.3588 sull'immigrazione d'iniziativa del deputato Masi (11 Ottobre 1997)

2. Versione preliminare di una "Analisi di alcune scelte di politica migratoria sulla base di un semplice modello macroeconomico" (12 Ottobre 1997)

3. Proposte relative agli emendamenti irrinunciabili per il dibattito in aula alla Camera sul ddl immigrazione (15 Ottobre 1997)

4. Nota su "Le modifiche principali da apportare al ddl immigrazione", inviata a Mons. Damoli, Direttore della Caritas italiana (20 Ottobre 1997)

5. Versione preliminare di una "Analisi di alcune scelte di politica migratoria sulla base di un semplice modello macroeconomico" (22 Ottobre 1997)

6. Lettera sulle "Principali modifiche da apportare al ddl immigrazione", inviata al Presidente del Consiglio, ai Ministri competenti, ai Capigruppo di Camera e Senato e ai Segretari di partito (27 Ottobre 1997)

7. Lettera inviata agli On. Jervolino, Maselli e Moroni in vista di un vertice Governo-maggioranza sull'iter del ddl immigrazione alla Camera (28 Ottobre 1997)

8. Comunicato stampa diramato a seguito del vertice Governo-maggioranza sull'iter del ddl immigrazione alla Camera (28 Ottobre 1997)

9. Lettera inviata agli On. Jervolino, Maselli e Moroni a seguito del vertice Governo-maggioranza sull'iter del ddl immigrazione alla Camera (28 Ottobre 1997)

10. Proposta di emendamento sui mezzi di sussistenza minimi inviata all'On. Jervolino(28 Ottobre 1997)

11. Comunicato inviato all'ANSA a seguito del vertice Governo-maggioranza sull'iter del ddl immigrazione alla Camera (28 Ottobre 1997)

? novembre

1. Bilancio sommario dell'iter parlamentare del ddl immigrazione, approntato nell'imminenza della approvazione di esso, con emendamenti, da parte della Camera dei deputati (16 Novembre 1997)

2. Sommario dei "Principali emendamenti del ddl immigrazione approvati o di probabile approvazione alla Camera", approntata nell'imminenza della conclusione del'iter del ddl alla Camera dei deputati (17 Novembre 1997)

3. Ordini del giorno discussi alla Camera nella seduta del 19 Novembre 1997 (20 Novembre 1997)

4. Nota sui "Principali emendamenti da apportare al ddl immigrazione" inviata a Casadio, Alioune e Saleri, della CGIL (22 Novembre 1997)

5. Articolo pubblicato sulla rivista "L'emigrato" (23 Novembre 1997)

6. Nota sui "Principali emendamenti da apportare al ddl immigrazione" approntata in vista del dibattito in Senato (24 Novembre 1997)

7. Disegno di legge 2898 del Senato, corrispondente al ddl 3240 come approvato dalla Camera (26 Novembre 1997)

8. Versione preliminare delle proposte di emendamento relative al ddl 2898 immigrazione, per il dibattito in Senato (26 Novembre 1997)

9. Principali proposte di emendamento relative al ddl 2898 immigrazione, per il dibattito in Senato (26 Novembre 1997)

10. emendamenti-bonetti-senato: Emendamenti relativi al ddl 2898 immigrazione, proposti dal Dr. Bonetti per il dibattito in Senato (27 Novembre 1997)

? dicembre

1. Proposte di emendamento relative al ddl 2898 immigrazione, per il dibattito in Senato (2 Dicembre 1997)

2. Proposte di emendamento "irrinunciabili" relative al ddl 2898 immigrazione, per il dibattito in Senato (2 Dicembre 1997)

3. Proposta di emendamento relativa all'art. 17 del ddl 2898 immigrazione, per il dibattito in Senato (3 Dicembre 1997)

4. Testimonianza in favore del "Manifesto" pubblicata dallo stesso giornale (4 Dicembre 1997)

5. Articolo pubblicato sul "Manifesto" (4 Dicembre 1997)

6. Articolo dell'On. Moroni, pubblicato su "Liberazione" (8 Dicembre 1997)

7. Articolo pubblicato sul "Manifesto" (8 Dicembre 1997)

8. Articolo pubblicato su "Nigrizia" (15 Dicembre 1997)

9. Articolo pubblicato su "???" (15 Dicembre 1997)

10. Versione preliminare delle proposte di ordini del giorno corrispondenti agli emendamenti irrinunciabili relativi al ddl 2898 immigrazione (22 Dicembre 1997)

1998

? gennaio

1. Proposte di ordini del giorno corrispondenti agli emendamenti irrinunciabili relativi al ddl 2898 immigrazione (12 Gennaio 1998)
2. Altre proposte di ordini del giorno relative al ddl 2898 immigrazione suggeriti dal Dr. Bonetti (12 Gennaio 1998)
3. Lettera al Presidente del Consiglio, On. Prodi (20 Gennaio 1998)
4. Resoconto della seduta di Martedi' 20 Gennaio 1998 della Commissione affari costituzionali, in materia di diritto di asilo (21 Gennaio 1998)
5. Articolo pubblicato su "Italia Caritas" (24 Gennaio 1998)
6. Proposta di ordine del giorno sulla regolarizzazione per il dibattito in aula al Senato (25 Gennaio 1998)
7. Proposte di ordini del giorno per il dibattito in aula al Senato (25 Gennaio 1998)
8. Resoconto della seduta di Mercoledi' 14 Gennaio 1998 della Commissione affari costituzionali, in materia di immigrazione (26 Gennaio 1998)
9. Ulteriori proposte di emendamento relative al ddl 2425, recante norme in materia di protezione umanitaria e di diritto di asilo (27 Gennaio 1998)
10. Sommario dell'intervento per l'audizione di fronte al Comitato parlamentare di controllo sull'attuazione e il funzionamento della Convenzione di applicazione dell'Accordo di Schengen (29 Gennaio 1998)
11. Resoconto della seduta antimeridiana di Giovedi' 29 Gennaio 1998 del Senato, in materia di immigrazione (30 Gennaio 1998)
12. Resoconto della seduta pomeridiana di Giovedi' 29 Gennaio 1998 del Senato, in materia di immigrazione (30 Gennaio 1998)

? febbraio

1. Lettera al Relatore sul ddl immigrazione e sul ddl asilo, Sen. Guerzoni (5 Febbraio 1998)
2. Articolo pubblicato sul "Manifesto" (8 Febbraio 1998)
3. Testo unificato proposto dal Relatore per i disegni di legge nn. 2425, 203 e 554 in materia di diritto di asilo (11 Febbraio 1998)
4. Resoconto della seduta di Martedi' 10 Febbraio 1998 del Senato, in materia di immigrazione (11 Febbraio 1998)
5. Resoconto della seduta pomeridiana di Mercoledi' 11 Febbraio 1998 del Senato, in materia di immigrazione (12 Febbraio 1998)
6. Resoconto della seduta di Giovedi' 12 Febbraio 1998 del Senato, in materia di immigrazione (13 Febbraio 1998)
7. Versione preliminare delle proposte di emendamento avanzate dal Gruppo di Riflessione in relazione al Testo unificato proposto dal Relatore per i disegni di legge nn. 2425, 203 e 554 in materia di diritto di asilo (15 febbraio 1998)

8. Confronto tra testo originario del ddl 3240, testo modificato dalla Commissione affari costituzionali della Camera, testo approvato dalla Camera (non ufficiale) e testo che sarebbe risultato dall'approvazione di tutti e soli gli emendamenti proposti dalle associazioni (15 Febbraio 1998)

9. Versione preliminare delle proposte di emendamento avanzate dal Gruppo di Riflessione in relazione al Testo unificato proposto dal Relatore per i disegni di legge nn. 2425, 203 e 554 in materia di diritto di asilo (16 Febbraio 1998)

10. Commenti del CIR sulla versione del 16 Febbraio delle proposte di emendamento avanzate dal Gruppo di Riflessione in relazione al Testo unificato proposto dal Relatore per i disegni di legge nn. 2425, 203 e 554 in materia di diritto di asilo (17 Febbraio 1998)

11. Versione preliminare delle proposte di emendamento avanzate dal Gruppo di Riflessione in relazione al Testo unificato proposto dal Relatore per i disegni di legge nn. 2425, 203 e 554 in materia di diritto di asilo (17 Febbraio 1998)

12. Replica ai commenti del CIR del 17 Febbraio sulla versione del 16 Febbraio delle proposte di emendamento avanzate dal Gruppo di Riflessione (18 Febbraio 1998)

13. Resoconto della seduta di Martedi' 17 Febbraio 1998 della Commissione affari costituzionali, in materia di diritto di asilo (18 Febbraio 1998)

14. Resoconto della seduta di Martedi' 17 Febbraio 1998 del Senato, in materia di immigrazione (18 Febbraio 1998)

15. Resoconto delle sedute del Senato per la sola parte relativa agli ordini del giorno sul ddl immigrazione (18 Febbraio 1998)

16. Versione preliminare delle proposte di emendamento avanzate dal Gruppo di Riflessione in relazione al Testo unificato proposto dal Relatore per i disegni di legge nn. 2425, 203 e 554 in materia di diritto di asilo (18 Febbraio 1998)

17. Proposte di emendamento avanzate dalla Comunita' di S. Egidio in relazione al Testo unificato proposto dal Relatore per i disegni di legge nn. 2425, 203 e 554 in materia di diritto di asilo (20 Febbraio 1998)

18. Versione preliminare delle proposte di emendamento avanzate dal Gruppo di Riflessione in relazione al Testo unificato proposto dal Relatore per i disegni di legge nn. 2425, 203 e 554 in materia di diritto di asilo (20 Febbraio 1998)

19. Resoconto della seduta antimeridiana di Giovedi' 19 Febbraio 1998 del Senato, in materia di immigrazione (20 Febbraio 1998)

20. Resoconto della seduta pomeridiana di Giovedi' 19 Febbraio 1998 del Senato, in materia di immigrazione (20 Febbraio 1998)

21. Proposte di emendamento (complementari rispetto a quelle del CIR) avanzate dal Gruppo di Riflessione in relazione al Testo unificato proposto dal Relatore per i disegni di legge nn. 2425, 203 e 554 in materia di diritto di asilo (23 Febbraio 1998)

22. Schema di presentazione dell'"Analisi di alcune scelte di politica migratoria sulla base di un semplice modello macroeconomico" (25 Febbraio 1998)

23. Resoconto della seduta di Martedi' 24 Febbraio 1998 della Commissione affari costituzionali, in materia di diritto di asilo (25 Febbraio 1998)

24. Resoconto della seduta di Mercoledi' 25 Febbraio 1998 della Commissione affari costituzionali, in materia di diritto di asilo (26 Febbraio 1998)

25. Bozza di "Progetto per la costituzione di un'area di ricerca su Migrazioni e relazioni internazionali" nell'ambito del Centro Studi di Politica Internazionale - CeSPI (27 Febbraio 1998)

? **marzo**

1. Resoconto della seduta di Martedi' 10 Marzo 1998 della Commissione affari costituzionali, in materia di diritto di asilo (11 Marzo 1998)
2. Resoconto della seduta antimeridiana di Giovedi' 12 Marzo 1998 della Commissione affari costituzionali, in materia di diritto di asilo (13 Marzo 1998)
3. Messaggio del Gruppo di Riflessione su Dino Frisullo (23 Marzo 1998)
4. Messaggio del Gruppo di Riflessione al Ministro deghli affari esteri, On. Dini, su Dino Frisullo (23 Marzo 1998)
5. Appello in favore di Dino Frisullo (25 Marzo 1998)
6. Interrogazioni parlamentari sull'arresto di pacifisti italiani in Turchia (27 Marzo 1998)
7. Dibattito alla Camera sulle interrogazioni parlamentari relative all'arresto di pacifisti italiani in Turchia (27 Marzo 1998)
8. Appello in favore di Dino Frisullo dell'associazione "Senzaconfine" (27 Marzo 1998)

? **aprile**

1. Scheda informativa sulla situazione di Dino Frisullo inviata a diversi organismi ecumenici europei (1 Aprile 1998)
2. Proposta di risoluzione comune del Parlamento Europeo sull'arresto e la detenzione del cittadino italiano Dino Frisullo in Turchia (1 Aprile 1998)
3. Proposta di risoluzione di compromesso del Parlamento Europeo sull'arresto e la detenzione del cittadino italiano Dino Frisullo in Turchia (1 Aprile 1998)
4. Versione preliminare del documento su "Principali elementi da includere nel regolamento", inviato ai Ministri competenti (5 Aprile 1998)
5. Versione originale delle proposte sulla "Programmazione dei flussi e utilizzo delle quote annuali" , approntate dal Dr. Pittau (6 Aprile 1998)
6. Revisione delle roposte sulla "Programmazione dei flussi e utilizzo delle quote annuali" approntate dal Dr. Pittau (6 Aprile 1998)
7. commissione-asilo-7: Resoconto della seduta della Commissione affari costituzionali, in materia di diritto di asilo (6 Aprile 1998)
8. Proposte della Comunita' di S. Egidio relative al regolamento di attuazione della Legge 6 marzo 1998 n.40 (8 Aprile 1998)
9. "Bozza per uno studio sulla presenza straniera irregolare in Italia", approntata dal Dr. Pittau e dal Dr. Melchionda (9 Aprile 1998)
10. Lettera del forum antirazzista di Genova al Vescovo della stessa citta', Mons. Tettamanzi, sulla regolarizzazione (10 Aprile 1998)
11. Versione preliminare del documento su "Principali elementi da includere nel regolamento", inviato ai Ministri competenti (11 Aprile 1998)
12. Versione preliminare degli appunti per una stima del bacino di irregolarita', consegnati al Gruppo di lavoro sul fenomeno dell'irregolarita' istituito presso il Ministero dell'interno (12 Aprile 1998)
13. Resoconto del Dr. Pittau sul primo incontro del Gruppo di lavoro sul fenomeno dell'irregolarita' istituito presso il Ministero dell'interno (16 Aprile 1998)

---

14. Volantino dell'Assemblea sulla violazione dei diritti umani in Turchia e per la liberazione di Dino Frisullo (17 Aprile 1998)

15. Versione originale della scheda informativa sulla Legge 40/1998 approntata dall'associazione Lunaria (21 Aprile 1998)

16. Studio su "Immigration and foreign people in six italian metropolitan areas", di Antonio GOLINI e Salvatore STROZZA (22 Aprile 1998)

17. Versione preliminare degli appunti per una stima del bacino di irregolarita', consegnati al Gruppo di lavoro sul fenomeno dell'irregolarita' istituito presso il Ministero dell'interno (22 Aprile 1998)

18. Messaggio di Padre Mioli, Direttore per l'immigrazione della Fondazione Migrantes della Conferenza episcopale italiana (30 Aprile 1998)

19. Versione preliminare della nota su uno "Schema di percorso per favorire l'emersione del bacino di irregolarita'", inviata al Prof. Guelfi, Consigliere del Ministro dell'interno (30 Aprile 1998)

20. Versione preliminare della nota su uno "Schema di percorso per favorire l'emersione del bacino di irregolarita'", inviata al Prof. Guelfi, Consigliere del Ministro dell'interno (30 Aprile 1998)

21. Versione preliminare del documento su "Principali elementi da includere nel regolamento", inviato ai Ministri competenti (30 Aprile 1998)

22. Estratti dal messaggio inviato dall'ACNUR al Ministro dell'interno e ai membri della Commissione Affari Costituzionali del Senato (30 Aprile 1998)

? maggio

1. Nota su uno "Schema di percorso per favorire l'emersione del bacino di irregolarita'", inviata al Prof. Guelfi, Consigliere del Ministro dell'interno (1 Maggio 1998)

2. Versione preliminare del documento su "Principali elementi da includere nel regolamento", inviato ai Ministri competenti (2 Maggio 1998)

3. Versione modificata della scheda informativa sulla Legge 40/1998 approntata dall'associazione Lunaria (3 Maggio 1998)

4. Versione preliminare degli appunti per una stima del bacino di irregolarita', consegnati al Gruppo di lavoro sul fenomeno dell'irregolarita' istituito presso il Ministero dell'interno (4 Maggio 1998)

5. Dati relativi agli utenti del Servizio Migranti Caritas di Torino per il periodo 1987-1997, approntati da Fredo Olivero (5 Maggio 1998)

6. Versione preliminare degli appunti per una stima del bacino di irregolarita', consegnati al Gruppo di lavoro sul fenomeno dell'irregolarita' istituito presso il Ministero dell'interno (5 Maggio 1998)

7. Ulteriori proposte della Comunita' di S. Egidio relative al regolamento di attuazione della Legge 6 marzo 1998 n.40 (13 Maggio 1998)

8. Appunti per una stima del bacino di irregolarita', consegnati al Gruppo di lavoro sul fenomeno dell'irregolarita' istituito presso il Ministero dell'interno (13 Maggio 1998)

9. Versione preliminare dell'"Appello di Torino" per la regolarizzazione degli stranieri irregolari (14 Maggio 1998)

10. "Appello di Pisa" al Governo dell'Ulivo per un nuovo percorso di cittadinanza (18 Maggio 1998)

11. Versione preliminare del documento su "Principali elementi da includere nel regolamento", inviato ai Ministri competenti (18 Maggio 1998)

12. Revisione del testo originale dell'"Appello di Torino" per la regolarizzazione degli stranieri irregolari (20 Maggio 1998)

13. Osservazioni sui contenuti generali del regolamento di attuazione della legge 6 marzo 1998, n. 40, approntate dal Dr. Bonetti (25 Maggio 1998)

14. Versione preliminare del documento su "Principali elementi da includere nel regolamento", inviato ai Ministri competenti (26 Maggio 1998)

15. Proposte del Naga relative al regolamento di attuazione della Legge 6 marzo 1998 n.40 (27 Maggio 1998)

16. Circolare del Ministero della sanita' sull'attuazione della Legge 6 marzo 1998 n.40 (27 Maggio 1998)

17. Proposte della Federazione delle Chiese evangeliche in Italia relative al regolamento di attuazione della Legge 6 marzo 1998 n.40 (29 Maggio 1998)

18. Appello della rete antirazzista per la regolarizzazione (29 Maggio 1998)

19. Petizione dell'ARCI per la regolarizzazione (29 Maggio 1998)

20. Versione preliminare del documento su "Principali elementi da includere nel regolamento", inviato ai Ministri competenti (31 Maggio 1998)

? **giugno**

1. Proposte del Centro Astalli relative al regolamento di attuazione della Legge 6 marzo 1998 n.40 (4 Giugno 1998)

2. Ulteriori proposte del Naga relative al regolamento di attuazione della Legge 6 marzo 1998 n.40 (4 Giugno 1998)

3. Proposte della Dr. Farfan relative al regolamento di attuazione della Legge 6 marzo 1998 n.40 (4 Giugno 1998)

4. Replica alle proposte della Dr. Farfan relative al regolamento di attuazione della Legge 6 marzo 1998 n.40 (7 Giugno 1998)

5. Proposte di Elena Rozzi relative al regolamento di attuazione della Legge 6 marzo 1998 n.40 (7 Giugno 1998)

6. Replica alle proposte di Elena Rozzi relative al regolamento di attuazione della Legge 6 marzo 1998 n.40 (7 Giugno 1998)

7. Versione preliminare della "Nota su possibili misure per l'emersione dall'irregolarita'" elaborata dal gruppo di lavoro CGIL-CISL-UIL, Anolf, Caritas, Comunita' di S. Egidio (7 Giugno 1998)

8. Versione preliminare del documento su "Principali elementi da includere nel regolamento", inviato ai Ministri competenti (7 Giugno 1998)

9. Proposte della Comunita' di S. Egidio relative al regolamento di attuazione della Legge 6 marzo 1998 n.40 (9 Giugno 1998)

10. Proposte della Comunita' di S. Egidio relative alla regolarizzazione (9 Giugno 1998)

11. Versione preliminare della "Nota su possibili misure per l'emersione dall'irregolarita'" elaborata dal gruppo di lavoro CGIL-CISL-UIL, Anolf, Caritas, Comunita' di S. Egidio (10 Giugno 1998)

12. Versione preliminare della "Nota su possibili misure per l'emersione dall'irregolarita'" elaborata dal gruppo di lavoro CGIL-CISL-UIL, Anolf, Caritas, Comunita' di S. Egidio (11 Giugno 1998)

13. Resoconto della seduta di Mercoledi' 10 Giugno 1998 della Commissione affari costituzionali, in materia di diritto di asilo (11 Giugno 1998)

14. Versione preliminare del documento su "Principali elementi da includere nel regolamento", inviato ai Ministri competenti (14 Giugno 1998)

15. Rapporto su "Humanitarian situation of the Kurdish refugees and displaced persons in South-East Turkey and North Iraq", approntato da Mrs Ruth-Gaby Vermot-Mangold, Switzerland, Socialist Group, per il Committee on Migration, Refugees and Demography del Consiglio europeo (15 Giugno 1998)

16. "Alcune note sul regolamento attuativo della L.40/98 in riferimento ai minori ed in special modo ai minori in stato di abbandono", di Antonio Sconosciuto (16 Giugno 1998)

17. "Nota su possibili misure per l'emersione dall'irregolarita'" elaborata dal gruppo di lavoro CGIL-CISL-UIL, Anolf, Caritas, Comunita' di S. Egidio (16 Giugno 1998)

18. Resoconto della seduta di Martedi' 16 Giugno 1998 della Commissione affari costituzionali, in materia di diritto di asilo (17 Giugno 1998)

19. Versione preliminare dell'Appello congiunto di Caritas italiana e Fondazione Migrantes della Conferenza episcopale italiana sulla regolarizzazione (18 Giugno 1998)

20. Appello congiunto di Caritas italiana e Fondazione Migrantes della Conferenza episcopale italiana sulla regolarizzazione (19 Giugno 1998)

21. Lettera al Sen. Lubrano di Ricco (23 Giugno 1998)

22. Resoconto della seduta di Martedi' 23 Giugno 1998 della Commissione affari costituzionali, in materia di diritto di asilo (24 Giugno 1998)

23. Emendamenti considerati nella seduta di Martedi' 23 Giugno 1998 della Commissione affari costituzionali, in materia di diritto di asilo (24 Giugno 1998)

24. Osservazioni per il parere delle commissioni parlamentari sullo schema di decreto legislativo contenente il Testo unico delle disposizioni concernenti gli stranieri, approntate dal Dr. Bonetti (29 Giugno 1998)

25. Resoconto della seduta di Giovedi' 25 Giugno 1998 della Commissione affari costituzionali, in materia di diritto di asilo (26 Giugno 1998)

26. "Nota su possibili misure per l'emersione dall'irregolarita'", inviata al Ministro dell'interno (30 Giugno 1998)

27. "Appello di Torino" per la regolarizzazione degli stranieri irregolari (30 Giugno 1998)

? **luglio**

1. Resoconto della seduta di Martedi' 30 Giugno 1998 della Commissione affari costituzionali, in materia di diritto di asilo (1 Luglio 1998)

2. Resoconto della seduta di Mercoledi' 1 Luglio 1998 della Commissione affari costituzionali, in materia di diritto di asilo (2 Luglio 1998)

3. Osservazioni per il parere sullo schema di documento triennale programmatico delle politiche migratorie, approntate dal Dr. Bonetti (6 Luglio 1998)

4. Osservazioni sul documento programmatico (6 Luglio 1998)

5. Appello dell'ICS sul Kosovo (7 Luglio 1998)

6. Osservazioni del CIR sul Testo unificato in materia di diritto di asilo approvato dalla Commissione affari costituzionali del Senato (8 Luglio 1998)

7. Resoconto della seduta di Martedi' 7 Luglio 1998 della Commissione affari costituzionali, in materia di diritto di asilo (8 Luglio 1998)

8. Proposte del Dr. Geraci per il regolamento di attuazione della Legge 6 marzo 1998 n.40 (10 Luglio 1998)

9. Testo unificato per i disegni di legge nn. 2425, 203 e 554 in materia di diritto d'asilo, come trasmesso all'Aula dalla Commissione affari costituzionali del Senato (10 Luglio 1998)

10. Emendamenti relativi al Testo unificato in materia di diritto d'asilo, trasmesso all'Aula dalla Commissione affari costituzionali del Senato, approntati dal Dr. Bonetti (13 Luglio 1998)

11. Proposte di emendamento relative al Testo unificato in materia di diritto d'asilo, trasmesso all'Aula dalla Commissione affari costituzionali del Senato, approntate dal CIR (13 Luglio 1998)

12. Versione preliminare delle "Osservazioni sul Documento programmatico" (13 Luglio 1998)

13. "Osservazioni sul Documento programmatico" (15 Luglio 1998)

14. Resoconto della seduta di Martedi' 14 Luglio 1998 della Commissione affari costituzionali del Senato in materia di Documento programmatico relativo alla politica dell'immigrazione e degli stranieri nel territorio dello Stato (16 Luglio 1998)

15. Rapporto sulla violazione dei diritti umani della minoranza Rom in Romania, approntato dalla Rete d'urgenza di Torino (21 Luglio 1998)

16. Resoconto della seduta di Giovedi' 16 Luglio del Senato in materia di diritto di asilo (17 Luglio 1998)

17. Nota sintetica per Mons. Di Tora, Direttore della Caritas diocesana di Roma, sulla situazione relativa alle vicende riguardanti le politiche di immigrazione e asilo (22 Luglio 1998)

18. Lettera di Padre Mioli, Direttore ufficio immigrati e profughi della Fondazione Migrantes della Conferenza episcopale italiana, ai Ministri competenti (22 Luglio 1998)

19. Appello della Fondazione Migrantes della Conferenza episcopale italiana al Governo sulla regolarizzazione (22 Luglio 1998)

20. Comunicato stampa del CIR (22 Luglio 1998)

21. Nota su "Ulteriori elementi da includere nel regolamento di attuazione della legge 40/1998" (23 Luglio 1998)

22. Resoconto della seduta antimeridiana di Giovedi' 23 Luglio del Senato in materia di diritto di asilo (24 Luglio 1998)

23. Nota della Dr.ssa Farfan sulla condizione giuridica del familiare straniero di cittadino italiano (24 Luglio 1998)

24. Ulteriore nota della Dr.ssa Farfan sulla condizione giuridica del familiare straniero di cittadino italiano (24 Luglio 1998)

25. Resoconto della seduta pomeridiana di Giovedi' 23 Luglio del Senato in materia di diritto di asilo (24 Luglio 1998)

26. Lettera al Ministro della sanita', On. Bindi (26 Luglio 1998)

---

27. Osservazioni sulla uletriore nota della Dr.ssa Farfan sulla condizione giuridica del familiare straniero di cittadino italiano (26 Luglio 1998)
28. Lettera al Presidente della Commissione affari costituzionali della Camera, On. Jervolino (28 Luglio 1998)
29. Comunicato stampa del Portavoce nazionale dei Verdi, Sen. Luigi Manconi (28 Luglio 1998)
30. Articolo pubblicato sul "Manifesto" (29 Luglio 1998)
31. Comunicato stampa di Giampero Cioffredi, Coordinatore di ARCI Solidarieta' (29 Luglio 1998)
32. Ulteriori osservazioni sul Documento programmatico (29 Luglio 1998)
33. Proposte del Gruppo di Riflessione per il decreto di programmazione dei flussi (29 luglio 1998)
34. Testo unico delle disposizioni concernenti la disciplina dell'immigrazione e norme sulla condizione dello straniero (30 luglio 1998)
35. Resoconto della seduta pomeridiana di Martedi' 28 Luglio del Senato in materia di diritto di asilo (30 Luglio 1998)

? **agosto**

1. Appello della Rete d'urgenza di Torino sui profughi Rom romeni (3 Agosto 1998)
2. Articolo pubblicato sul "Manifesto" (3 Agosto 1998)
3. Direttiva del Presidente del Consiglio del 6 Agosto 1998 sulla modifica dei permessi di soggiorno per motivi umanitari (7 Agosto 1998)
4. Articolo pubblicato sul "Manifesto" (11 Agosto 1998)
5. "Analisi di alcune scelte di politica migratoria sulla base di un semplice modello macroeconomico" pubblicata sugli atti del Convegno di Torino organizzato da ASGI, Magistratura Democratica e Medel (13 Agosto 1998)
6. Articolo pubblicato sul "Manifesto" (18 Agosto 1998)
7. Documento di programmazione triennale della politica di immigrazione (20 Agosto 1998)
8. Articolo pubblicato su "Liberazione" (24 Agosto 1998)
9. Articolo pubblicato sul "Manifesto" (27 Agosto 1998)
10. Documento del Ministero degli affari esteri sul sistema dei visti e dell'ingresso degli stranieri in Italia e nello Spazio Schengen (28 Agosto 1998)

? **settembre**

1. Resoconto della seduta antimeridiana di Mercoledi' 29 Luglio del Senato in materia di diritto di asilo (8 Settembre 1998)
2. Resoconto della seduta pomeridiana di Mercoledi' 29 Luglio del Senato in materia di diritto di asilo (8 Settembre 1998)
3. Comunicato stampa del Dr. Pittau sull'incidenza degli stranieri sulla popolazione scolastica (15 Settembre 1998)

4. Osservazioni della Dr. Dupre' sulla versione preliminare del documento su "Principali elementi da includere nel regolamento" (15 Settembre 1998)
5. Articolo pubblicato sul "Manifesto" (15 Settembre 1998)
6. Bozza di integrazione del decreto interministeriale 24 dicembre 1997 di programmazione dei flussi di ingresso per l'anno 1998 (16 Settembre 1998)
7. Comunicato sulla bozza di decreto-flussi, inviato all'ANSA (16 Settembre 1998)
8. Sommario della bozza di regolamento attuativo del Testo unico sull'immigrazione del 10/8/1998 (18 Settembre 1998)
9. Osservazioni sulla bozza del Decreto del Governo per la regolarizzazione degli immigrati, redatte dalla Comunita' di S. Egidio per conto del Gruppo di Riflessione (21 Settembre 1998)
10. Emendamenti relativi alle "Osservazioni sulla bozza del Decreto del Governo per la regolarizzazione degli immigrati" redatte dalla Comunita' di S. Egidio (21 Settembre 1998)
11. Osservazioni preliminari sulla bozza di regolamento di attuazione del Testo unico sull'immigrazione (22 Settembre 1998)
12. Documento delle associazioni su "Principali elementi da includere nel regolamento", inviato ai Ministri competenti (23 Settembre 1998)
13. Sommario della bozza di regolamento attuativo del Testo unico sull'immigrazione del 10/8/1998 e principali osservazioni (23 Settembre 1998)
14. Sommario della bozza di regolamento attuativo del Testo unico sull'immigrazione del 10/9/1998 e principali osservazioni (27 Settembre 1998)
15. Articolo pubblicato sul "Manifesto" (28 Settembre 1998)
16. Osservazioni sulla bozza di regolamento attuativo del Testo unico sull'immigrazione del 10/9/1998, approntate dal Dr. Bonetti (30 Settembre 1998)
17. Pro-memoria relativo al parere sul decreto-flussi, inviato al Relatore in Commissione affari costituzionali della Camera, On. Maselli (30 Settembre 1998)

? **ottobre**

1. Sommario della bozza di regolamento attuativo del Testo unico sull'immigrazione del 28/9/1998 e principali osservazioni (1 Ottobre 1998)
2. Osservazioni essenziali sulla bozza di regolamento attuativo del Testo unico sull'immigrazione del 28/9/1998 (1 Ottobre 1998)
3. Resoconto dell'incontro delle associazioni con il Ministro dell'interno, On. Napolitano, e con il Ministro della solidarieta' sociale, On. Turco (5 Ottobre 1998)
4. Resoconto della seduta antimeridiana di Giovedi' 1 Ottobre del Senato in materia di diritto di asilo (2 Ottobre 1998)
5. Documento sulla posizione dell'ACNUR riguardante il trattamento dei richiedenti asilo provenienti dal Kosovo nei paesi di accoglienza (6 Ottobre 1998)
6. Lettera dell'ICS sui richiedenti asilo provenienti dal Kosovo (6 Ottobre 1998)
7. Osservazioni sulla bozza di regolamento attuativo del Testo unico sull'immigrazione del 29/9/1998 con gli aggiornamenti del 30/9/1998 e del 2/10/1998, approntate dal Dr. Bonetti (7 Ottobre 1998)
8. Prima favola "per l'asilo" (7 Ottobre 1998)

9. Schema per una lettera dell'On. Cossutta al Ministro dell'interno Napolitano (7 Ottobre 1998)
10. Osservazioni della Comunita' di S. Egidio sulla bozza di regolamento attuativo del Testo unico sull'immigrazione del 29/9/1998 (14 Ottobre 1998)
11. Osservazioni del CIR sulla bozza di regolamento attuativo del Testo unico sull'immigrazione del 29/9/1998 (15 Ottobre 1998)
12. Principali osservazioni sulla bozza di regolamento attuativo del Testo unico sull'immigrazione del 29/9/1998 (15 Ottobre 1998)
13. Sommario della bozza di regolamento attuativo del Testo unico sull'immigrazione del 29/9/1998 e principali osservazioni (15 Ottobre 1998)
14. Bollettino dell'Unione europea relativo alla "Proposta di decisione del Consiglio che stabilisce una convenzione sulle norme di ammissione di cittadini dei paesi terzi negli Stati membri dell'Unione europea" (15 Ottobre 1998)
15. Lettera del Gruppo di Riflessione al Governo Prodi (15 Ottobre 1998)
16. Sommario della bozza di regolamento attuativo del Testo unico sull'immigrazione del 29/9/1998 (15 Ottobre 1998)
17. Articolo non pubblicato (19 Ottobre 1998)
18. Articolo pubblicato sul "Manifesto" (21 Ottobre 1998)
19. Nota del Gruppo di Riflessione sul decreto-flussi inviata all'On. Jervolino (22 Ottobre 1998)
20. Schema della bozza di regolamento attuativo del Testo unico sull'immigrazione del 29/9/1998 (23 Ottobre 1998)
21. Articolo pubblicato su "Narcomafie" (26 Ottobre 1998)

? **novembre**

1. Progetto della 17a Circoscrizione su "Borse-lavoro per immigrati" (2 Novembre 1998)
2. Circolare del Ministero dell'interno sulla regolarizzazione (3 Novembre 1998)
3. Lettera al Ministro dell'interno, On. Jervolino (3 Novembre 1998)
4. Articolo pubblicato sul "Manifesto" (4 Novembre 1998)
5. Circolare n.126 del 4/11/1998 sulla regolarizzazione (4 Novembre 1998)
6. Interrogazioni al Senato sullo sbarco e sull'accoglienza degli immigrati nelle regioni meridionali (5 Novembre 1998)
7. Resoconto della seduta pomeridiana di Martedi' 3 Novembre del Senato in materia di diritto di asilo (4 Novembre 1998)
8. Resoconto della seduta antimeridiana di Maercoledi' 4 Novembre del Senato in materia di diritto di asilo (5 Novembre 1998)
9. Resoconto della seduta pomeridiana di Mercoledi' 4 Novembre del Senato in materia di diritto di asilo (5 Novembre 1998)
10. Depliant del Ministero dell'interno sulla regolarizzazione (6 Novembre 1998)
11. Lettera al Ministro dell'interno, On. Jervolino (9 Novembre 1998)

12. Articolo pubblicato sul "Manifesto" (9 Novembre 1998)

13. Lettera al Ministro dell'interno, On. Jervolino (9 Novembre 1998)

14. Lettera della Comunita' di S. Egidio al Ministro dell'interno, On. Jervolino, al Ministro dell'industria, On. Bersani, e al Ministro del lavoro, Sig. Bassolino (10 Novembre 1998)

15. Guida della Comunita' di S. Egidio sulla regolarizzazione (10 Novembre 1998)

16. Scheda dell'ARCI su "Percorsi di promozione e valorizzazione delle professionalità degli immigrati a Caserta" (10 Novembre 1998)

17. Lettera al Ministro dell'interno, On. Jervolino (11 Novembre 1998)

18. Nota del Gruppo di Riflessione su "Problemi relativi all'applicazione del decreto sulla regolarizzazione", inviata al Ministro dell'interno, On. Jervolino (12 Novembre 1998)

19. Nota del Gruppo di Riflessione su "Problemi relativi all'applicazione del decreto sulla regolarizzazione", inviata al Ministro dell'interno, On. Jervolino (13 Novembre 1998)

20. Versione preliminare del pro-memoria dell'ACNUR sul Testo unificato in materia di diritto di asilo approvato dal Senato (13 Novembre 1998)

21. Circolare n. 3452, 9/11.1998 del Ministero dell'industria sulla regolarizzazione (14 Novembre 1998)

22. Testo unificato per i disegni di legge nn. 2425, 203 e 554 in materia di diritto d'asilo, come approvato dal Senato (16 Novembre 1998)

23. Osservazioni sulla versione preliminare del pro-memoria dell'ACNUR sul Testo unificato in materia di diritto di asilo approvato dal Senato (16 Novembre 1998)

24. Lettera al Ministro dell'interno, On. Jervolino (16 Novembre 1998)

25. Trascrizione di una conferenza sulla legge sull'immigrazione, tenuta a Lecce (16 Novembre 1998)

26. Osservazioni del Dr. Bonetti sul Testo unificato "Norme in materia di protezione umanitaria e di diritto d'asilo" come approvato dal Senato (18 Novembre 1998)

27. Documento del Gruppo di Riflessione su "Disposizioni necessarie per una efficace applicazione del decreto sulla regolarizzazione", inviato al Prof. Guelfi, Consigliere del Ministro dell'interno, e alla Dr.ssa Celeghini, del Ministero del lavoro (19 Novembre 1998)

28. Appello dell'ASGI sulla regolarizzazione (19 Novembre 1998)

29. Nota del Gruppo di Riflessione su "Disposizioni necessarie per una efficace applicazione del decreto sulla regolarizzazione", inviata al Ministro dell'interno, On. Jervolino (24 Novembre 1998)

30. Lettera al Sottosegretario all'interno, On. Vigneri (24 Novembre 1998)

31. Scheda dell'Associazione Studi Giuridici sull'Immigrazione (A.S.G.I.) e di Magistratura Democratica di presentazione della Rivista giuridica in materia di immigrazione (24 Novembre 1998)

32. Decreto Legislativo 19 ottobre 1998, n. 380, recante "Disposizioni correttive al testo unico delle disposizioni concernenti la disciplina dell'immigrazione e norme sulla condizione dello straniero, a norma dell'articolo 47, comma 2, della legge 6 marzo 1998, n 40" (24 Novembre 1998)

33. Circolare n. 3455 del 18/11/1998 del Ministero dell'industria sulla regolarizzazione (26 Novembre 1998)

34. Circolare MIACEL n.17 del 19/11/1998 del Ministero dell'interno sulla regolarizzazione (27 Novembre 1998)
35. Circolare del Ministero dell'interno sulla regolarizzazione (30 Novembre 1998)

? **dicembre**

1. Circolare n. 131/98 del 25/11/1998 del Ministero del lavoro sulla regolarizzazione (1 Dicembre 1998)
2. "Asilo-quiz" (1 Dicembre 1998)
3. Scheda della NIDIL-CGIL sulla regolarizzazione per lavoro autonomo (2 Dicembre 1998)
4. Versione preliminare della lettera del Gruppo di Riflessione al Ministro dell'interno, On. Jervolino (3 Dicembre 1998)
5. Comunicato inviato all'ANSA (3 Dicembre 1998)
6. Lettera del Gruppo di Riflessione al Ministro dell'interno, On. Jervolino (3 Dicembre 1998)
7. Lettera alla Dr.ssa Celeghini, del Ministero del lavoro (4 Dicembre 1998)
8. Schema relativo ai "Provvedimenti conseguenti alla legge sull'immigrazione", redatto dall'ACNUR (7 Dicembre 1998)
9. Osservazioni dell'ASGI sul Testo unificato "Norme in materia di protezione umanitaria e di diritto d'asilo" come approvato dal Senato (10 dicembre 1998)
10. Proposta di "Schema di decreto sui flussi", redatta dal Dr. Bonetti (10 Dicembre 1998)
11. Principali elementi dei decreti legislativi 115/92 e 319/94 su "Riconoscimento dei titoli di formazione professionale acquisiti nella Comunita' europea"(11 Dicembre 1998)
12. Lettera al Ministro dell'interno, On. Jervolino (11 Dicembre 1998)
13. Schema della conferenza sulla "Condizione giuridica degli studenti universitari stranieri" tenuta al convegno organizzato dalla Fondazione Migrantes della Conferenza epicopale italiana (12 Dicembre 1998)
14. Principali elementi relativi alla condizione giuridica degli studenti universitari stranieri (12 Dicembre 1998)
15. Seconda favola "per l'asilo"(12 Dicembre 1998)
16. Articolo pubblicato su "Riforma" (13 Dicembre 1998)
17. Scheda della CGIL di Torino sulle "Procedure per iniziare un'attivita' di lavoro autonomo", con riferimento al provvedimento di regolarizzazione (18 Dicembre 1998)
18. Lettera al Ministro dell'interno, On. Jervolino (22 Dicembre 1998)
19. Principali contenuti del testo unificato in materia di diritto di asilo approvato dal Senato (29 Dicembre 1998)

1999

? **gennaio**

1. Resoconto dell'incontro tra le associazioni e il Ministro dell'interno, On. Jervolino, del 5 Gennaio 1999 (6 Gennaio 1999)

2. Circolare del Ministero del lavoro, di fine Dicembre 1998, sulle verifiche contratti di lavoro (7 Gennaio 1999)
3. Articolo per "Cristiano-sociali news" (12 Gennaio 1999)
4. Articolo per "Orientamenti sociali" (23 Gennaio 1999)
5. Principali osservazioni sullo schema di regolamento attuativo, consegnate all'On. Maselli, relatore sul parere in Commissione affari costituzionali alla Camera (30 Gennaio 1999)

? **febbraio**

1. Lettera al Ministro dell'interno, On. Jervolino (1 Febbraio 1999)
2. Comunicato dell'Associazione Studi Giuridici sull'Immigrazione sulla sentenza della Corte costituzionale relativa all'accesso di stranieri invalidi civili alle liste per il collocamento obbligatorio (1 Febbraio 1999)
3. Dichiarazione rilasciata all'ANSA (1 Febbraio 1999)
4. Proposte di modifica dello schema di regolamento presentate dal Ministero della sanita' (2 Febbraio 1999)
5. Proposte di Elena Rozzi sul ricorso al Difensore Civico da parte degli stranieri richiedenti la regolarizzazione (4 Febbraio 1999)
6. Mozione approvata dall'Assemblea del CIR (5 Febbraio 1999)
7. Lettera al Ministro dell'interno, On. Jervolino, della Comunita' di S. Egidio (8 Febbraio 1999)
8. Dichiarazione rilasciata all'ANSA (8 Febbraio 1999)
9. Dichiarazione rilasciata al Manifesto (9 Febbraio 1999)
10. Promemoria dell'ACNUR sul Testo unificato delle proposte sull'asilo approvato al Senato (11 Febbraio 1999)
11. Schema di Decreto legislativo approvato dal Consiglio dei ministri il 9 Febbraio 1999 (11 Febbraio 1999)
12. Schema di regolamento attuativo del Testo unico sull'immigrazione, approvato dal Consiglio dei ministri e trasmesso alle Commissioni parlamentari competenti (12 Febbraio 1999)
13. Osservazioni dell'Associazione Studi Giuridici sull'Immigrazione sullo schema di Decreto legislativo approvato dal Consiglio dei ministri il 9 Febbraio 1999 (12 Febbraio 1999)
14. "Analisi di alcune scelte di politica migratoria sulla base di un semplice modello macroeconomico" (disponibile anche in formato RTF, completo di note), aggiornata per il seminario del 19 Febbraio presso l'UCSEI (13 Febbraio 1999)
15. Lettera al Ministro dell'inteno, On. Jervolino (15 Febbraio 1999)
16. Appello della Sinistra Giovanile per la manifestazione del 24 Aprile 1999 (15 Febbraio 1999)
17. Appello per Ocalan e per il popolo curdo (19 Febbraio 1999)
18. Nota su "Principali condizioni e osservazioni sullo schema di regolamento trasmesso alle commissioni competenti" inviata al Relatore del parere in Commissione affari costituzionali della Camera, On. Maselli (21 Febbraio 1999)
19. Lettera al direttore della Caritas diocesana di Roma, Mons. Di Tora (22 Febbraio 1999)

20. Articolo non pubblicato (22 Febbraio 1999)
21. Lettera al Ministro dell'inteno, On. Jervolino (24 Febbraio 1999)
22. Appello per la sospensione dei rimpatri dei minori stranieri a Torino (26 Febbraio 1999)

? **marzo**

1. Istanza dell'associazione Saro-Wiwa di Bari (3 Marzo 1999)
2. Dichiarazione rilasciata all'agenzia ANSA (4 Marzo 1999)
3. Resoconto della seduta di Mercoledi' 3 marzo 1999 della Commissione affari costituzionali del Senato, relativa alla formulazione del parere sullo schema di regolamento di attuazione del Testo unico sull'immigrazione (4 Marzo 1999)
4. Schema di parere sul regolamento di attuazione del testo unico sull'immigrazione, approntato dal Relatore nella Commissione Affari costituzionali della Camera, On. Maselli (5 Marzo 1999)
5. Osservazioni sullo Schema di parere sul regolamento di attuazione del testo unico sull'immigrazione inviate all'On. Maselli (6 Marzo 1999)
6. Piano d'azione del Consiglio e della Commissione sul modo migliore per attuare le disposizioni del trattato di Amsterdam concernenti uno spazio di libertà, sicurezza e giustizia (7 Dicembre 1998)
7. Articolo pubblicato sul "Manifesto" (9 Marzo 1999)
8. Lettera inviata da Padre Mioli, direttore della Fondazione Migrantes della Conferenza episcopale italiana, al Ministro dell'interno, On. Jervolino (11 marzo 1999)
9. Dichiarazione rilasciata all'agenzia ANSA (16 Marzo 1999)
10. Nota su "Un modello per un dimensionamento ottimale dei flussi migratori" (16 Marzo 1999)
11. Appello dell'ARCI contro il referendum proposto dalla Lega Nord (17 Marzo 1999)
12. Dichiarazione rilasciata all'agenzia NEV da Annemarie Dupre' (17 Marzo 1999)
13. Circolare del Ministero dell'interno sulla regolarizzazione, del 30 Gennaio 1999 (18 Marzo 1999)
14. Lettera dell'ARCI al Ministro dell'interno, On. Jervolino (18 Marzo 1999)
15. Lettera al Ministro dell'interno, On. Jervolino (18 Marzo 1999)
16. Osservazioni di P. Bruno Mioli, direttore della Fondazione Migrantes della Conferenza episcopale italiana, sull'articolo di P. Virginio Spicacci S.J., apparso su Civiltà Cattolica 1999 I 425-438 (24 Marzo 1999)
17. Resoconto della seduta di Giovedi' 25 Marzo della Commissione affari costituzionali della Camera, relativa alla formulazione del parere sullo schema di decreto legislativo approvato dal Governo il 9 Febbraio (26 Marzo 1999)
18. Allegati relativi alla seduta di Giovedi' 25 Marzo della Commissione affari costituzionali della Camera (26 Marzo 1999)

? **aprile**

1. Decreto del Presidente del Consiglio dei ministri del 26 marzo 1999 recante la "Dichiarazione dello stato di emergenza per fronteggiare un eventuale eccezionale esodo delle popolazioni provenienti dalle zone di guerra dell'area balcanica" (7 Aprile 1999)
2. Ordinanza del 26 marzo 1999 del Ministro dell'interno recante "Disposizioni urgenti per fronteggiare un eventuale eccezionale esodo delle popolazioni provenienti dalle zone di guerra dell'area balcanica" (7 Aprile 1999)
3. Riflessioni di Christopher Hein, direttore del Consiglio italiano per i rifugiati, sulla situazione dei rifugiati del Kosovo e della Serbia (9 Aprile 1999)
4. Riflessioni sulla necessita' di adottare un provvedimento di protezione temporanea a vantaggio di rifugiati del Kosovo e della Serbia (10 Aprile 1999)
5. Scheda del Servizio Rifugiati e Migranti della Federazione delle chiese evangeliche in Italia su eventuali iniziative per i profughi del Kosovo (19 Aprile 1999)
6. Seconda scheda del Servizio Rifugiati e Migranti della Federazione delle chiese evangeliche in Italia su eventuali iniziative per i profughi del Kosovo (19 Aprile 1999)
7. Ulteriori riflessioni sulla situazione dei rifugiati del Kosovo e della Serbia (20 Aprile 1999)
8. Sintesi della posizione espressa durante l'incontro, presso il CSER, con alcuni esponenti ecclesiali attivi nel campo delle migrazioni (21 Aprile 1999)
9. Versione preliminare della proposta di decreto di protezione temporanea (22 Aprile 1999)
10. Versione preliminare della proposta di decreto di protezione temporanea (22 Aprile 1999)
11. Articolo su "Alcuni problemi etici posti dal fenomeno dell'immigrazione", pubblicato pubblicato sulla rivista "Filosofia e teologia" (22 Aprile 1999)
12. Osservazioni di Annamaria Dupre', del Gruppo di Riflessione, sulla versione preliminare della proposta di decreto per la protezione temporanea (27 Aprile 1999)
13. Versione preliminare della proposta di decreto di protezione temporanea (27 Aprile 1999)
14. Ulteriori osservazioni di Annamaria Dupre', del Gruppo di Riflessione, sulla versione preliminare della proposta di decreto per la protezione temporanea (28 Aprile 1999)
15. Replica alle osservazioni di Annamaria Dupre', del Gruppo di Riflessione, sulla versione preliminare della proposta di decreto per la protezione temporanea (28 Aprile 1999)
16. Versione preliminare della lettera di accompagnamento per la proposta di decreto di protezione temporanea (28 Aprile 1999)
17. Versione preliminare della lettera di accompagnamento per la proposta di decreto di protezione temporanea (30 Aprile 1999)

? **maggio**

1. Versione preliminare della lettera di accompagnamento per la proposta di decreto di protezione temporanea (2 Maggio 1999)
2. Lettera inviata ai membri del gruppo di lavoro per la stesura della proposta di decreto di protezione temporanea (2 Maggio 1999)
3. Versione preliminare della proposta di decreto di protezione temporanea (2 Maggio 1999)
4. Osservazioni di Nazzarena Zorzella, dell'ASGI, sulla versione preliminare della proposta di decreto per la protezione temporanea (3 Maggio 1999)
5. Osservazioni di Paolo Bonetti, dell'ASGI, sulla versione preliminare della proposta di decreto per la protezione temporanea (3 Maggio 1999)

6. Versione preliminare della proposta di decreto di protezione temporanea (3 Maggio 1999)
7. Ulteriori osservazioni di Annamaria Dupre', del Gruppo di Riflessione, sulla versione preliminare della proposta di decreto per la protezione temporanea (4 Maggio 1999)
8. Proposta di legge sull'immigrazione di Signorini ed altri (5 Maggio 1999)
9. Proposta di legge sull'immigrazione di Rivolta ed altri (5 Maggio 1999)
10. Proposta di legge sull'immigrazione di Fini ed altri (5 Maggio 1999)
11. Ulteriori osservazioni di Nazzarena Zorzella, dell'ASGI, sulla versione preliminare della proposta di decreto per la protezione temporanea (5 Maggio 1999)
12. Lettera di accompagnamento per la proposta di decreto di protezione temporanea, inviata al Governo da ASGI, CIR, ICS e Gruppo di Riflessione (6 Maggio 1999)
13. Proposta di schema di decreto per la protezione temporanea di profughi dai territori balcanici, presentata al Governo da ASGI, CIR, ICS e Gruppo di Riflessione (6 Maggio 1999)
14. Lettera inviata al Capo della Polizia, Fernando Masone (10 Maggio 1999)
15. Circolare del Capo della Polizia, Fernando Masone, del 10 Maggio 1999, sulla regolarizzazione (13 Maggio 1999)
16. Relazione di Franco Pittau su "La convenzione dell'ONU sui lavoratori migranti: prospettive d'impegno a 10 anni di distanza" per il convegno sulla Convenzione ONU sui diritti dei migranti (18 Maggio 1999)
17. Relazione di Walter Citti su "Un confronto tra la Convenzione ONU sui diritti dei lavoratori migranti e dei membri delle loro famiglie e la legislazione italiana sull'immigrazione" per il convegno sulla Convenzione ONU sui diritti dei migranti (18 Maggio 1999)
18. Proposta di legge sull'immigrazione d'iniziativa dei deputati Signorini e Gambato (18 Maggio 1999)
19. Proposta di legge sull'immigrazione d'iniziativa dei deputati Rivolta ed altri (18 Maggio 1999)
20. Proposta di legge sull'immigrazione d'iniziativa dei deputati Fini ed altri (18 Maggio 1999)
21. Messaggio su "Profughi e scafisti" (20 Maggio 1999)
22. Testo commentato delle Proposte di legge sull'immigrazione d'iniziativa dei deputati Rivolta ed altri e Fini ed altri (22 Maggio 1999)
23. Lettera di Annamaria Dupre' alle associazioni promotrici del convegno sulla Convenzione ONU sui diritti dei migranti (25 Maggio 1999)
24. Informazioni sulla regolarizzazione in provincia di Torino inviate da Elena Rozzi (26 Maggio 1999)

? **giugno**

1. Messaggio relativo al punto della situazione su immigrazione e asilo (1 Giugno 1999)
2. Versione preliminare di una nota su "Possibili alternative alla strategia di frontiere chiuse" (2 Giugno 1999)
3. Bollettino dell'Associazione studi giuridici sull'immigrazione sulle "Politiche legislative" (2 Giugno 1999)

4. Bozza relativa ai quesiti in merito al Decreto del Presidente del Consiglio dei Ministri 12 maggio 1999 pubblicato sulla Gazzetta Ufficiale il 26 maggio 1999 preparata nell'ambito del Gruppo di Lavoro sull'Asilo presso l'ACNUR (3 Giugno 1999)

5. Bozza del 9/6/1999 del Regolamento di attuazione del Testo unico delle disposizioni concernenti la disciplina dell'immigrazione e norme sulla condizione dello straniero (9 Giugno 1999)

6. Seminario di Walter Citti (ASGI) su "Legislazione italiana sull'asilo problemi e prospettive", tenuto presso l'ISMU, a Roma, in data 17 maggio 1999 (11 Giugno 1999)

7. Seminario di Walter Citti (ASGI) su "Diritti civili e sociali nella nuova legislazione italiana sull'immigrazione", tenuto a Trieste, in data 8 giugno 1999 (11 Giugno 1999)

8. Documento di Paolo Bonetti su "Prospettive di attuazione del diritto costituzionale di asilo in Italia" (11 Giugno 1999)

9. Informazioni su Ricongiungimento familiare in Italia tra cittadini kosovari, approntate dall'ACNUR (14 Giugno 1999)

10. Messaggio sul "quiz per l'asilo" (14 Giugno 1999)

11. Soluzione del "quiz per l'asilo" (15 Giugno 1999)

12. Versione preliminare di emendamenti relativi al disegno di legge sull'asilo, discussa nell'ambito del gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (18 Giugno 1999)

13. Sommario della bozza di regolamento attuativo del Testo unico sull'immigrazione del 9/6/1999 (19 Giugno 1999)

14. Piano dell' Alto Commissariato delle Nazioni Unite per i Rifugiati per il ritorno dei rifugiati e degli sfollati in Kosovo (16 Giugno 1999)

15. Osservazioni dell'ASGI sul disegno di legge "Norme in materia di protezione umanitaria e di diritto d'asilo" nel testo approvato dal Senato della Repubblica il 5 novembre 1998 e all'esame della Commissione Affari costituzionali della Camera dei deputati (18 Giugno 1999)

16. Versione preliminare di emendamenti relativi al disegno di legge sull'asilo, discussa nell'ambito del gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (20 Giugno 1999)

17. Bollettino dell'ASGI del 20 Giugno 1999 (21 Giugno 1999)

? **luglio**

1. Versione preliminare di emendamenti relativi al disegno di legge sull'asilo, discussa nell'ambito del gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (12 Luglio 1999)

2. Versione preliminare di emendamenti relativi all'articolo 6 del disegno di legge sull'asilo, discussa nell'ambito del gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (14 Luglio 1999)

3. Convenzione di Dublino sulla determinazione dello Stato competente per l'esame di una domanda di asilo presentata in uno degli Stati membri delle comunita' europee (15 Luglio 1999)

4. Versione preliminare di emendamenti relativi al disegno di legge sull'asilo, discussa nell'ambito del gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (15 Luglio 1999)

5. Versione preliminare di emendamenti relativi al disegno di legge sull'asilo, discussa nell'ambito del gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (16 Luglio 1999)

6. Versione preliminare di emendamenti relativi al disegno di legge sull'asilo, discussa nell'ambito del gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (18 Luglio 1999)

7. Articolo pubblicato sul "Manifesto" (21 Luglio 1999)
8. Breve sommario relativo al dibattito sul disegno di legge sull'asilo, alla data del 19.7.1999, redatto da Francesca Paltenghi, dell'ACNUR (21 Luglio 1999)
9. Relazione di Franca Di Lecce e Gianluca Polverari (FCEI) sull'incontro presso la consulta regionale immigrazione tenutosi il 9 luglio 1999 (21 Luglio 1999)
10. Lettera di Giampiero Cioffredi (ARCI), Walter Citti, Massimo Pastore (ASGI) e Stefano Kovac (ICS) al Manifesto (21 Luglio 1999)
11. Comunicato Stampa dell'ICS sulla scelta del Governno italiano di non applicare piu' il DPCM del 12 maggio 1999 sulla protezione umanitaria (21 Luglio 1999)
12. Resoconto della seduta di mercoledi' 21 luglio 1999 della Commissione affari costituzionali della Camera, in materia di diritto di asilo (23 Luglio 1999)
13. Disegno di legge sul diritto d'asilo trasmesso dal Senato alla Camera (A.C. 5381) (23 Luglio 1999)
14. Proposta di legge d'iniziativa parlamentare dei deputati Fei ed altri (A.C. 3439) sul diritto d'asilo (23 Luglio 1999)
15. Proposta di legge d'iniziativa parlamentare dei deputati Garra ed altri (A.C. 5463) sul diritto d'asilo (23 Luglio 1999)
16. Proposta di legge d'iniziativa parlamentare dei deputati Armaroli ed altri (A.C. 5480) sul diritto d'asilo (23 Luglio 1999)
17. Proposta di legge d'iniziativa parlamentare dei deputati Fontanini ed altri (A.C. 6018) sul diritto d'asilo (23 Luglio 1999)
18. Proposta di legge d'iniziativa parlamentare dei deputati Jervolino ed altri (A.C. 3225) sull'immigrazione (23 Luglio 1999)
19. Messaggio relativo alle principali urgenze in materia di politica europea di immigrazione e asilo (25 Luglio 1999)
20. Versione preliminare di emendamenti relativi al disegno di legge sull'asilo, discussa nell'ambito del gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (28 Luglio 1999)
21. Dossier didattico su "Lo spazio europeo di liberta', sicurezza e giustizia. Implicazioni per l'Italia" realizzato dal Centro Studi di Politica Internazionale-CeSPi, a cura di Ferruccio Pastore (30 Luglio 1999)
22. Rapporto su "Le prospettive di applicazione del nuovo titolo IV TCE tra interessi nazionali ed interesse comune europeo" elaborato da Ferruccio Pastore per il Centro Studi di Politica Internazionale-CeSPi (Roma) nell'ambito di una ricerca finalizzata ad attivita' formativa e di aggiornamento dei funzionari della Polizia di Stato sul tema "Lo spazio europeo di liberta', sicurezza e giustizia. Implicazioni per l'Italia" (30 Luglio 1999)

? **agosto**

1. Documento dell'ACNUR sulla situazione delle minoranze etniche in Kosovo (24 Agosto 1999)
2. Raccomandazioni dell'ACNUR sull'agenda europea sull'asilo in vista del summit di Tampere (24 Agosto 1999)
3. Resoconto dell'incontro del 29 luglio 1999 del gruppo di lavoro sul disegno di legge sull'asilo costituitosi presso l'ACNUR, redatto da Francesca Paltenghi dell'ACNUR (24 Agosto 1999)

4. Bollettino dell'ASGI su politiche di immigrazione e asilo, del giorno 8 agosto 1999 (24 Agosto 1999)
5. Comunicato stampa dell'ASGI sulla revoca della protezione temporanea per i nuovi arrivi di profughi dal Kosovo (24 Agosto 1999)
6. Relazione di Gianluca Polverari (FCEI) sulla situazione del conflitto tra Eritrea ed Etiopia (24 Agosto 1999)
7. Scheda del Servizio rifugiati e migranti della FCEI sulla situazione dei profughi del Kosovo (24 Agosto 1999)
8. Documento di Manfred Bergmann, della Casa Diritti Sociali sulla situazione dei profughi Rom del Kosovo (24 Agosto 1999)
9. Bollettino dell'ASGI su politiche di immigrazione e asilo, del giorno 31 agosto 1999 (31 Agosto 1999)

? settembre

1. Scheda sul Master Europeo in Mediazione Intermediterranea (1 settembre 1999)
2. Scheda dell'ACNUR di informazione per i profughi che rientrino in Kosovo - versione in inglese (1 Settembre 1999)
3. Scheda dell'ACNUR di informazione per i profughi che rientrino in Kosovo - versione in albanese (2 Settembre 1999)
4. Edizione speciale del n.3 del bollettino "Humanitarian informations" - versione in inglese (6 Settembre 1999)
5. Edizione speciale del n.3 del bollettino "Humanitarian informations" - versione in albanese (6 Settembre 1999)
6. Edizione speciale del n.4 del bollettino "Humanitarian informations" - versione in inglese (6 Settembre 1999)
7. Edizione speciale del n.4 del bollettino "Humanitarian informations" - versione in albanese (6 Settembre 1999)
8. Edizione speciale del n.5 del bollettino "Humanitarian informations" - versione in inglese (6 Settembre 1999)
9. Edizione speciale del n.5 del bollettino "Humanitarian informations" - versione in albanese (6 Settembre 1999)
10. Direttiva del Presidente del Consiglio dei ministri del 4 agosto 1999 relativa alla "Programmazione dei flussi di ingresso per lavoro, nell'anno 1999, di cittadini stranieri non comunitari" (10 Settembre 1999)
11. Nota su "Alcuni punti critici del ddl sull'asilo" (10 Settembre 1999)
12. Versione preliminare delle Raccomandazioni del Gruppo di Riflessione dell'Area religiosa in vista del Consiglio straordinario di Tampere (12 Settembre 1999)
13. Deliberazionne n. 57/99 del 21 aprile 1999 del Comitato Interministeriale per la Programmazione Economica su "Fondo sanitario nazionale 1998 - Parte corrente. Assistenza sanitaria agli stranieri presenti nel territorio nazionale" (13 Settembre 1999)
14. Scheda di presentazione della rivista "Diritto, Immigrazione e Cittadinanza" (14 Settembre 1999)

15. Versione preliminare degli emendamenti relativi al disegno di legge sull'asilo, discussa nell'ambito del gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (14 Settembre 1999)

16. Nota di P. Mioli su "Spunti riguardanti il tema migratorio nell'Instrumentum Laboris" della Seconda Assemblea Speciale per l'Europa del Sinodo dei Vescovi (15 settembre 1999)

17. Nota di Francesca Paltenghi, dell'ACNUR, su una "Introduzione alle questioni fondamentali del DDL asilo che necessitano di maggior approfondimento in sede di approvazione da parte della Camera dei Deputati" (16 Settembre 1999)

18. Versione preliminare degli emendamenti relativi al disegno di legge sull'asilo, discussa nell'ambito del gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (16 Settembre 1999)

19. Versione preliminare di una possibile ristrutturazione dell'articolo del disegno di legge sull'asilo relativo al pre-esame della domanda (16 Settembre 1999)

20. Versione dell'articolo del disegno di legge sull'asilo relativo al pre-esame della domanda emendata sulla base delle proposte preliminari del gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (16 Settembre 1999)

21. Documento prodotto dall'Avv. Tallarico in merito alla vicenda di un cittadino straniero respinto alla frontiera (17 Settembre 1999)

22. Versione preliminare delle Raccomandazioni del Gruppo di Riflessione dell'Area religiosa in vista del Consiglio straordinario di Tampere (19 Settembre 1999)

23. Possibile ristrutturazione dell'articolo del disegno di legge sull'asilo relativo al pre-esame della domanda (19 Settembre 1999)

24. Versione preliminare degli emendamenti relativi al disegno di legge sull'asilo, discussa nell'ambito del gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (19 Settembre 1999)

25. Versione preliminare degli emendamenti relativi al disegno di legge sull'asilo, discussa nell'ambito del gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (19 Settembre 1999)

26. Versione dell'articolo del disegno di legge sull'asilo relativo al pre-esame della domanda emendata sulla base delle proposte preliminari del gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (19 Settembre 1999)

27. Raccomandazioni del Gruppo di Riflessione dell'Area religiosa in vista del Consiglio straordinario di Tampere (22 Settembre 1999)

28. Osservazioni del Consiglio Italiano per i Rifugiati sulle proposte di emendamento relative al disegno di legge sull'asilo discusse dal gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (24 Settembre 1999)

29. Quadro riassuntivo, approntato da Francesca Paltenghi dell'ACNUR, dello stato della discussione sugli emendamenti relativi al disegno di legge sull'asilo all'interno del gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (27 Settembre 1999)

30. Promemoria sull'Amman Process, rete delle chiese nel mediterraneo per i movimenti migratori, preparato dal Servizio Migranti della Federazione delle Chiese Evangeliche in Italia (27 Settembre 1999)

31. Versione preliminare degli emendamenti relativi al disegno di legge sull'asilo, discussa nell'ambito del gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (27 Settembre 1999)

32. Lettera di Christopher Hein, direttore del CIR, ai membri del Direttivo del CIR in relazione alle proposte elaborate dal gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (29 Settembre 1999)

33. Risposta di Annamaria Dupre', vice-presidente del CIR, a Christopher Hein in relazione alle proposte elaborate dal gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (30 Settembre 1999)

34. Messaggio di Lorenzo Trucco, dell'ASGI, in relazione alle proposte elaborate dal gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (30 Settembre 1999)

35. Messaggio di Gianfranco Schiavone, dell'ICS, in relazione alle proposte elaborate dal gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (30 Settembre 1999)

36. Versione preliminare degli emendamenti relativi al disegno di legge sull'asilo, discussa nell'ambito del gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (30 Settembre 1999)

37. Quadro sinottico del disegno di legge sull'asilo e della versione preliminarmente emendata dal gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (30 Settembre 1999)

? **ottobre**

1. Proposta di emendamento del Centro Astalli (Jesuit Refugee Service) relative al disegno di legge sull'asilo, presentate nell'ambito del gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (4 Ottobre 1999)

2. Raccomandazioni del Gruppo di Riflessione dell'Area religiosa in vista del Consiglio straordinario di Tampere (4 Ottobre 1999)

3. Versione in inglese delle Raccomandazioni del Gruppo di Riflessione dell'Area religiosa in vista del Consiglio straordinario di Tampere (4 Ottobre 1999)

4. Versione preliminare di emendamenti relativi al disegno di legge sull'asilo, discussa nell'ambito del gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (5 Ottobre 1999)

5. Versione preliminare della lettera di accompagnamento, al Relatore, On. Soda, e al Sottosegretario all'interno, Sen. Maritati, della proposta di emendamento del disegno di legge sull'asilo presentata dal gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (5 Ottobre 1999)

6. Rapporto di Manfred Bergmann sulle attivita' svolte nell'ambito della "Azione comune" per l'accoglienza dei profughi dal Kosovo (5 Ottobre 1999)

7. Relazione sui rapporti tra l'ufficio straneri della Questura di Massa e l'ANSPI/ufficio immigrati, redatta da Sara Vatteroni, Responsabile Convenzione ANSPI (5 Ottobre 1999)

8. Documento del Coordinamento di Via Corelli sui centri di permanenza temporanea (5 Ottobre 1999)

9. Documento dell'Academic Group on Immigration-Tampere sulle politiche di immigrazione e asilo europee (5 Ottobre 1999)

10. Verbale della assemblea della Rete antirazzista svoltasi a Bologna il 12 Settembre 1999 (5 Ottobre 1999)

11. Versione preliminare di emendamenti relativi al disegno di legge sull'asilo, discussa nell'ambito del gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (5 Ottobre 1999)

12. Resoconto della seduta di martedi' 5 Ottobre 1999 della Commissione affari costituzionali della Camera, in materia di diritto di asilo (6 Ottobre 1999)

13. Nota su "La politica di immigrazione italiana di fronte al processo di armonizzazione europea" inviata a Maria De Lourdes Jesus (6 Ottobre 1999)

14. Messaggio del Dr. Gianfranco Schiavone, dell'ICS, sulla versione preliminare di emendamenti relativi al disegno di legge sull'asilo, discussa nell'ambito del gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (7 Ottobre 1999)

15. Versione preliminare della lettera di accompagnamento, al Relatore, On. Soda, e al Sottosegretario all'interno, Sen. Maritati, della proposta di emendamento del disegno di legge sull'asilo presentata dal gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (8 Ottobre 1999)

16. Versione preliminare della lettera di accompagnamento, al Relatore, On. Soda, e al Sottosegretario all'interno, Sen. Maritati, della proposta di emendamento del disegno di legge sull'asilo presentata dal gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (8 Ottobre 1999)

17. Versione preliminare di emendamenti relativi al disegno di legge sull'asilo, discussa nell'ambito del gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (8 Ottobre 1999)

18. Proposta di emendamento del disegno di legge sull'asilo, presentata dal gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (8 Ottobre 1999)

19. Lettera di accompagnamento, al Relatore, On. Soda, e al Sottosegretario all'interno, Sen. Maritati, della proposta di emeodamento del disegno di legge sull'asilo presentata dal gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (8 Ottobre 1999)

20. Quadro sinottico del disegno di legge sull'asilo e della versione emendata dal gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR (10 Ottobre 1999)

21. Nota su "The immigration and asylum policy towards the European harmonization" peparata per il meeting dell'Amman Process (14 Ottobre 1999)

22. Nota su "Le politiche di immigrazione e asilo verso l'armonizzazione europea" preparata per il meeting dell'Amman Process (14 Ottobre 1999)

23. Resoconto, redatto dalla Dr.ssa Francesca Paltenghi, dell'incontro con il Relatore, On. Soda, e il Sottosegretario all'interno, Sen. Maritati, del gruppo di lavoro costituitosi presso l'ACNUR sul disegno di legge sull'asilo (18 Ottobre 1999)

24. Bollettino dell'ASGI del 15 ottobre 1999 (18 Ottobre 1999)

25. Intervento di Maria De Lourdes Jesus al convegno sulla politica di immigrazione organizzato dal Comitato Schengen (18 Ottobre 1999)

26. Conclusioni della presidenza del vertice di Tampere (19 Ottobre 1999)

27. Resoconto della seduta di martedi' 19 Ottobre 1999 della Commissione affari costituzionali della Camera, in materia di diritto di asilo (21 Ottobre 1999)

28. Curriculum vitae della Dr.ssa Federica Mereu (28 Ottobre 1999)

29. Circolare del 21.12.1998 n. 300 del Ministero dell'interno relativa alla possibilita' di regolarizzazione per stranieri gia' allontanati dal territorio dello Stato (28 Ottobre 1999)

? **novembre**

1. Nota sul decreto di programmazione dei flussi inviata al Sottosegretario all'interno, Sen. Maritati (2 Novembre 1999)

2. Proposte del Dr. Bonetti in relazione al decreto di programmazione dei flussi (2 Novembre 1999)

3. Nota di alcune associazioni sulla condizione dei Rom a Napoli (2 Novembre 1999)

4. Osservazioni dell'ECRE sulle conclusioni del vertice di Tampere (3 Novembre 1999)

5. Documento dell'ECRE in vista del vertice di Tampere (3 Novembre 1999)

6. Comunicato dell'ECRE sul vertice di Tampere (3 Novembre 1999)

7. Comunicato dell'ECRE sulle conclusioni del vertice di Tampere (3 Novembre 1999)
8. Testo di un'intervista rilasciata al Manifesto (4 Novembre 1999)
9. Regolamento di attuazione del Testo unico sull'immigrazione (5 Novembre 1999)
10. Testo di un appello contro i centri di permanenza temporanea (5 Novembre 1999)
11. Sommario del Regolamento di attuazione del Testo unico sull'immigrazione (10 Novembre 1999)
12. Nota di Daniela Consoli, della Casa dei diritti sociali, sul Regolamento di attuazione del Testo unico sull'immigrazione (10 Novembre 1999)
13. Nota sul decreto di programmazione dei flussi inviata al Sottosegretario all'interno, Sen. Maritati (11 Novembre 1999)
14. Nota della Fondazione Migrantes della Conferenza episcopale italiana e dalla Caritas italiana sulla programmazione dei flussi, inviata al Ministro per la solidarieta' sociale, On. Livia Turco (12 Novembre 1999)
15. Nota di Gianfranco Schiavone su "Alcune osservazioni giuridiche sulle condizioni di rilascio del permesso di soggiorno per ragioni umanitarie a fronte di diniego di riconoscimento dello status di rifugiato nei riguardi di profughi dalla regione del Kosovo/Jugoslavia" (12 Novembre 1999)
16. Articolo pubblicato sul Manifesto (15 Novembre 1999)
17. Schema di decreto di programmazione dei flussi per l'anno 2000 (17 Novembre 1999)
18. Osservazioni sullo schema di decreto di programmazione dei flussi per l'anno 2000 inviate al Sottosegretario all'interno, Sen. Maritati (18 Novembre 1999)
19. Rapporto dell'OIM sulla tratta di donne in Albania (22 Novembre 1999)
20. Nota di Walter Citti su "I minori stranieri non accompagnati tra tutela e rimpatrio" (23 Novembre 1999)
21. Documento dell'OIM su "La tratta di migranti: politiche e risposte dell'OIM" (23 Novembre 1999)
22. Interrogazione parlamentare sui centri di permanenza temporanea, presentata dai senatori Salvato, Manconi, Marchetti e Russo Spena (25 Novembre 1999)

? dicembre

1. Messaggio sui problemi relativi all'attuazione dell'articolo 18 del Testo unico sull'immigrazione, inviato alla Dr.ssa Mariagrazia Giammarinaro, responsabile dell'Ufficio legislativo del Dipartimento per le Pari opportunita' della Presidenza del Consiglio dei ministri (3 Dicembre 1999)
2. Bollettino dell'ASGI, del giorno 8 Dicembre 1999 (13 Dicembre 1999)
3. Appendice giuridica al rapporto sull'integrazione degli immigrati in Italia, della Commissione per le politiche di integrazione degli immigrati, presso il Dipartimento affari sociali della Presidenza del Consiglio dei ministri, curata dalla Dr.ssa Giulia Henry (15 Dicembre 1999)
4. Resoconto della seduta di martedi' 5 Ottobre 1999 del Comitato Schengen (15 Dicembre 1999)
5. Documento di considerazioni in vista del Consiglio europeo di Tampere, approvato dal Comitato Schengen il 5 Ottobre 1999 (15 Dicembre 1999)

6. Nota su "Proposte aggiuntive per il decreto di programmazione dei flussi" inviata al Sottosegretario all'interno, Sen. Maritati (15 Dicembre 1999)
7. Avviso 10 dicembre 1999 n.1, del Dipartimento per le Pari opportunita' della Presidenza del Consiglio dei ministri, sui programmi di assistenza e di integrazione sociale in attuazione dell'articolo 18 del Testo Unico sull'immigrazione (16 Dicembre 1999)
8. Formulario diffuso dal Dipartimento per le Pari opportunita' della Presidenza del Consiglio dei ministri, sui programmi di assistenza e di integrazione sociale in attuazione dell'articolo 18 del Testo Unico sull'immigrazione (16 Dicembre 1999)
9. Bollettino n.2 dell'ANOLF (16 Dicembre 1999)
10. Circolare del 24 Settembre 1999, n. 70, del Ministero del lavoro sulla regolarizzazione (17 Dicembre 1999)
11. Circolare del 28 Ottobre 1999, n. 300, del Ministero dell'interno sulla regolarizzazione (17 Dicembre 1999)
12. Scheda del progetto "Azione comune" (22 Dicembre 1999)
13. Antologia statistico-legislativa sui Rom in Italia, elaborata da Manfred Bergmann, del progetto "Azione comune" (22 Dicembre 1999)
14. Dati raccolti ed elaborati dal progetto "Azione comune" (22 Dicembre 1999)
15. Documento sulle principali emergenze rilevate in relazione ai Rom kosovari, elaborato da Manfred Bergmann, del progetto "Azione comune" (22 Dicembre 1999)

2000

? gennaio

1. Testo di una conferenza tenuta a Tavernerio (Como) per l'OVCI (10 Gennaio 2000)
2. Comunicato stampa di "Chiama l'Africa" (10 Gennaio 2000)
3. Appello di esponenti delle associazioni per la chiusura dei centri di permanenza temporanea (10 Gennaio 2000)
4. Articolo pubblicato sul Manifesto (10 Gennaio 2000)
5. Capitolo del Piano sanitario regionale del Lazio relativo alla salute degli immigrati (12 Gennaio 2000)
6. Circolare del Ministero dell'interno sulla proroga delle misure di protezione temporanea (13 Gennaio 2000)
7. Promemoria di Annamaria Dupre' relativo alla riunione del Gruppo di Riflessione in vista dell'incontro con il Sottosegretario Maritati (14 Gennaio 2000)
8. Indirizzario della rete "Elena" in Italia (18 Gennaio 2000)
9. Versione preliminare delle proposte per un "Manuale comune per il trattamento della persona trattenuta nei Centri" elaborate nell'ambito di un Gruppo di lavoro convocato dal Sottosegretario Maritati (21 Gennaio 2000)
10. Proposta, presentata dalla Commissione della Comunita'europea, per una Direttiva del Consiglio che attua il principio della parità di trattamento fra le persone indipendentemente dalla razza e dall'origine etnica (25 Gennaio 2000)

11. Proposta, presentata dalla Commissione della Comunita'europea, per una Direttiva del Consiglio che stabilisce un quadro generale per la parità di trattamento in materia di occupazione e di condizioni di lavoro (25 Gennaio 2000)

12. Comunicazione della Commissione al Consiglio, al Parlamento europeo, al Comitato economico e sociale e al Comitato delle regioni relativa a misure comunitarie di lotta contro la discriminazione (25 Gennaio 2000)

13. Proposte inviate da Loretta Caponi al Sottosegretario Maritati per regolamentare la gestione dei centri di permanenza temporanea (25 Gennaio 2000)

14. Proposta, presentata dalla Commissione della Comunita'europea, per una Direttiva del Consiglio relativa al diritto al ricongiungimento familiare (25 Gennaio 2000)

15. Articolo di Nazzarena Zorzella pubblicato sul Manifesto (26 Gennaio 2000)

16. Lettera aperta a Nazzarena Zorzella su un articolo da lei pubblicato sul Manifesto (26 Gennaio 2000)

17. Decreto del Presidente del Consiglio dei Ministri 18 dicembre 1999 sull'istituzione dei Consigli territoriali (26 Gennaio 2000)

18. Bozza di parere sullo schema di decreto-flussi, inviato all'On. Rosanna Moroni (26 Gennaio 2000)

19. Resoconto della seduta della Commissione Affari costituzionali della Camera relativa al parere sulo schema di decreto di programmazione dei flussi (27 Gennaio 2000)

20. Parere della Commissione Affari costituzionali della Camera sulo schema di decreto di programmazione dei flussi (27 Gennaio 2000)

21. Bollettino dell'ASGI del 25 Gennaio 2000 (28 Gennaio 2000)

22. Comunicato del CIR sui centri di permanenza temporanea (31 Gennaio 2000)

? **febbraio**

1. Collage delle principali disposizioni relative all'accesso al lavoro in Italia dei cittadini stranieri (2 Febbraio 2000)

2. Osservazioni di Christopher Hein sulla versione preliminare delle proposte per un "Manuale comune per il trattamento della persona trattenuta nei Centri" (2 Febbraio 2000)

3. Decreto del presidente del consiglio dei ministri 9 dicembre 1999, n.535 sul Regolamento concernente i compiti del Comitato per i minori stranieri (2 Febbraio 2000)

4. Comunicato-stampa del SIULP sui centri di permanenza temporanea (2 Febbraio 2000)

5. Circolare del Ministero del lavoro sullo svolgimento di attività lavorativa degli stranieri in attesa di regolarizzazione (2 Febbraio 2000)

6. Circolare del Ministero del lavoro sull'iscrizione nelle liste di collocamento degli stranieri regolarizzati per lavoro autonomo (2 Febbraio 2000)

7. Circolare del Ministero del lavoro sul decentramento delle materie di competenza del Servizio per i problemi e dei lavoratori immigrati extracomunitari e delle loro famiglie (2 Febbraio 2000)

8. Circolare del Ministero del lavoro sul rilascio di autorizzazione al lavoro per interpreti e traduttori (2 Febbraio 2000)

9. Circolare del Ministero dell'interno sull'accertamento della disponibilita' dell'alloggio ai fini del ricongiungimento familiare (2 Febbraio 2000)

10. Circolare del Ministero dell'interno sui visti d'ingresso per motivi familiari (2 Febbraio 2000)

11. Circolare del Ministero dell'interno sulle procedure di regolarizzazione per lavoro autonomo (2 Febbraio 2000)

12. Circolare del Ministero dell'interno sulla possibilita' di trascorrere le festivita' natalizie nei paesi di origine per gli stranieri che hanno presentato istanza di regolarizzazione (2 Febbraio 2000)

13. Circolare del Ministero dell'interno sullo svolgimento di attività lavorativa degli stranieri in attesa di regolarizzazione (2 Febbraio 2000)

14. Circolare del Ministero dell'interno sul Regolamento di attuazione del Testo unico sull'immigrazione (2 Febbraio 2000)

15. Circolare del Ministero dell'interno sull'autocertificazione da parte degli stranieri (2 Febbraio 2000)

16. Circolare del Ministero dell'interno sull'Applicazione del provvedimento ex art. 2 Legge 27/12/1956, n. 1423, nei confronti di stranieri extracomunitari gia' colpiti dal provvedimento di espulsione dal territorio nazionale (2 Febbraio 2000)

17. Circolare del Ministero dell'interno sul permesso di soggiorno per motivi di protezione sociale (2 Febbraio 2000)

18. Osservazioni di Gianfranco Schiavone sulla versione preliminare delle proposte per un "Manuale comune per il trattamento della persona trattenuta nei Centri" (3 Febbraio 2000)

19. Versione preliminare delle proposte per un "Manuale comune per il trattamento della persona trattenuta nei Centri" elaborate nell'ambito di un Gruppo di lavoro convocato dal Sottosegretario Maritati (4 Febbraio 2000)

20. Articolo di Giusy D'Alconzo sulla riforma della normativa sul diritto d'asilo in Italia (4 Febbraio 2000)

21. Sentenza della Cassazione relativa alla giurisdizione del giudice ordinario in merito al ricorso avverso il diniego di riconoscimento dello status di rifugiato (4 Febbraio 2000)

22. Promemoria su alcuni problemi relativi all'applicazione del testo unico sull'immigrazione, preparato in occasione del seminario convocato dalla Commissione per l'integrazione presso il Dipartimento della solidarieta' sociale della Presidenza del Consiglio dei Ministri (4 Febbraio 2000)

23. Osservazioni di Dino Frisullo sulla versione preliminare delle proposte per un "Manuale comune per il trattamento della persona trattenuta nei Centri" (7 Febbraio 2000)

24. Articolato della proposta di legge Di Luca (9 Febbraio 2000)

25. Relazione introduttiva alla proposta di legge Di Luca (9 Febbraio 2000)

26. Articolato della proposta di legge A.C. 6259 (9 Febbraio 2000)

27. Relazione introduttiva alla proposta di legge A.C. 6259 (9 Febbraio 2000)

28. Decreto del Presidente del Consiglio dei Ministri recante "Proroga delle misure di protezione temporanea da assicurare agli stranieri presenti sul territorio nazionale con permesso di soggiorno rilasciato ai sensi del D.P.C.M. 12 maggio 1999 e predisposizione di programmi coordinati di rimpatrio" (10 Febbraio 2000)

29. Testo della legge sull'immigrazione, L.O. 4/2000, 11 Gennaio 2000, approvata in Spagna (10 Febbraio 2000)

30. Schema dell'intervento sul "Diritto d'asilo in Europa", tenuto nel corso di una tavola rotonda al convegno di Castiglioncello (11 Febbraio 2000)

31. Intervista pubblicata su Riforma (15 Febbraio 2000)

32. Versione preliminare delle proposte per un "Manuale comune per il trattamento della persona trattenuta nei Centri" elaborate nell'ambito di un Gruppo di lavoro convocato dal Sottosegretario Maritati (15 Febbraio 2000)

33. Curriculum vitae di Paolo Boccagni (16 Febbraio 2000)

34. Versione preliminare delle proposte per un "Manuale comune per il trattamento della persona trattenuta nei Centri" elaborate nell'ambito di un Gruppo di lavoro convocato dal Sottosegretario Maritati (16 Febbraio 2000)

35. Nota di Padre Bruno Mioli sul decreto-flussi, pubblicata su Migranti-press (18 Febbraio 2000)

36. Articolo pubblicato sul Manifesto (20 Febbraio 2000)

37. Bollettino dell'ASGI del 14 febbraio 2000 (21 Febbraio 2000)

38. Bollettino dell'ASGI del 20 febbraio 2000 (21 Febbraio 2000)

39. Questionario del Danish Refugee Council sull'applicazione della Convenzione di Dublino (23 Febbraio 2000)

40. Polizza fideiussoria a garanzia delle prestazioni previste per il rilascio dell'autorizzazione all'ingresso di uno straniero a fini di inserimento nel mercato del lavoro (24 Febbraio 2000)

41. Atto di fideiussione bancaria a garanzia delle prestazioni previste per il rilascio dell'autorizzazione all'ingresso in Italia di uno straniero ai fini dell'inserimento nel mercato del lavoro (24 Febbraio 2000)

42. Lettera del Gruppo di Riflessione al Ministro dell'interno, Bianco (25 Febbraio 2000)

43. Versione preliminare delle proposte per un "Manuale comune per il trattamento della persona trattenuta nei Centri" elaborate nell'ambito di un Gruppo di lavoro convocato dal Sottosegretario Maritati (28 Febbraio 2000)

44. Resoconto della riunione ACNUR-ONG del 21 febbraio 2000 (28 Febbraio 2000)

45. Resoconto della riunione ACNUR-ONG del 23 febbraio 2000 (28 Febbraio 2000)

? **marzo**

1. Comunicato dell'ACNUR sulla condizione degli albanesi nella Serbia meridionale (2 Marzo 2000)

2. Anticipazioni del dossier statistico sull'immigrazione della Caritas (3 Marzo 2000)

3. Testo dell'intervento di Mons. Guerino Di Tora, direttore della Caritas diocesana di Roma, in occasione della presentazione delle anticipazioni del dossier statistico sull'immigrazione della Caritas (3 Marzo 2000)

4. Testo dell'intervento di Mons. Francesco Gioia, segretario Pontificio Consiglio Pastorale dei Migranti, in occasione della presentazione delle anticipazioni del dossier statistico sull'immigrazione della Caritas (3 Marzo 2000)

5. Testo dell'intervento di Ana Lyria-Franch, delegato ACNUR in Italia, in occasione della presentazione delle anticipazioni del dossier statistico sull'immigrazione della Caritas (3 Marzo 2000)

6. Testo dell'intervento di Franco Pittau in occasione della presentazione delle anticipazioni del dossier statistico sull'immigrazione della Caritas (3 Marzo 2000)

7. Resoconto della riunione ACNUR-ONG del 29 febbraio 2000 (3 Marzo 2000)

8. Interrogazione presentata dal Sen. Manconi (7 Marzo 2000)

9. Messaggio su una proposta di riforma del Testo unico sull'immigrazione (9 Marzo 2000)

10. Messaggio relativo alla tratta di esseri umani a scopo di sfruttamento sessuale (10 Marzo 2000)

11. Articolo scritto su richiesta di Maura Pazzi (14 Marzo 2000)

12. Testo del disegno di legge presentato dalla Sen. Ersilia Salvato et al. (16 Marzo 2000)

13. Decreto 6 dicembre 1999,sulla "Approvazione delle linee guida per la predisposizione dei programmi regionali e del modello uniforme previsti dal regolamento di attuazione del decreto-legge 25 luglio 1998,n. 286, relativi ai fondi 1999" (16 Marzo 2000)

14. Decreto del Presidente del Consiglio dei Ministri 13 gennaio 2000, sul collocamento obbligatorio dei disabili (16 Marzo 2000)

15. Decreto 1 febbraio 2000, sulla "Proroga dello stato di necessita' al rimpatrio dalla Repubblica della Bosnia-Erzegovina dei cittadini italiani ivi residenti" (16 Marzo 2000)

16. Decreto 1 febbraio 2000, sulla "Proroga dello stato di necessita' al rimpatrio dalla Repubblica della Croazia dei cittadini italiani ivi residenti" (16 Marzo 2000)

17. Decreto del Presidente del Consiglio dei Ministri 20 gennaio 2000, sulla "Delega di funzioni del Presidente del Consiglio dei Ministri in materia di pari opportunita' al Ministro prof.ssa Laura Balbo" (16 Marzo 2000)

18. Decreto del Presidente del Consiglio dei Ministri 20 gennaio 2000, sulla "Delega di funzioni del Presidente del Consiglio dei Ministri in materia di solidarieta' sociale al Ministro on. Livia Turco" (16 Marzo 2000)

19. Proposte per un "Manuale comune per il trattamento della persona trattenuta nei Centri" elaborate nell'ambito di un Gruppo di lavoro convocato dal Sottosegretario Maritati (17 Marzo 2000)

20. Quadro sinottico, elaborato dall'ECRE, delle misure di protezione per i profughi del conflitto in Kossovo (17 Marzo 2000)

21. Comunicato dell'ACNUR sulla valutazione della proposta della Commissione per una direttiva sul ricongiungimento familiare (21 Marzo 2000)

22. Direttiva del Ministro dell'interno sui mezzi di sussistenza necessari per l'ingresso in Italia (21 Marzo 2000)

23. Circolare del Ministero dell'internodi applicazione del decreto di programmazione dei flussi (21 Marzo 2000)

24. Resoconto della riunione ONG-ACNUR del 7 marzo 2000 (22 Marzo 2000)

25. Modulo per la richiesta di autorizzazione all'ingresso per inserimento nel mercato del lavoro (24 Marzo 2000)

26. Comunicato dell'ACNUR sull'emergenza Kossovo (24 Marzo 2000)

27. Lettera del Gruppo di Riflessione al Ministro dell'interno, Bianco, e al Capo della polizia, Masone (28 Marzo 2000)

28. Nota dell'ACNUR sull'asilo nell'Unione europea (28 Marzo 2000)

29. Resoconto della seduta della Camera relativa all'interrogazione su "Regime delle espulsioni degli immigrati alla luce della circolare del ministro dell'interno del 6 marzo 2000" (31 Marzo 2000)

30. Resoconto della riunione ACNUR-ONG del 24 marzo 2000 (31 Marzo 2000)

? **aprile**

1. Telegramma del Ministero degli affari esteri sul venir meno del divieto per lo straniero di essere presente in Italia, durante l'iter autorizzativo del lavoro subordinato (3 Aprile 2000)

2. Testo del ricorso presentato dall'Avv. Vincenzo Tallarico avverso il diniego del permesso di soggiorno richiesto ai sensi delle disposizioni sulla regolarizzazione (3 Aprile 2000)

3. Circolare del Ministero della sanita' sull'applicazione del Regolamento di attuazione del Testo unico sull'immigrazione (4 Aprile 2000)

4. Articolo pubblicato sul Manifesto (4 Aprile 2000)

5. Proposta di legge di iniziativa popolare in materia di immigrazione, presentata dagli Onn. Bossi, Berlusconi e Tremonti (4 Aprile 2000)

6. Versione preliminare di un articolo pubblicato sul Manifesto (5 Aprile 2000)

7. Articolo pubblicato sul Manifesto (5 Aprile 2000)

8. Vademecum del Ministero dell'interno sugli ingressi per lavoro (5 Aprile 2000)

9. Messaggio su alcuni problemi relativi all'attuazione dell'articolo 18 del Testo unico (9 Aprile 2000)

10. Articolo di Edgar Serrano su "Bossi, Berlusconi e gli immigrati: le ragioni di una scelta involutiva" (12 Aprile 2000)

11. Resoconto della riunione ACNUR-ONG del 12 aprile 2000 (17 Aprile 2000)

12. Modello unico per la richiesta di inserimento nell'Anagrafe Informatizzata dei lavoratori non appartenenti all'Unione Europea (18 Aprile 2000)

13. Messaggio sulla caduta del Governo D'Alema (23 Aprile 2000)

14. Lettera del Gruppo di Riflessione al Presidente del Consiglio incaricato, Prof. Giuliano Amato (23 Aprile 2000)

15. Bollettino dell'ASGI del 5 Aprile 2000 (28 Aprile 2000)

16. Bollettino dell'ASGI del 27 Aprile 2000 (28 Aprile 2000)

CAMPANIA

Associazione argentina della Campania
Via Lucullo 104, 80070 - Baia (Na). Tel/fax 081.5642617

Associazione culturale italo-somala
Via Sergente Maggiore 14, 80132 - Napoli. Tel/fax 081.5642617

Associazione della Costa d'Avorio
Via Provinciale 175, 80126 - Pianura (Na). Tel. 081.5881131

Associazione dello Sri Lanka
c/o Cgil, via Torino 16, 80142 - Napoli.

Associazione immigrati magrebini
Via Cardinale di Rinde 16, 82100 - Benevento. Tel. 0824.47604

Associazione italo-capoverdiana
Via Nardones 109, 80132 - Napoli. Tel. 081.406705

Associazione senegalese
c/o Cgil, via Torino 16, 80142 - Napoli.

Associazione eritrea
Via Sergente Maggiore 14, 80132 - Napoli. Tel. 081.404115

Associazione etiopica
Via Sergente Maggiore 14, 80132 - Napoli. Tel. 081.404115

Associazione nigeriana
C/o Cgil, via Torino 16, 80142 - Napoli.

Comunità ebraica di Napoli
Via Cappella Vecchia 31, 80121 - Napoli. Tel/fax 081.7643480

EMILIA ROMAGNA

A.re.a.
Via Galliera 25/a, 40121 - Bologna. Tel. 051.857062-238612

Associazione culturale del Marocco
Via Leonardo da Vinci 5, 41100 - Modena. Tel/fax 059.345760

Associazione italo-filippina
villaggio del Fanciullo, via Scipione del ferro 4, 40138 - Bologna. Tel. 051.345834

Associazione nigeriana
Via Emilia ovest 336, 41100 - Modena. Tel/fax 059.333898

Centro di cultura islamica
Via Massarenti 221/7, 40100 - Bologna. Tel. 051.6011116

Donne arabe
Via Tarozzi 54, 41013 - Castelfranco Modenese (Mo). Tel. 059.209457

Donne in movimento
c/o Cospe, viale Vicini 16, 40122 - Bologna. Tel. 051.6491636, fax 051.6491122

LAZIO

Associazione argentina
viale Regina Margherita 265, 00198 Roma. Tel. 06.44243185

Associazione degli Oromo in Italia
c/o Comunità di S.Egidio, via della Paglia 14/c, 00153 Roma.Tel.06.5895945

Associazione del Bangladesh in Italia
c/o Uil, via Cavour 108, 00184 Roma. Tel. 06.481661

Associazione Donne Immigrate Africane
via in Arcione 114, 00187 - Roma. Tel. 06.6794125

Associazione donne straniere insieme
Villaggio Globale, Lungotevere Testaccio, 00153 - Roma. Tel. 06.57300329

Associazione donne filippine
Villaggio Globale, Lungotevere Testaccio, 00153 - Roma. Tel. 06.57300329

Associazione della comunità etiopica in Italia
via Pesaro 6, 00176 Roma.

Associazione generale dei Marocchini in Italia
piazza Belvedere 4, 00063 Campagnano (Rm).

Associazione lavoratori egiziani in Italia
c/o Comunità di S.Egidio, via della Paglia 14/c, 00153 Roma.

Associazione lavoratori pakistani in Italia
via delle Lobelie 21, 00172 Roma.

Associazione medici zairesi
via A.Tebaldi 25 int.8, 00168 - Roma. Tel. 06.35501460

Associazione rom Rasin Sejdic
vicolo savini 4, 00146 Roma. Tel. 06.5592893

Associazione somala
via Galilei 55, 00185 Roma. Tel. 06.77207564

Associazione studenti ivoriani
via Conte Verde 58, 00185 Roma. Fax 06.6781182

Associazione tunisini del Lazio
via egadi 13, 00141 Roma. Tel. 06.87183159

Associazione zairesi in Italia
via Umberto grosso 34, 00121 Roma.

Centro rifugiati iraniani
c/o Celsi, via Galilei 55, 00185 Roma. Tel. 06.77207564

Comunità cilena di Roma e del Lazio
via dei Campani 83/a, 00185 Roma. Tel. 06.4440760

Comunità gabonese in Italia
via della Madonnina 4, 00045 Genzano (Rm). Tel. 06.9396171

Comunità gruppi e popolazioni marocchini immigrati a Roma e nel Lazio
via degli Astalli 14/a 00186 Roma.

Comunità pakistana in Italia
c/o Casa dei diritti sociali, via della Guglia 69/a 00100 Roma.

Comunità peruviana in Italia
via Mirandola 30, 00182 Roma.

Comunità somala
via Ostiense 150, 00154 Roma. Tel. 06.5754305 fax 06.6781182

Coordinamento Associazioni Senegalesi in Italia
c/o Inca-Cgil Nazionale, C.so Italia 25, 00198 Roma. Tel. 06.84761, fax 06.885352749

Donne capoverdiane
Via Leonina 80, 00186 - Roma. Tel/fax 06.4873851

Kampi
c/o Celsi, via Galilei 55, 00185 - Roma. Tel/fax 06.5575794

Lega internazionale difesa dei diritti in Iran
via Calalzo 51, 00135 Roma. Tel. 06.3313141

Rifugiati etiopici autoassistenza
via s. Maria di Jesus 83, 00031 Artena (Rm). Tel. 06.9515960

Unione medici e farmacisti palestinesi
via Feronia 27, 00157 Roma. Tel. 06.2301633

LOMBARDIA

Adas - Associazione donne dell'Africa subsahariana
Via Giambellino 64, 20146 - Milano. Tel/Fax 02.471443

Asae - Associazione Solidarietà Africana Erba
Via Appiani 1, 22036 - Parravicino d'Erba (Co). Tel. 031.627120

Associazione avoriani
c/o Cgil, P.za Repubblica 1, 25122 - Brescia.

Associazione Burkinab • Bergamasca
Via Reich 38, 24020 - Torre Boldone (Bg). Tel. 035.294219

Associazione di amicizia Italia-Albania
c/o Lyrian, via B. Verro 12, 20141 - Milano. Tel. 02.8466650, fax 02.8435444

Associazione donne dell'Africa sub-sahariana
C.so di Porta Vittoria 43, 20122 - Milano. Tel. 02.550251

Associazione Eritrei
Via Locatelli 25, 24030 - Brembate Sopra (Bg). Tel. 035.852516

Associazione Ghanese
Via Borzolo 20, 25080 - Nuvolento (Bs). Tel. 030.6898112

Associazione Ghanese Bergamasca
c/o Uil, via Bonomelli 9, 24122 - Bergamo. Tel. 035.247819, fax 035.243325

Associazione Ivoriani
c/o Cisl, via Carnovali 88/a, 24126 - Bergamo. Tel/fax 035.260471

Associazione madri somale a Milano
C/o Lega per i diritti dei popoli, via Bagutta 12, 20142 - Milano. Tel/fax 02.780811

Associazione mutuo soccorso Senegal
c/o Cisl, via Carnovali 88/a, 24126 - Bergamo. Tel. 035.324111

Associazione palestinese
c/o Lega per i diritti dei popoli, via Bagutta 12, 20121 Milano. Tel. 02.780811

Associazione panafricana
Via Antiche Mura 3, 25100 - Brescia.

Associazione Senegalesi Bergamaschi
Via Bedeschi 21, 24040 - Chignolo d'Isola (Bg). Tel. 035.4829599

Associazione Shikira segreteria per extracomunitari
V.le M. Merisio 17, 24047 - Treviglio (Bg). Tel. 0363.303307, fax 0363.301682

Associazione Sinafrica
c/o Arci Il Quartiere, via Amedeo 29, 20133 - Milano. Tel/fax 02.718291

Associazione Somali
Via II Giugno 4, 24035 - Curno (Bg). Tel. 035.613024

Centro culturale multietnico La Tenda
Via Valtellina 68, 20159 - Milano. Tel. 02.6886583

Centro islamico
Via Rovigo 11, 20132 Milano. Tel. 02.26921533

Comunità cilena
c/o Lega per i diritti dei popoli, via Bagutta 12, 20121 - Milano. Tel. 02.780811

Comunità cinese
c/o Hu Chechan, P. le Baracca 6, 20123 - Milano. Tel. 02.469950

Comunità ebraica
via Guastalla 19, 20122 - Milano. Tel. 02.5512029

Comunità eritrea
c/o Seghid Hurui, via Friuli 26, 20135 - Milano. Tel. 02.5462853

Comunità ivoriana
c/o Consolato Costa d'Avorio, via Pagliano 35, 20149 - Milano. Tel. 02.4985172

Comunità ruandese di Milano
Tel. 02.6071771

Comunità tunisina
c/o Consolato Tunisia, v.le Bianca Maria 8, 20122 - Milano. Tel. 02.54100100

Extra-center
via Tadino 12, 20124 - Milano. Tel. 02.29517299 fax 02.29517299

Istituto Culturale Islamico
V.le Jenner 50, 20159 - Milano. Tel. 02.6071856

Proficua
via Bagutta 12, 20121 - Milano. Tel.02.780811 fax 02.780811

PIEMONTE

Associazione africana
Via P.ssa Clotilde 50, 10144 - Torino. Tel. 011.485527

Associazione culturale italo-araba
Via Zumaglia 78,10145 - Torino. Tel. 011.7714364

Associazione from the Nile
Via Baretti 21, 10125 - Torino. Tel. 011.658730

Trait-d'Union
via Barbaroux 28, 10122 - Torino. tel. 011.4310785, fax 011.4361053

SICILIA

Afrikan's Teranga
via Etnea 84, 95131 Catania.

Ass. culturale medio orientale
Via Seminario italo-albanese 20, 90100 - Palermo. Tel/fax 091.327588

Ass. filippini di Catania
via Giannotta 101, 95126 Catania

Ass. lavoratori latinoamericani
Via Rocky Marciano 13, 90100 - Palermo. Tel. 091.6715668

Ass. socio-culturale italo-mauriziana
via Stazzone 235, 95124 Catania

Catania Mauritian Association
via Nuovalucello 32, 95126 - Catania

Cheicke- Amadon Bamba (Ass. senegalese)
via Pistone 12, 95131 - Catania

Comunità amici dello Srilanka
via Vittorio Emanuele 442, 95124 - Catania

Comunità Eritrea
via Etnea 270, 95131 - Catania

Comunità islamica di Sicilia
viale Regina Margherita 33, 95123 - Catania

Comunità Tamil
via Oliveto Scammacca 4, 95127 - Catania

Extra
c/o Usef, via delle Scuole 2, 90134 - Palermo. Tel. 091.333456, fax 091.333136

Rete donne immigrate
Via G. Meli 12, 90133 - Palermo. Tel. 091.6110015, fax 091.322868

TOSCANA

Aias
C/o Centro La Pira, via dei Pescioni 3, 50123 - Firenze. Tel. 055219749

A.E.S.S.T Comunità Egiziana
Via del Campidoglio 4, 50123 - Firenze. Tel. 055.210105.

Associazione Albania
c/o ufficio immigrati, via Sant'Agostino 19, 50125 - Firenze. Tel/fax 055.284395

Associazione algerini
C/o Caldini, v.le Pratese 120, 50135 - Sesto Fiorentino.

Associazione Amicizia Cinesi a Firenze
Via Trento 191, 50013 - Campi Bisenzio (Fi). Tel. 055.753747

Associazione camerunensi
C.P. 2041, 50100 - Firenze. Tel. 055.669622

Associazione capoverdiana
Via Lega 4, 50142 Firenze. Tel. 055.7878440

Associazione dei somali Assorto
Via dei Pepi 62, 50122 - Firenze. Tel. 055.243263, fax 055.2346253

Associazione comunità somala Acosto
Via S. Ventura Monachi 18, 50125 - Firenze.

Associazione donne somale
Via Pantin 1r, 50018 - Scandicci (Fi).

Associazione egiziana di solidarietà sociale
Via del Campidoglio 4, 50123 - Firenze.

Associazione Forum comunità straniere
Via del Saletto 1/3, 50142 - Firenze.

Associazione Lavoratori Somali
C.P.255, 50110 - Firenze.

Associazione Kossovo
Via Siena 15, 50142 - Firenze. Tel. 055.7323421

Associazione nigeriani
C.P. 2234, 50100 - Firenze. Tel. 055.488719

Associazione peruviani
Via dell'Agnolo 58, 50122 - Firenze.

Associazione senegalesi
Via dell'Arcingrosso 51, 50142 - Firenze. Tel. 055.782894

Associazione dello Sri Lanka
Viale Calatafimi 14, 50137 - Firenze.

Associazione studenti iraniani
c/o Ghazi Noori, via Guelfa 85, 50129 - Firenze. Tel. 055.217069

Associazione sudanesi in Toscana
Borgo dei Greci 3, 50122 - Firenze.

Associazione Togolesi
Via De Tommasi 17, 50142 - Firenze. Tel. 055.7320033

AZAT Associazione Zairesi in Toscana
C.P. 768, 50100 - Firenze. Tel. 0574.540550

Centro culturale Italia-Iran
Via delle Porte Nuove 17r, 50144 - Firenze. Tel. 055.368019

Commission for filipins
Via Sirtori 47, 50137 - Firenze. Tel. 055.240715

Comunità Algerina
Borgo dei Greci 3, 50122 - Firenze.

Comunità albanese
C/o Agron Berisha, via Siena 15, 50142 - Firenze.

Comunità araba
C/o Ahmad Yusuf, via Gelli 3, 50132 - Firenze. Tel.613057

Comunità avoriana
Via Pistoiese 659, 50047 - Prato. Tel. 0574.661819

Comunità cinese
c/o Cospe, via della Colonna 25, 50121 - Firenze.

Comunità curda
Via Gran Bretagna 193, 50126 - Firenze.

Comunità egiziana in Toscana
Via G. Pasquali 15, 50135 - Firenze. Tel. 055.672466

Comunità Eritrea in Toscana
CP 569, Casellina 50018 - Firenze

Comunità filippina
Via Fiesolana 12, 50122 - Firenze.

Comunità ivoriana
Via San Gallo 11, 50129 - Firenze. Tel.055.293390

Comunità Lavoratori Isole Mauritius
Borgo dei greci 3, 50122 - Firenze

Comunità marocchina
c/o Centro sociale, via di Mezzo 46, 50121 - Firenze.

Studenti palestinesi
c/o Casa del popolo, via Bronzino 117, 50141 - Firenze.

UMBRIA

Centro Adils
Via Fiorenzo di Lorenzo 10, 06100 - Perugia. Tel. 075.5725144, fax 075.5002964

Index

Vorwort 3

Anfänge der italienischen Flüchtlingspolitik 9

Militarisierung der Adria und der albanischen Küste 21
Italienischer staatlicher TV-Sender RAI, Gad Lerner: "Pinocchio", 1. April 1999 aus San Mauro Mare, ... 23
Die Konsolidierung der italienischen Flüchtlingspolitik 31

Die Anti-Albanien-Kampagne 35

Stadien, Plätze und andere Aufnahmelager 35
Auf dem Grund 37
Unsere Angelegenheiten 40

Das Risiko einer strafrechtlichen, polizeilichen und militärischen Wandlung der italienischen und europäischen Migrationspolitik. 45

Herausragende Aspekte der Immigration in Italien. 45
Zu den "Illegalen". 47

LEB WOHL, Im schönen Land? 50

Italien: vom Auswanderungs- zu Einwanderungsland 50
AusländerInnen im "schönen Land": Anzahl, Ursprungsländer, Erwerb und regionale Verteilung der Einwanderer/innen. 54
Wohnbedingungen der MigrantInnen in Italien 58
Die neue Fremdenfeindlichkeit in Italien - Bürgerkomitees und Lega Nord 59
Die Gesetzgebung zur Immigration - das Ausländergesetz 62
Ein politischer Mythos: die Kontrolle der Grenze 64
Zusammenfassung 65

Der „italienische Krieg" Die Festung Europa fordert Opfer 70

Scomodi fantasmi unbequeme Gespenster 74

Mord im Mittelmeer: Ein Schiff, die Flüchtlinge und der Tod 80

Die Katastrophe im Kanal von Otranto: 82

„Schlauchboote" und Sanatoria generalizzata 90

Flüchtlinge sind Menschen wie wir Risse in der Festung Europa 97

Das italienische Asylrecht 103

„Centri d'accoglienza" und andere - Wohnheime und Lager für Asylsuchende und Flüchtlinge 107

Besuch in Squinzano, Centro d'accoglienza des CTM Movimondo im Mai 1999 108

Das ungewisse Schicksal der Roma-Flüchtlinge in Italien 113

Documenti su immigrazione e asilo 117

186
Associazioni di Immigrati in Italia 175

Index 185

Flüchtlinge in Italien und die Reaktion der Presse.....188

Flüchtlinge in Italien und die Reaktion der Presse

Sie kommen auf unbeschreiblichen Schiffen, manchmal werden sie weit vor der Küste ausgebootet, manchmal müssen sie zum Strand schwimmen, selten werden sie direkt an Land gebracht, denn das ist zu gefährlich für die „Schlepper“. Nach tage- oder wochenlanger Fahrt im Laderaum eines Seelenverkäufers erhoffen sich Flüchtlinge eine neue Zukunft in Italien oder im restlichen Europa. Manche wollen der heimatlichen Armut und der instabilen politischen Situation entfliehen - wie z.B. die AlbanerInnen - , andere stammen aus Krisengebieten wie Kurdistan. Im Januar 1998 landen mehrere kurdische Flüchtlingsboote an der italienischen Küste. Viele KurdInnen haben Verwandte und Freunde in Deutschland, dies verursacht eine enorme Panik beim damaligen deutschen Innenminister Kanther, der schon Tausende von KurdInnen nach Deutschland 'einfallen' sieht. Italien werden schwere Vorwürfe gemacht, die Abmachungen des Schengener Abkommens nicht einzuhalten - die verstärkte Sicherung der Grenze waren dort schließlich Grundbedingungen für den innereuopäischen freien Grenzverkehr. 'Abschottung' heißt das Zauberwort, das die italienische Regierung nicht zu verstehen scheint. Nach der empörten Zurückweisung seitens der italienischen Regierung ob der deutschen Arroganz, sich in die Landespolitik einzumischen und auch noch Vorschriften machen zu wollen, scheint sich der bis 1998 im Amt befindliche Ministerpräsident Prodi jedoch 'zu fügen' - nur kurze Zeit später wird ein neues Migrationsgesetz erlassen, welches einen restriktiveren Umgang mit den Flüchtlingen vorsieht.
„Bedrohung“ nennt Manfred Kanther die Landung von 1200 KurdInnen, „Alarm in Europa“ titelt der *Stern*, die *Berliner Morgenpost* klagt Italien an: „Wie Rom das Schengen - Abkommen ad absurdum führt“ oder spricht von dem „neuen Ansturm“ und der „Alarmstufe Rot“ (8.11.97). Was aber haben wir über die rigorose und zum Teil äußerst brachiale Rückschiebung der AlbanerInnen in der Presse lesen dürfen? Nicht viel - denn AlbanerInnen sind sowieso Flüchtlinge 2. Klasse. In Italien nicht gut angesehen werden sie sofort mit der nächsten Fähre nach Vlora zurücktransportiert. Diese Art der Abschottungspolitik findet sicherlich Gefallen in Deutschland, doch aus italienischer Sicht sind KurdInnen etwas anderes als AlbanerInnen: sie sind „echte“ Flüchtlinge, deren Asylbegehren man prüfen muß. Und das führt zur öffentlichen Tadelung durch den deutschen Ex-Innenminister.

Neben den AlbanerInnen sind auch Flüchtlinge aus Pakistan, Indien oder Bangladesh nicht gerade gern gesehene „Gäste“ in Italien. Als im Dezember 1996 ein mit 300 Menschen besetzter *roller* vor den Toren Siziliens sinkt und fast alle Flüchtlinge mit sich in den Tod reißt, ist dies weder der italienischen Presse noch der italienischen Marine eine Meldung oder Untersuchung wert. Tage verstreichen, einige der Überlebenden, die von dem Kapitän in Griechenland ausgesetzt werden, sind schon wieder abgeschoben, bevor überhaupt eine Zeile in die Öffentlichkeit gelangt und schließlich geklärt wird, was dort eigentlich passiert ist (s. hierzu “Die unbequemen Gespenster“).
Ostern 1997 sterben über achtzig Flüchtlinge auf dem albanischen Schiff „Kater i Rades“, nachdem es mit einer italienischen Fregatte zusammengestoßen ist und sinkt. Die Aussagen der Überlebenden, die Fregatte habe das albanische Schiff mehrfach abgedrängt und schließlich absichtlich gerammt, werden stillschweigend übergangen. Es ist natürlich ein

Unfall, und die Kriegsschiffe haben die Aufgabe, die Schengen-Außengrenze Italien vor den Flüchtlingen zu schützen. Nur wenige Zeitungen nehmen sich dieser beiden Fälle an und versuchen, die Wahrheit herauszufinden.

Faktisch ist es unmöglich, eine gut 8000 Kilometer lange Grenze vollständig zu sichern. Vergleichen wir dies mit der deutsch-polnisch-tschechischen Grenze, der best gesichertesten Grenze Europas, stellen wir fest: auch hier ist ein Durchkommen möglich - wenn auch schwierig-, und hier gilt es „nur" zwei Flüsse und nicht ein Meer zu sichern.

Die Forderung Kanthers, Italien müsse sich endlich an die Bedingungen des Schengener Abkommens halten sind also eigentlich gar nicht erfüllbar, denn diese Grenze kann gar nicht vollständig gesichert werden. Wozu dient dann also dieser riesige Polizei- und Kontrollapparat, der in Deutschland wie auch in Italien eingesetzt wird? Agostino Petrillo,....., dazu: „So gesehen zeigt das Thema Grenzkontrolle immer mehr das Profil eines politisch-propagandistischen Instruments, das benutzt wird, um die italienischen Staatsbürger in Sicherheit zu wiegen und gleichzeitig die Migranten einzuschüchtern." Ein Polizeiapparat, der zur Sicherung *gegen* Migranten und Flüchtlinge eingesetzt wird.

Die Ängste in der Bevölkerung vor dem und den Fremden bestehen natürlich wirklich, was jedoch nicht heißt, sie seien begründet. Mit diesen eigentlich nicht nachvollziehbaren Berührungsängsten, die sich vor allem in der Furcht vor materiellen Einbußen aufgrund der Anwesenheit von Flüchtlingen und Nicht-Staatsangehörigen zeigen, ist der Punkt gegeben, an dem die italienischen Medien eingreifen können: sie schüren diese Ängste, so wie dies überall in Europa passiert. Wie es Petrillo in seinem Text „Farewell to the beautiful country" schon ausdrückte (s. Kapitel...) „Eine sehr wichtige Rolle in der Erschaffung der Feindbildes Immigrant spielen auch die Massenmedien. (...) es gibt heute eine Abstemplung des Migranten als „sozialem Teufel" in der lokalen und nationalen Presse (...)". Man sollte sich dabei jedoch über eines klarwerden: die Schizophrenie dieser Situation. Menschen fliehen zum Teil unter lebensbedrohlichen Umständen vor Hunger, Armut, Unterdrückung oder Krieg in Schiffen, die eigentlich gar nicht mehr auslaufen dürften. Schlepper und korrupte Unternehmer bereichern sich an der Not anderer. Aber man kann die Schuld nicht nur den kriminellen Schlepperorganisationen zuschieben. Schizophren an der sogenannten Flüchtlingsproblematik ist, daß die eigenen Regierungen und die Wirtschaft des jeweiligen Exil-Landes eine ebensolche Schuld trifft: Was wird tatsächlich gegen die 'Jagd' auf KurdInnen im Irak und in der Türkei getan? Wo wird versucht, Fluchtursachen zu bekämpfen? Stattdessen werden sogar noch Waffen in die Türkei geliefert. Wenn die Vermutung der Bevölkerung zutreffen würde, daß Flüchtlinge in Italien den Einheimischen die Arbeit wegnehmen, warum gibt es dann immer noch die *caporali*, die meist ausländische Tagelöhner ohne jeglich soziale Absicherung anheuern und schlecht entlohnen? Ist nicht vielen Unternehmern der *clandestino*, der „Illegale" sehr willkommen, weil man ihm die Drecksarbeit aufhalsen und dieser sich nicht beschweren kann?

Nach außen vertritt auch Italien die europäische Linie der Abschottungspolitik, wenn auch in den vergangenen Jahren nicht immer hart genug für den Geschmack einiger anderer europäischer Länder. Durch die Medien wird der Ausländerhetze auch weiterhin Rechnung getragen. Unglücke, bei denen Flüchtlinge zu Tode kommen, werden nur am Rande bekanntgegeben. Somit ist die Fürsprache aus der Bevölkerung für Menschen, die dann doch heimlich an der italienischen Küste aus unheimlichen Booten steigen, sehr gering. Und so können sich zumindest gewissenlose Geschäftemacher im Schutze der europäischen Abschottungspolitik in aller Ruhe der „Illegalen" bedienen, die die Tortur der Flucht überlebt haben und darüber schweigen müssen.„Man bekommt den Eindruck, daß die Mingranten und Flüchtlinge in die Illegalität getrieben und damit kriminalisiert werden sollen, denn durch die Illegalität sind sie ein leichtes Spiel für kriminelle Banden, die das Verbot der Einreise ausnutzen." (Agostino Petrillo).

1996 sinkt ein Schiff mit 300 Flüchtlingen an Bord vor der maltesischen Küste. Den Medien war dies kaum ein Kommentar wert.
Der Journalist Livio Quagliata hat Nachforschungen angestellt, was 1996 wirklich passiert ist. Er beschreibt, wie mit dem Tod von 289 Menschen im Dezember 1996 in der Nähe von Malta in den Medien umgegangen wurde. Genau 2 Jahre nach dem Unglück wurde zur selben Thematik eine Reportage von Kamil Taylan im ARD -Programm ausgestrahlt, die wir im Anschluß daran kurz kommentieren möchten.